Zeitschrift: Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern

Herausgeber: Grosser Rat des Kantons Bern

Band: - (1875)

Rubrik: Ordentliche Frühlingssitzung 1875

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Cagblatt

des

Großen Rathes des Kantons Bern.

Ordentliche Frühlingefitung 1875.

Kreisschreiben

an

die Mitglieder des Großen Rathes.

Thun, ben 19. April 1875.

Berr Großrath!

Der Unterzeichnete hat im Einverständniß mit dem Regierungsrathe beschlossen, den Großen Rath auf Montag den 10. Mai 1875 zu einer Session einzuberufen. Sie werden bemnach eingelaben, sich am bezeichneten Tage, des Bormittags um 9 Uhr, auf dem Rathhause in Bern einzusinden.

Die Gegenstände, welche zur Behandlung kommen werden, find folgende:

A. Gutwürfe von Gefeten und Defreten.

- a. Gefete zur zweiten Berathung. Gefet über bie Lehrerbildungsanstalten.
- b. Gefete gur erften Berathung. Gefet über bie fantonale Brandverficherungsanftalt.
 - c. Defretsentwürfe.
- 1) Defret über die Herausgabe der Berhandlungen des Großen Rathes.

2) Defret über bie Eintheilung bes Kantons in politische Berfammlungen.

B. Bortrage.

- a. Des Regierungsprafibenten.
- 1) Bericht über Erfatmablen in ben Großen Rath.
 2) Eingabe betreffend eine Amterichtermahl in Laufen.
 - b. Der Direktion bes Gemeinbewefens.

Refurs der Burgergemeinde Lamlingen gegen einen Entscheib bes Regierungerathes.

- c. Der Direktion der Juftig und Boligei.
- 1) Naturalifationen.
- 2) Strafnachlaßgesuche.
- 3) Befchwerde in Bormundschaftsfachen.
- 4) Gefuch um Anerkennung als juriftische Berfon.
 - d. Der Direktion ber Finanzen.
- 1) Aufnahme eines Anleihens (für die Kantonalbank, Hypothe-
- fartaffe und Juragemafferkorrektion). 2) Gefuch betreffend Revision ber Steuergesetzgebung.
- 3) Revision ber Grundsteuerschapungen.
- e. Der Direktion der Domanen und Forften. Raufe und Berkaufe.
 - f. Der Direktion ber öffentlichen Bauten.
- 1) Sochbau= und Stragenbauprojette.
- 2) Expropriationen.

Tagblatt bes Großen Rathes 1875.

C. Wahlen.

Die Wahlen finden Mittwoch den 12. Mai ftatt. Am nämlichen Tage wird auch bas Anleihen behandelt, ju welchem 3mede bie Mitglieder bei Giben geboten werben.

1) Des Prafidenten und ber zwei Bizeprafibenten und ber Stimmengabler bes Großen Rathes;

2) des Regierungsprafidenten; 3) eines Obergerichtssuppleanten;

4) bes Regierungsstatthalters von Fraubrunnen; 5) bes Gerichtsprafibenten von Burgborf.

Für den ersten Tag werden auf die Tagesordnung gesfett die Borträge des Regierungsprasidenten und das Gefet über die Lehrerbildungsanstalten.

Mit Hochachtung!

Der Großrathsprafibent :

Zyro.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende eidgenössische Referendums= abstimmung vom 23. Mai nächsthin werden zunächst die Verhandlungen des Großen Nathes vom 12. Mai 1875 betreffend die beiden zur Volks= abstimmung gelangenden Bundesgesetze erscheinen.

Sikung des Großen Rathes.

Mittwoch, ben 12. Mai 1875.

Unter bem Borfige bes Berrn Brafibenten Buro.

Cagesordnung:

Bericht und Antrag des Regierungsrathes betreffend Empfehlung der zwei zur Bolksabstimmung ge= langenden Bundesgefete über Civilfiand und Ghe und die politische Stimmberechtigung der Schweizer= bürger.

Teuscher, Bigepräsibent des Regierungsrathes, als Berichterstatter. Gemäß der gestrigen Ankundigung stellt der Regierungsrath bei Ihnen den Antrag, Sie möchten die Beben am 23. Mai nächsthin zur Bolisabstimmung gelangenden Bundesgesetze betreffend Civilftand und Che und die politische Bundesgejese betreffend Eivilstand und Ehe und die politische Stimmberechtigung der Schweizerburger dem Bernervolke zur Annahme empfehlen. Ueber die Form dieser Empfehlung will ich micht aussprechen, sondern sie Ihrem Ermessen anheimstellen. Ich kann mittheilen, daß der Regierungsrath einstimmig zu seinem Antrage gelangt ist; alle Mitglieder haben sich für beide Gesetze ausgesprochen. Da es sich hier um eine wichtige eidgenössische Bolksabstimmung handelt, so durfte es am Platze sein, daß der Große Nath eine Kundsgebung in dieser Angelegenheit mache. Dafür spricht schon gebung in dieser Angelegenheit mache. Dafür spricht schon das bisherige Verhalten, ferner der Vorgang anderer Ran-tone und endlich der Umstand, daß trot der neuen Bundes-verfassung wir doch noch nicht auf dem Boden des Einheitsstaates, fondern auf dem Boden des Bundesstaates stehen, somit die Bedeutung ter Rantone immer noch eine gewichtige ift.

Die beiben Gesetze find ihrem Inhalte nach sehr versschieden, wir glauben aber, es sei gleichwohl eine gewisse Solibarität vorhanden. Wir sinden diese darin, daß die beiden Gesetze auf Befreiung bes Bürgers gerichtet sind und daß sie hauptsächlich von ultramontaner Seite angefochten werden. Es ist bekannt, daß der Betosturm gegen die beiden Befete vorzugsweise von ultramontaner Seite ausgegangen ift; es ift bekannt, daß fogar der Papft fich in einem befon-

bern Erlaffe bagegen geaußert hat. Bas zunächst bas Gefet betreffend ben Civilftand und bie Ehe betrifft, so besteht basselbe aus zwei Saupttheilen: ber eine behandelt die Civilftanderegisterführung und ber andere das Cherecht, inclusive die Scheidung.

Begen ben ersten Theil bes Besetzes ift hauptfächlich ein= gewendet worden, daß barin die Beiftlichen von der Civil-ftanderegisterführung ausgeschloffen seien. Es ift befannt, daß man sich in der Bundesversammlung namentlich von bernischer Seite gegen diesen Ausschluß ausgesprochen hat. Dieß hat z. B. auch der Sprechende gethan. Es läßt sich nicht verkennen, daß, wenn man sich bloß von streng theoretischen Grundsäßen leiten laffen wollte, Manches gegen biefen

Ausschluß angeführt werden tonnte. Auf der andern Seite aber muß auch anerkannt werden, daß der Ausschluß feine guten Grunde hat, und es muß diefen Grunden zugeschrieben werden, daß man ihn mit überwiegender Mehrheit beschloffen hat. Bor Allem aus glaube ich, es sei nicht ber Fall, wegen bieses einzigen Bunktes ein so wichtiges und weittragendes Gesetz zu verwerfen, und dekhalb haben benn auch bei der Gesammtabstimmung die bernischen Bertreter einstimmig für das Geset gestimmt, obschon sie sich an einzelnen Buntten dagegen ausgesprochen hatten. Entscheidend ift in bieser Frage jedenfalls die Rucksicht auf die ehemaligen Sonders bundskantone. Es ist dieß das einzige Mittel, um diese Kantone, wenn auch nicht frei zu machen von fremden, nicht vaterlandischen Ginflussen, so doch in dieser Richtung mächtig paferlandsichen Einfussen, so doch in dieser Richtung machtig zu fördern. Denn das wird man zugeben mussen, daß der katholische Geistliche nie und nimmer ein guter Civilstands-registerführer, der das Gesetz seinem Geiste und seiner Ten-benz nach ausführt, sein kann. Es kann auch angeführt werden, daß es sicher dem protestantischen Geistlichen eben-kalls schwer fallen wurde, sich als Civilstandsregistersührer rein in dieser Stellung zu halten und nicht weitere Einflüsse mit unterlaufen zu lassen. Es ist übrigens vom Patriotismus der protestantischen Geistlichen unseres Kantons zu erwarten, daß sie bieses einzigen Kunktes wegen nicht gegen das Geseh baß fie diefes einzigen Bunttes wegen nicht gegen bas Befet fein werden.

Man hat gegen die Civilstanderegisterführung auch ein= gewendet, das Gefet gewähre wegen Mangels an tüchtigen Leuten nicht die nothige Sicherheit. Ich finde, man follte bem Kanton Bern nicht ein solches Armuthszeugniß ausstellen. Wenn es auch einzelne Gemeinden geben mag, welche nicht eine große Auswahl von zur Führung der Civilstandsregister tauglichen Personen besigen, so kann man diesem Umstande dadurch Rechnung tragen, daß man möglichst große Kreise macht. Ich persönlich würde zwar nicht weiter gehen, als auf den Bezirk der Kirchgemeinde. Jedenfalls ist dann der Kanton befugt, die Eintheilung der Civilstandskreise nach Ermessen zu treffen. Wan hat übrigens die Behauptung, es sehle an tüchtigen Leuten, nicht näher begründet und ist den Beweis bis setzt schuldig geblieben. Ich mache noch darauf ausmerksam, daß man den Anlaß auch dazu benutzen könnte, überhaupt Bereinsachungen im Gemeindshaushalte herbeizuführen. bem Ranton Bern nicht ein folches Armuthezeugniß ausstellen. herbeizuführen.

Ich erlaube mir auch noch einige Worte über ben Koftenpunkt. Die Mehrkoften, welche aus der Uebertragung ber Civilstandsregisterführung an weltliche Beamte entstehen, fallen jedenfalls nicht den Gemeinden, sondern dem Staate auf. Sie werden aber auch für den Staat nicht erheblich sein, weil die Beamten zunächst an ihre Gebühren werden, gewiesen und der Staat höchstenstend gewiesen und der Staat höchstenstend geweisen und der Staat höchstenstend geben wird.

gemiesen und der Staat höchstens einen Zuschuß geben wird.
Ich gehe über zum zweiten Theile des Gesesses betreffend Cheschließung und Scheidung. Hier hat man in der Bundesversammlung von gewichtiger Seite hauptsächlich die Kompetenz angesochten und gesagt, der Bund habe nach der Bundesversassung nur den Schuß des Eherechtes und könne nicht ein vollständiges Geses über die Ehe erlassen. Dieser Einwand ist gründlich widerlegt worden, und zwar namentlich durch die Hinweisung darauf, daß ein wirklicher Schuß der Ehe nur dann möglich sei, wenn man das Eherecht selbst normire. Der Kanton Bern hat sich übrigens schon bei Anlaß der ersten Bundesrevision in dem Geiste der Rechtseinheit beweat, und wir haben in unserm Entwurfe des Versones bewegt, und wir haben in unferm Entwurfe bes Berfonen= rechtes ungefähr ben Standpunkt eingenommen, welchen jest

rechtes ungefahr ben Standpuntt eingenommen, weitgen fest das neue eidgenössische Gesetz einnimmt.

Man wendet ferner ein, nach dem Gesetze werden die Heiraten denn doch allzu formlos abgeschlossen; es werde nur gefragt: "Erklärt Ihr hiemit, die N. N. zur Ehefrau nehmen zu wollen?" Sodann werde gesagt: "Nachdem Ihr beibe erflart habt, eine Che eingeben gu wollen, erflare

ich biefe im Namen des Gefetes als geschloffen." Die gleiche Formel gilt auch in andern Staaten, und wenn man einmal Den Boben ber Civilehe betreten will, fo liegt es in ber Natur ber Sache, nicht eine lange und breite Ermahnung burch ben Civilftandsbeamten vor fich geben zu laffen , fonbern man foll hier die rein burgerliche Geite ber Che, welche ein burgerlicher Bertrag ift, in's Auge faffen. Saben bann bie Brautleute noch religiofe Bedurfniffe zu befriedigen, bann fteht es ihnen frei, ihre Che noch firchlich einsegnen zu laffen. Berade dadurch erhalt die firchlichereligiose Feier des Cheabsichluffes eine erhobte Beihe. Man hat auch gesagt, es fei nach bem neuen Gefete die Gingehung einer Che ohne Ginwilligung des Baters oder Bormundes zu frühe, schon im 20. Jahre gestattet, während wir gegenwärtig das Alter der Majorennität, das 23. Jahr fordern. Diese Frage hängt auf's Engste
mit derjenigen der Majorennität zusammen. Diese letzter ift in den einzelnen Schweizerkantonen fehr verschieden; in einzelnen Kantonen tritt die Majorennität schon frühe ein, und man mußte auch auf dieses Berhältniß Rudficht nehmen. Uebrigens erinnere ich auch da an unsern Entwurf des Berssoneurechtes, welcher die Majorennität auf das 21. Jahr herabsegen will. Ob man nun noch ein Jahr weiter hinabsgehe, macht schließlich nicht viel aus. Die betreffende Bestieden, ftimmung bes neuen Entwurfes bes Berfonenrechtes ift von einem gewiegten und sicher sehr vorsichtigen Juristen, der in der Redaktionskommission saß, dem verstorbenen Herrn Fürsprecher Niggeler, damit begründet worden, wenn Einer in seinem 21. Jahre das Staatsezamen als Advokat oder Pfarrer nachen könne, so sei es nicht am Plate, ihn nicht mehrjährig zu erklaren.

Es wird ferner geltend gemacht, das Gesetz erleichtere alzusehr die She liederlicher und armer Personen und fördere leichtsertige Shen. Gegenüber diesem Einwande erinnere ich an das Ehekonkordat von 1868, welches s. B. ein eidgenössischen werden sollte, allein nur vom Kanton Bern einzig angenommen wurde. In diesem für und schon seit 1868 in Kraft bestehenden Konkordate ist bereits die Bestimmung enthalten, daß der Nachweis von Bermögen oder Erwerd zum Abschluß der She nicht mehr gefordert und daß dieser nicht von der Rückerstattung öffentlicher Armenunterstüßungen abschängig gemacht werden durfe, sosenn diese für die Erziehung, Berufserlernung oder in Krankheitsfällen verabreicht worden seinen Angesichts dieser Bestimmungen müssen wir die Krage, ob ein großer Unterschied zwischen dem eidgenössischen Gesetz und unserm gegenwärtigen Kechtszustande bestehe, verneinen. Bereits jetzt stehen wir beinahe auf dem Boden des eidgenössischen Gesetz. Uedrigens ist dieser Punkt durch die Bundesverfassung selbst reglirt, welche sagt, daß das Kecht zur Ehe nicht aus ökonomischen Kucksischen beschränkt werden dürse. An diesem Grundsage können wir nichts mehr ändern, sondern wir wüssen ihn auch im parliegenden Weseke respektiven

sondern wir mussen ihn auch im vorliegenden Gesetze respektiren. Ich gehe über zum Stimmrechtsgesetze, in Bezug auf welches der französische Berichterstatter des Regierungsrathes mich ergänzen wird. Man muß anerkennen, daß dieses Gesetz in einigen Beziehungen mit unsern bisherigen Anschauungen bricht, weßbalb cs auch bei den Liberalen auf Bedenken, ja sogar auf Opposition stoßen mag. Gleichwohl haben auch bier die bernischen Bertreter, zwei ausgenommen, dem Gesetz bei der Schußabstimmung beigepslichtet. Um die Sache nicht zu übertreiben, ist es gut, daran zu erinnern, daß wir im Kanton Bern im Jahre 1861 die Stimmberechtigung in Gemeindeangelegenheiten schon selbst bedeutend erweitert haben. Das Gesetz über Erweiterung des Stimmrechts an den Sinswohners und Burgergemeinden vom 26. August 1861 war bereits ein Schritt, der sich in der gleichen Tendenz bewegte, wie das heutige eidzenössischen sowohl in Bezug auf die barin ausgestellten positiven Requisite, als in Bezug auf die darin ausgestellten positiven Requisite, als in Bezug auf die sarin ausgestellten positiven Requisite, als in Bezug auf die sarin ausgestellten positiven Requisite, als in Bezug auf die sarin ausgestellten positiven Requisite, als in Bezug auf die sarin ausgestellten bestellten, die es vorsieht.

In ersterer Beziehung wird zunächst die Bestimmung angesochten, welche dem Burger das Stimmrecht schon im 20. Jahre gibt. Diese Bestimmung ist für uns allerdings eine Neuerung in Bezug auf die Gemeindeangelegenheiten, sie ist aber nicht neu in kantonalen und eidgenössischen Dingen, wo bei uns der Burger bereits jest im 20. Jahre stimmen kann. Bur Stimmberechtigung in Gemeindssachen wird bei uns das zurückgelegte 23. Altersjahr verlangt, allein es sprechen für die Herabsesung dieses Alters die nämlichen Gründe, die ich bei Anlaß der Chemündigkeit angeführt habe.

Eine weitere Bestimmung, gegen welche Bedenken erhoben werden, ist die, daß das Stimmrecht durch Niedergelassene und Aufenthalter aus andern Kantonen bereits nach
einem Aufenthalte von 3 Monaten erworben wird; nur in
Gemeindeangelegenheiten wird für die Aufenthalter ein sechsmonatlicher Aufenthalt verlangt, während die Niedergelassenen
auch da bereits nach 3 Monaten stimmberechtigt sind. Man
sagt, diese Frist sei zu kurz. Nach dem Gesese von 1861,
welches gegenwärtig in dieser Frage Regel macht, wird ein
einsähriger Aufenthalt gefordert. Die bernischen Bertreter
haben in der Bundesversammlung aus Rücksicht auf andere
Kantone, welche noch weiter gehen wollten, als das heute
vorliegende Geses, zu einem Kompromiß mitgewirst. Ich
frage übrigens: besteht denn eigentlich ein so großer Unterschied darin, ob man 6 oder 12 Monate verlange? Ich
glaube es nicht.

Man weist aber im Weitern auf den Census hin, den wir gegenwärtig noch haben, und welcher durch das neue Geset beseitigt werden soll. Um in Gemeindssachen stimmberechtigt zu sein, mußte man bisher eine direkte Staatssteuer oder eine Gemeindstelle bezahlen. Dieß, sagt man, werde nun über den Haufen geworfen, wodurch die Klasse der Besitsosen, der flottanten Bevölkerung in den Gemeinden zu einer allzugroßen Macht anwachse. Man kann darüber Bedenken haben und in dieser Neuerung eine Gefahr wittern. Wenn man aber unbefangen um sich blickt und sieht, daß blübende Gemeinzwesen, wie z. B. Genf und in neuester Zeit auch Basel, sich bei dem erweiterten Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten wohlbesinden und prosperiren, so muß man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Sache nicht so gefährlich ist, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Uedrigens kann diese angebliche Gesahr bedeutend gemindert werden durch ein Mittel, auf welches man schon wiederholt hingewiesen hat, nämlich durch die Einführung einer Kopf- oder einer Altivbürgersteuer. Jedenssals wird die Gesahr in dieser Richtung übertrieben, was auch durch den Umstand bewiesen wird, daß wir seit bald 1½ Jahren daß erweiterte Stimmrecht in Kirchgemeindeangelegenheiten bestigen, ohne daß es, soviel mir wenigstens bekannt, fatale Wirzungungengehabthätte, obsichon auch die Kirchgemeindeversammlungen mitunter über ökonomische Angelegenheiten abzustimmen haben.

Es darf hier auch an das Interesse unserer auswärtigen Berner erinnert werben, welche in Kantonen wohnen, die bisher eine größere Beschränkung im Gemeindestimmrecht batten, als sie durch das eidenösstiche Gelek aufgestellt wird.

batten, als sie durch das eidgenössische Gejetz aufgestellt wird.
Ich komme zu den Ausschlußgründen. Der erste und zweite dieser Gründe geben nicht zu vielen Bedenken Anlaß. Der erste sagt nämlich, ein Ausschluß vom Stimmrecht dürfe stattsinden gegenüber Demjenigen, der durch kriminelles oder korrektionelles Urtheil mit einer Freiheitsstrafe belegt worden ist. Hier enthält also das neue Gesetz eine größere Einschränzung, als unsere gegenwärtige kantonale Gesetzgebung. Nach ter letztern ist nämlich ein durch ein korrektionelles Urtheil zu einer Freiheitsstrafe Berurtheilter nur dann vom Stimmerecht ausgeschlossen, wenn das Gericht mit der Freiheitsstrafe ausdrücklich die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit verbindet. Dieß sind aber nur Ausnahmsfälle, und es sind die meisten korrektionell Berurtheilten zur Stunde bei uns stimmberechtigt, während sie durch das neue eidgenössische Gesetz ausgeschlossen werden.

Ein Ausschluß kann nach diesem Gesetze ferner stattsinden in Folge von Bevormundung wegen Berschwendung, Geistestrankheit oder Blödsinn. Gs wird da, wie ich glaube, eine ganz richtige Grenze gezogen. Rur Derjenige foll vom Stimmrecht ausgeschlossen sein, der aus einem selbstverschuldeten Grunde (abgesehen von Geisteskrankheit oder Blödsinn) bevogtet ist, der unverschuldet Bevogtete dagegen soll stimmberechtigt sein. Und in der That, warum sollte Einer vom Stimmrecht ausgeschlossen werden, der im vollen Besitze seiner geistigen Fähigkeiten ist, jedoch wegen körperlicher Gebrechen oder wegen vorgerückten Alters die Bevogtung verlangt?

Bichtiger sind die beiden letzten Ausschlußgründe: der

Wichtiger sind die beiden letten Ausschlußgrunde: der selbstverschuldete Konkurs und die selbstverschuldete dauernde Armengenössigkeit. Was den Konkurs betrifft, so haben sich dießfalls in der Bundesversammlung zwei schroffe Gegensätz geltend gemacht: Die Einen wollten den Konkurs, ob verschuldet oder nicht, gar nicht als Ausschluß gelten lassen; nach ihrer Ansicht sollten alle Geltstager stimmberechtigt sein, indem das gerichtliche lirtheil schon zeigen werde, ob ein leichtsinniger oder ein betrügerischer Geltstag vorliege. Die andere Aussicht wollte alle Geltstager ausschließen, auch wenn der Geltstag nicht verschuldet sein sollte; diese Ansicht entspricht Demjeuigen, was gegenwärtig im Kanton Bern besteht, indem bei uns seder Geltstager ohne Ausnahme ausgeschlossen ist, da er in der Gugerlichen Chrensähigkeit eingestellt ist. Ansgesichts dieses Auseinandergehens der Ansichten, sah man sich genöthigt, eine Bermittlung zu suchen, und diese zeigte sich in der Unterscheidung zwischen Verschulden und Nichtverschulden. Es kommt hier noch hinzu, daß man zugeben muß, daß, wenn alle Geltstager, auch die unverschuldeten, vom Stimmrecht ausgeschlossen werden, dadurch eine gewisse Summe politischer Intelligenz dem Lande ohne Grund verloren geht.

politischer Intelligenz dem Lande ohne Grund verloren geht. Am Meisten stöft die Zulassung zum Stimmrecht der bloß vorübergehend Armengenössigen. Durch das neue eidsgenössischen stimmberechtigten. Durch das neue eidsgenössischen stimmberechtigt erklärt, sofern die Almosengenössischen stimmberechtigt erklärt, sofern die Almosengenössischen stebenösmandel herbeigeführt ist. Der Gedanke des Gesehes ist auch hier der, daß die Grenze zwischen das Verschulden und das Richtverschulden gezogen wird. Dieß ist ein richtiger und gesunder Gedanke; denn der Betreffende kann nichts dafür, daß er momentan eine Unterstügung beziehen muß. Der Kanton Bern, der hinssichtlich der Ordnung des Armenwesens namentlich durch die Einführung der örklichen Armenpsiege den andern Kantonen vorausgegangen ist, sollte nicht der erste sein, der sich gerade hier auf einen engherzigen Boden stellt. Die beiden Ausschlüßgründe wegen verschuldeten Gelts-

Die beiden Ausschlußgrunde wegen verschuldeten Geltstags und verschuldeter Armengenössigfeit werden auch dadurch in das richtige Licht gestellt, daß man sagen kann: durch die Zulassung der nichtverschuldeten Geltstager und der nichtverschuldeten Armengenössigen zum Stimmrecht wird eine große Rlasse von Leuten, welche bisher in der Gesellschaft als eigentliche Variahs behandelt worden sind, an die Gemeinden attachirt, und man soll sie an die Gemeinden sessen welche dem Sharakter einer wirklichen Familie hat. Durch ein solches Borgehen wird die richtige Lösung der sozialen Frage mehr gefördert, als durch den engherzigen Ausschluß verschiedener Klassen von Leuten.

In Wirklichkeit wird sich die Sache von felbst regliren. Werfen wir einen Blick auf die Berhaltnisse der Stadt Bern, so werden wir sehen, daß bei Abstimmungen über Gemeinde-angelegenheiten von wichtiger finanzieller Tragweite die Stimmgebung des Einzelnen in den meisten Fällen viel mehr durch die Frage beeinflußt wird, ob die Interessen der obern, der mittlern oder der untern Stadt oder der Borstädte im Spiele seien, als dadurch, ob der Stimmende ein einfacher Arbeiter oder ein reicher Mann sei. Ich wenigstens habe bis dahin

im engern Rreife meines Wohnsites immer gefunden, daß bie Stimmgebung auch in Gemeindssachen immer mehr nach berartigen Interessen und Conftellationen sich richtet, als banach, ob Giner dieser poer fener Rlaffe ber Bevollferung angehöre

ob Einer diefer oder jener Klasse der Bevölkerung angehöre.
Ich kann die Ansichten des Regierungkrathes über die beiden Gesetze dahin resumiren: Den im Civilstandsgesetz enthaltenen Grundsat haben wir bereits in der Bundesversassung und im Kirchengesetz angenommen; 63,000 Berner haben bei der Abstimmung über die erstere und 70,000 bei derzenigen über das Kirchengesetz zu diesem Grundsatz gestimmt. Es ist dieß auch ein richtiger Grundsatz, weil er den Bürger von allem kirchlichen Zwang emanzipirt, weil er die ehemaligen Sonderbundskantone aus der Abhängigkeit von einer bekannten fremden Macht befreit. Wir sollen zu dem Civilstands- und Ehegesetz auch aus dem Grunde stimmen, weil die Schweiz nicht hinter den meisten Staaten, die unst umgeben, zurückbleiben darf.

umgeben, zurüchleiben darf.

Bas das Stimmrechtsgeset betrifft, so kann man zugeben, daß dasselbe mit verschiedenen gegenwärtigen Anschauungen bricht. Auf der andern Seite aber muß man zugestehen, daß es ein gerechtes, ein demokratisches und den heutigen Beite verhältnissen angepaßtes Gesetz ist; dann muß man auch anserkennen, daß es doch immer noch weit hinter den Anforderungen eines wirklichen Schweizerbürgerrechtes zurückleibt. Unter diesen Umständen Schweizerbürgerrechtes zurückleibt. Unter diesen Umkänden wesetz stimmen; denn es ist nicht denskar, daß eine Berwerfung des Gesetzes die Erlassung eines konservativern Gesetzes zur Folge haben würde, indem ein solcher berechtigter Zeitgedanke immer fortarbeitet und fortwirkt, so daß ein neues Gesetz eben so fortschrittlich, ja vielleicht noch weitergebend sein wurde.

Daß das Stimmrechtsgeset einer gesunden Gemeindsentwicklung einen tödtlichen Stoß gebe, wie von gegnerischer
Seite behauptet worden ist, kann der Regierungsrath nicht
sinden. Wir glauben im Gegentheil, es werde eine gesunde Gemeindsverwaltung und Gemeindsentwicklung durch das Gesetz gesördert. Ich weiß nicht, was für Folgen eine Berwerfung des Gesetzes hätte, allein das kann ich mir denken, daß in gewissen Kreisen, die durch das Gesetz berührt werden, leicht eine soziale Unzufriedenheit entstehen könnte, die eben so fatal ware, als die Folgen, welche die Gegner des Gesetzs von seiner Annahme fürchten. Aus diesen Gründen glaubte der Regierungsrath, es liege in seiner Psticht, Ihnen den Antrag zu stellen, den ich im Eingange meines Botums erwähnt habe.

Ich schließe damit, daß ich sage: wir glauben, der Kanton Bern könne, getreu seiner bisherigen Haltung in allen großen Angelegenheiten des engern und des weitern Baterlandes, auch hier seine Miteidgenossen nicht im Stiche lassen; seine politische Haltung, ja seine politische Ehre mache es dem Bernervolk zur Pflicht, daß es am 23. Mai zahlreich zur Urne gehe und mit überwiegender Mehrheit ein freudiges Ja für die Annahme der beiden Gesetze in die Urne werfe. Daß dieß geschehen möge, ist bei aller Uchtung abweichender Anssichten mein persönlicher Bunsch.

Frossard, Direktor bes Gemeindewesens, als zweiter Berichterstatter. Rach dem Bortrage, ben Sie soeben angehört haben, konnte ich mich als Mitglied bes Regierungsrathes beinahe enthalten, bas Bort zu ergreisen. Indessen machen es mir die hohe Bichtigkeit des vorliegenden Gegenstandes, die Folgen, welche die Annahme oder die Berwerfung der beiden Gesehe, besonders dessenigen über die Stimmberechtigung namentlich für unser Gemeindewesen haben könnte, zur Bsicht, meine Meinung auszusprechen.

fonnte, jur Pflicht, meine Meinung auszusprechen.
Ich will auf bas Gefet über ben Civilftant und bie Ehe nicht eintreten. Die Erläuterungen, welche ber herr Kirchendirektor hierüber gegeben hat, find vollkommen genu-

gend. 3ch will bem Bernervolle nicht die Beleidigung anthun, vorauszufegen, bag es ein fo liberales Befet verwerfen werde, ein Gefet, welches fcon feit Langem in mehreren unferer Kantone besteht, und welches feit dem Anfange biefes Jahrhundert in ben benachbarten monarchischen Staaten in

Kraft ift. 3ch trete baber sofort auf das Weset über bie Stimmberechtigung der Schweizerburger ein; benn gegen Diefes hat man im Ranton Bern alle möglichen Grunde in's Feld geführt und vielfache Bedenken erhoben. Da diefes Gefet eine neue Bufammenfegung ber fouveranen Korper in Bund, Ranton und Gemeinde zu Folge haben wird, fo hat es eine hohe politische Bichtigkeit und gleichzeitig eine große Bedeutung in Bezug auf die nationale Entwicklung ber bemofratischen

Wenn man fich über die Folgen der Unnahme biefes Gefetes fur ben Kanton Bern Rechenschaft geben will, fo muß man vor Allem aus untersuchen, welche Modifitationen ber gegenwartig geltenden Rechtegrundfage es mit fich bringt.

Rach ber gegenwärtigen Gefengebung tommt das Stimm= recht in kantonalen (wie auch in eidgenöffischen) Dingen jedem Schweizerburger gu, welcher im Genuffe ber burgerlichen und politischen Rechte ift, bas 20. Alterejahr gurudgelegt hat, im Kanton (gleichviel ob als Niedergelaffener ober Aufenthalter und gleichviel feit wie langer Beit) wohnt und welcher von bem Stimmrecht nicht burch den Art. 4 ber Rantoneverfaffung

ausgeschloffen ift.

In Bezug auf bas Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten enthalt unfer öffentliches Recht viel engherzigere Borfchriften: Tiese Stimmrecht steht nämlich nur den Kantonsburgern oder Schweizerburgern zu, welche im Genusse ihrer burger- lichen und politischen Rechte und mehrjährig sind, d. h. das 23. Altersjahr zuruckgelegt haben, welche überdieß seit eine Jahre in der Gemeinde wohnen und eine Staats- oder Gestalle Rocht find nan der Robbingung der meindesteuer bezahlen. Jedoch find von der Bedingung der einfährigen Ansassigifigkeit diejenigen Burger enthoben, welche Gemeindesteuern bezahlen. Im Beitern bestigen die außershalb der Gemeinde wohnenden Grundeigenthumer, die bepogteten Berfonen, die Beibeperfonen und bie Rorporationen Das Stimmrecht burch Bertretung, fofern fie eine Gemeinde= fteuer bezahlen.

Die Grunde des Ausschlusses vom Stimmrecht sind in § 4 ber Kantonsverfassung und in § 24 bes Gemeindegesets vorgesehen, und zwar sind sie ungefähr die nämlichen für das politische wie fur bas Gemeindestimmrecht. Es find nämlich ausgeschloffen Die Beiftestranten, Die Besteuerten und Die-jenigen, welchen der Besuch von Birthichaften verboten ift.

In welchen Bunkten wird nun das Bundesgeset Die gegenwartig bestehende Gesetzgebung modifiziren? Bas vorerft die Grunde bes Ausschlusses vom Stimmrechte anbelangt, so sind die sachbezüglichen Modifikationen im § 5 dieses Gejeges vorgesehen. In Zukunft wird der Entzug der burger=
lichen und politischen Rechte nur in Folge eines gericht: lichen, frimincllen oder forreftionellen Urtheile, in Folge Bevormundung wegen Berschwendung, Geisteskrankheit oder Blodfinn, in Folge felbst verschuldeten Konkurses bis auf 5 Jahre und endlich in Folge von dauernder, durch lieder-lichen Lebenswandel herbeigeführter Almosengenössigfeit, fo

lange biefe mabrt, ftattfinden konnen.

Es werben alfo bie Beltstager und bie Unterftugten nur bann vom Stimmrecht ausgeschloffen fein, wenn bie erftern ihren Geltstag und bie lettern ihre Almosengenössigkeit selbst verschulbet haben. Diese Modifikationen beziehen fich sowohl auf bas Stimmrecht in fantonalen, wie auf bassenige in Gemeindeangelegenheiten. Sobann enthalt bas neue Gefet in Bezug auf bas Bemeinbestimmrecht noch weitere Neuerungen: Der Bürger wird nicht erst vom 23., sondern schon vom 20. Jahre an stimmberechtigt sein. Die einfahrige Frist der Riederlassung oder des Aufenthalts wird für die Niedergelaffenen auf 3 und fur bie Aufenthalter auf 6 Monate rebu-

girt. Ferner wird Die Stimmberechtigung von ber Entrichtung einer Staates ober Bemeintefteuer unabhangig gemacht, und tonfequent mit dem Grundfate, daß Niemand das Stimm-recht in mehr als einer Ortschaft ausüben tann, wird basjenige der außer der Gemeinde wohnenden Grundeigenthumer

aufgehoben fein.

Dieß find die hauptfächlichsten Reuerungen, welche bas Bundesgeses vom 24. Dezember 1874 in der Gesetzgebung Des Rantons Bern einführt. Bestatten Gie mir, ben Berth Dieser Reuerungen zu prufen und zu untersuchen, ob sie einen wirklichen Fortschritt in sich schließen, ober ob sie, wie man behaupten mochte, eine bedenkliche Störung in unsere gesenwartige Staatss und Gemeindeorganisation zu bringen geeignet feien.

Man findet es junachft unrichtig, daß bas Befet ben Beltstagern und ben Unterftutten bas Stimmrecht gemabre, und jodann halt man bafur, es werde diefe Ausbehnung bes Stimmrechts unfere gegenwartige Organisation untergraben und in ben Gemeindeangelegenheiten Unordnung berbeiführen.

Untersuchen wir zunächst, wie es sich mit dem Geltstagern gewährten Stummrecht verhalt. Bisher hat man, so sprechen bie Gegner bes Gesetzes, es in der Schweiz und namentlich in der deutschen Schweis als einen Rechtsgrundfat angesehen, daß der Geltstag dadurch gebrandmarkt werden musse, daß man dem Geltstager die burgerlichen und politisichen Rechte entziehe. Diese Brandmarkung des Geltstagers sei eine rechtspolitische Institution von der höchsten Wichtigfeit, indem fie fur den Schuldner einen machtigen Sporn bilde, feinen Berpflichtungen in loyaler Beife nachzukommen; übrigens verdiene die große Mehrzahl ber Beltstager fein Mitleid.

Offenbar find biefe Grundfage allgu absolut und fteben mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Berhältniffen und ben beutigen Rechtsanschauungen nicht mehr im Ginklang.

Bekanntlich machten das römische und das alt-germanische Recht feinen Unterschied zwischen dem Strafrecht und bem Privatrecht. Der gablungsunfähige Schuloner wurde mit ber gleichen Strenge behandelt, wie der Berbrecher; das berühmte Befet ber swölf Tafeln gestattete ben Glaubigern, wenn fie nicht ganglich ichablos gehalten murden, über die Berfon ihres Schuldners zu verfügen, ja felbft ihn in Stude ju gerschneiben. Man ift von diesen Graufamteiten jurudgetommen. Immerbin ift und ein Reft Diefer Befetgebung eines frubern Beit-

altere geblieben. Die Rechtsentwicklung in allen civilifirten Staaten bat das Strafrecht vom Privatrechte forgfältig getrennt und gerabe in den letten Jahren ift die Gejetgebung in allen fortsichreitenden Staaten des Kontinents geschäftig gewesen, die letten Reste der ältern Anschauungen, wie 3. B. die Schuldshaft, zu beseitigen. Auch die politische Mundtodterklärung der Geltstager aber ist nun offenbar nicht Anderes als ein Nachflang jener altern Rechtsansichten. Auch fie muß baber fallen und damit jenes große Grundpringip des modernen Strafrechts allgemein durchgeführt werden, daß ohne Schuld

feine Strafe eintreten folle.

Das neue Geset will also, daß der Entzug der burger-lichen und politischen Rechte nicht mehr an das bloße Faktum des Geltstags geknüpft werde. Um in Zukunft den Gelts-tager mit dem Entzug der burgerlichen und der politischen Rechte bestrafen zu konnen, muß ihn eine Schuld treffen. Die Gegner des Gesets behaupten, daß die selbstverschuldeten Geltstage eine so große Mehrzahl bilden, daß man annehmen tonne, es liege Selbstverschuldung in allen Fallen vor. Bir unserseits muffen aber die Behauptung aussprechen, daß biese Ansicht eine durchaus irrige ift. Früher, wo die Existenz-bedingungen einfacher waren, wo der Bermögensverkehr mit größerer Sicherheit vor sich ging, wo die Landwirthschaft nabezu den einzigen Produttionszweig bilbete und Sandel und Industrie mit ihren weit unsichern Chancen noch wenig ent= widelt waren, fonnte man mit einigem Grunde fagen, jeder Beltetager fei ftrafbar und habe fein Unglud felbft verschuldet.

Allein bei der gegenwärtigen Entwidlung aller Berhaltniffe, bei ber gegenwartigen großen Geschaftsbewegung, wo ber Sturg eines einzigen großen Sandelshauses eine Menge anderer Fallimente nach fich ziehen kann, ift biefe Behauptung nicht mehr gerechtfertigt , und es ift kein Grund mehr vor-handen, um aus allen Geltstagern als folchen eine große Rlaffe

von Bariahs zu machen. Das Bundesgeset weicht auch in einem andern febr wichtigen Bunfte von den bisher ublichen Rechtsgrundfagen ab, indem auch in Folge felbstverschuldeten Geltstages ber Ausschluß vom politischen Stimmrecht nur auf eine beschrantte Beit, auf hochstens 5 Jahre, foll ausgesprochen werden konnen und nicht, wie es gegenwärtig der Fall ift, bis gur erfolgten

Rehabilitation.

Much Diefe Bestimmung ift nach meinem Dafürhalten burchaus gerechtfertigt. Es ift in ber That eine grelle Anomalie bes gegenwärtigen Rechts, daß forrettionell bestrafte Berfonen nach einer gewiffen Bahl von Jahren wieder in den Befit der burgerlichen Rechte treten, mahrend der vielleicht bloß leichtstinnige oder unvorsichtige unglückliche Geltstager zum beständigen Berluft dieser Rechte verdammt ift, wenn er nicht

Die Mittel findet, seine Gläubiger zu befriedigen. Bie man den vorliegenden Gestessentwurf angegriffen hat, weil er den Ausschluß des Geltstagers von den Wahlen und Abstimmungen auf eine gewiffe Beit beschrantt, fo befampft man ihn auch, weil er die nämlichen humanen Bestimmungen in Bezug auf die Unterstützten enthält.

Das hauptsächlichste Argument, welches man gegen diese Gesetzesbestimmungen geltend macht, besteht darin, daß man sagt, die Personen, welche von der Gemeinde unterstützt werben, find nicht so unabhangig , daß man ihnen das Stimm-recht gemahren konnte. Es fann aber nicht bestritten werden, daß auch andere Gefellschaftsflaffen in abhängiger Stellung fich befinden, ohne daß man ihnen bas Stimmrecht entriebt. Barum will man daher eine Ausnahme für die Unterftutten

machen?

Uebrigens moge man bedenken, daß feine praftische Befahr darin liegt, daß man Denen, die ohne ihr Berschulden verarmt find, das Stimmrecht gewährt. Es find ja die durch eigenes Berichulden Berarmten vom Stimmrecht ausgeschlossen; ferner find eine große Bahl ber Unterftugten Golche, Die wegen Geistesschwäche unterftüt werden und die demnach als Beistestrante oder Blobfinnige ebenfalls vom Stimmrecht ausgeschloffen find. Es bleibt baber nur eine fleine Bahl von Armen, benen bas neue Gefet zu ftatten fommt, und welche die Wage sicher weder nach der einen noch nach ber andern Seite finten zu machen vermogen. Uebrigens frage ich Sie, meine Herren, schließt benn die Durftigkeit nothwendigerweise auch die Unwurdigkeit in sich? Rein; benn nicht bas Bermögen ift es, mas uns eine Garantic fur ben Charakter eines Menschen gibt.

Wenn wir nun untersuchen, wie fich bas Gefet in Bezug auf die Stimmberechtigung in Bemeinteangelegenheiten verhalt, so sehen wir, daß es folgende Neuerungen aufstellt: Es bestimmt, daß der Burger bereits im 20. Jahre stimmtfahig sei, daß die Stimmberechtigung schon nach einem Aufstatel enthalt von 6 Monaten oder nach einer Riederlaffung bon 3 Monaten in der Gemeinde eintrete, und es macht das Stimmrecht nicht von ber Bezahlung einer Steuer abhängig. Es führt baher in ber Gemeinde ungefahr bas ein, mas im

Staate feit der Berfaffung von 1846 befteht.

Ift nun aber die Gemeinde ihrer Natur und ihrer Organisation nach so verschieden von dem Staate, daß Dasjenige, mas für ben lettern als gut und nutlich anerkannt wirb, nicht auch in ber Gemeinde eingeführt werden kann? Ich glaube es nicht. Ich glaube im Gegentheil, der Zweckund die Aufgabe des Staates und ber Gemeinde seien durchaus identisch; nur in Bezug auf den Umfang und die Ausdehnung ihrer Thätigkeit besteht eine Differenz. Aufrechthaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit, Förderung der allgemeinen Wohlfahrt in intellektueller und in materieller Beziehung, dieß ift die Aufgabe, welche Staat und Bemeinbe, jedes in feinem Rreife, ju er=

Benn alfo in Staatsangelegenheiten, wo weit hohere und wichtigere Ausgaben zu beschließen find, das Stimmrecht in einer fehr weiten Ausdehnung exiftirt, fo foll man nach meinem Dafurhalten nicht einen fo engen Magitab anlegen, fobald es fich um die Gemeinde handelt, beren Birtungstreis fehr beschränft, beren Budget ein viel bescheideneres ift 2c.

uebrigens haben die Liberalen des Kantons Bern schon seit längerer Zeit an der Verwirklichung dieses Gedankens gearbeitet. So hat im Jahr 1852, als der verstorbene Herr Blosch in den verschiedenen Kantonstheilen zur Besprechung seines Entwurfes eines Gemeindegesetzes Versammlungen verschieden. anstaltete, herr Nationalrath Bugberger mit großer Berebt = famteit ju Gunften Diefes fortschrittlichen Grundfages gefprochen. Ich verzichte ungern darauf, Ihnen die hervor-ragenoften Stellen feiner fraftigen Rebe, wie diefelbe im Brotofoll der Bersammlung wiedergegeben ift, vorzulesen. Mit Unrecht behauptet man auch, daß Derjenige, der keine

Steuer bezahlt, also ber Arme, an einem geordneten Gange der Gemeindeverwaltung kein Interesse habe. Ist er nicht ebenso gut wie der Reiche an den Fragen der offentlichen Unterstützung, der Bormundschaft, der Schule und der Polizei

dirett betheiligt?

Man konnte fruher mit einigem Rechte fagen, daß der Burger, welcher an den politischen Bersammlungen Butritt hatte, von den Bemeindeversammlungen ferne gehalten werden könne, indem man fic, in den erstern Bersammlungen nur mit Bahlgeschäften befasse, während man in den letzern einen thätigen Antheil an den Berwaltungsangelegenheiten nehmen musse. Dieses Argument hat aber jeit der Einführung bes Referendums feinen gangen Berth verloren. Seither haben fich die politischen Berfammlungen nicht mehr bloß mit Bahlen zu befaffen, fondern fie haben auch über Befete von großer Tragweite abzustimmen und Beschluffe von hober Bichtigfeit zu faffen. Dan hat daher heute teinen Grund mehr , Das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten anders regliren zu wollen, als das politische Stimmrecht. Wenn sodann die durch das neue Bundesgeset herbei-

geführten Reuerungen im Ginzelnen durchsprochen werben follen, fo scheint vor Allem die Borschrift, welche das stimm= fabige Alter auf 20 Jahre bestimmt, nicht auf großen Wider= spruch zu stoßen. Man begreift allgemein, daß die Grunde, aus welchen man das politische Stimmrecht mit dem 20. Jahre eintreten ließ, auch dafür sprechen, dieses Alter für den Gintritt bes Stimmrechts in Gemeindeangelegenheiten anzunehmen. Uebrigens wird mahricheinlich bie Bunbesgefengebung auch in Bezug auf ben Gintritt ber Bolljabrigfeit bestimmen, daß Diefelbe mit bem gurudgelegten 20. Altersjahre gu beginnen

Prüfen wir nun die weitere Frage, wie es sich in Bezug auf die Zeit verhält, während welcher Einer in der Gemeinde wohnen muß, um das Stimmrecht zu erwerben. Für die Niedergelassenen ist diese Zeit auf 3, für die Aufenthalter auf 6 Monate festgesett. Zunächst muß ich hier daran er-innern, daß die Frist, während welcher der Niedergelassene das Stimmrecht nicht genießt, bereite in der Bundesverfaffung felbft figirt ift, und daß diefe Frift daher nicht mehr in Frage

gefett werden fann.

Bas die sechsmonatliche Frist für die Aufenthalter betrifft, so lege ich Gewicht darauf, zu konstatiren, daß eine starke Tendenz auf Abkürzung dieser Frist sich schon in unserer gegenwärtigen kantonalen Gesetzgebung kundgibt. Das Ge-meinbegeset von 1852 hat eine Frift von 2 Jahren aufgestellt; das gegenwärtig in Kraft bestehende Geset vom 26. August 1861 reduzirt sie auf 1 Jahr. Es muß daher als ein Fortschritt bezeichnet werden, wenn man, wie es das Bundesgeset thut, in bem angegebenen Sinne weiter geht und eine Frift von 6 Monaten aufstellt. Uebrigens genügt biefe Frift vollkommen; einerfeits macht fie es ben neu in die Bemeinde Bezogenen möglich, fich mit den Berhaltniffen berfelben hinreichend bekannt zu machen; benn wer fich in 6 Monaten in einer Gemeinde nicht orientiren fann, wird bieß nie zu thun vermögen; anderseits ift biefe Frift lang genug, um Diefenigen von ber Theilnahme an ben Berfammlungen auszuschließen, welche in der betreffenden Bemeinde nur einen vorübergehenden, furzen Aufenthalt machen wollen; diese Bersonen werben sich denn auch selten langer als 6 Monate in einer Ortschaft aufhalten.

Gine antere Reuerung, welche lebhaftere Befürchtungen wachgerufen hat, besteht darin, daß in Bukunft die Stimm-berechtigung nicht mehr von der Leistung einer Steuer ab-hangig gemacht werden kann. Was diese Neuerung betrifft, fo haben bie Gegner bes Gefetesentwurfes bie Bufunft unferer Gemeinden mit den foredlichften Farben gemalt. Man hat behauptet, die Bemeindeverwaltung murbe fich bann in ben Sanden einer flottanten Bevolferung befinden, Die fich nicht um das Wohl der Gemeinde befummere, Diese Bevolferung werbe die Ginfunfte der Gemeinde in unfinniger Beife verschwenden und Ausgaben auf Ausgaben auf Untoften ber Steuerzahlenden, b. h. ber ansäßigen Bevölkerung befretiren. Man hat sogar das Gespenst ber "Internationale" heraufbe-

Diefes Gemalbe ift allgu bufter. Es wird mir nicht fcmer fallen, dieß nachzuweisen. Die fozialen Buftande unferes Landes geben uns die beste Garantie, daß diese Befürchtungen sich nicht verwirklichen werden. Man würde wirklich einen großen Grithum begehen, ju glauben, die Bevolkerung unferes Kantons zerfalle in zwei in politischer und fozialer Beziehung gang getrennte Rlaffen, in die große Rlaffe ber Befithlofen und in die weit kleinere Rlaffe ber Befithenden. Burde bieß fich wirklich fo verhalten, fo wurde ber Ausschluß ber Armen vom Stimmrecht gewiß nicht genugen, um die Befigenden gu fcugen, die robe Gewalt wurde bald an die Stelle ber gefeglichen Gewalt treten und die Republik wurde ihrem Ruine

entgegengehen.
Rein, eine so tiefe Spaltung zwischen den Besitzenden und den Besitzlofen existirt in Wirklichkeit nicht. In den Gemeinden wie im Staate beruht die Bildung von Parteien auf gang andern Urfachen. Dieß geht flar aus dem Umftande hervor, daß biefe Bevolterungsflaffe, welcher man ihr Stimm= recht in ben Gemeindeangelegenheiten fo fehr bestreitet, diefes nämliche Recht ohne irgend welchen Rachtheil ausubt, wenn es fich um fantonale Angelegenheiten handelt, in Bezug auf welche die Ausübung dieses Rechtes doch weit gefährlicher scheinen sollte. Ueber den Gemeinden steht ja immer noch die Regierung mit ihrem Aufsichtsrechte, welche den Rechten der Minderheiten Geltung verschaffen und diese lettern gegen unbillige und versechliche Beschlüsse der Wehrheiten schüben fann, während, wenn das Bolt in kantonalen Angelegens haiten ginen Reschlus gekollt bet der Vergegen fann Welchlus gekollt hat der Vergegen fann Amgelegens heiten einen Beschluß gefaßt hat, bagegen feine Appellation möglich ist.

Und fage man ba nicht etwa, daß ber alte Sat "Wer Und sage man da nicht etwa, daß der alte Sat "Wer zahlt, der besiehlt" hier mehr als anderswo seine Anwendung sinde! Der Arme, welcher weder Bermögens- noch Ginkommenteuer bezahlt, hat gewiß ein eben so großes Interesse wie der Reiche, daß gute Schulen existiren, daß die Polizei gehörig ausgendt werde zc. Ich meinerseits behaupte, daß, wenn der bekannte Sat "Wer zahlt, der besiehlt" in einer Gelboligarchie vollkommen am Platze ist, er in der Gemeindeverwaltung eines demokratischen Landes durchaus übel angebracht ist. Uebrigens mögen Diesenigen, welche den Grundsat, daß einem Nechte immer eine Psicht gegensüberstebe. so strenge aufrecht erhalten wollen, nicht aus dem überstehe, so strenge aufrecht erhalten wollen, nicht aus bem Muge verlieren, bag in ben meiften Landgemeinden die Burger, welche feine Gemeindetellen in baar entrichten fonnen, gleich= wohl an die öffentlichen Laften burch Gemeindewerke, wie 3. B. für ben Unterhalt ber Wege, ferner burch ihre Theil-nahme an ber Feuerwehr 2c., bas Ihrige beitragen.

Ich schließe. Wan hat einst und zwar mit vielem Rechte Die Gemeinde Die "Brimarschule ber Freiheit" genannt. Benn aber Die Gemeinde Die Aufgabe erfullen will, Die ihr nach diesem Worte zukommt, so muß sie allen Bürgern ohne Unterschied des Standes und Bermögens die aktive Theilnahme an ihren Geschäften ermöglichen.

Dieß nun ift, meine Berren, ber 3med bes Bundesgefetes über die Stimmberechtigung der Schweizerburger. Diefes Geset gibt, vergeffen wir es nicht, den Grundfagen der Freisheit und Gleichheit eine festere Beihe. Bie mein Kollege, Gerr Teuscher, empfehle ich Ihnen lebhaft das Geset zur

Lindt. Als Mitunterzeichner bes Aufrufes jur Betheiligung an ber Referendumsbewegung betreffend bas Gefet uber bas Stimmrecht ber Schweizerburger und bas Gefet über ben Civilftand und die Ehe halte ich es fur meine Bflicht, die Unficht der Unterzeichner der Betition hier zu vertreten und nach besten Kraften zu vertheidigen. Ich halte bieß um fo mehr fur meine Pflicht, als, wie wir aus ben dieß um so mehr für meine Pflicht, als, wie wir aus den beiden vorhergehenden Boten entnommen haben, die Regierung die angesochtenen Gesetze warm empsiehlt. Ich habe mit großem Interesse die beiden Borträge angehört, und es hat mich gefreut, daß die beiden Redner die Angelegenheit so ruhig und sachlich behandelten, während die öffentliche Kritik vielsach einen Ton gegenüber der Referendumsbeswegung anschlug, daß man hatte glauben sollen, es handle sich um eine eigentliche Revolution, die man von der andern Seite mit allen Kräften niederschmettern musse. Wir haben nichts Anderes gethan als ein verkassungsmäßiges Recht in nichts Anderes gethan, als ein verfaffungsmäßiges Recht in Anspruch genommen, damit bie beiben Gefete, beren Folgen wir als verberblich fur unfer Land ansehen, dem Bolte vor= gelegt und uns baburch Belegenheit gegeben werbe, bagegen zu stimmen. Die beiden Gesetze greifen so tief in die Familie, in die Gemeinde ein, daß es gerechtfertigt ist, wenn man dem Bolte Gelegenheit gibt, darüber zu Gericht zu signe und zu erkaren, ob es sie als seine Richtschnur ans nehmen wolle ober nicht.

Man fonnte vielleicht auch die Unficht verfechten, gehöre die Behandlung dieser Frage nicht in den Schooß des Großen Rathes. Die Angelegenheit gehört nicht in den Reffort unserer Behörde, fondern ist den eidgenösstichen Rathen anheimgestellt. Ich bin indessen weit davon entfernt, die Diskussion irgendwie verhindern zu wollen. Es wurde mir dieß ja nichts nügen, ich din im Gegentheil froh, daß uns auch im Rathsaale Gelegenheit geboten ist, unsere Ansicht zu vertheidgen, vielleicht einige Behauptungen, welche der Berwerfung der Gesetz gegenüber gestellt werden, zu ent-kräften und Ihnen wenigstens die Ueberzeugung beizubringen, bag auch wir, wenn wir die Gefete berwerfen, dabei nur bas Bohl bes Baterlandes im Auge zu haben glauben.

Bur Sache selbst übergebend, bemerte ich zunacht, daß die beiden Gesehe nicht vollständig im Ginklang mit der neuen Bundesverfassung stehen. Das Stimmrechtsgesetz läßt ben § 47 dieser lettern vollständig außer Acht, welcher einem Gefete zur Feststellung des Unterschiedes zwischen Nieder= laffung und Aufenthalt ruft. Die Definition dieser beiden Begriffe follte dem Stimmrechtsgefet zu Grunde gelegt werden. Beil man diefen Bunkt nicht beachtete, so beging man den Miggriff, die beiden Rategorien nicht gehörig auseinanderzu-halten. Man glaubte, den in der Natur der Sache begrunbeten Unterschied burch eine gang unerhebliche Differeng von

wenigen Monaten regliren zu konnen. Was bas Gefet über Civilstand und Che betrifft, fo finden wir in der Bundesverfaffung die Bestimmung: "Das Recht zur Che steht unter dem Schutze des Bundes." Es ist in meinen Augen eine schone Errungenschaft der Berfaffung, baß keinem Burger in ber Eidgenoffenschaft, wie es hier und ba vorgekommen ift, das menschliche Recht zur Che aus nich= tigen Grunden und Borwanden entzogen werden kann, und

gewiß hat jeder billig benkende Mann diesen Artikel der Bundesverfassung freudig begrüßt. Wenn man aber aus dem Schut der Ghe plöglich ein eingehendes Ehegeset macht, so sieht dieß in meinen Augen einem salto mortale gleich; man schießt da über das Ziel hinaus. Man könnte den Schut der She in anderer Weise sichern, als durch den Erlaß eines eigentlichen Stegesetz, durch welches man sogar in die Kanstonalsouveränetät eingreift. Diese ist durch die neue Bundesverfassung bereits erheblich geschmälert worden, daß man aber im ersten Geseeln in den Hafen der eigenössischen Kentralisation einlausen wollen, ist etwas weit gegangen. Man hätte der Partei, welche damit nicht einverstanden ist, mehr Berücssichtigung schenken können, nachdem die neue Bundesverfassung nur dadurch in's Teben gerufen werden konnte, daß man sich gegenseitig verständigte, und daß zwischen den Föderalisten und den Centralisten ein Kompromiß abgeschlossen wurde.

Ich will nicht auf die einzelnen Baragraphen der Gefete eintreten, indem ich glaube, daß Sie dieselben hinlänglich kennen. Ich will mich nur auf einige Hauptmomente beschränken. Wenn die Herren Berichterstatter des Regierungs-rathes betont haben, es seien die gegen das Gesetz ausgesprochenen Befürchtungen allzu duster, so habe ich dagegen aus den Boten der Borredner den Eindruck erhalten, es sei von ihrer Seite Alles viel zu rosig dargestellt worden, und sie haben den der innersten Ueberzeugung entsprungenen Ginwurfen zu wenig Berücksichung miderfahren lassen.

In bem Stimmrechtsgesetze ift jedem Schweizerburger bas Recht eingeraumt, in kantonalen Angelegenheiten nach brei und in Gemeindeangelegenheiten nach sechs Monaten zu stimmen. Der § 5 dieses Gesetzes enthält die Bestimmungen über ben Ausschluß vom politischen Stimmrecht. Wenn man diese Bestimmungen genau in's Auge faßt, so macht es Einem den Eindruck, als ob man in eidgenössischen Kreisen darüber erschrocken sei, daß man es gewagt, noch irgend einen Ausschluß zu beantragen; benn in jeder Ausschlußbestimmung

finden wir wieder eine Menge Musnahmen.

Durch ben Umftand, bag ploglich alle Beltstager, alle Unterftugten in bas Stimmrecht nicht nur bes Rantons, fondern ber Bemeinde eingefest werden, wird ein ganges Beer von neuen Stimmfähigen in biefe Berfammlungen hineinge= worfen. Glauben Sie, daß ber Ginflug biefes Beeres fur ben Staat und fur die Gemeinde ein gesegneter fein werde ? Man befürchtet bas Gegentheil, weil ein großer Theil biefer neuen Stimmberechtigten nicht auf eigenen Fußen fteht. Es ift aber gerade im Kanton Bern von jeher eine Chrensache gewesen, gu fagen, baß bei ben Abstimmungen bie Stimme nur Dem gebühre, der ehrenfähig sei, auf eigenen Füßen stehe und bewiesen habe, daß er selbst ein ordentlicher Haushalter ist. Es ist allerdings traurig, daß es Geltstager gibt, die vielleicht ohne ihr Verschulben in's Ungluck gerathen sind. Man möchte es ihnen herdlich gerne gönnen, daß sie ihres Stimmrechtes nicht verluftig waren, allein gerade Diese Gefete beweisen, wie schwierig es ift, einen richtigen Unterschied zwischen Berfculben und nichtverschulben aufzustellen. Und wie viel fchwieri= ger wird fich die Sache erft in der Bragis machen! Es heißt, der Richter muffe entscheiden, ob ein Berschulden vorhanden sei oder nicht. Es können aber die Fehler, welche schließlich einen Geltstag herbeiführen, sich durch Jahre hindurch ziehen. Wird da nun der Richter Allem nachspuren können? Dieß ist undenkbar, und die Prazis wird herausstellen, daß jeder Geltstager mitftimmen fann. Ueberhaupt ift ba bie Kontrole eine außerft fcmierige, und merkwurdigerweise ftimmt auch hier ein Baragraph der Verfassung nicht mit dem Wortlaut des Gesetzes überein. Nach der Verfassung soll Derjenige, welcher das Stimmrecht verlangt, sich über seine Berechtigung ausweisen, nach dem Gesetze aber soll die Behörde dem Betreffenden beweisen, daß er bestraft sei u. s. w. und somit nicht stimmen tonne. Gine folche Borichrift macht es geradezu unmöglich, einen Ginfpruch zu erheben. Run widerstreitet es dem Boltsegefühle und namentlich dem innersten Bernergefühle, daß in Gemeindssachen Diejenigen mitstimmen können, welche sich selbst als schlechte Haushalter erwiesen haben, und daß Diejenigen das Gemeindsvermögen verwalten und darüber versfügen belfen können, welche aus demselben unterstützt werden. Siner so tief eingewurzelten leberzeugung sollte mehr Ruck-

ficht getragen werden.

Der Herr Berichterstatter hat auf das Beispiel der Städte Genf und Basel hingewiesen und gesagt, wir haben auch im Kirchengesetz eine solche Bestimmung. Allein Genf besindet sich in exceptioneller Stellung und kann nicht als Beispiel dargestellt werden gegenüber allen andern Schweizerstädten, welche diese Einrichtung nicht haben, und die wahrshaftig auch floriren. Man wird, weil Genf florirt, nicht behaupten wollen, alle andern Städte, die auf dem Boden Bern's stehen, seien unglücklich und haben keine schöne Geschichte hinter sich. Was Basel betrifft, so müssen dort erst noch Ersahrungen gesammelt werden; denn dort erst noch Ersahrungen gesammelt werden; denn dort ist die Einrichtung noch neu. Wenn diese Ersahrungen günstige Resultate liesern, wenn auch andere Städte die Einrichtung mit Ersolg eingeführt haben, so werden wir uns auch nicht länger sträuben. Auch die bezügliche Bestimmung des Kirchengeses ist neuern Datums und hat ihre Probe noch nicht bestanden. Es sind da nur noch provisorische Zustände und die konsolieiten Zustände müssen kirchensussersammlung us seiner religiösen Ueberzeugung zu stehen, seinen Pfarrer zu wählen, kleine Reparaturen an der Kirche zu beschließen, oder aber in der Gemeindeversammlung über das Gemeindsvermögen zu disponiren und diese oder sene großartige Unternehmung hervorzurusen.

Das größte Bebenken in Betreff ber Geltstager und der Armengenösstigen ist aber nicht so durchschlagend, wie das weitere Bedenken, daß nun auf einnmal noch ein zweites Heer, eine Anzahl von Elementen in die Semeinde geworfen wird, welche bis dahin im Gemeindehaushalt nicht mitgewirkt haben. War es ein Unrecht, daß bisher die Aufenthalter in der Gemeinde nicht mitstimmen konnten? Die Aufenthalter sind ein wandelndes Element, in dessen han das Schicksal der Gemeinde nicht legen kann, ohne diese einer großen Gesahr auszusehen. Diese Leute, welche heute hier, morgen dort sind, werden sich nicht so mit der Gemeinde identisiziren, sie werden nicht das tiese Interesse an dem Wohl und Wehe der Gemeinde haben, wie die haushäblich niedergelassenen Bürger. Es ist gegen die menschliche Ratur, daß junge Leute von 20 Jahren, die noch in ihrer Berufsbildung begriffen sind, sich in die Verhältnisse, in das eigentlichepulsirende Leben einer Gemeinde hineinarbeiten werden, die sie bald wieder zu verlassen gebenken und der sie nicht ihre Kraft widmen wollen. Auch ältere Arbeiter werden sich nicht die Mühe geben, sich da hineinzuarbeiten und die Bedürsnisse der Gemeinde zu

prufen.

Diese slottante Bevölkerung kann nun sehr leicht irre geführt werden, weil sie nicht mit der Gemeinde lebt, nicht mit ihr verwachsen ist. Diese Frage ist namentlich von Wichtigkeit, wenn man bedenkt, daß in jeder größern Gemeinde von Tag zu Tag neue Bedürfnisse auftauchen, daß auf der andern Seite die Agitation sehr leicht ist, indem die Arbeiterbevölkerung verschiedene Gentren hat, von wo auß sie leicht bearbeitet werden kann. Ich danke dem Herr Berichterstatter bes Regierungsrathes, daß er zugegeben hat, daß man in sozialer Beziehung in dieser Richtung arbeiten kann, und daß er eine soziale Abhängigkeit zugestanden hat. Daß kann eben benutt werden und Anlaß dazu geben, daß die Gemeinden in wichtigen Angelegenheiten, wo es sich nicht nur um einige hundert Franken, sondern um Millionen handelt, förmlich

überrumpelt werden. Gine folche flottante Bevolkerung fturgt vielleicht eine Gemeinde in eine Schuldenlaft, Die fie erdructt; fie aber nimmt barauf ben Banberftab gur hand, um nach feche Monaten in einem andern Kanton, in einer andern Gemeinde die gleiche Bescheerung zu hinterlaffen. Dieses Bild finden Sie vielleicht etwas draftisch, allein es ist möglich, es fann eintreten, und unfere Wahlbewegungen haben ichon bewiefen, daß die Möglichkeit vorhanden ift. Wird ein folches Damoflesschwert über die großern Gemeinden aufgehängt, jo ist eine ruhige, eine bewußte Berwaltung der Gemeinde uns möglich; sie sind vom Augenblide an der Gefahr ausgesetzt, daß mit Allem, was in der Gemeinde bis dahin als Regel galt, und namentlich mit foliden Berwaltungsgrundfagen gründlich aufgeräumt wird.

Da tritt bann auch die große Gefahr an die kleinen Gemeinden beran. Man glaubt vielleicht, es fei fur die Landgemeinden ziemlich gleichgültig, ob das Gejeg augenommen werde oder nicht, da es nur großere Gemeinden betreffe. Benn aber die großen Gemeinden ruinirt und in ihrer Goli= bitat nicht nur in finanzieller Beziehung, jondern auch in Bezug auf die Führung der Berwaltung, in ihren Inftitutionen felbst erschüttert werden, so wird dieß einen Rudschlag auf das ganze Land ausüben. Wenn Sie aber die Gemeinden, die Basis eines gesunden Staatslebens, erschüttern, so wird

der ganze Organismus erfranten.

Es ift ferner hervorgehoben worden, es fei ein Bortheil für die bekanntlich zahlreich in andern Kantonen vorhandenen Berner, wenn fie dort durch diefes Gefet gewinnen. Tausche man sich in dieser Beziehung nicht. Bas wir bei folchen Aufenthaltern nicht lieben, das wird man auch in ben Gemeinden anderer Kantone nicht gerne 3ch für mich wurde vorziehen, daß man unfere Berner, wie bisher, wegen gewiffer Tugenden, die man ihnen nachrühmt, Fleiß, Treue 2c., in andern Gemeinden mit offenen Armen freundlich empfangen und ihnen Berdienft und Arbeit geben, als daß man fagen wurde: wir wollen die Berner nicht mehr; fie wollen fich in unjere Gemeinden einmischen und uns befehlen. Sie wiffen aber, wie man namentlich in den französischen Rantonen sehr eifersuchtig auf die Gemeinde= jouveranetat ift, und daß man gerade vom Berner nicht viel vertragen mag. Wenn es dem Berner in den frangofischen Kantonen wohl fein foll, fo thut er beffer, er trete bescheiden

auf und befehle nicht, soweit ihm dieß nicht zusteht. In Betreff des Gefetes über die Feststellung des Civilftandes und die Che muß ich vor Allem aus hervorheben und erklaren, tag von unferer Seite die Civilehe nicht angefochten wird, daß wir fie im Wegentheil frank und frei accep= tiren. Rachdem bie Glaubens- und Gemiffensfreiheit - mochte man biefe nur nach allen Richtungen gehörig bandhaben — proklamirt worden ist, ware es merkwürdig, wenn man Jemanden, der nicht zur Kirche gehört, zwingen wurde, in derselben taufen und kopuliren zu lassen. Ein solcher Zwang darf nicht vorkommen. Wird das vorliegende Gefet verworfen, jo muß ein allfälliges zweites ebenfalls die Civilehe enthalten, und wir werden bann gleichwohl dazu ftimmen, wenn es im Uebrigen zu unferer Befriedigung ausfällt.

Das Gesetz enthält aber noch eine Menge anderer Artifel, bie mir nicht gefallen. Was mich grundsählich am meiften ftogt, ift die Wahrnehmung, daß die leichtfertigen Ghen im hochsten Grade durch das Gesetz begunftigt, daß die Jugend gleichsam aufgemuntert wird, frubzeitig, bevor fie felbfiftandig ift und bie nothigen Erfahrungen befigt, Beiraten einzugeben. Es ftößt ferner, daß die vaterliche Autorität so vollständig beseitigt worden ist, daß dadurch unumganglich ein fataler Einfluß auf das Familienleben ausgeubt werden muß. Wenn es in's Bolksbewußtfein bringt, daß man im 20. Jahre bei= raten kann, ohne ben Bater zu befragen, so ist zu befürchten, baß badurch nach und nach eine Zerrüttung bes Familien= lebens entstehen werbe, was höchst verberbliche Folgen haben

mußte, indem die Familie die Grundlage eines gefunden Bemeinde= und Staatslebens ift.

Auch die Che von Unterftutten wird durch das Gefes in unbegreiflicher Beife erleichtert. Armengenoffige, Rotharme tonnen in Butunft fich ohne irgend ein hinderniß trauen laffen. Unfere Gemeinden im Ranton find mahrhaftig schon so gesegnet mit der Armenlast, daß es Einen schaudert, wenn man bedenkt, wie es dießfalls in Zufunft in dieser Hinsicht aussehen wird. Bir wollen uns doch wahrhaftig nicht nachsagen lassen, daß der Kanton Bern ein großer Armenspital fei.

Man wird einwenden , das Gefet ftelle da ein Bentil auf, indem es dauernde Armengenöstigkeit und leichtfertigen Bebensmandel ausschließe. Es find dieß aber Begriffe, welche, wenn das Gesetz in seinen Grundsägen zu lag ift,

nicht gehandhabt werden konnen. 3ch mache ferner barauf aufmerkjam, daß die Beiftlichen von der Führung der Civilftanderegifter ausgeschloffen find, mabrend die Botschaft zum Kirchengeset fich ausdrücklich babin aussprach, daß auch die Geiftlichen als Civilstandsbeamte sollen gewählt werden konnen. Mit diefer Buficherung in der Botschaft ist manchen Gemeinden ein Stein vom Herzen gefallen. Run aber schließt man die Geistlichen aus. Und warum? Wegen der katholischen Pfarrer. Ob in Zukunft die zahlreichen Beamten, welche aufgestellt werden muffen, um die Geistlichen zu ersetzen, die Civilftandsregister mit der gleichen Sorgfalt und Musterhaftigkeit führen werden, nuß durch die Erfahrung festgestellt werden. Bir wollen es hoffen, allein wer Gelegenheit hatte, Die gegenwartige Gemiffenhaftigkeit und genaue Arbeit zu feben, wird vielleicht den Ropf schütteln und bezweifeln, ob wir auch in Bukunft biefe Genauigkeit in ber führung ber Civilftanderegifter haben werden. Budem labet man da wieder eine schöne Laft auf bie Gemeinden ab; Diefe muffen ein ganges Beer neuer Beamten honoriren und falariren. Man hat davon gesprochen, große Kreise zu machen. Da wird aber ber Burger in hohem Maße belästigt, indem er, um zum Civilstandsregisterführer zu gehen, eine weite Reise unternehmen muß. Ich halte es für sehr fatal, daß man den protestantischen Geistlichen in unserm Kanton die Besorgung Dieser Beschäfte nicht mehr übertragen will.

Die beiden Gefete haben im gangen Ranton bei fehr warmen, erfahrenen, erprobten Baterlandsfreunden die schwersten Besorgnisse erregt. Man konnte Ihnen eine ganze Blumen-lese vorlegen von Aeußerungen aus dem tiefften Berzen, von Meußerungen der größten Bekummerniß, mas aus der Fa-milie, aus der Gemeinde, aus dem Ranton werden folle, wenn in Diefer überfturgenden Weife Befete gemacht und bem Bolfe

oftropirt werden.

Ich bin überzeugt, daß die beiden Gefete von unferm Bolte glangend verworfen murben, wenn es nicht gelungen mare, Elemente, Die ben Wefegen fremd find, mit in die Berathung, in das Urtheil hineinzumischen und Befürchtungen zu erwecken, die das flare, ruhige, besonnene Urtheil über Die Gesehe felbst truben. Man will das Bolt glauben machen, es ftehen diese Gefete im engften Bufammenhange mit ber Bundesverfassung und werden eine Stütze berselben bilden. Ich glaube, man tausche sich in biefer Beziehung. Unsere Bundesverfassung muß auf festern Füßen stehen, als daß man sie durch eine solche Kritik zweier einzelnen Gesetze ers schüttern könnte.

Im Gegentheile: ubt bas Bolt eine freie Kritif über bie beiden Befege aus, verwirft es fie fogar, fo wird badurch die Berfaffung eher gestärft, indem bewiesen wird, daß fie eine folche Kritit gut ertragen fann. Dieß ftartt bie Bundes= verfaffung mehr, als wenn man jede Ructsichtnahme auf

Underedenkende von der Band weist.

Run kommt aber noch ein letter, gewaltiger Trumpf: man fagt, burch bie Berwerfung bes Wefeges leifte man bem Ultra-montanismus Borfchub. 3ch glaube, es werbe bem Ranton

Bern jum großen Schaben gereichen, wenn er bei jeber Belegenheit, bem Kampf mit bem Ultramontanismus zu lieb, Gefete annimmt, Die er in feinem Innersten nicht als zu-träglich erachtet. Wenn wir uns Gefete ichenten, Die nicht fur und paffen, fo legen wir une felbft eine Buchtruthe auf, und wenn wir uns dadurch ftrafen, wer anders wird bann die Schadenfreude haben, als Rom? Der Rampf mit bem Ultramontanismus soll unentwegt seinen Fortgang nehmen, allein nicht in ber Weise, bag wir Gesetze aufstellen, Die so große Rachtbeile fur uns herbeiführen.

Die Schweiz hat sich Achtung errungen hauptsächlich durch die Solidität, die Ordnungsliebe, den Thätigkeitssinn, die Besonnenheit ihrer Bewohner, durch den geordneten Haushalt der Familie, der Gemeinde und des Staates. Tragen wir zu biesen Grundpfeilern unferer Selbstftandigfeit, unferes Staates die nothige Sorgfalt, und nehmen wir nicht Befete an, die offenbar an Ueberfturzung und Uebertreibung leiben, und die uns in hohem Grade in unferen Familien und Bemeinden gefährden muffen. Ich hoffe zuversichtlich, die Befebe werden vom Bolte verworfen werden.

Bum Schluffe erlaube ich mir, den Antrag zu ftellen, es mochte der Große Rath von einer Abstimmung Umgang nehmen. Es ware dieß ein Bersuch, auf das Bolt einen Druck, einen Zwang auszunben und es in seiner freien Stimmgebung zu bevormunden. Jeder Burger im Kanton foll frei und felbstständig zu feiner Unsicht fteben durfen und nicht durch diese oder jene Kundgebung der Behorde irgendwie beeinflußt werden.

Brunner, Fürsprecher. Ich bin froh, daß herr Lindt das Wort in dieser Frage ergriffen und für Diejenigen gessprochen hat, welche die Gesetze verwerfen wollen. Er hat es mit vieler Sachlichkeit und mit allen Gründen gethan, welche, wie ich glaube, für die Berwerfung in's Feld geführt werden können. Indeffen wird es herr Lindt mir nicht übel nehmen, wenn ich in dieser Angelegenheit einen andern Standpunft einnehme, und zwar einen Standpunft, den ich in Bezug auf das eine Gefet mit allen meinen 26 Kollegen in ber Bundesversammlung und in Bezug auf das andere Gefet mit 24 derfelben theile. Man fann annehmen, es feien die beiden Gesethe gewiß auch bort genau untersucht worden, und wenn unter ben Bertretern bes Rantons Bern in ber Bundesversammlung sich einige befinden, die vielleicht etwas scharf vorwärts drängen, so haben wir auch solche, die eher etwas jurudhalten. Schon dieser Umstand zeigt, daß man nicht überall biefe außerorbentlichen Befürchtungen hatte, Die wir heute aussprechen horten.

3ch frage aber: auf welchen Standpunkt haben fich bie Mitglieder der Bundesversammlung gestellt, als sie zu der beiden Gesehen stimmten? Haben ste gesagt: wir muffen untersuchen, ob die Gesehe uns Paragraph für Paragraph gefallen, ob auch wir sie gerade so gemacht hätten—? Nein, auf diesen Standpunkt konnten sie sich nicht stellen. Zunächst fiten 27 Berner in der Bundesversammlung, und man kann da fagen : tot capita, tot sensus, so viel Ropfe, so viel Sinne. Außer Bern find aber noch 21 andere Kantone in der Bundes= versammlung vertreten, und es ift natürlich, daß alle diese Bertreter Die Sache verschiedenartig auffaffen. Alle biefe Auffaffungen muffen unter Ginen But gebracht werden, und thut man dieß nicht, so wird man nie bazu gelangen, ein eidgenösstsches Gefetz zu erlaffen.

Ich erinnere baran, daß man auch in der Bundesversfaffung, als sie hier behandelt wurde, Manches fand, das Einem nicht recht gestel, als man sich aber fragte, was das Endergebniß sei, so fand man, es sei die Berfassung anzu-nehmen. Als es sich nun um die Ausführungsgesetze han-belte, mußte man sich auch da auf den Boden des Kompro-misses stellen. Man hat gesehen, wie in der Bundesver-sammlung ganz konservativ Gesinnte mit großer Energie die Befeitigung aller Schranken bes Stimmrechts befurmorteten und nicht begreifen fonnten, wie man die Beltstager vom Stimmrecht ausschließen tonne. Umgekehrt fab man, wie Mitglieder von mehr demofratischer Richtung in Diefer Beziehung Bedenken hatten. Die Parteien ftanden fich da überhaupt nicht so gegenüber, wie bei andern Anlässen im politischen Leben.

Die Bundesversammlung hat fich nun allerdings nicht auf ben fantonal-bernischen Standpunkt gestellt. Wir suchten, so viel als möglich von unsern bernischen Einrichtungen in die Gesehe hineinzubringen, wenn uns aber dieß nicht in allen Punkten gelang, so haben wir deswegen die Gesehe am Schlusse doch nicht verworfen. Wir glaubten, es musse bei einem eidgenössischen Gesehe der eidenössische Standpunkt in den Vordergrund treten, und ich denke es fei dieß auch die

Meinung des Bernervolfes.

Erlauben Sie mir nun, Die beiden Gefege auch etwas naher anzusehen, und zwar vorerft das Weset betreffend Festftellung und Beurkundung des Civilftandes und die Ghe. Dieses Geset zerfallt in zwei Abtheilungen, in das Gefet über den Civilftand und in das personliche Ehegesetz. Ueber Die erfte Abtheilung wird hier feine Distuffion nothig fein ; benn die obligatorifche Civilehe haben wir ja felbft, und sie steht auch, wenn nicht expressis verbis, so doch beutlich nud flar in der Bundesverfassung als einem ausführenden Gesetze rufend da. Herr Eindt ist mit mir darüber einverstanden, daß diese Einrichtung nicht in Frage gestellt werden tonne, und daß Diejenigen, welche von bem Referendum Gebrauch machen wollen, nicht beabsichtigen, fie in Frage zu ftellen.

Run aber kommt ber erfte Bunkt bes Angriffes, ber Ausschluß ber Geistlichen. 3ch kann hierüber um fo unbefangener sprechen, als ich im Nationalrathe (wie auch die meisten meiner Rollegen) dagegen geredet und gestimmt habe. Es lagt fich indeffen nicht laugnen, bag in ber eidgenöffifchen Bolitit febr viele Granbe fur ben Ausschluß ber Geiftlichen fprachen. Gin erfter Grund wird vielleicht in einem Großen Rathe, beffen Mitglieder größtentheils Protestanten find, auf den ersten Blick weniger begriffen, allein man begreift ihn, wenn man ein Gefet macht, das theilweise eine zahlreiche katho= lische Bevölkerung betrifft und wesentlich von ihr hervorge-rufen worden ist. Man hat gesagt, wenn man es freistelle, den Geistlichen die Führung der Civilstandsregister zu überlaffen ober nicht, fo werbe in manchen protestantischen Orte fchaften ber Bfarrer nicht bamit betraut, in fatholischen Rantonen aber merbe ber fatholische Priefter als Civilftandsbeamter bezeichnet werden. Kann man aber von einer obligatorischen Civilehe sprechen, wenn man die Leute zwingt, zum katholischen Priester zu gehen? Man hat sich gesagt, man wolle Niemanden zwingen, zu einem Manne zu gehen, der das Gelübbe geleistet hat, dafür zu forgen, daß seine Kirche möglichst zur Ausbreitung gelange, und zwar auch zu dem Zwecke, gerade die wichtigsten Momente im menschlichen Leben, Ehe, Taufe 20., zu benuten.

Es ist in der Stadt Bern durchaus kein Geheimniß,

baß bei gemischten Ehen auch die hiefigen katholischen Beift-lichen erklarten, fie schließen keine Che ab, wenn nicht bie lichen erklärten, ste schließen teine Spe av, wenn nicht die Brautlente von vornherein die Erklärung abgeben, daß sie ihre Kinder in der katholischen Religion erziehen werden. Es ist dieß der Grund, warum ein sehr geschätzter Mann, der nun leider gestorben ist, seine She nicht durch den kathoslischen Geistlichen einsegnen ließ. In welcher Stellung waren angesichts dieser Haltung der katholischen Geistlichen die Protestanten in den katholischen Kantonen, die eine gemischte Gea einsahen mallen 2 mas hätte für sie die Chillebe noch Che eingehen wollen? was hatte für fie die Civilebe noch für einen Berth, wenn fie jum fatholischen Briefter geben

müßten?

Aus diesem Grunde hat man die Borfchrift aufgestellt, baß die Civilftandsbeamten weltlichen Standes fein muffen. Sie werben begreifen, bag es in hohem Dage gestoßen hatte, wenn man ben Beiftlichen ber einen Ronfeffion die Führung ber Civilftanderegister gestattet, sie benjenigen ber andern Ronfession aber untersagt hatte. Dieß mare eine Ungleichheit vor dem Gefet gewesen, und baber hat man diese Frage pringipiell und fur alle Geiftlichen in der gleichen Beise be-3ch glaube nicht, bag baburch ein verftanbiger Beiftlicher fich verlett fühlen merbe. Die Beiftlichen, welche bisher einen großen Theil ihrer Beit auf die Fuhrung der Civilstandsregister verwenden mußten, werden froh fein, wenn man ihnen biefe Laft abnimmt; mo biefe Führung aber feine Kaft mar, da konnte auch nicht von großen Einkunften die Rebe sein. Ich glaube daher, es werden aus diesem Grunde im Kanton Bern nicht tausend Ja oder Nein mehr fallen.

Außer den Cheregistern werden auch die Geburte- und bie Todtenregifter den Civilftandsbeamten zur Führung über= tragen. Dabei hat man auch die Bestimmung einfließen laffen, es folle beim Tode, wo möglich, durch den Arzt bescheinigt werden, an welcher Krankheit die betreffende Person gestorben sei. Es ist dieß eine sehr wichtige Bestimmung, auf welche alle unsere Aerzte großes Gewicht legen, und die sie als eine Hauptfortschritt des Gesebes ansehen. Sie sagen nämlich, ein richtige Morttalitätsstatissis, die bei Seuchen zu von großer Bichtigfeit ift, sei nur möglich, wenn in dieser Beise verfahren werde. Dieses Moment, das zwar weniger in ein Geseh über den Civilftand, als vielmehr in ein Sanitats= gefet gehört, ift jedenfalls kein Grund, um dasselbe zu

vermerfen.

Ich komme nun jum Cherechte. In Bezug auf biefes find in der Bundesversammlung die gleichen Grunde gegen die Rompeteng geltend gemacht worden, wie heute von Seite bes herrn Lindt. Man hat gefagt, der § 54 der Bunde8= verfaffung gebe dem Bunde tein Recht, ein formliches Che= gesetzu erlaffen, indem er die Ehe bloß unter den Schutz bes Bundes stelle. Den Mitgliedern, welche so argumentirten und die wesentlich dem Kanton Waadt angehörten, hat man geantwortet: wenn die Che unter bem Schute bes Bundes fteht, fo muß ber Bund ein Wort bagu reben fonnen, unter welchen Bedingungen eine Che eingegangen werben, wie fie fortbauern foll und wie fie aufgelost werden tann. biesen Grunden kam man nothgebrungen zu einer eibge= nössischen personlichen Chegesetzgebung. Dieß liegt in ber Natur der Sache. Ich kann übrigens Herrn Lindt zur Be-ruhigung mittheilen, daß alle bernischen Bertreter ohne Ausnahme die Rompeteng bes Bundes anerkannten, und bag in ber Bundesversammlung eine entschiedene Mehrheit fich dafür aussprach.

Auch glaube ich, wir haben da kein Interesse, in Kanstonalismus zu machen, wenn es sich um eine solche gesetzgeberische Frage handelt. Was gabe es für ein Klickwerf, wenn man eine Materie, die unter sich zusammenhängen, der reißen und ben einen Theil ben Kantonen, ben andern bem Bunde überweisen wurde! Diese Rucksicht hat auch Diejenigen, welche, wie herr Lindt, Zweifel hatten, bestimmt, ju fagen,

wir muffen ba ein Banges schaffen.

Es fragt fich nun, ob die Bunbesversammlung einen richtigen Gebrauch von ihrer Kompetenz gemacht habe. Auch da durfen wir nicht den Maßstab anlegen, der abfolut das Beste verlangt, sondern einen relativen Maßstab. Thun wir bieß, dann muffen wir zu ber Anficht gelangen, bag bie

Bundesversammlung so ziemlich das Richtige getroffen habe. Borerst muß ich eine Bemerkung, welche gemacht worden ist, berichtigen. In Betreff des Alters, welches zur Gin= gehung ber Che nothwendig ift, wird burch bas neue Bundes= gefet nichts geandert. Auch nach bem bernifchen Gefete fann nämlich der Jüngling nach zurückgelegtem 18. und die Jung-frau nach zurückgelegtem 16. Altersjahre heiraten. Neu ist dagegen, daß nach zurückgelegtem 20. Jahre der Jüngling und die Jungfrau zur Eingehung einer She nicht mehr an

ben Willen ber Eltern ober bes Bormundes gebunden find. Das bernische Recht stellt hier das 23. Altersjahr auf. muffen uns aber mit bem Gedanten vertraut machen, daß wir bas 23. Altersjahr als Majorennitatsalter fchwerlich werden festhalten fonnen. Gin neues eidgenöffisches Befeg über ben burgerlichen Stand und Die personliche Sandlungsfahigkeit wird mahrscheinlich bas 21. Altersjahr als Alter ber Bolljährigfeit bezeichnen, und dann wird man vielleicht auch das Chegeset in dem Sinne abandern, daß man fagt, mit dem Gintritt der Bolljahrigfeit sei Die Bewilligung des Baters ober bes Vormundes jum Abschluß einer Che nicht mehr nothwendig. Nach bem neuen Gefete nun tritt dieß schon im 20. Altersjahre ein, indeffen glaube ich, es mache ba ein Jahr nicht einen so großen Unterschied aus, und es werden

beswegen die Chen nicht leichtsinniger abgeschloffen. Gin weiterer Ginwand des Gerrn Lindt beruht auf einem Migverständniß. Er sagt, nach dem Gesetze könne man Einen aus ökonomischen Grunden nicht mehr an der Eingehung einer She hindern. Allerdings enthält das Gesetz eine berartige Bestimmung, allein diese ift ihrem Sinne nach aus der Bundesverfassung abgeschrieben, welche im § 54 sagt: "Dieses Recht darf weder aus firchlichen oder ötonomischen Rucksichten, noch wegen bisherigen Berhaltens oder aus andern polizeilichen Grunden beschränft werden." Dan hatte also ba nicht mehr freie hand, sondern war durch die Bundesverfassung gebunden. Man war übrigens vollständig berechtigt, eine solche Bestimmung in die Bundesverfassung aufzunehmen. Dan hatte in Diefer Beziehung früher eine etwas eigenthumliche Auffassung, indem man glaubte, es werde Giner moralischer und besser, wenn man ihn nicht heiraten laffe. Allein man mußte bie gegentheilige Erfahrung machen, wie 3. B. im Kanton Luzern, wo in Folge diefer Erschwerung ber Ehe die Zahl der unehelichen Kinder in erschreckendem

Maße zunahm. Das neue Gefetz enthält auch eine Bestimmung in Betreff ber Scheidung, von welcher vielleicht Einzelne von Ihnen nicht genau begriffen haben, warum man fie aufgenommen hat. Es heißt namlich, daß Chescheidungsflagen gwar wohl burch das kantonale Gericht beurtheilt werden, daß aber der Rekurs an das Bundesgericht vorbehalten fei. Warum hat man diese Bestimmung aufgenommen? Zunächst aus einem konstitutionellen Grunde. Man kann an das Bundesgericht rekurriren wegen falscher Auslegung eines eidgenössischen Gesetzern ist zu bemerken, daß die Ultramontanen erklärten, es könne ein katholischer Richter keiner Scheidung anerkennen; ber Bund fei nicht kompetent, baorts Bestimmungen aufzu-ftellen, ba nur bas kanonische Recht entscheiben konne. Sierauf antwortete man, bag man ihrem Gewissen keinen Zwang

anthun wolle, daß man es dann aber dem Burger möglich machen muffe, vor ein anderes Gericht zu treten.
In Bezug auf die Scheidung felbst enthält das neue Geseh so zu sagen keine Abweichung gegenüber dem bernischen Welche Ich habe in Akantistan Alttern nischen Gefete. Ich habe in öffentlichen Blattern gelefen, daß die Scheidung durch das neue Gefet ungemein erleichtert werbe. Dieß ist eine unrichtige Behauptung; benn es findet gegenüber unserm bisherigen Gesetze burchaus teine Ersleichterung statt.

Ich komme nun zu bem Stimmrechtsgesetze und erklare ba von vornherein, daß dasselbe nicht eine so große politische Tragweite hat, wie das Gesetz über den Civilstand und die Ehe. Immerhin ist es auch von großer Wichtigkeit. Es fragt sich nun, ob wir das Stimmrechtsgesetz, welches allerdings mit unferer Auffaffung in vielen Buntten nicht vollständig harmonirt, verwerfen follen. Die bernifchen Bertreter in der Bundesversammlung haben diese Frage ber= neint, und ich will Ihnen nun mittheilen, aus welchen Grunden ich in der Bundesversammlung zum Gesetz gestimmt und auch heute und am 23. Mai dazu stimmen werde.

3ch frage junachft : welche Beranderungen find burch Ich frage zunächst: welche Beränderungen sind durch das neue Gesetz gegenüber dem bernischen Rechte getroffen worden? Es sind im Wesentlichen zwei: Zunächst hat man die persönlichen Eigenschaften, die von dem stimmfähigen Bürger verlangt werden, nicht so scharf eingegrenzt, wie das bernische Gesetz. Zwar dat man die Eingrenzung "Geltstag und Unterstützung" stehen lassen, jedoch nur in so weit, als der Betreffende seine Lage selbst verschuldet hat. Man hat es ferner unbillig gesunden, z. B. einem ältern Mann, der zwar noch im vollen Besitze seiner Geisteskräfte ist, allein fein Vermögen nicht länger felbst zu verwalten wünscht und fein Bermögen nicht langer felbft zu verwalten munfcht und fich baber einen Bormund geben laßt, die Chrenfabigfeit zu entziehen. Daß übrigens die Bevormundeten funftighin ftimm= berechtigt fein follen, ift durchaus nicht fo gefahrlich; denn folde Leute werden in ber Regel feinen Ginfluß auszuüben

Was speziell die Geltstager betrifft, so fragt es sich, ob es denn wirklich zweckmäßig sei, mit solcher Zähigkeit an ihrem Ausschlusse sestzuhalten. Wir wissen, daß wir im sozialen Leben sehr verschiedenartig gestellte Leute besitzen, und daß von Gleichheit noch seine Rede sein kann; wir haben Soch und Niedriggestellte, Reiche und Arme, Ginflußreiche und Einflußlose. Lollen Sie biese sozialen Unterschiebe, die wir nun einmal nicht beseitigen können, auf das burgerliche und das politische Gebiet hinüberpflanzen, auch ba Befiplofe und Besigende unterscheiden und ben lettern alle Rechte einraumen ? Daburch macht man aus ben Befiglofen eine eigene

man bestimmte, daß der durch eigenes Berfchulden Bergeltstagte und der in Folge liederlichen Lebensmandels Unterftutte vom Stimmrecht ausgeschloffen seien. Man wollte aber Den= jenigen nicht ausschließen, ber burch eine ungludliche Ber-tettung ber Umftanbe vergeltstagte, mahrend er baneben ein Shrenmann ift , ja feinen Geltstag gerade , weil er ein Ehrenmann ift , anrief. Binfichtlich ber Unterftugten fagte man : wenn Giner bis am Schluffe feines Lebens im Schweiße feines Angefichtes fein Brod redlich verdient hat, bann aber im 60. - 65. Jahre dazu nicht mehr fabig ift und unterftutt werden muß, weil fein früherer Berdienft es ihm nicht möglich machte, ein Rapital fur feine alten Tage auf Die Seite gu legen, fo foll ein folder Mann nicht vom Stimmrecht ausgefchloffen werden. Die Pflicht taun die burgerliche Gefellsichaft ichon übernehmen, einen folchen Mann zu unterftugen und ihn gleichwohl an Abstimmungen Theil nehmen ju laffen. Colche Leute find übrigens nicht gefährlich. Run gehe ich über auf das Gemeindestimmrecht. In

Bezug hierauf scheint bas Gefet an vielen Orten großen Anstoß erregt zu haben, und ich gestehe offen, daß ich es vorgezogen hatte (und ich habe auch in diesem Sinne gestimmt), daß man die Ansäßigkeit in der Gemeinde auf 1 Jahr verlängert hätte. Man hat sie auf 3, resp. auf 6 Monate beschränkt, allein wir dürfen nicht vergessen, daß die 3 Monate der Niederlassung in der Bundesverfassung stehen, und daß wir nur in Betreff der Aufenthalter freie

Sand haben.

Herr Lindt hat den Borwurf erhoben, man hatte laut Art. 47 der Bundesverfassung den Unterschied zwischen Nieder= laffung und Aufenthalt im Befete genau bestimmen follen. Dan hat berfucht, bieß zu thun, allein man ftieß babei auf fo große Schwierigkeiten, bag man fagte, man wolle einsteweilen bie Feftstellung biefes Unterschiedes noch ben Rantonen überlaffen. Dan hat ihn baher nur insoweit berührt,

als es bas Gemeinbestimmrecht betrifft.

Ist das nun ein Grund, das Gesetz zu verwerfen? ist das ein Grund, zu sagen, es werde bei den Abstimmungen eine großartige Truppe, ein gewaltiges Heer von Aufenthaltern heranmarschiren, und Alles in der Gemeinde regieren, wie dieß Herr Lindt mit außerordentlicher Phantasie ausmalte? Diese Truppe erschreckt mich burchaus nicht so fehr. Ich will hier bas nämliche Argument anführen, welches Berr Lindt felbst an die Sand gegeben hat. Er fagte: wir wollen nur Die mitstimmen laffen, Die sich um die Sache intereffiren; wie follte fich aber ein Aufenthalter, ber bloß 6 Monate in ber Gemeinde wohnt, um die Sache intereffiren? Bon Zweien Gins: entweder betheiligt sich der Aufenthalter, und dann wird er sich um die Sache interessiren, oder er bekummert sich nicht darum, und dann wird er nicht an der Abstimmung Theil nehmen. Benn ein Aufenthalter bei der Abstimmung erscheint, so ift dieß ein Zeichen, daß er Interesse an der Sache nimmt. Es schadet aber gar nichts, wenn Diefenigen, die seit 3 Monaten in einer Gemeinde niedergelassen find, ober seit 6 Monaten barin sich aufhalten, sich um Gemeinteangelegenheiten intereffiren. Dieß wurde mancher Gemeinde ganz gut thun. Uebrigens existirt bieses Verhältniß bereits in einzelnen Kantonen, ja man wollte von der einen Seite noch weiter gehen und auch den Aufenthaltern gestatten, nach 3 Monaten in Gemeindeangelegenheiten zu stimmen. Man war darüber ziemlich einig, baß diese Ginrichtung unter keinen Umftanben eine Ralamitat herbeiführen konne. Tritt eine folche ein, bann find gang andere Grunde bagu vorhanden.

Ich mache noch auf einen Bunkt aufmerkfam: Wenn ich an die Stimmrechtsgesete, die man in ben letten 20 Jahren in Europa erlassen hat, zurückbenke, so kommt mir der Streit über die Frage, ob ½ oder 1 Jahr gefordert werden solle, fast komisch vor. Hatte man früher einer Monarchie und zwar auch einer konstitutionellen Monarchie gesagt, in ihrem Lande werde das allgemeine Stimmecht eingesihrt werden, so wurde man geglaubt haben, ter Sozialismus und der Kommunismus stehen vor der Thüre. Jest wird das allgemeine Stimmrecht in Monarchien und zwar in festgewurgelten Monarchien von oben herab eingeführt. Das beutsche Reich fteht auf dem Boten bes allgemeinen Stimmrechtes, bas bortige Barlament wird auf bem Wege beffelben gewählt.

Belche Borichriften bestanden bießfalls früher im Ranton Bern? Die Berfaffung von 1830 hatte bos indirette Stimm-recht, ben Gensus und noch weitere Beschränkungen. Das Alles ift weggewischt worden, und sicher glaubt Riemand mehr, es wurde eine Bahl beffer ausfallen, wenn man diese Beschränkungen wieder einführen wurde. Ich glaube daher, wir sollen uns von solchen einzelnen Gesichtspunkten, über welche man allerdings verschiedener Ansicht fein fann, nicht in der Beife beherrichen laffen, daß wir bas gange Befet

deswegen verwerfen.

herr Lindt fagte am Schluffe feines Botums, man ftehe auf einem falfchen Boden, wenn man, um den Ultramon- tanismus zu bekampfen, ein schlechtes Gefetz annehme, weil man von der Ansicht ausgehe, durch deffen Berwerfung werde bem Ultramontanismus Borfchub geleiftet. Auch ich bin ber Anficht, man folle aus biefem Grunde fein schlechtes Gefes annehmen. Gs gibt indessen Gesetze, die zwar einzelne Beftimmungen, welche dem Einen oder dem Andern nicht recht gefallen, enthalten, die aber deswegen nicht schlecht find, und wenn es sich um die Abstimmung über solche Gesetze handelt, dann foll man fich allerdings fragen, welches bie Folgen der Abstimmung fein werden. Geben wir uns in diefer Beziehung keinen Illusionen hin. Ich will nicht Schreckgespenster an die Wand malen, das aber ist sicher, daß, wenn die Berwerfung erfolgt, im ganzen ultramontanen Lager ein eigentlicher

Triumph gefeiert wird. Es wird von diefer Seite fo großes Gewicht darauf gelegt, daß man geradezu erklärt hat, man mache eine eigentliche katholische Frage daraus, und daß der Bapst in einer Encyklika — zu deutsch Rundschreiben — der katholischen Schweiz zugemuthet hat, sie solle diesen horror der obligatorischen Civilebe, dieses Konkubinat verwerfen. Wenn aber auch der Papst von Nom aus sich in eine Destatte gipmischt. Die ihn gemiß nichts ausgelt, so kallen mir batte einmischt, die ihn gewiß nichts angeht, so sollen wir eine folche Ginmischung von der Hand weisen. Sind die beiden Gesetze wirklich derart, daß man einer solchen Bumuthung Rechnung tragen und die Gefete verwerfen foll? Ich glaube es nicht. Die Gefete find hochstens disturabel, und bann tann und foll man fie fritifiren, aber es foll bieg lonal und unbefangen geschehen. Geben wir am 23. Mai bie gebührende Antwort auf Diefe Enchklifa, auf Diefe Zumuthung, und stimmen wir an Diefem Tage mit einem freudigen Ja! (Lebhafter Beifall.)

Auf den Antrag des Prafidiums wird hier die Sigung bis Nachmittags 3 Uhr unterbrochen.

Bei der Wiederaufnahme der Berhandlungen ergreift gu= nachst das Wort Berr

Buch er. Als Bertreter des Rantons Bern im Nationalrathe und nachdem ich bort in ber Stimmrechtsfrage eine ziemlich oppositionelle Stellung eingenommen habe, halte ich es fur meine Bflicht, meinen Standpunkt auseinanderzusegen und zu motiviren, warum ich im Nationalrathe schließlich mit Ja gestimmt habe. Wegen Gemeindeangelegenheiten muß ich) um 5 Uhr den Gaal verlaffen und nach Baufe guruckfehren, deßhalb ergreife ich schon jest das Wort.

Ueber das Gefet betreffend den Civilftand und die Che will ich kein Wort verlieren, und ich schließe mich hier, wie im Nationalrathe, ganz entschieden der Stellung und den Auseinandersetzungen des herrn Brunner an. Dieser Ansschauung haben sich denn auch alle Vertreter des Kantons Bern im Nationalrathe angeschlossen. Ich hoffe, das Gesetzter den Kinstend und die Kerneren Grifftend und die Kerneren gegen Griffen und die Kerneren gegen gegen gegen der Griffen und die Kerneren gegen gege über ben Civilftand und die Che werde vom Kanton Bern mit großer Mehrheit angenommen werden; benn nur bann wird die Freiheit bes Schweizerburgers zur wirklichen Wahrheit.

Die Berathung des Stimmrechtsgesetzs war für den Rationalrath wegen der verschiedenartigen Berhältnisse der einzelnen Kantone eine sehr schwierige Arbeit. Wenn von der einen oder andern Seite der Wunsch ausgesprochen wurde, man mochte diese oder jene Beschränkung zugeben, jo wurde bald von dieser, bald von jener Seite geantwortet: das können wir nicht; diese Stimmberechtigung haben wir feit Jahren in unferm Ranton eingeführt; follen wir nun in Durchführung ber neuen Bundesverfaffung ein Gefet berathen und aufftellen, durch welches wir einer großen Angahl unferer Staats burger fagen : von heute an durft ihr nicht mehr ftimmen -?

Man begreift, daß bei folden Berhaltniffen unfere Stellung im Nationalrathe eine schwierige war. Andere Kantone fennen den Ausschluß der Konfursiten und der Armen= genössigen nicht, und die Bertreter Diefer Kantone durften nicht guruckgehen. In Diefem Buntte hatten die bernifchen Bertreter im Nationalrathe die allerschwierigste Stellung. Ich gehörte auch zu Denen, welche bei der Berathung des Stimm= rechtsgesetzes die bernischen Anschauungen zur Geltung zu bringen suchten. Einiges erreichte man, aber bei Weitem

nicht Alles, was man wünschte.

In Betreff ber Ronfursiten wird man einverstanden sein, daß die bisherigen Bestimmungen der bernischen Gesetzebung etwas hart waren. Dieß läßt sich nicht läugnen. Die Burger, welche durch Ungludsfälle zc. vorübergehend in Konturs gerathen, verlieren das Stimmrecht auf Lebenszeit, fofern fie fich nicht durch Bezahlung ihrer Schulden rehabilitiren konnen. Auf ber andern Seite tonnen eine Reihe von Staatsburgern, welche ihr Leben größtentheils im Korrettionshause zubringen, in der Bwischenzeit ihr Stimmrecht ausuben, fofern fie nicht triminell verurtheilt find. Gin folder Gegenfat lagt fich nicht vertheidigen. Man tann nicht so weit geben, einem Burger, der in Folge verschiedener Ungludsfälle vergeltstagte, auf Lebenszeit die Chrenfähigkeit zu entziehen. Im National-rathe ist der in vielen Kantonen gultige Sat vertheidigt worden, alle Konkursten sollen das Stimmrecht haben, sofern es ihnen nicht durch ein gerichtliches Urtheil entzogen wurde. Dem gegenüber ftand bie bernische Anschauung, welche alle Konkursten ausschließt. Man kam baher dazu, in dieser Frage einen Kompromiß abzuschließen und einen Mittelweg einzuschlagen, nach welchem verschuldeter Konkurs durch Entziehung des Stimmrechtes bis auf 5 Jahre bestraft werden kann. Es ist zu hoffen, daß unsere Gerichte die jeweiligen Berhältnisse genau prüsen werden, damit der Standpunkt der Stimmberechtigung eine richtige Bürdigung sinde, und der Bürger bei selbstverschuldetem Konkurs wenigstens auf eine Anzahl Jahre vom Stimmrecht ausgeschlossen bleibe.

In Bezug auf die Armengenössigkeit war die Stellung der bernischen Bertreter noch eine weit schwierigere. Ich habe privatim mit einem Bertreter von Genf, der eher zur tonservativen Partei gehört, und mit einem Bertreter aus dem Kanton Glarus, der ein ganz gemäßigter Liberaler ift, Rudfprache genommen. Diese konnten gar nicht begreifen, wie man im Ranton Bern bagu fomme, einen Burger wegen Armengenöffigfeit auszuschließen. Im Kanton Genf werden die Armen auf bem Wege ber Privatwohlthätigteit unterftubt, jo daß eine öffentliche Kontrole darüber nicht besteht und eine Ausschließung der Unterftugten gar nicht möglich ift. In andern Kantonen find abniliche Berhaltniffe. Im Kanton Baadt fonnen die Befteuerten ebenfalls mitftimmen, und man behauptet bort, es habe bieß keine nachtheilige Folgen. Angesichts deffen ift es leicht begreiflich, daß die Bertreter Dieser Kantone sich mit dem Gedanken nicht befreunden konnten, diese Staatsburger auszuschließen. Wir befinden uns natürlich in einer andern Lage, indem bei uns die Untersftugung der Armen obligatorisch ift.

Es war daher ungemein schwierig, die verschiedenen Un= schauungen in tiefer Sache zu vereinigen, und schließlich wurde die Bestimmung aufgestellt, daß der dauernd Unterstützte vom Stimmrecht ausgeschlossen sei. Ich hatte gewünscht, man ware in diefer Richtung etwas weiter gegangen, und ich habe beantragt, die Bestimmung aufzustellen, daß nicht nur vom Stimmrecht ausgeschlossen jei, wer felbst unterstüßt werde, sondern auch Dersenige, dessen Angehörige unterstüßt sind. Ich ging dabei von der Ansicht aus, daß man in der Regel nicht einen Vater unterstüßen werde, der seine Familie vernachläffigt und einen liederlichen Bebensmandel führt, sondern daß man die Frau, wenn fie nicht arbeitsfähig ift, oder die Kinder unterftugten werde, um fie beffer bu ergieben. Unfere Mitgeidgenoffen konnten fich aber mit Diefer

Unschauung nicht befreunden. Sinfichtlich der flottanten Bevolkerung hatte auch ich als Bertreter einer ftadtischen Gemeinde große Beforgniffe, und ich theile nicht ganz die Ansicht des Herrn Regierungsrath Teuscher, daß es nicht barauf ankomme, ob man einen sechs ober einen zwölfmouatlichen Aufenthalt verlange. Gine Menge Staatsburger wechseln des Berdienstes wegen ihr Domigil regelmäßig alle 6 Monate, indem fie ben Sommer an einem andern Orte zu bringen als den Winter. Die hauptfluktuationen finden daber im Berbst und im Fruhjahr ftatt. Bare nun

für die Aufenthalter eine Ifahrige Frift vorgeschrieben worden, jo hatten wir tiefes Wefet ohne Beforgniffe annehmen fonnen.

Biele Mitglieder der Bundesversammlung wollten nur eine breimonatliche Frift aufstellen, schließlich aber machten fie eine Konzeston in bem Ginne, daß fie die Frift in Bezug auf das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten auf 6 Monate ausdehnten Bir mußten uns das gefallen laffen, und wir werden, wie es auch in kantonalen Angelegenheiten geschicht, juchen muffen, Diese flottanten Glemente, welche unter Umftanden der Gemeinde Berlegenheit bereiten konnten, gu be- lehren und auf die richtige Bahn zu bringen.

Weit mehr aber als die Ginfuhrung bes Stimmrechts ber Konfursten, der Armengenössigen und der flottanten Bevolkerung schmerzt mich der Umstand, daß der Kanton Bern seine Gemeindeorganisation, sein Gemeindeleben, seine Landsgemeinderinrichtung aufgeben muß. Dieß ist in meinen Augen ter Hauptnachtheil des Gesetzes, ja es ift einigermaßen ein Rudschritt. Bis jest konnte jeder Burger in Gemeinde angelegenheiten mitsprechen und seine Anfichten zur Geltung bringen. Mit der Erweiterung bes Stimmrechtes wird aber dieß nicht mehr möglich sein, sondern wir werden leider zu der romanischen Anschauung übergehen muffen, nach welcher die Bürger bloß noch eine Wahlgemeinde bilden können. Das Verhältniß wird das nämliche sein, wie gegenwärtig zwischen dem Bolt und dem Großen Rathe und zwischen bem Großen Rathe und bem Regierungerathe. Ich habe die Ueberzeugung, daß in einer Gemeinde, wie Bern mit 8000 Stimmberechtigten, wie Biel mit 2500-3000, wie Burgdorf mit 1500 ftimmfähigen Burgern, es tunftighin rein unmöglich fein wird, Gemeindeversammlungen abzuhalten. Gine Diskussion ist da nicht mehr möglich, und es wird daher bie Besammtheit ber Burger bloß noch eine Wahlgemeinde bilben konnen, welche einen jog. Conseil communal aufstellt, ber bann eine Municipalite macht. Diefes Berhaltnig hat mir bei ber gangen Sache am meiften Bedenten erregt, indem ich finde, ber Kanton Bern muffe in Diefer Richtung ein febr großes Opfer bringen.

Nachdem Die Bertreter des Kantons Bern im Rational= rathe in ihrer Mehrzahl sich überzeugt, baß gemiffe Konzesfionen von unsern Miteidgenoffen unter feinen Umftanden erhaltlich fein werden, und ba wir nicht verkennen konnten, daß das Gefet im großen Bangen einen bedeutenden Forts fchritt enthalte, jo haben wir schließlich gefunden, es sei der Fall, das Gefet anzunehmen. Gin großer Fortschritt besselben liegt namentlich barin, bag es ben in andern Kantonen wohnenden Bernern, die bisher theilmeise vom Stimmrecht ausgeschloffen waren, auch wenn fie schon seit Sahren in einer Gemeinde angesessen waren, das Stimmrecht verschafft. Wir wissen gubem nicht, was die Zukunft im Falle der Werfung des Geseges bringen wirde. Schon jest ist eine nicht fleine Bahl von Mitgliedern der eidgenöffischen Rathe mit dem Gesethe nicht einverstanden, weil fie finden, es gehe dasselbe nicht weit genug. Diese Mitglieder wollen nichts Dasselbe nicht weit genug. Diese Mitglieder wollen nichts von einem Ausschluffe der Konkursten und Armengenöffigen wiffen und keine Beschräntung für die Aufenthalter zugeben. Angesichts aller diefer Berhaltniffe haben wir gefunden, es fei beffer, das Gefet anzunehmen, als Gefahr zu laufen, daß ipater ein anderes Gefet vorgelegt werde, das unferen

Anschauungen noch weniger entspricht.

Daß bas Gefet auch für den Kanton Bern gewiffe Bortheile und einen gemiffen Fortschritt enthalte, tann nicht in Abrede gestellt werben, und bei allen eidgenössischen Gefegen werden wir nicht vermeiden konnen, in diefer oder jener Rich= tung eine Konzession zu machen. Aus allen biefen Grunden habe ich schließlich gefunden, es sei bas Gefetz anzunehmen.

v. Buren. Ich erlaube mir, mit einigen Worten bie Grunde barzulegen, welche mich bewegen, gegen bas Stimmrechtsgeset zu stimmen. Bunachft muß ich auf Die mit großem

Applaus aufgenommene Bemertung bes herrn Brunner, daß wir bas Gefet annehmen follen, weil der Bapft von Rom beffen Berwerfung munsche, erwiedern, daß ich nicht in Rom anzufragen gedenke, wie ich stimmen solle. Ich stimme, wie ich dieß fur meine Pflicht erachte, und es ist mir leid, daß

man mit folden Argumenten bier auftritt.

Die Frage ist wichtig und für die ganze Schweiz tief eingreifend. Ich habe von einem derartigen Befege etwas ganz Anderes erwartet, als was nun geboten wird. Unter ben berschiedenen Artifeln der Bundesverfassung war es namentlich der Art. 47, der mich veranlaßte, für die Berfassung zu stimmen. Derselbe sagt: "Gin Bundesgesetz wird den Unterschied zwischen Riederlaffung und Aufenthalt bestimmen und babei gleichzeitig über die politischen und burgerlichen Rechte der schweizerischen Aufenthalter die nabern Borfchriften aufftellen." Es soll also allerdings das Stimmrecht näher fixirt, dabei aber sollen gleichzeitig die Begriffe Aufenthalt und Niederlassung befinirt werden. Darüber nun sagt das vorliegende Gefet fein Bort. Es redet von Aufenthalt und Riederlaffung und behandelt den einen und bie andere nicht gleich, bestimmt aber nicht, welcher Unterschied zwischen beiden

Berr Brunner hat bemerft, es fei biefer Unterschied fo fcmer zu bestimmen, daß man die Lojung bes Problems den Rantonen überlaffen habe. Es ift mir unbegreiflich, wie man ein folches Argument geltend machen konnte. Ich erwartete, es werden bie eidgenöffifchen Behörden biefes Problem lofen. In unferm Befege ift auseinandergefest, was Aufenthalt und was Niederlaffung fei, allein ich habe gefunden, es fei biefe Bestimmung nicht eine recht gludliche und paffe nicht in Bezug auf die Stimmberechtigung. Bare es ben eidgenöffischen Beborden gelungen, im vorliegenden Gefete den Unterschied flar und mahr barzuftellen, bann mare ein foldes Befet gut auf-genommen worden. 2Benn man aber fagt: wir konnen ben Unterschied nicht machen, dann sollen wir darauf erwiedern; Ihr habt die Berpflichtung übernommen, es zu thun; Ihr habt es aber nicht gethan, darum verwerfen wir das Gefeg. Der Mangel einer genauen Bestimmung war auch die Ur-sache von Bibermartigfeiten, welche wir in Bern in Bezug auf die Wahlberechtigung hatten.

Es hat mich außerordentlich frappirt, daß in der nam= Es hat mich außerordentlich frappirt, das in der nam-lichen Session der Bundesversammlung, in welcher das Stimm-rechtsgesetz behandelt wurde, bei der Berathung eines andern Gesetzes die Frage ebenfalls zur Sprache kam. Bei der Be-handlung der Militärorganisation mußte man sich nämlich fragen, wo der Bürger Militärdienst leisten solle. Eine ge-wisse Konnegität der beiden Gesetze lät sich auch daran er-kennen, daß sehr oft gesagt wird: Einer, der seine Wehr-pflicht erfüllt, soll auch stimmberechtigt sein. Ich erkenne

das an

Wie hat man fich im Gefete über bie Militarorganisation geholfen, um zu bestimmen, wo Jemand feine Militarpflicht erfüllen foll? Es heißt im § 15: "Die in bas wehrpflichtige Alter Tretenden haben sich in demjenigen Kanton zur Ausbebung und Refrutirung zu stellen, in dem sie zur Beit der Ausbebung wohnen." Hier finden wir wieder einen neuen Ausdruck, von dem man sich fragen muß, was er bedeutet. Ferner lesen wir im nämlichen § 15: "Benn vorauszufehen ift, daß ein Wehrpflichtiger in der nächsten Zeit seinen bleibenden Aufenthalt in einem andern Ranton ober Militar= begirt nehmen werde, fo tann er diefem letteren jur Gin=

theilung, Ausrustung und Instruktion zugewiesen werden."
Man will also Einen nicht zwingen, an einem Orte Dienst zu thun, wo er wildfremd ist; benn er wird lieber da Dienst thun, wo er seine Kameraden hat, wo er baheim ift, wo er wohnt. Im Militärgesetze hat man wohl bemerkt, daß ein großer Unterschied ist zwischen bem Wohnen, bem Aufenthalte in dem Momente, wo Giner sich zur Erfüllung seiner Dienstpflicht stellen soll, und dem bleibenden Auf= enthalte. Rehmen Sie an, es gehe Giner auf die Bander-fchaft. Wenn er nun in das bienftpflichtige Alter tritt, wird er nicht gerade da, wo er in biefem Augenblicke zufällig wohnt, wo er aber nicht zu bleiben beabsichtigt, feine Dienst pflicht erfüllen, fondern er wird zu biefem 3wede in bie Beimat gurudtehren wollen. Es tommt allerdings auch vor, baß er fich außerhalb berfelben bleibent nieberläßt, fo lange aber bieß nicht ber Fall ift, hat er feinen Wohnort ba, von wo er ausgezogen ift. Auf solche Berhältniffe muß Rudficht genommen werben.

Daß man das Stimmrecht ausdehne, bagegen mache ich keine Opposition, wohl aber dagegen, daß man die Leute da stimmen läßt, wo sie kein Interesse haben, wo sie nicht hingeboren, statt da, wo sie daheim sind. Wenn ich auch eine Anzehl Monate in Basel wohne, so will ich doch mein Stimmrecht gerne hier haben. Wo man nur vorübergehend ift, ba hat man teine Theilnahme, und mas nutt es ba, bas

Stimmrecht zu geben.

Ein Bertreter im Nationalrathe, welcher die umgekehrte Unficht vertheidigte, jagte, es fei michtig, bag ber Burger fich an öffentlichen Angelegenheiten betheilige, und wenn er bieß mahrent seiner Wanterschaft lerne, so sei bieß, wenn er nach Sause tomme, fur bie Bemeinbe ein g ofer Gewinn, indem er bann mit ben öffentlichen Angelegenheiten vertraut fei. Ale Bertreter einer Gem inde muß ich mich bedanken, "Lehrplat" ju fein, und es mar bieß fur mich ein Saupt-grund, bas Wefet von vornherein zu verwerfen. Ich gebe zu, daß in Bezug auf manche Punkte die Anschauungen der einzelnen Kantone sehr verschieden sind. Allein in der Frage, wo Einer daheim sei, sind die Berhältnisse im Ganzen überall gleich. Ich mache darauf aufmerksam, welche Folgen das Gesch haben wurde. Beispielsweise verweise ich hier auf die Tessiner; tiese ziehen, nachdem sie zu Hause gestimmt baben, im Frühjahr aus und verbreiten sich in ten übrigen Kantonen der Schweiz, wo sie 6—7 Monate bleiben; sie können dann also auch ta stimmen. Man sagt zwar, sie werden an den Abstimmungen nicht Theil nehmen. Dieß wird aller ings in der Regel nicht geschehen, allein es gibt Fälle, wo gesicheibte Leute ihnen Etwas porschwaten und sie pergulassen scheidte Leute ihnen Etwas vorschwagen und fie veranlaffen, maffenweise zur Urne zu kommen. Ginem folden Berfahren foll man nicht noch burch ein Gefeg Borfchub leiften.

Es gibt nun allerdings Falle, mo Giner weber ein Bewerbe auf eigene Rechnung ausübt, noch eine eigene Haus-haltung führt und baher nach unserm Niederlassungsgesetz nicht als niedergelassen bezeichnet werden kann, obwohl er doch bleibend angesessen ist. Solche Verhältnisse sollte man allerdings berücksichtigen. Ich sehe nicht einen großen Werth auf die 3 oder 6 oder 12 Monate, welche Einer bereits an einem Orte sich aufbält, sondern ich lege das Hauptgewicht auf die Zeit, während welcher er später da bleiben wird. Das kann man aber nicht poraus wissen ieden konn man Das fann man aber nicht voraus wiffen , jeboch fann man an ter Bergangenheit tie Bufunft beurtheilen, und mit Rudficht barauf, baß Einer bleibende Intereffen an einem Orte haben follte, ift es gerechtfertigt, einen gewiffen Beitraum gu

fordern.

Ich wollte nur mit einigen Worten angeben, worauf es eigentlich bei ber Erlaffung eines folden Wefetes, wie bas vorliegende, ankommt. Ich gebe zu, daß Schwierigkeiten vor= handen find, allein biefe Schwierigkeiten konnen übermunben werben, wenn man es ernstlich wirklich will. Man hat aber bei ber Berathung bes Gesehes pressirt und gesagt, man musse ein Geseh machen, bas im Mai bieses Jahres in Kraft sei, indem bann an verschiedenen Orten Wahlen getroffen werben muffen, und erft, wenn die Stimmberechtigung fo und so reglirt sei, werbe richtig abgestimmt werden. Ich frage aber: ist eine Gesetzgebung, die sich auf diesen Boden stellt, eine gefunde ober nicht?

3ch halte dafür, man folle bei ber Erlaffung eines Befepes forgfältig zu Werke geben, fich gehörig Beit nehmen und Alles wohl ermagen, fouft erhalt man ein Wefet, bas ben Mangel an ber Stirne tragt. Dann aber hat bas Bolt recht, wenn es im Intereffe einer guten eidgenöffifchen Besetzebung sagt: wir verwerfen tas Geset, und wir hoffen, Ihr werbet uns ein befferes vorlegen. Es ist gut, daß bas Bolf prufe, unt defhalb hat man ihm auch das Referendum gegeben.

Prüft man die Sache ruhig und gründlich, fo wird man fich auch in ben eidgenöffischen Rathen einigen und bem Bolte cin Gefet bieten konnen, von dem man überzeugt ift, baß es gut fei. Es wird dieß dann nicht ein Gefet fein, von dem man, wie Herr Bucher, fagt : obwohl das Gefet viele Mangel enthalt, fo nehme ich es doch an; benn es tounte fonft noch ein schlimmeres tommen. 3ch hoffe, es werte, wenn wir das Gefet verwerfen, uns ein befferes vorgelegt werden. 3ch will mich weber burch bie Rudficht auf ben Bapft noch burch andere Beforgniffe leiten laffen.

Summer, Direttor bes eidgenöffifchen ftatiftischen Man hat fich barüber beflagt, daß man von den Gemeinden verlange, daß fie ben Beweis für das Borhandensein der Grunde des Ausschluffes vom Stimmrecht zu erbringen haben. Was fagt aber ber § 43 der Bundes verfaffung? Er bestimmt: "Jeder Kantonsburger ift Schweizer-burger. Als folder tann er bei allen eidenössischen Wablen und Abstimmungen an seinem Wohnsitze Antheil nehmen, nachdem er fich über seine Stimmberechtigung geborig ausge= wiesen hat." Man wollte tamit nicht eine Erschwerung ber= beiführen, sondern es sollte mit biefer Bestimmung gesagt werden, baß ein Schweizerburger, wenn er in einer Gemeinde seinen Wohnsitz aufschlägt, an den eidgenössischen und kantonalen Bahlen Antheil nehmen tonne. Wenn nachher im Befete wieder von einem Ausweise in Bezug auf alle Bahlen bie Rebe ift, so ift bieß etwas Neues und jedenfalls nicht eine Ausführung der Bundesverfaffung. Die Bundesverfaffung wollte gar feinen Termin ichaffen, fie wollte nur, daß Giner stimmen könne, wenn er sich prafentirt und sich darüber aus= weist, daß er Schweizerburger und 20 Jahre alt sei.

Bon den Armengenössigen, von den unverschuldeten Geltstagern 2c. will ich gar nicht reden. Es handelt sich gar nicht um dieses "Her", welches bei den Abstimmungen auf=rücken werde, sondern darum, ob Diesenigen (und es sind diese vicken werde, fondern darum, ob Diesenigen (und es sind diese jest und in Bufunft ungefahr bie Bleichen), welche bei ben fantonalen und eidgenöffischen Abstimmungen Theil nehmen, nun auch in Bemeindfachen ftimmen follen. Es ift im Uebrigen Reben= fache, ob die Stimmberechtigung fo ober andere befinirt werbe, allein man erschrickt bavor, bag alle in kantonalen und eid-genössischen Angelegenheiten Stimmberechtigten nun auch in

ben Gemeinden etwas zu sagen haben sollen. Ich erinnere an bas Jahr 1869, als bie Frage bes Referenbums zur Sprache kam Damals bemerkten verschiedene Mitglieder, ju denen auch ich gehörte, bas Berhaltniß fei ein anderes in fleinen Gemeinden, wo diskutirt werden könne, und ein anderes in einem ganzen Lande, wo eine gemein= schaftliche Diskussion nicht möglich sei und der Burger gleich= wohl angehalten werbe, über Gegenstände abzustimmen, die andere Landestheile betreffen. Es ist gewiß leichter, über die Berhältniffe, in benen man lebt, zu urtheilen, als über solche, die einen weitern Kreis betreffen. Ebenso ist es leichter, Bahlen zu treffen für eine Behorde, bie im Orte felber fich befindet, und biefe Behorde aus Leuten, die im Orte leben, zusammenzuseben, als Mahlen für einen größern Kreis vor-zunehmen. Damals hat man gesagt, die Schulbildung ber Burger sei so, daß man dem Bolke die Gesetzgebung und die Abstimmung über Finangfragen in die Sand geben fonne. So hat man bas Referendum fur den gangen Kanton eingeführt.

Das Alles foll nun fur bie eigene Gemeinde nicht gelten! Da foll ber Burger 23 Jahre alt sein und eine Staatse ober Gemeintesteuer gahlen. Das Bolt ift also gut genug, um tie

Berren in den Großen Rath und in die Bundesversammlung gu mahlen, dazu ift es reif, dazu hat es die nothige Ginficht. Wenn es fich aber darum handelt, für die eigene Gemeinde einen Gemeinderath zusammenzuseten, bann muß man unterfuchen, ob der Burger Geld in der Tafche habe, ob er mehr=

jabrig fei!! Das Bolf barf ferner über Die Befete abstimmen, wenn es fich aber um die ben Gemeinden obliegende Ausführung ber Wesetze handelt, dann darf es nicht stimmen! Bas ift die Folge Diefer Ginrichtung? Daß fehr oft im Großen Rathe freifinnige Gefete erlaffen werden, beren Ausführung häufig in den-jenigen Gemeinden, deren Bertreter hier die Gefete verthei-digten, den größten Anstoß findet. Dann verwundert man sich und sagt, diese Bertreter seien zu hause anders als im Großen Rathe. Dieß ist nicht richtig, sondern es find andere Stimmsberechtigte. Darum haben wir so viele Rekurse, darum so viele Gesete, von denen man sagt, daß sie nicht ausgeführt werden. Das darf so nicht bleiben. In welche Lage kommt das betreffende Mitglied des Großen Nathes, wenn ein derartiger Refurs hierher fommt? Geben wir einmal ben Leuten, welche die Großrathe mahlen, das Recht, auch an der Be-meinde zu stimmen. Dann wird diefer Widerspruch zwischen Gemeindehaushalt und Staatshanshalt nicht fo oft eintreten.

Wenn wir uns im Weitern fragen, welchen Gindruck Die gegenwärtige Diskussion anderwärts machen werde, so sollten wir davon möglichst wenig sagen. Bisher brüstete man sich mit dem Reserendum und sagte: hie Bern! hie Erlach! hie Referendum! Man wollte der Schweiz nach links und rechts einen Wint geben, wie man bem Bolte mehr Rechte ertheilen folle, nun aber horen wir, daß im Beften und Often ber Schweiz man in Gemeindsfachen feinen Genfus fennt! Soll bas Bernervolt Diefem Cenfus zu lieb bas Gefet verwerfen ? Ich mochte gerne die Proflamation des Großen Rathes lesen, in welcher er Denen, die ihn mahlten, jumuthet, zu besichließen, daß sie die im Gesetz enthaltene Stimmberechtigung

in Bemeindsfachen gurudweifen !

Was das Civilstandsgeset betrifft, so wurde zugegeben, daß ber Standpunkt ber Civilehe berjenige fet, ber auch im Rirchengesete ausgesprochen sei und einzig der religiofen Freiheit entspreche. Ich danke für diese Konzession, und wenn fie ernst gemeint ist, so muffen wir einig werden. Wenn man die Civilehe will, was kann man dann gegen den Ausschluß ber Beiftlichen einwenden ? Sehen wir irgendwo in Guropa, daß die Civilehe durch Geistliche exequirt wird? Was heißt Civilehe? Cheabschluß durch einen Laien. Glauben Sie, ber Burger, der im Interesse ber religiofen Freiheit Die Civilehe verlangt, gehe lieber in das Pfarrhaus, als in die Kirche? glauben Sie, er sei in der Brivatwohnung des Pfarrers freier? Man will die Civilebe, damit der Bürger beim Abschluß der Gbe von dem Geistlichen unabhängig sei. Man will bei biefem Anlaffe nicht einen Druck auf bas Gewiffen bes Burgers ausgeübt wiffen, es foll ihm in biefem fur fein ganges funftiges Leben fo eruften Momente feine Bredigt von Jemandem gehalten werden, der eine fo entgegengefete An-ficht hat, daß ihm Das heilig ift, was dem Andern als Bogendienft gilt und umgefehrt.

Und welche Figur macht der Beiftliche, wenn er als weltlicher Beamter administriren und von Demjenigen, wofür er da ift, nichts wissen soll? Wenn die Ansicht geaußert worden ift, es solle das Geset bloß für die katholischen, nicht aber fur die protestantischen Geistlichen gelten, so kann man fich leicht erklaren, wie diefe Anficht entftanden ift : Die meisten unserer protestantischen Geistlichen sind aus unsern Schulen hervorgegangen, sie sind verheiratet, leben mit dem Bolke und haben in bürgerlichen Dingen die nam-lichen Ansichten, wie andere Bürger. Indessen uns man auch einen folchen Beiftlichen, wenn man ihm amtliche Funttionen auflegt, nach seinem Amte beurtheilen, und daher ift es beffer, daß diese Funktionen ihm abgenommen werden. Bekanntlich bestehen übrigens auch innerhalb der prote-

stantischen Kirche verschiedene Fraktionen, Reformer, Bietisten 2c. Dazu tommt, daß in protestantischen Gegenden auch Settirer, Ikraeliten 2c. wohnen, und muffen diese von einer Reugestaltung in dieser Richtung nicht etwas ganz Anderes erwarten? Will man diese zwingen, nach Einsührung der Civilehe dennoch zum protestantischen Geistlichen zu gehen? Es ist nicht mehr zulässig, das Bolt im alten Kanton rein als ein protestantisches Volk zu behandeln, sondern man

muß da die Gewiffensfreiheit gang durchführen. Der Geiftliche ift im Kanton Bern mehr, als an irgend einem andern Orte gewohnt, als Staatsbeamter angesehen zu werden. Man verwundert fich in andern Kantonen über diefe Stellung des Geiftlichen im Kanton Bern. Diefelbe wird aber nach und nach verschwinden, und wenn bas Kirchengesetz einige Jahre durchgeführt und die Mehrzahl der Geistlichen vom Bolke gewählt fein wird, fo wird man ce gar nicht mehr begreifen tonnen, daß der Beiftliche ein Staatsbeamter fei, und man wird in den Staatsbeborden nicht mehr baran denken, ibn von Amtes megen über ftatistische Verhältniffe zc. zu befragen. Es wird eine Beit tommen, wo Kirche und Staat gesondert bafteben werden. Wenn fie mit einander übereinstimmen, besto beffer, aber fie konnen und follen nicht in Allem über

einstimmen .

Der protestantische Beistliche hat auch sein Gewiffen, und es könnte ihn dasselbe fehr oft geniren, diese ober jene Funktionen auszunben. Goll ber Beiftliche ein Chepaar einfegnen, das gar nicht zu feiner Rirche gehört? Bisher hat man diese Frage bejaht, weil der Geistliche ein Staats-beamter sei. Allein es genirt doch. Und wie kann man von einer driftlichen Che sprechen, wenn man die Sache rein als eine amtliche Angelegenheit auffaßt? Sie foll bieß eben nicht fein; benn die Ehe ift blog bann etwas Chrift-liches, wenn beibe Theile ben nämlichen Glauben haben und sich nicht bloß für irdische Zwecke verehelichen. Wenn der Geistliche eine She einsegnen soll, so foll er seinem Gewissen Rechnung tragen durfen. Ich will hier nicht von den Standalen reden, welche hie und da vorgekommen sind, indem z. B. ein Geistlicher sich bemüßigt fand, einer Braut das Kränzchen abzureißen. Ge sollen aber bloß solche Chepaare von ihm eingesegnet werden, welche mit ihm auf bem gleichen Boben fteben.

In Deutschland hatte man eine Menge Konflitte, weil protestantische Geistliche die Wiederverehelichung von Beschiedenen nicht zulässig fanden, so lange der eine Theil noch am Leben war, indem sie sagten, es sei eine Wiederauß= söhnung möglich. Es gab Geistliche, welche in solchen Fällen nicht verkunden wollten. Man hat im deutschen Reichstage das Beispiel eines Lehrers angeführt, der sich von einer bosen Frau, die ihm das Leben verbitterte, hatte scheiden laffen, und welcher im ganzen beutschen Reiche sich nicht wieder verheiraten konnte. Der § 49 ber Bundesverfaffung sagt : "Riemand darf zur Bornahme einer religiösen handlung gezwungen werden. Die Ausübung burgerlicher ober politischer Rechte barf burch teinerlei Borschriften ober Bebingungen firchlicher ober religiofer Natur beschrantt werden." In Ausführung dieser Bestimmung hat man die Geistlichen ganz ausgeschlossen, damit der Burger sein Leben führen könne, ohne zu tirchlichen Ceremonien gezwungen zu sein.

Man beklagt sich im Beitern darüber, daß das neue Geset Borschriften über die Trennung der Ehe enthalte, und man sagt, der Bund habe da die Grenzen überschritten, welche die Bundesverfassung aufstellt. Bas ware aber gesschehen, wenn man hierüber keine Bestimmungen erlassen hatte? Dann wurden alle streitigen Fragen auf dem Res

furswege vor die Bundesbehörden gebracht worden fein, und dann hatte man eine Menge Entscheide über einzelne Falle gehabt. Batte g. B. ein Ranton, weil alle andern Erfchwe= rungen dahin gefallen sind, bestimmt, es durfe Niemand sich vor dem 28. Jahre verehelichen, so wurde die Bundesbehörde jedenfalls eine solche Beschränkung nicht zugegeben haben. So hätten wir nach und nach eine Menge Entscheide erhalten und waren schließlich dahin gekommen, wo wir jest mit dem Befege fteben. Darum hat man gefunden, es fei, um Diefen kunftigen Entscheiden vorzubeugen, beffer, gerade ein Gefet

aufzustellen.

In Bezug auf die Chemundigkeit und die Chescheidung enthalt das Gefet gegenüber unferer gegenwartigen Gefet= gebung nichts Neues, als die Bestimmung, daß man im 20. Jahre eine Che eingehen kann, ohne die Eltern, resp. den Bormund zu fragen. In Bezug auf die Chemundigkeit find die schweizerischen Gesetzgebungen fehr verschieden, indem fie biefelbe zwischen bas 14. und 25. Jahr fetzen. Die Kantone, in benen das kanonische Recht besteht, nehmen das 14. Jahr fur das mannliche und das 12. Jahr fur das weibliche Geichlecht an. Das frangofifche Gefet bagegen, welches in Genf gilt, nimmt fur bas mannliche Gefchlecht bas 25. und für das weibliche das 21. Jahr an. Alle übrigen Kantone bewegen sich zwischen diesen beiden Schranken. Das 20. Jahr haben die an Bern angrenzenden Kantone Luzern, Freiburg und Solothurn. Ift das fo schrecklich ? Wenn unfere Nachbarn diefe Bestimmung bereits haben, fo werden wir fie in Butunft mit ihnen gemeinschaftlich besitzen, und dieß ift jedenfalls febr zweckmäßig.

Man fagt nun, wenn man die Berheiratung ohne die elterliche Ginwilligung im 20. Jahre gestatte, fo reiße man dadurch allzufrühe alle Familienbande entzwei. Go gefährlich ift die Sache nicht. Wenn Giner, bevor er seine The abschließen kann, beim Bater um Geld anklopfen muß, fo wird er nicht umbin konnen, auf den Rath des Baters ju horen. Wenn übrigens auch Die gesetliche Gewalt über Die Kinder aufhort, so hort damit noch nicht alles Uebrige zwischen Bater und Sohn auf, son= dern die väterliche Autorität bleibt die gleiche.

Wenn man nicht bloß in der Voraussetzung, daß die Civilehe nothwendig sei, sondern auch in Betreff der Folgen einig ift, so muß man zugeben, daß ein folches Gefet noth= wendig fei; man muß zugeben, daß die Ghe durch einen welt= lichen Beamten abministrirt werde, sonst wird das freie Recht

zur Che nicht zur Wahrheit .

Benn man weiter fagt, es tonne bie Che nicht mehr aus ökonomischen Grunden verhindert werden, fo verweise ich auf das Chekonkordat, welches der Große Rath am 4. Dezember 1868 angenommen hat. In biefem Konkordate heißt es be-reits ausdrucklich: "Das Recht zur Eingehung der Ghe darf im Fernern nicht von der Buruderstattung öffentlicher Armenunterftugungen abhängig gemacht werden, infofern fie den Berlobten zur Erzichung oder Erlernung eines Berufes oder in Krantheitsfällen verabreicht worden find." Alfo auch da erhalten wir nichts Reues. Wir wollten f. 3. mit den Vertretern einer Anzahl Rantone ein Chekonkordat abschließen. Die Bertreter mehrerer Kantone wollten dasselbe unterzeichnen, die bernischen Bertreter aber erklarten, daß fie zuerft darüber Bericht erstatten mußten. Wie aber tam es fpater? Bern nahm bas Ronforbat einzig an!

Gerade weil diefer Berfuch, ein Chekonkordat zu schaffen, mangelhaft ausgefallen war, wurde die Bundesver= ung an die Sand genommen. Jest fteben wir auf bem faffung an bie Sand genommen. Jest ftehen wir auf bem Boben, daß wir ben betreffenden Kantonen fagen konnen : Bir wollten mit Guch eine gemeinschaftliche Chegesetzgebung aufftellen, allein 3hr habt uns im Stiche gelaffen; wenn Guere Angehörigen in unfern Ranton fommen, fo fonnen fie

nach dem Kontordate heiraten, 3hr aber weist unfere Bernerinnen wieder uns ju; jest haben wir Belegenheit, Guch gehorchen zu machen, und jest mußt Ihr die Bestimmungen, bie Ihr im Konkordat verwarfet, im Gefet annehmen. Uebrigens sollte man da nicht so viel Worte machen.

Es ist das eine üble Tradition aus dem vorigen Jahrhundert, aus jener Zeit der Abschließung der Gemeinden, die so weit ging, daß Burgdorf jährlich kaum Eine burgerliche Geburt aufzuweisen hatte. Dieß steht in einer Broschüre des Herrn Blofch. Man glaubte, durch die Berhinderung der Bevolke-rungsvermehrung schneller reich werden zu können. Bon da an datiren fich diese Bemühungen, auf dem Wege der Gefets-gebung der Bevolterungsvermehrung entgegenzuarbeiten, als ob damit Armuth und joziale Uebel weniger vorhanden maren. Bir find langft über diefe Anschauung hinaus, und wir wiffen, daß in den bevolfertften gandern am Meiften verdient wird, und die Lohne am fleinsten, das Leben am elende-

ften, wo die Bevolkerung am bunnften ift.

Benn man muthwilligerweise in das heiligfte Recht Des Menschen eingreift und es beeintrachtigt, jo wird dadurch ein großes soziales Uebel heraufbeschworen, es wird eine Rlaffe von Leuten geschaffen, welche nothwendigerweise zu der ganzen übrigen Welt im Widerspruch stehen muß. Ich habe einen Angehörigen des Kantons Luzern gefannt, der im Konfubinat lebte und alle Jahre ein Kind zur Taufe brachte. Diefer fagte, wenn die Behörden feiner Beimat Gefete aufstellen, Die ihm fein heiligstes Recht verfummern, fo halte er es fur erlaubt, fich felbst zu helfen, und er erblice in dem Berhaltniß, in welchem er lebe, feine Gunde. Wenn eine folche Be= finnung im Burger lebt, fo tonnte ihre Unterbrudung burch Gefegesparagraphen boje Folgen herbeifuhren.

Man follte nicht nur vom neuen, fondern auch von den bisherigen Gesetzen sprechen. Diese sind aber in dieser Hinz sicht nicht wohllautend. Ich habe erst heute eine im Jahre 1868 in einem andern Kanton erschienene Broschüre in der hand gehabt, in welcher ber Kanton Bern als ein Kanton bezeichnet wird, in dem man sich vor armen Leuten ungemein fürchte. Es wird ba aufgezählt, mas zur Gingehung einer Che Alles verlangt werde; auch der lederne Feuereimer, Ge= wehr und Patrontafche bleiben da nicht unerwähnt. Go find

wir an den Pranger gestellt worden.

Die beiden Befege haben etwas fehr Gemeinfames, bas nämlich, daß ber Burger im 20. Jahre nicht bloß dafur da ift, die herren Nationalrathe und Grograthe ju mahlen und tantonale und eidgenöffische Befege anzunehmen, fondern daß er auch in Gemeindssachen etwas zu sagen hat, und daß er auch da, felbst wenn er feine Steuer bezahlt , ftimmen und ebenso heiraten darf.

Schmid, Andreas. Wenn ich bas Wort ergreife, fo geschieht es einzig und allein , um meine Stimmgebung zu begrunden , da ich mahrscheinlich nicht gang gleich ftimmen werde, wie viele meiner politischen Freunde. Ich glaube baber, ihnen eine Erklarung schuldig zu fein. Borerft bedaure ich, daß die Frage im Großen Rathe zur Abstimmung kommt. Die Hinweisung auf die Besprechung der Bundesverfaffung im Großen Rathe fann hier nicht als Argument angeführt werden. Bei ber Borlage ber Bundesverfaffung mar es gegeben, daß der Große Rath sich darüber aussprach, indem er die Standesstimme abzugeben hatte. Heute ist dieß nicht der Fall, wir stehen bloß als Eidgenoffen da, und von einer Standesstimme ist nicht die Rede. Ich hätte es daher für zweckmäßig gefunden, daß man die Angelegenheit nicht im Großen Rathe bebandelt hätte, sondern in offenen Bersammlungen. Ich glaube auch, man werde in Zukunft davon ab= tommen, Die eidgenöffischen Referendumsfragen, foweit bloß

Befete vorliegen, im Großen Rathe zur Diskuffion gu

bringen.

Was nun zunächst das Civilstandsgeset betrifft, so er-klare ich offen, daß ich mit voller Ueberzeugung dazu stimme und es sehr bedauern wurde, wenn dieses Geset vom Schweizervolke nicht mit großer Wehrheit angenommen wurde.

Das zweite Gesetz trägt den Titel: "Gesetz betreffend die politische Stimmberechtigung der Schweizerdürger." Würde der Inhalt des Gesetzes sich auf Dassenige beschränken, was der Titel in Aussicht stellt, so wurde ich ohne Bedenken dazu stimmen. Die Ausbehnung der politischen Stimmberechtigung, wie sie im Gesetze ausgesprochen ift, ift nach meiner Ueber-

zeugung volltommen begrundet.

Allein im gleichen Befete ift Die Stimmberechtigung fur die Gemeinden in einer Beise normirt, welche unfern Begriffen vollständig widerspricht. Ich könnte aber auch die Borschriften über die Gemeindestimmberechtigung ohne Wider= willen acceptiren, wenn wir eine andere Gemeindeorganisation hätten. Ich bin überzeugt, daß man im Nationalrathe anders entschieden haben wurde, wenn andere Kantone die nämliche Gemeindeorganisation hätten wie wir. Bereits Herr Bucher hat erklart, daß unfere Gemeindsburger es sich zur Chre und zur Bflicht anrechnen, die Gemeindsgeschäfte, die ihnen vorgelegt werden, zu diskutiren. Wir haben daher oft Gemeindsver= fammlungen, welche vom Morgen bis am Abend dauern.

Es wird eingewendet, man fehe zu schwarz und gebe sich Illufionen hin, wenn man glaube, Die neuen Stimmberechtigten werden an den Gemeindsversammlungen Antheil nehmen. Auch ich zweisle, daß eine Massenbetheiligung sich zeigen werde. Allein es kann bann eintreten, was Herr Lindt, zwar mit etwas schwarzen Farben, dargestellt hat, daß nämlich ein Intrigant an der Hand von 30-40 Arbeitern, die er vielleicht extra zu diesem Zwede hat kommen laffen, in der Be-meinde dominirt. Es ware dieß gerade fein großes Unglud; benn die übrigen Stimmberechtigten wurden Dadurch veran= laßt, funftighin an der Gemeindeversammlung fich zu bethei= ligen. Wenn dann aber alle Stimmfahigen erscheinen, jo ift es unmöglich, daß die Berfammlung die Borlagen behandle, welche ihr burch das Gemeindegesetz zugewiesen werden.

Man wird fagen, man fonne ja das Gemeindegefet ab= andern. Diese Abanderung wird aber nicht mehr möglich fein, So wenig wenn das neue Bundesgefet angenommen wird. als man das Referendum in einer neuen Berfaffung wirb abschaffen tonnen, fo wenig wird man, wenn das Stimm= rechtsgeset angenommen wird, im Stande fein, durch ein neues Gemeindegeset Wegenstande, welche bisher von ber Gemeinde behandelt wurden, dem Gemeinderathe juguweifen; denn die Gemeinde wird die Rechte, in deren Befit fie fich befindet, nicht aus der Sand geben wollen. Diese Bedenken veranlaffen mich , am 23. Mai gegen das Stimmrechtsgefet

zu ftimmen.

Sofer, Fürsprecher. Ich sehe mich veranlagt, auf einige Einwendungen ber Berren v. Buren und Lindt zu antherr Lindt mochte, daß der Große Rath die Rompeteng ablehne. Ich bin damit nicht einverstanden. Es besteht weder eine eidgenössische noch eine kantonale Borschrift, welche ben Großen Rath hindert, fich mit der Angelegenheit zu be-faffen. Nach dem geltenden Rechte hat der Große Rath un= zweifelhaft bie Befugniß, fich über bie beiden Gesetze zu außern und eine Ansprache an das Bolt zu richten. Den Einwand der Inkompetenz hätte ich am Wenigsten von der Seite erwartet, welche sich sonft immer darüber beklagt, die Tendenz ber eidgenössischen Behörden gehe bahin, die kanto-nalen Behörden zu ersticken und die Bedeutung der Kantone ju erdruden. Bon biefem Standpunkte aus hat bie Bartei,

welche heute den Antrag stellte, es mochte der Große Rath fich intompetent erklaren, burchaus unrecht. Wenn wir bas politische Leben im Ranton aufrecht und bas Intereffe an eibgenöffischen Fragen rege erhalten wollen, fo muffen wir und auch bier über biefelben aussprechen.

Ich halte es daher für angemeffen, daß wir die Gefete hier besprechen. Diefelben haben denn auch eine öffentliche Diskussion durchaus nicht zu scheuen, sondern können nur

dadurch gewinnen.

Wenn wir nun aber bie Frage im Großen Rathe be-handeln, fo ift bamit nicht gejagt, bag wir uns auf ben Standpunkt bes Bernere ftellen follen. Man hat fich aber gegnerischerseits nicht bloß auf den Standpunkt bes Berners, fondern auf benfenigen bes Stadt berners gestellt.

Es ist nicht zu vergessen, daß bei der Erlassung eines eidgenössischen Gesetzes 22 Kantone unter einen Hut gebracht werden mussen. Diese 22 Kantone haben über 130 Repräsentanten, welche verschiedenen Anschauungen huldigen. Bill man baber ein eidgenöffisches Befet aufstellen, fo muffen bie einzelnen Bertreter einen Theil ihrer Unschauungen preisgeben.

Bir haben mit großer Mehrheit die Bundesverfaffung angenommen. Bir wußten, daß dieselbe tief in die bestehenden Berhältniffe eingreife. Ueberall, wo man glaubte, daß ein Unrath in den Kantonen sei, so sagte man, es muffe damit aufgeraumt und eine einheitliche Befeggebung geschaffen werden, wenn auch die Unschauung der betreffenden Kantone badurch verlegt werde. Wenn wir nun die vorliegenden Befege vom eidgenöffischen Standpunkt prufen, fo muffen wir fagen, es enthalten diefelben Grundfage, die zwar mit manchen unferer Unichauungen nicht in Uebereinstimmung fteben, aber doch annehmbar find. Bon diefem Standpunkte aus muffen wir die Befete prufen. Bir follen nicht fagen: weil uns Diese oder jene Bestimmung nicht konvenirt, so verwerfen wir das ganze Gesetz. Dies ift der Grundton der Reden der Heren Lindt und v. Buren, wenn sie aber mit solchen Argumenten gegen ein eidgenössisches Geset aufruden, so werden fie felten ein folches annehmen können. Bohin kamen bie Bertreter des Kantons Bern in der Bundesversammlung, wenn fie jedesmal fagen wurden: wir ftimmen Rein, weil Die Sache und Bernern nicht konvenirt. Wenn man fo bor= geht, fo foll man nicht fagen, Bern ftehe an ber Spige ber Fortschrittsfantone.

Es ist also zunächst eine politische Rucksicht, die wir nehmen muffen, und ich will es den Berren, die auf ber rechten Seite figen, nicht übel nehmen, wenn fie von ihrem Standpunkte aus die Befege verwerfen. Gie mogen es uns aber auch nicht übel nehmen, wenn wir fagen : es ift eine

politische Nothwendigkeit, daß wir auch fernerhin zu den Kantonen des Fortschritts gezählt werden.
3ch habe gefagt, die beiden Herren haben die Frage nicht blog vom Standpunkt des Rantons Bern, fondern vom Stand= punkt ber Stadt Bern beurtheilt. Berr Lindt spricht von ber flottanten Bevölkerung, Herr v. Buren stößt fich baran, baß die Begriffe Aufenthalt und Niederlassung nicht befinirt feien. Er hat ferner bemerkt, der Burger folle feine politi= schen Rechte und feine Militärpflicht da ausüben, wo er wohnt. Ich gebe zu, daß die Anhänglichkeit an die Heimat, an die Burgergemeinde etwas Bunderschönes ift. Ich nehme es Diefen Berren gar nicht übel, daß fie fo fprechen; benn fie leben in andern Berhältniffen, als wir und ein großer Theil ber flottanten Bevölkerung, zu ber auch ich gable. (Beiterkeit.) Wenn herr v. Buren mich fragt, wo ich baheim fei, so bin ich wirklich in Verlegenheit, Diese Frage zu beantworten. Benn er fragt, auf welche Gemeinde mein Beimatichein laute, fo fage ich, auf Walfringen, fragt er, in welcher Gemeinde ich Burgernugen beziehe, so muß ich sagen, in keiner, fragt er, wo ich als Großrath gewählt fei, so erwiedere ich, in Thun, und wenn er endlich fragt, wo ich im Stadtrath fige, so antworte ich, in Bern. (Große Beiterkeit.)

Solche Berhaltniffe tonnen eintreten in ber flottanten Bevolkerung, und zwar auch bei ben Arbeitern, welche bie Herren hier namentlich im Auge haben. Das Beispiel, welches Gerr v. Buren in Betreff bes Militardienstes gitirt, ist sehr übel gewählt; benn da fragt man nicht, ob Einer Aufent= halter oder Riedergelaffener fei, fondern man halt ihn da zur Erfüllung seiner Militarpflicht an, wo er wohnt. Wenn man ba eine Bergleichung aufftellen will, fo fchlagt fie gerade in das Gegentheil um; denn da wo Giner zum Militardienste angehalten wird, sollte er doch auch stimmberechtigt sein und in den Gemeindeangelegenheiten mitzusprechen haben.

Die Begriffe "Aufenthalt" und "Niederlaffung" find fehr relativ. Wenn herr v. Buren fagt, weil ber Unterichied zwischen Aufenthalt und Niederlaffung im Gefete nicht definirt sei, so musse er dieses verwerfen, so ist er viel zu ängstlich. In 10-15 Jahren, wo man sich einem allgemeinen schweizerischen Bürgerrecht genähert haben wird, wird man Diefe Ausdrucke, Die nicht befinirt werden konnen, verschwinden feben und fagen, Jeder fei da Burger, wo er wohnt. Dann wird man es nicht begreifen konnen, daß man fich im Großen

Rathe von Bern so sehr daran gestoßen hat. Auch der Begriff "flottante Bevölkerung" ist sehr relativ, und wenn man diese Frage in den 30er Jahren hier bejprochen hatte, so wurde man alle Diejenigen, welche keinen ftadtbernischen Beimatschein haben, wie die herren Stampfli, Feiß und Sahli, zu der flottanten Bevolkerung gezählt haben. 3ch erinnere mich, daß man in Thun, als ein dortiger Bürger, der aber nicht Burger von Thun war, zum Gemeinderath gewählt wurde, sich darüber aufhielt und fagte, dieß sei etwas start; der Betreffende hätte zufrieden sein sollen, daß man ihm überhaupt gestatte, in Thun zu wohnen.

Woher nimmt man den Grund, um von vornherein ein übles Urtheil über biefe Arbeiterbevolkerung auszusprechen ? Es ist gesagt worden, es liege in der menschlichen Natur, daß der Arbeiter keinen Sinn fur Dekonomie 2c. habe. Diese Ansicht theile ich nicht, und fie wird durch die Erfahrung gar nicht bestätigt. Gin Vorredner hat die Sache fo dargestellt, als ob die flottante Bevölferung daher kommen werde, wie ein Beuschreckenschwarm, Alles auffressen und dann sofort wieder verschwinden. Gine folche Sprache foll nicht geführt werden; denn diese Bevölkerung verdient alle Achtung. Der Arbeiter wird vielleicht zum Sandwerker, vom einfachen Sandwerter zum wohlhabenden, und schließlich wird er zum Stadt= burger von Bern. Da follte man doch die Sache nicht fo

tarstellen, als ob alle Arbeiter Lumpen waren!
3ch muß hier noch einen Bunkt berühren. Herr Lindt hat bemerkt, man habe eine Bestimmung der Bundesver= faffung betreffend bas Stimmrecht nicht lonal vollzogen. Die Bundesverfassung schreibe nämlich vor, es muffe fich der Bewerber über ben Befit bes Stimmrechtes ausweisen, mahrend man nun umgefehrt verlange, daß der Ginsprecher den Rach= weis von der Nichtstimmberechtigung des Betreffenden leifte. 3ch glaube, es fei da fein Biderfpruch vorhanden. Wenn Einer nachweist, daß er Schweizerburger und 20 Jahre alt fei, fo hat er ben allgemeinen Bedingungen Genuge geleiftet. Er ift nicht schuldig, nachzuweisen, baß er nicht vergeltstagt fei. Ich weiß zwar wohl, daß man in der Stadt Bern die Sache anders anfieht. Als ich meinen Wohnfit hieher ver-legte und mich in das Stimmregister auftragen laffen wollte, verlangte man von mir, daß ich eine Bescheinigung über meine Ehrenfähigkeit beibringe. Ich erwiederte darauf, ich sei Mitglied des Großen Rathes, dieß werde wohl genügen. Man fagte mir, bas gehe sie nichts an, ich muffe eine Bescheinigung vorlegen! (Seiterkeit.)

Herr Schmid stellt fich die Sache nicht ganz fo schwarz vor, wie herr Lindt, allein er glaubt auch, es werde ba ein fog. heer von Aufenthaltern baher kommen. Ich erblicke barin durchaus teine Befahr. Allerdings tonnte die Cache gefährlich werden, wenn man diefe Leute absondern und als Pariahs behandeln wollte. Wenn man fie aber unter ber Bevolferung vertheilt, so scheue ich fie an einer Ginwohnergemeindever= jammlung nicht. Herr Schmid fürchtet, es werde ein Fabrit-herr mit 30 Arbeitern aufmarschiren und Alles dominiren. Ich glaube nicht, daß in Burgdorf ein folder Fabritherr sei. Sollte dieser Fall aber auch eintreten, so wird dieß nur die gute Folge haben, daß die Burger das nächste Mal vorsichtiger fein und fich auch an der Gemeindeversammlung betheiligen werden. Gine gewiffe Auffrischung des Lebens an Diefen Bersammlungen ift übrigens fehr ermunscht.

Ein größeres Gewicht lege ich barauf, daß der Wider= fpruch, der Dualismus zwischen der politischen Gemeinde und der Einwohnergemeinde aufgehoben werde. Wenn man anerfennt, daß die Gemeinde die Grundlage bes Staates bilbe, und wenn ber Staat in Bezug auf Die Stimmberechtigung liberalere Einschränkungen hat, so können wir das Gemeinde-stimmrecht nicht unverändert lassen. Zeigen sich dann in der Folge Uebelskände, so muß man diesen durch eine Gemeindereorganisation abhelfen. Berr Schmid fürchtet, die Gemeindeversammlungen werden zu zahlreich fein. Er fagt zwar, bisher jei die Betheiligung an den Gemeindeversammlungen eine fehr ichmache gewesen. Dieß ift richtig, denn nach ftatiftischen Erhebungen betrug bisher die Betheiligung nur etwa einen Fünftel ber Stimmfähigen. Ich glaube, die Zulassung der flottanten Bevölkerung werde an diesem Berhältniß nicht viel andern. Wenn aber der Fall eintreten sollte, daß die Versammlung im Abstimmungslokale nicht mehr Plat hätte, wie Herr Schmid fürchtet, bann soll man unsere Gemeindeorganisation andern. Diefelbe paßt ja ohnehin nicht mehr; denn man wird zugeben, daß Berhaltniffe, wie Diejenigen ber Stadt Bern und diejenigen ber Bemeinde Schonthal, Die nur brei Stimmberech= tigte hat (Beiterkeit), nicht gleich behandelt werden konnen.

Wenn wir uns nicht als Kantonesen konstituiren wollen, fondern als Burger der Gidgenoffenschaft, und wenn wir uns fragen, ob es eine politische Nothwendigkeit fei, die bei= den Gesetze anzunehmen, so sage ich: vom Standpunkt der liberalen Bartei, welche die Bundesverfaffung angenommen hat, kann die Untwort auf diese Frage nicht zweifelhaft fein. Ich nehme es berjenigen Bartei, welche bie Bundesverfaffung verworfen hat, nicht übel, wenn fie gegen bas Gefet auftritt. Sie muß fich eben zuerft in die Berrichaft der neuen Bundesver-Daß dieß bei einzelnen Borrednern faffung hineinleben. noch nicht geschehen ift, beweist der Umftand, daß ber Gine fich darüber beflagte, daß die Ghe nicht mehr aus ofono= mijchen Grunden beschrantt werden durfe. Darüber brauchen wir heute nicht mehr ju diefutiren; denn es ift dieß gerade einer der wefentlichften Artifel der neuen Bundesverfaffung. Es ift begreiflich, bag Diejenigen, welche bie in ber neuen Bundesverfaffung ausgesprochenen Grundfage ber freiern Bewegung, ber Erweiterung des Stimmrechts befampfen , fich gegen Die aus Diefen Grundfagen abgeleiteten Befege ftrauben. Man kann baher diefer Partei nicht zumuthen, daß fie nun die Bundesverfassung lopal ausführen helfe. Aenderungen in der Gefinnung über wichtige politische Bringipien treten eben nicht von heute auf morgen ein.

v. Buren. Es hat mich fehr verwundert, boren ju muffen, herr Lindt und ich haben ausschließlich und speziell vom ftadtbernischen Standpunkt aus gesprochen. 3ch erklare, baß ich mich einzig und allein auf ben allgemeinen eidge=

nössischen Standpunkt gestellt habe. Ich kenne allerdings zunächst die stadtbernischen Berhaltniffe, und es ist möglich, bağ man fich burch Etwas, bas Ginem am nächsten liegt, für etwas Weiteres mehr oder weniger beeinfluffen läßt. Ich habe ausdrücklich das Verhältniß des Militärdienstes bervorgehoben, um zu zeigen, daß die Angelegenheit derart ist, daß sie einer richtigen Lösung durch die Eidgenossen=

schaft ruft.

Wenn man sagt, ich verstehe von der Sache nichts, so kommt dieß mir lächerlich vor. Ich glaube doch, ich verstehe etwas davon, und erlaube mir, da ein Beispiel anzuführen. Ein junger Mann, dessen Bater gestorben ist, machte seine Lehrzeit in Bern und ging hierauf nach Neuenburg und von da nach Freiburg. In diesem Jahre tritt er in das militärpslichtige Alter, und während seines Ausenthaltes in Freiburg mußte er sich dort melden. Er erhielt sodann ein Aufgebot, um am 31. dieses Monats sich in Freiburg zu stellen. Im Laufe des Monats April begab er sich aber nach dem Kanton Baadt und schrieb von dort aus, er beabsichtige nicht mehr nach Freiburg zurudzutehren und munsche, in Bern Militar= dienst zu thun, wo er feine Mutter und seine Bekannten habe. 3ch habe mich fur ihn verwendet, daß er in Freiburg ent= laffen und in die bernischen Truppen aufgenommen murbe.

Wenn herr hofer angedeutet hat, wir behandeln bie Arbeiter von oben herab, fo muß ich gegen eine folche Meuße-

rung entschieden protestiren.

Herr Hofer hat gesagt, nach unserer Auffassung wisse er nicht, wo er daheim sei. Er weiß aber gar wohl, daß er in Bern stimmberechtigt und niedergelaffen ift. Darüber ift Rie-mand im Zweifel. Es sind dies Beispiele, wie sie in der Diskuffion gebraucht werden mogen, die aber nicht in's Be-

wicht fallen können. Wir haben es mit Thatfachen zu thun, die nicht zweifel= haft find, und die follten fur die ganze Schweiz geordnet werden. Aus Rucficht fur die schweizerischen Berhaltniffe bin ich ber Meinung, es sci das Gesetz nicht ein glückliches, und es solle zurückgewiesen werden, damit ein besseres, mit der Bundesverfassung in Einklang stehendes Gesetz vorgelegt

Sofer, Fürsprecher. Ich habe gar nicht gesagt, daß Berr v. Buren von folden Berhaltniffen nichts verstehe. Ich habe nur bemerkt, er und herr Lindt bewegen sich in andern Berhaltniffen.

Es wird Schluß der Diskuffion verlangt.

Abstimmung.

Mehrheit. Für Schluß

Feiß, bem ber Berr Prafibent nun bas Bort geben will, erflart, bag er barauf verzichte, fofern auch von anderer Seite bas Wort nicht mehr verlangt werbe.

herr Prafibent. Ich erlaube mir einige Bemer= fungen in Bezug auf die Frage, ob ber Große Rath tompe=

tent fei, den Gegenstand in offizieller Sigung zu behandeln. Wäre der Große Rath hiezu nicht kompetent, so wäre es die Pflicht Ihres Prästdiums gewesen, darauf aufmerksam zu machen. Ich glaube aber, die Rompetenzfrage unterliege gar keinem Zweisel. Die Verfassung sagt in § 27, dem Großen Rathe komme zu: "die Erlassung, Erläuterung, Abänderung und Aushebung von Gesehen und allgemeinen bleibenden Versordnungen." Ferner sagt der § 31 der Verfassung: "Jedes Witglied des Großen Rathes hat das Recht, in der Bersammlung des Irosen Rathes iher ieden Gegenstand der fammlung bes Großen Rathes über jeden Gegenftand ber Staatsverwaltung Auskunft zu verlangen."

Durch die vorliegenden eidgenössischen Gesetze werden kantonale Gefete aufgehoben und abgcandert, und es hat baher ber Große Rath schon von diesem Standpunkt aus bas Recht, die beiben Borlagen zu prufen. Sodann ift gerade von dersenigen Seite, welche die Kompetenzfrage auswirft, die Behauptung aufgestellt worden, es haben die Bundesbe-hörden sich bei der Erlassung dieser Gesetze nicht ganz inner= halb der Bundesverfassung bewegt. Es muffen daher ber Regierungerath und ber Große Rath die Berechtigung haben, bie Frage zu prufen, ob die eidgenössischen Gesetze verfassungs= mäßig seien oder nicht. Dieses Recht steht jedenfalls der Regierung und dem Großen Rathe eher zu, als den Privaten, welche barüber ihre Anficht im Publitum bereits verbreitet haben.

Wenn fobann nach dem § 31 der Rantonsverfaffung jedes Mitglied des Großen Rathes befugt ift, über jeden Begenstand ber Staatsverwaltung Auskunft zu verlangen und Schlugnahmen hervorzurufen, so muß bem Regierungsrathe und dem Großen Rathe unter allen Umftanden das gleiche Recht zukommen. Ich halte baher bafür, der Große Rath sei kompetent gewesen, ja er habe sogar die Pflicht gehabt, die Frage zu untersuchen, ob die eidgenöfsischen Geset versfassungsmäßig seien, und seine Ansicht darüber auszusprechen. Das Bolt wird bann allerdings entscheiben, ob die Anficht der Regierung und des Großen Rathes richtig fei.

Man hat auch gesagt, das Berhältniß sei bei Anlag der Bundesrevision ein anderes gewesen, indem dort der Große Rath die Standesstimme abzugeben hatte. Aber auch da ist der Große Rath weiter gegangen : er hat fich nicht darauf befchrankt , zu erklaren, es fei die Stimmgebung des Bolkes als Standesftimme zu betrachten, fondern er hat dem Bernervolke die neue Bundesverfassung zur Annahme empfohlen. Wenn die Regierung und der Große Rath dazu kompetent waren, so sind sie gewiß auch kompetent, dem Bolke die beiden Befete zur Annahme zu empfehlen. Umgefehrt halte ich dafür, daß die Regierung und der Große Rath, wenn sie die von den Opponenten geäußerte Ansicht theilen würden, es haben die eidgenössischen Behörden die Bundesverfassung verlett und ihre Rompeteng überschritten, berechtigt maren, bem Bernervolte die Bermerfung ber beiben Befege gu em= pfehlen.

Bindt und Och mid, Andreas, bemerken, daß fie bie Rompetenz bes Großen Rathes jur Behandlung ber Frage nicht bestritten haben.

Marti stellt ben Antrag, die Hauptabstimmungen mit Ramensaufruf vorzunehmen.

Diefer Antrag wird von mehr als 20 Mitgliedern unterftust und somit jum Beschluffe erhoben.

An Play des abwesenden Herrn Geiser wird als proviforifcher Stimmengahler bezeichnet Berr Rugbaum in Borb.

Abstimmung.

1) Fur den Antrag des Negierungsrathes, eine Aundgebung an das Volk zu erlaffen . . . 143 Stimmen.

Für den Antrag des Herrn Tindt, von einer solchen Aundgebung zu abstrahiren . 35

2) Für Empfehlung des Gesetzes über Civilstand und Ehe, nach dem Antrage des Regierungsrathes 175

> namlich bie Berren Mellig, Althaus, Ambuhl, Amftug, Arn, Bangerter, b. Bergen, Boblen, Born, Botteron, Brand, Bruder, Brunner in Meiringen, Buhlmann, v. Buren, Burger in Laufen, Burfi, Burthalter, Burri, Butigfofer, Charpié, Chodat, Chopard, Donzel, Droz, Ducommun, Engel, v. Erlach, Enmann, Fahrni-Dubois, Feiß, v. Fellenberg, Feller, Fluck, Flückiger, Friedli, Galli, Geiser-Leuenberger, Geißbühler, Gerber in Stettlen, Gfeller in Bern, v. Graffenried, v. Groß, Großenbacher, Gruber, Grunig, v. Grunigen, Gugger, Gurtner, Gygar in Seeberg, Gygar in Bleienbach, Gyger, Saberli in Bern, Saberli in Munchenbuchfee, Salbemann, Sanni, Hauert, Saufer, Begi, Berren in Rieberfcherli, herren in Mubleberg, Bergog, Beg, Rieberscherli, herren in Mubleberg, herzog, heß, hofer in Bern, hofer in Bollodingen, hofer in habli, hofmann, huber, Imer, Imobersteg, Joliffaint, Jooft, Raiser in Büren, v. Kanel, Kajermann, Rellerhals, Riener, Rilchenmann, Kötschet, König, Ruhn, Rummer in Bern, Kummer in Uhenstorf, Lebermann, Lehmann in Belmund, Lehmann in Langnau, Lehmann in Belmund, Lehmann in Lohmyl, Leibundgut, Lenz, Leuenberger, Liechti in Rüegsauschachen, Locher, Luder, Mader, Mägli, Marti, Mauerhofer, Meister, Meyer, Michel in Aarmühle, Michel in Ringgenberg, Mischer in Bern, Mischler in Bahlern, Monin, Morgenthaler, Möller, Mühler in Eumiswald, Müller in Tramlingen, Mügenberg, Rägeli, Rußbaum in Rünkhofen, Rußbaum in Iborb, Oberli, Beter, Müller in Tramlingen, Müßenberg, Nägeli, Rußbaum in Rünkhofen, Rußbaum in Borb, Oberli, Beter, Plüß, Racle, Reichenbach, Renfer in Bengnau, Renfer in Bözingen, Ritschard, Roth, Köthlisberger in Herzogenbuchsee, Ruchti, Rüfenacht, Sahli, Salzmann, Scheibegger, Schertenleib, Scherz, Scheurer, Schmid Andreas, Schmid Rudolf, Schori, Schwab in Nibau, Schwab in Gerlastingen, Seiler, Seßler, v. Siebensthal, Sieber, Sigri, Sommer, Spring, Stalber, Stämpsti in Bern, Stämpsti in Uetligen, Stämpsti in Bäziwyl, Stämpsti in Schwanden, Sterchi, Stettler in Eggiwyl, Streit, Stuber, Thönen, Vogel, Walther, in Radelfingen, Walther in Krauchthal, Wampster, v. Weerbt, Wieniger, Wilbbolz, Willi, Winzenried, Wirth, Würsten, Wüthrich, Wyttenbach, Beefiger, Beller, Zingg, Zoß, Zumkehr, Zürcher.

Gegen die Empfehlung des Gesehes über Civilftand und Che, nach dem Antrage des Ferrn Tindt . . . 22 Stimmen

namlich die herren Boivin, Burger in Angenftein, Déboeuf, Fattet, Feune, Gouvernon, Grenouillet, Greppin, hennemann, hornstein, Kohler, Koller, Liechti in Borb, Lindt, Bape, Bretre, Queloz, Reber in Muri, v. Sinner, Spahr, Steullet, Bermeille.

3) Für Empfehlung des Gesetes über das politische Stimmrecht, nach dem Antrage des Negierungsrathes 138 Stimmen

nämlich die Herren Aellig, Althaus, Ambühl, Amftut, Arn, Bangerter, v. Bergen, Böhlen, Born, Botteron, Brand, Bruder, Bürk, Burkhalter, Burri, Bütigstofer, Charpié, Chodat, Chopard, Donzel, Droz, Ducommun, Engel, Feiß, Flück, Flückiger, Friedli, Galli, Seiserseuenberger, Geißbühler, Gseller in Bern, v. Graffenried, Großenbacher, Gugger, Gurtner, Gygax in Seeberg, Gygax in Bleienbach, Gyger, Höberli in Bern, Höberli in Wünchenbuchsee, Haldemann, Hänni, Hauser, Hegi, Herren in Niederscherli, Herzog, Heß, Hofer in Bern, Hofer in Bollodingen, Hofmann, Huber, Hurni, Jmer, Jmobersteg, Jobin, Fosmann, Buber, Hurni, Jmer, Jmobersteg, Jobin, Fosmann, Rellerhals, Riener, Rilchenmann, Roetschet, Ruhn, Rummer in Bern, Rummer in Uhenstorf, Lebersmann, Rehmann in Biel, Lehmann in Nüedtligen, Lehmann in Langnau, Lehmann in Bellmund, Lehmann in Lohwyl, Leibundgut, Lenz, Leuenberger, Liechti in Rüegsauschachen, Locher, Luder, Mader, Mägli, Marti, Meister, Meyer, Michel in Aarmühle, Michel in Kinggenberg, Mischler in Bern, Mischler in Bahlern, Monin, Möschler, Müller in Sumisswald, Kageli, Nußbaum in Künkhosen, Rußbaum in Bord, Oberli, Beter, Plüß, Racle, Reichenbach, Kenser in Lengnau, Kenfer in Bözingen, Kuchti, Küfenacht, Sahli, Salzmann, Scheibegger, Schertenleib, Scherz, Scheurer, Schwab in Ridau, Schwab in Gerlasingen, Seßler, Siegri, Commer, Spring, Stalber, Stämpsti in Sern, Stämpsti in Serd, Keitler in Eggiwyl, Streit, Thönen, Bogel, Wampster, D. Werdt, Weieniger, Winzenried, Wörth, Wüstrich, Wuttenbach, Beesiger, Beller, Zingg, Zumkehr, Lüttenbach, Beesiger, Beller, Zingg, Zumkehr,

Gegen die Empfehlung des Gesehes über das politische Rimmrecht, nach dem Antrage der Herren Tindt und v. Buren 54 Stimmen

nämlich die Herren Boivin, Brunner in Meiringen, Bühlmann, v. Büren, Burger in Angenstein, Deboeuf, v. Erlach, Eymann, Fattet, v. Fellenberg, Feune, Gerber in Stettlen, Gouvernon, Grenouillet, Greppin, v. Groß, Gruber, Grünig, v. Grünigen, Hennemann, Herren in Mühleberg, Hofer in Habli, Hornstein, Kohler, Koller, Liechti in Worb, Lindt, Mauerhofer, Morgenthaler, Mühlemann, Pape, Prêtre, Queloz, Reber in Muri, Ritschard, Koth, Köthlisberger in Herzogenbuchsee, Schmid Andreas, Schmid Rudolf, Schori, Seiler, v. Siebenthal, v. Sinner, Spahr, Stämpsti in Uettligen, Stämpsti in Ziziwyl, Steullet, Studer, Bermeille, Walther in Radelfingen, Walther in Krauchthal, Wilbbolz, Würsten, Bos.

Folgende Mitglieder zeigen schriftlich an, daß fie, wenn anweiend, gestimmt haben murben:

- 1) Für Annahme des Gesethes über Civilstand und Che: bie Herren Bahler, Berger, Brunner in Bern, Bucher, Etter, Geiser in Dachsfelben, Gerber in Steffisburg, Hoffelter, Jaggi, Rlaye, Roffelet, Schmib in Wimmis, Schupbach, v. Wattenwyl, Wys.
- 2) Fur Verwerfung des Gefehes über Civilftand und Che: bie herren Dabler und Gfeller in Bichtrach.
- 3) Für Annahme des Gesetes über das politische Rimmrecht: bie herren Babler, Brunner in Bern, Bucher, Etter, Fahrni-Dubois, Feller, Geiser in Dachsfelben, hof-

stetter, Jaggi, Rlape, Roffelet, Schmid in Wimmis, Wyß.

4) Für Verwerfung des Gesehes über das politische Rimmrecht: bie herren Berger, Dabler, Gerber in Steffisburg, Gfeller in Bichtrach, Schupbach, v. Wattenwyl.

> Der Rebaktør: Fr. Buber.



Erste Sigung.

Montag, den 10. Mai 1875

Vormittage um 9 Uhr.

Unter dem Borfite des herrn Brafidenten Byro.

Nach dem Namensaufrufe sind 142 Mitglieder anwesend; abwesend sind 107, wovon mit Entsichuld in und: die Herren Bieri, Bircher, Bohren, Burger in Laufen, Bürfi, Oroz, Feller, Flück, Gouvernon, Jolisaint, Karrer, Lehmann in Langnau, Müller in Sumiswald, Plüß, Reber in Niederbipp, Rebmann, Köthlisberger in Walfringen, Schakmann, Schwab in Büren, Schüpbach, Waltber in Landerswyl, Wenger, v. Werdt; ohne Entschulz gung: die Herren Althaus, Brand, Brunner in Bern, Burger in Angenstein, Cattin, Chodat, Deboeuf, Ducommun, Engel, Fahrni, Fattet, Flückiger, Folletete, Galli, Geißbühler, Girardin, Grenouillet, Greppin, Grünig, v. Grünigen, Hurtner, Gyger, Hennemann, Hofer in Dießbach, Hoffmann, Hofftetter, Hornstein, Indermühle, Jobin, Raifer in Büren, Kaifer in Grellingen, Käfermann, Keller, Klade, Kohler, Kohli in Schwarzenburg, Koller, Kuhn, Kummer in Bern, Kummer in Ukenstorf, Lehmann in Biel, Leibundzut, Leuenberger, Liechti in Rüegsauschachen, Mägli, Mauerhofer, Mickel in Ringgenberg, Mischler in Wahlern, Moschard, Möschler, Mühlemann, Müller in Weißenburg, Wüller in Tramlingen, Mühlemann, Müller in Beißenburg, Wüller in Tramlingen, Mühlemann, Müller in Beißenburg, Prêtre, Lueloz, Racle, Rebetez, Renfer in Lengnau, Kenfer in Bözingen, Kiat, Kitschard, Rosselt, Köthlisberger in Herzogenbuchsee, Ruchti, Salzmann, Scheibegger, Schertenleib, Schmid in Wimmis, Spahr, Stämpsti in Bern, Sterchi, Streit, Bogel, Wirth, Wüthrich, Zeesiger, Zingg, Zok, Zumsehr, Zumwald.

Der herr Brafident eröffnet die Sipung mit fol= genden Borten:

Meine herren !

Die beginnende ordentliche Frühlingssession des Großen Rathes, zu welcher ich Sie willfommen beiße, wurde der am 23. dieß ftattfindenden eidgenöffischen Abstimmung wegen auf einen frühern Zeitpunkt angeordnet, als jonft projektirt war.

Leiber war es aus verschiedenen Gründen nicht möglich, Sie so fruh zu besammeln, als erforderlich gewesen ware, um das in der letten Seffton zum zweiten Male berathene Gefet über die hypothekarkaffe gleichzeitig mit den eidges

nöffischen Borlagen bem Boltsentscheibe zu unterbreiten. Dasselbe wird baber voraussichtlich mit dem Gefet über die Lehrerbifdungsanstalten im herbst zur Boltsabstimmung ge-langen.

Auf dem Traftandenverzeichniffe fteben außer bem foeben ermahnten Befege noch folgende wichtigere Gegenstände:

- 1) Das Gefet über bie tantonale Brandverficherungsanstalt.
- 2) Der Returs der Burgergemeinde Camlingen, refp. Die Burgergutsfrage.
- 3) Aufnahme eines Anleihens für die Kantonalbant, die Sprothefarkaffe und die Juragemäfferkorrektion.
 4) Gefuch betreffend Revision der Steuergesetzebung.
- 5) Die periodischen Wahlen des Büreau's des Großen Rathes und des Regierungsprästdenten, sowie einige Beamtenwahlen.

Das erste Traktandum kann nicht behandelt werden, weil Ihre Kommission wegen Erkrankung des Berichterstatters der Regierung, herrn Regierungsprässent Bodenheimer, an der Borberathung gehindert war. Glücklicherweise ist derselbe auf dem Wege der Genesung, und wir dürfen uns der hosffnung hingeben, daß seine Gesundheit bald wieder so hergestellt sein werde, daß sie ihm die Wiederausnahme der Gesschäfte ohne Nachtheil gestattet, so daß dieses Gesetz in der nächten Seisson behandelt werden kann

nächsten Session behandelt werden kann.
Der Rekurs der Burgergemeinde Lamlingen, welcher seit 3 Jahren hängig ist, hat ein eigenthümliches Schickfal. Trosdem Sie in der letzten Session beschlossen haben, densselben in der gegenwärtigen zu behandeln, werden Sie kaum dazu gelangen, erstens da der Präsident und Berichterstatter Ihrer Kommission, herr Fürsprecher Brunner, durch ausswärtige amtliche Funktionen diese Woche meistentheils vershindert ist, den Sitzungen beizuwohnen, und obschon ein anderes Mitglied Bericht erstatten könnte, es sehr wünschensswerth ist, daß die Kommission bei der Behandlung dieser prinzipiell wichtigen Frage möglichst vollzählig sei, und zweitens, weil es 14 Tage vor einer noch wichtigern eidgen. Abstimmung nicht opportun wäre, Sie länger, als unumgänglich nöthig, Ihren Kreisen zu entziehen. Indeß werde ich den Gegensstand für Mittwoch auf die Tagesordnung sehen; Sie mögen alsdann das Gutsindende beschließen.

Die Berathung der Aufnahme eines Anleihens und die Wahlen werden, wie im Einladungsschreiben angezeigt, ebenfalls Mittwoch stattfinden.

Das Gesuch der Revision der Steuergesetzebung wird auf morgen angesetzt und uns voraussichtlich in der gegenswärtigen Session nicht lange beschäftigen, da Niemand die Nothwendigkeit einer Steuerreform in Abrede stellen kann, die einlästiche Behandlung dieser Materie aber eine gründsliche Borbereitung erfordert, welche bis dahin noch nicht erstalt ift

In Betreff der eidgenöfsischen Gesetze über Civilstand und She und das Stimmrecht, welche zwar nicht auf dem Traktandenverzeichnisse stehen und deren Erlaß nun in die Kompetenz des Bundes fällt, wird es sich fragen, ob Sie, da beide Gesetze nicht nur für die Eidgenossenschaft, sondern auch für den Kanton, die Gemeinden, die Familie und jeden Bürger eine große Tragweite haben, es nicht in Ihrer Stellung und Pslicht erachten, gleich wie bei andern ähnslichen Anlässen, z. B. beim Bundesverfassungsprojekt, in der Ohmgeldsrage u. s. w., dem Bernervolk Ihre Ansichten kundzugeben und zu begründen.

Die Regierung und Ihr Brafidium glaubten, Ihnen Gelegenheit bieten zu follen, dieß, fei es in offizieller Sitzung

oder sonft, thun zu können. Bon Ihrer bisherigen Saltung in allen großen Fragen steht zu erwarten, daß Sie dieselbe in einer dem engern und weitern Baterlande zum Wohl und zur Ehre gereichenden Beife benuten und unentwegt fur die Durchführung ber in ber neuen Bundesverfaffung niedergelegten Grundfage einfteben werden.

hiemit erklare ich die Sigung als eröffnet.

Tagesordnung:

Bortrag über die seit der letten Seifton ftattgefun= benen Ersatwahlen in den Großen Rath.

Laut biefem Bortrage find gewählt :

1) im Wahlfreise Langenthal an Plat bes ausgetretenen Berrn Bracher :

herr Jatob Bebermann, Gemeinbrathsprafibent in

Madiswyl;

2) im Bahlfreise Thierachern an Plat bes ver= ftorbenen herrn Benger: Berr Jatob Jaggi, Argt gu Uebefchi.

Da biefe Bablverhandlungen teine Unregelmäßigfeiten barbieten und nicht beanstandet worden find, fo werden fie auf ben Untrag bes Regierungerathes genehmigt.

Die herren Lebermann und Jaggi leisten ben verfaffungemäßigen & i b.

Durch Buschrift vom 20. April abbin erklart Berr Bendicht Spucher in Bindenhaus feinen Austritt aus bem Großen Rath.

Ueberweisung bon Traktanden an Kommissionen.

Es merben gewiesen :

1) bas Defret über Eintheilung des Kantons in poli-tische Bersammlungen an eine vom Bureau ju mahlende Rommiffion von 11 Mitgliedern;

2) die Eingabe betreffend die Amterichterwahl in Laufen an die Bittschriftenkommission ;

3) die Raturalisationen an eine Rommission von 3 Mit-

gliedern, deren Bahl dem Bureau überlaffen wird;
4) die Strafnachlafgesuche, die Beschwerde in Bormundschaftssachen und die Gesuche um Anerkennung als juriftifche Berfon an die Bittschriftenkommiffion ;

5) ber Bertrag betreffend Aufnahme eines Anleihens an

bie Staatswirthschaftstommiffion ;

6) die Raufe und Berfaufe an eine Rommiffion von drei Mitgliedern, beren Ernennung dem Bureau anheimgestellt wird.

Der herr Brafidentzeigt an, daß herr Rummer feine Entlaffung aus ber Rommiffion fur bas Befet über bie Lehrer bildung sanstalten wünsche.

Es wird Herrn Rummer die verlangte Entlassung er= theilt und bas Bureau beauftragt, ihn, sowie ben abwesenben herrn Karrer, in ber genannten Kommission zu ersegen.

Teufcher, Direktor bes Rirchenwesens, als Bericht= erstatter bes Regierungsrathes. In Ihrer letten Sigung hat ber Regierungsrath Bericht über ben juraffijchen Rirchen= tonflitt, fowie über ben Entscheid des Bundesrathes betreffend die externirten Geiftlichen erstattet. Der Berichterstatter des Regierungerathes hat damale darauf hingedeutet, daß Diefe Behorde Ihnen in nachster Beit eine Gesetzesvorlage machen werbe, welche ben Bwed haben foll, Ueberschreitungen ber Beiftlichen in angemeffener Weife entgegenzutreten. Seither ift bon ber Rirchendireftion ber Entwurf eines folchen Gesetzes ausgearbeitet worden, und zwar wurde ihm vorläufig der Name gegeben: Gesetz betreffend Ausübung gottesdienstlicher Hamt gen. Der Regierungs-rath ist gegenwärtig damit beschäftigt, diesen Gesetzesentwurf vorzuberathen. Bevor er dem Großen Rathe zur Berathung vorgelegt werden tann, wird es, abgesehen davon, ob ber Entwurf als ein Gefet ober als ein Defret bezeichnet merden foll, nothwendig fein, ibn ber tatholifchen und ber protestantifchen Synode zur Begutachtung und Antragstellung vorzulegen. Da nun aber diese Angelegenheit ziemlich dringend ift, so scheint es der Regierung angemessen, daß der Große Rath schon jest eine Kommission niedersetze, welche den Ent= wurf, fobald er borbereitet ift, borberathen tann. 68 tonnte bieß voraussichtlich im Laufe bes Sommers geschehen, so bag bann bie Angelegenheit in einer Sigung bes Großen Rathes, welche vielleicht Ende August ober Anfang September stattfinden durfte, behandelt werden konnte. 3ch ftelle alfo ben Antrag, es fei jur Borberathung des genannten Ent-wurfes eine Kommission von 7 Mitgliedern niederzuseten.

Diefer Untrag wird genehmigt und bas Bureau mit ber Ernennung ber Mitglieber Diefer Rommifion beauftragt.

Da ber Befegesentwurf über bie Lehrerbilbungsanstalten heute nicht zur Behandlung gelangen kann, so wird auf den Antrag des herrn Brafidenten in Behandlung gezogen der

Weichluffesentwurf

betreffend

eine Sauptrebifion der Grundfleuerschakungen.

Diefer Beschluffesentwurf lautet, wie folgt :

Der Große Rath des Rantons Bern,

in Betracht,

baß ber bermalige Werth ber Liegenschaften mit ben im Sahr 1865 feftgeftellten Grundsteuerschagungen großentheils nicht mehr im Ginklang fteht,

auf ben Untrag bes Regierungerathes,

beschließt :

1) Es ift eine Hauptrevision ber Grundsteuerschatungen bes gangen Kantons vorzunehmen. Dieselbe ift nach An-leitung bes Gesetzes vom 15. Marg 1856 auszuführen, und awar in der Beise, daß die Artikel 5 bis und mit 13 biefes Gefeges noch im Laufe dieses Jahres und die Artikel 14 bis

und mit 30 im Jahre 1876 zur Bollziehung gelangen. Rach dem Borgange des Jahres 1864 foll die aufzu= stellende Centralkommission aus 35 Mitgliedern und 7 Ersap-

mannern befteben.

2) Der Regierungerath ift mit ber Bollziehung biefes Beschluffes beauftragt.

Rurg, Direttor ber Finangen, als Berichterstatter bes Regierungerathes. Der Befchluffesentwurf, welchen ber Regierungerath Ihnen vorlegt, lautet, wie folgt: (Der Redner

verliest benfelben.) Der § 34 bes Bermogenefteuergefetes vom 15. Marz 1856 schreibt vor: "Die nach den Bestimmungen des Gesetzes festgestellte Grundsteuerschatzung hat auf unbestimmte Zeit Geltung, und es bleibt die Hauptrebisson derselben jeweilen einem Beschlusse des Großen Rathes Das Befet fchreibt alfo nicht eine periodische Revision der Grundsteuerschatzungen bor, fondern es wird Diefe Revision einem jeweiligen Beschluffe bes Großen Rathes vorbehalten. Bisher haben die Reviftonen je nach einem Beitraume von 10 Jahren ftattgefunden, nämlich die erfte im Jahre 1856 nach Unnahme bes noch in Rraft beftehenden Bermogensteuergesetes, und die zweite im Jahre 1866. Da feit ber letten Revision nun bald 10 Jahre verflossen fein werden, so glaubt der Regierungerath, es sei mit Rudficht auf die bisberige Uebung der Fall, wieder eine Revision anzuordnen.

Dafür fprechen aber noch andere, wichtigere Grunde : Mit der Revision der Grundsteuerschatzungen allzulange gu= jumarten, ift um fo weniger gerechtfertigt, als bei ber Gin-tommenfteuer alle Jahre eine vollftandige Revision stattfindet. Es tommen aber auch Grunde in Betracht, welche in der Sache felbst liegen. Man hat begrundete Urfache, anzunehmen, baß der Werth der Liegenschaften im Laufe der letten 10 Jahre sich wesentlich verandert hat, zwar nicht nur im Sinne einer Erhöhung, sondern theilweise auch im Sinne einer Erniedrigung. Es handelt sich also zunächst nicht um fistalische Bwede, sondern um die Ermittlung des dermaligen wirklichen Werthes der Liegenschaften; auf Grundlage dieses Werthes wurde dann auch die Steuer erhoben.

Wenn wir von der Ansicht ausgehen, und biefer An= ficht auch bei der Aufftellung bes vierfahrigen Budgets Rech= nung getragen haben, daß die Revifion der Grundfteuer= fteuerschapungen eine mefentliche Erhöhung des Grundfteuer= tapitals herbeiführen werde, fo beruht diefe Unficht auf Thatfachen, welche Jedermann anertennen wird. Aus einer bei ben Aften liegenden Tabelle, welche bas Ergebniß ber im Jahre 1874 im alten Ranton ftattgefundenen Banbanderungen enthalt, geht hervor, daß ber Raufswerth ber ver-außerten Liegenschaften im Durchschnitt 55 % bober ftebt, als die Grundsteuerschatzung von 1866. Ich gebe gerne zu, daß da die Aufnahmen eines einzigen Jahres nicht genügen, um sich ein gang richtiges Urtheil zu bilben, und daß ferner Aufnahmen, die fich bloß auf die Sandanderungen ftuben, nicht burchaus maßgebend find. Immerhin glaube ich, man konne aus der bedeutenden Differenz von 55 % ben Schluß ziehen, daß die Liegenschaften im großen Bangen gegenwartig einen hohern Berth haben, als vor 10 Jahren.

ich mache noch auf eine andere Thatfache aufmertfam : 3m Jahre 1866 betrug bas rohe Grundsteuerfapital bes alten Rantonstheils Fr. 737,600,442 ,, 778,902,970 1874 belief es sich auf .

Es hat fich fomit erhöht um . Fr. 41,302,528 Diese Erhöhung betrifft bie neuen Gebaulichkeiten, welche naturlich eingeschätt werden mußten. Die Bermehrung beträgt alfo bloß 5,3 %. Das reine Grundsteuerkapital betrug 1866 Fr. 509,571,879

. " 487,441,140 1874 mar es auf

herabgefunten. Es hat fich fomit um . Fr. 22,130,739 oder um 4,3 % vermindert. Dagegen haben die Schulben (und zwar nicht nur biejenigen, welche abgezogen werden tonnen, sondern auch biejenigen, bei benen ein Abzug nicht gestattet ist, da sie Forderungen von außerhalb bes alten Kantonstheils wohnenden Gläubigern betreffen) beträchtlich zugenommen. Im Jahre 1866 war nämlich ber Totalbetrag Fr. 237,366,293 ber Schulben 1874 flieg er auf . 316,358,260 Fr. 78,991,967 an; er hat sich somit um

= 24,9 % vermehrt. Es ift nicht dentbar, daß die Rapi= taliften die auf Grundeigenthum angelegte Summe fo bebeu: tend erhöht hatten, wenn nicht auch der wirkliche Werth ber be= treffenden Liegenschaften in entsprechendem Dage geftiegen ware.

Ich glaube, mich auf Diefe Thatfachen beschranten zu burfen, um ben Rachweis zu leiften, bag eine Revifion ber

Grundfteuerschatungen geboten ift.

Bas ben vorliegenden Befchluffesentwurf betrifft, fo ift mit dem vom Großen Rathe im Jahre 1865 erlaffenen beinahe gleichlautend. Rach dem Entwurfe foll eine Central= schagungskommission niedergesetzt werden, welche im Laufe bieses Jahres ihr Bensum erledigen foll. Im nächsten Jahre wurden sodann die Einzelchatzungen durch die Gemeindekom= miffionen beginnen. Wie Gie fich erinnern, fand im Jahre 1865 jum erften Male auch im Jura eine Schatzungerevifion ftatt. Mit Rudficht auf biesen Umftand wurde die Centralfteuerschapungefommiffion, welche nach dem Befege aus 25 Mitgliedern und 5 Erfagmannern bestehen foll, aus 35 Mit= gliedern und 7 Erfagmannern zusammengesett. Es mar bieß eine Abweichung vom Gefete, wie fie der Große Rath damals innerhalb feiner Rompeteng befchließen tonnte. Es fragt fich nun, ob der Große Rath auch heute noch kompetent sei, eine solche Abweichung zu beschließen. Mit Rudficht auf den Borgang des Jahres 1865 glaubten wir, man wurde allzu frupulos fein, wenn man fich fcheuen murde, heute die nam-liche Abweichung eintreten ju laffen, die übrigens im Intereffe ber Sache geboten ift. Wir schlagen baher auch dießmal eine Rommission von 35 Mitgliedern und 7 Ersagmannern vor. In Erganzung des schriftlichen Antrages erlaube ich mir,

noch einen Bufat jum Beschluffe vorzuschlagen. Es murbe mir namlich in ben letten Tagen von Seite bes statistischen Bureau's ber Bunsch ausgesprochen, es möchte die Revision ber Grundsteuerschatzungen benutt werden, um noch weitere statistische Erhebungen über bie Grundbestsperhältnisse im Kanton vorzunehmen. 3ch habe diese Frage der Großrathstommission vorgelegt, welche fich damit einverstanden erflart hat. Rur ift im Schoofe ber Rommission der Bunfch aus= gesprochen worden, den ich gang begreiflich finde, man mochte bei Diefen Erhebungen Die Gemeinden mit der Aufftellung von ftatistischen Labellen nicht zu fehr beläftigen. Ich will hier bie Buficherung geben, bag bie Bemeinden in biefer Richtung möglichst geschont werden sollen. Jedoch werden solche sta-tistische Erhebungen sehr zweckmäßig und namentlich auch für die bevorstehende Reform unserer Steuergesetzgebung von nicht geringer Wichtigkeit und von großem Rupen sein. Ich schlage daher vor, den Art. 2 des Beschlussesentres also zu fassen: "Der Regierungsrath ift mit der Bollziehung diefes Befchluffes beauftragt und ermächtigt, bei Anlaß der Revision weitere statistische Erhebungen über Grundbesitverhaltniffe zu machen." Ich empfehle ben Beschluffesentwurf mit biefer Erganzung zur Annahme.

Keiß, als Berichterstatter der Kommission. Die Rom= miffion ichließt fich bem Entwurfe bes Regierungerathes an, und ich tann mich in ihrem Namen auch in Bezug auf bie Motivirung bem bereits Befagten anschließen. 3ch erlaube mir bloß noch einige Detailausführungen, welche vielleicht ber Distuffion des Großen Rathes zu Grunde gelegt werden möchten.

Nach dem Vermögensteuergesetze vom 15. März 1856 follen die amtlichen Schatzungen nach dem Rapitalwerthe ber Liegenschaften aufgenommen werden, und es haben sowohl bie Centralkommiffion als die Gemeindekommiffionen ben bestimmten Auftrag, sich dabei an den jeweiligen Marktpreis zu halten. Hinsichtlich der Bornahme der Revision der Schatzungen bestimmt das Geses nur, daß diese Revision jeweilen stattfinden solle, wenn der Große Rath dieß für nothwendig finde. Der Große Rath hat also ba freie hand. Nach den bisherigen Borgangen findet jedoch die Revision

je von 10 gu 10 Jahren ftatt, und es find denn auch die Grund= fteuerregifter bloß fur 10 Jahre eingerichtet worden, fo daß unter allen Umftanden neue Regifter eingerichtet

muffen.

Es wird nun beabfichtigt, im gegenwartigen Jahre bie Schabungen durch die Gentralschabungskommission beginnen und im nachsten Jahre durch die Gemeindeschapungskom= miffionen beendigen zu laffen, fo daß im Jahr 1877 die Steuer gum ersten Male auf der Grundlage der neuen Schatungen be-zogen werden konnte. Im alten Kantonstheil fand im Jahr 1847 bei Erlaß des damaligen Gesetes eine Schatung ftatt. Eine weitere Schatung wurde 1856 bei Aufstellung degenwärtig geltenden Gesetses vorgenommen. Die lette Schatungerevision wurde in den Jahren 1865 und 1866, gestütt auf einen 1864 gefaßten Beschluß, durchgeführt. Der neue Kantonstheil, in welchem seit 1824 keine Schatung mehr stattgefunden hatte, wurde 1865 zu einer allgemeinen

Grundsteuerschatzung herbeigezogen.
Die Begrundung einer Bornahme der Schatzungerevision liegt, abgesehen von der bisherigen Uebung, namentlich in liegt, abgesehen von der bisherigen Uebung, namentlich in dem Umstande, daß ohne Zweifel eine bedeutende Bewegung bes Werthes ber Liegenschaften, und zwar im großen Ganzen jedenfalls eine Bermehrung bes Kaufpreifes, welcher bei der Revision allein in Betracht fommen kann, stattgefunden hat. Hie und da mögen auch einige Werthverminderungen eingetreten sein. Daß nach 10 Jahren eine Revision der Schahungen vorgenommen werde, ist recht und billig, und wenn bei diefem Anlage eine Bermehrung des Steuerergebniffes erzielt werden fann, fo ift bieß um fo beffer. Daß feit ber letten Schatung Werthveranderungen eingetreten find, bafur liefern die 1874 vorgenommenen handanderungen, wenn nicht einen vollgültigen Beweis, fo doch einen Anhaltspunkt. Die Grundsteuerschatzung der Immobilien, welche 1874 Hand anderten, beträgt ungefähr 20 Millionen, der Kaufpreis dagegen 32 Millionen. Ich will nun durchaus nicht beshaupten, daß dieses Verhältniß für den ganzen Kanton maßgebend sei; benn es ift natürlich, daß diesenigen Guter und Gebaulichkeiten, welche Sand geandert haben, verhaltnismäßig einen größern Preis haben, als die übrigen.

Leiber fehlen über die wirkliche Steigerung der Güterpreise nähere Angaben. Es ware in einem vorzugsweise agrikolen Kantone sehr zu wünschen, daß man darüber nähere Anhaltspunkte besäße. Die Kommission stimmt deßhalb dem Borschlage des herrn Finanzdirektors bei, es möchten bei Anlaß der Revision nähere Erhebungen über dieses wichtige Berhältniß gemacht werden. Wir können uns also nicht auf positive statistische Angaben kügen, indessen haben wir einige Anhaltspunkte, welche uns zeigen, daß in den letzen 10 Jahren eine Steigerung der Güterpreise stattgefunden hat. Im Kanton Zürich sind solche annähernde Schahungen vorshanden, wonach im Preise gestiegen sind: Leiber fehlen über bie wirkliche Steigerung ber Guter=

1851—1860

22% 29% die Aecker um 22 " Diefe Angaben tonnen naturlich nicht einfach auf den Kanton Bern übertragen werben, indeffen laffen fie die Unnahme als begrundet erscheinen, daß auch in unserm Kanton eine Wertherhöhung des Grundeigenthums stattgefunden hat.

Gine folche Erhöhung konnen wir auch baraus berleiten, baß bie Bebaudeaffeturangen in ben lettern Jahren tonftant gestiegen find. Wenn aber die haufer und die zur Landwirth-fchaft dienenden Gebaude im Kaufpreife und in der Brandaffekuranzschatzung steigen, so ist dieß ein Fingerzeig, daß auch der Werth der Guter in ähnlichem Berhältnisse steigt. 1867 betrug die Brandversicherungssumme Fr. 378,928,200 Bu Anfang des Jahres 1874 war ste auf " 446,972,100 gestiegen. Es ergibt sich somit in diesem Beitraume eine Vermehrung von . Fr. 68,043,900 wovon 11 Millionen auf Die Statte und 57 Millionen auf

bas Band fallen. Wir haben alfo in ben Statten eine Steigerung von ungefahr 12 und auf dem Canbe eine folche

von 14 %. Bas den Ertrag der Grundsteuer betrifft, so tann nicht Bas den Ertrag der Grundsteuer betrifft, fo tann nicht bestritten werden, daß berfelbe, wenigstens der Robertrag, durch die Revision der Steuerschatzungen eine Bunahme erleiden wird; beim Reinertrag wird die Bunahme, wenn überhaupt eine solche eintritt, geringer fein, da auch die Gemin-nungskoften gestiegen find. Wenn aber der Ertrag machst, so machst auch der Rapitalwerth, der Raufswerth, und biefer ift für uns maggebend. Die Biehpreife find feit 10 Jahren bedeutend gestiegen ; ebenjo die Breife ber Brodutte, nament= lich der Rafe. Damit hat auch der Werth der Grundftude eine Steigerung erlitten.

Much weitere Urfachen haben in einzelnen Landesgegenden eine Erhöhung des Werthes der Grundftucte berbeigeführt, 3. B. die Bermehrung des Fremdenverfehrs, die Berbefferung ber Berkehrsmittel, namentlich die Erstellung von Gifenbahnen, ver Verlegismittet, namentich die Steigerungen haben nicht einen vermehrten Ertrag für den betreffenden Eigenthümer, aber eine Erhöhung des Preises zur Folge. So sind auch die Einnahmen gestiegen, ohne daß der Einzelne, wenn er die Gewinnungskosten abzieht, mehr erhält.

Weit erfreulicher ist das Bild, das sich uns aus den

offiziellen Berichten entrollt, wenn wir die wirkliche Bermeh-rung des Ertrages ber Liegenschaften in's Auge faffen. Die Berichte sind darüber einstimmig, daß auß den Immobilien ein größerer Ertrag erzielt wird, als vor 10 Jahren, und zwar nicht nur in den Städten, wo die Miethzinse bedeutend gestiegen sind, sondern auch auf dem Lande. In Folge der Urbarisirung (Entsumpfung) und bessern Bewirthschaftung des Landes, in Folge zweckmäßigerer Kütterung, der Außebehnung der Baumpflanzungen und der Bienenzucht, in Folge hesserer Fruchtmahl zweckmäßigern Kruchtmechiels u. 6 m. besserer Fruchtwahl, zweckmäßigern Fruchtwechsels u. s. w. hat der Ertrag der Landwirthschaft zugenommen. Man ift so ziemlich darüber einverstanden, daß dieser Ertrag um einen Drittheil oder wenigstens einen Viertheil größer sei, als vor

10 Jahren. Bas wird nun ber Ertrag einer Revision der Grund= steuerschatzung sein? Man darf sich da nicht allzu sanguinischen Hoffnungen hingeben. Immerhin hat die lette Revision eine Bermehrung von 16 % herausgestellt, nämlich im alten Kantonstheil 120 und im Jura 131 Millionen. Der Grund, warum die Bermehrung im neuen Kantonstheil eine so große war, liegt darin, daß dort seit 1824 keine Revision der Schatzungen mehr stattgefunden hatte. Damals hatte Herr Finanzdirektor Scherz, gestützt auf die Ergebnisse bes Jahres 1862, Berechnungen aufgestellt, welche so ziemlich eingetroffen find. Doch trat die Bermehrung nicht im namlichen Berhaltniffe ein, wie die Erhöhung der handanderungen.

Benn wir annehmen, es habe sich der Werth des Grundsbesites um 20% vermehrt, so werden wir so ziemlich das Richtige getroffen haben, d. h. eher zu hoch als zu niedrig gegangen sein. Nach dieser Annahme wird sich das Erträgniß ungefähr folgendermaßen berausstellen. Die gegenwärtige

Grundfteuerschatung beträgt:

im alten Ranton 487 Millionen im neuen Ranton 195

im gangen Ranton somit . 682 Millionen. tritt eine Erhöhung um 25 % ein, so wird ber Ertrag fich um Fr. 275,000 fteigern. Davon muffen fur bas erfte Jahr die Kosten der Revision abgerechnet werden, welche im vier-jährigen Büdget nicht ausgesetzt sind. Ich habe hiefür keine Anhaltspunkte, ich glaube aber, nicht fehl zu gehen, wenn ich diese Kosten auf Fr. 70—80,000 anschlage. Das vierjährige

Bubget sieht eine Bermehrung bes Grundsteuerertrages von Fr. 100,000 für ben alten Kanton und von Fr. 35,000 für ben Jura por

den Jura vor. Die Kommission empsiehlt einstimmig die Annahme des vorliegenden Beschluffesentwurfes nebst dem vom Herrn Berichterstatter des Regierungsrathes vorgeschlagenen Zusage.

v. Watten wyl. Ich gebe zu, daß in einigen Landestheilen des Kantons ein Mehrwerth der Liegenschaften eingetreten ift, und ich glaube auch, es solle eine Schahungsrevision vorgenommen werden, und zwar auß dem Grunde, weil nach meiner Ueberzeugung gegenwärtig eine große Ungleich heit in den Schahungen herrscht. Ich habe das Wort ergriffen, um zu betonen, daß auf dem Fuße, wie 1855 und 1865 die Revision vorgenommen wurde, der Zweck nicht erreicht werden wird. Ich habe dießfalls einige Erfahrungen gemacht. So lange sich die Centralkommission nur mit der Auftellung von Klassen befaßt, und dann die Einschähung des Landes in die einzelnen Klassen den Demeinden überlassen wird, wird man nie eine richtige Schahung erhalten. Die reichen Gemeinden wollen eine niedrige Schahung und die einern, welche viele Schulden haben und gerne noch mehr solche machen möchten, wünschen eine möglichst hohe Schahung. Bei einer Schahungsrevision wird man daher das Augenmerk hauptsächlich darauf richten müssen, in den Gemeinden die Schahungen zu revidiren und dafür zu sorgen, daß das Land in die richtige Klasse kontralkommission, welche hier anwesend sind, werden meine Anssich theilen.

Handen, was herr v. Wattenwyl fagte, welcher Prafibent ber frühern Centralkommission war, der ich ebenfalls angehörte. Es ist ganz richtig, daß die Schahung in den Gemeinden eine sehr ungleichartige war. Dieser Fehler sollte bei der nun vorzunehmenden Revision vermieden werden.

Herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. Ich spreche ben beiden Borrednern für ihre Bemerkungen meinen Dank aus. Die vollziehenden Behörden werden diesen Bemerkungen Rechnung tragen, so weit dieß in Bollziehung des gegenwärtig bestehenden Gesetes möglich ist. Ich erlaube mir, den Wunsch auszusprechen, daß die beiden Borredner dann im Schoose der Centralsteuerschapungskommission, in der ich sie zu sehen hoffe, ihre Einsicht und Erfahrungen zum Rupen des Landes geltend machen werden.

Der vorliegende Beschlussesentwurf wird nebst bem vom Herrn Berichterstatter des Regierungsrathes vorgeschlagenen Zusate genehmigt.

Der herr Brafibent zeigt an, daß bas Bureau bie nachgenannten Rommiffionen in folgender Beise zusammengefest habe:

Maturalifationen.

Berr Grograth Buhlmann.

" " v. Erlach.

" " Säberli.

Räufe und Berfaufe.

herr Großrath Brunner von Meiringen. Werber von Steffisburg.

" " Rötschet.

Eintheilung des Kantone in politische Ber= fammlungen.

Herr Großrath Scherz.

" " Michel.
" " Hifchel.
" " Hischer.
" " Wischer.
" " Wischer.
" " Wattenwyl.
" " Jooft.
" " Worgenthaler.
" " V. Känel.
" " Jolisfaint.
" " Rosselet.

Im Weitern theilt ber Herr Prafibent mit, daß das Bureau in die Kommission für das Geset über bie Lehrerbildungsanstalten an Plat der Herren Karrer und Kummer ernannt habe:

Berrn Grograth Marti.

" Bofer, Fürsprecher.

Gefuch betreffend Revifion der Steuergesetzgebung.

Der Regierungerath ftellt folgende Antrage:
1) es fei die Eingabe einer Anzahl Steuerpflichtigen I. Rlaffe den vorberathenden Behörden zuzuweisen, um bei der vorzunehmenden Revision unserer Steuergefetzgebung ans gemeffene Berucksichtigung zu finden;

gemessene Berucksichtigung zu finden;
2) es sei auf das Gesuch der Petenten um sofortige Ab= anderung des Interpretationsbeschlusses vom 20. Mat 1869

nicht einzutreten;

Die Kommiffion stimmt im Allgemeinen bei, schlägt jedoch vor, den Rachsat des Antrages 1 zu ftreichen und das gegen als Antrag 2 einzuschalten:

Der Regierungsrath fei einzuladen, die Borarbeiten für die Revision der Steuergesetzegebung mit Beforderung an die hand zu nehmen und burchzuführen.

2753.

Die Vorstellung ist f. Z. in den öffentlichen Blättern abgedruckt worden, und Sie werden davon Kenntniß genommen haben. Es wird daher nicht nothwendig sein, sie hier zu verlesen; wenn dieß jedoch gewünscht werden sollte, so kann es natürlich geschehen.

In den Betitionen wird zunächst die Ansicht ausgesprochen, unsere gesammte Steuergesetzgebung sei einer Revision bedürftig, eine solche könne jedoch erft nach vorheriger Revision der Kantonsverfassung vorgenommen werden. Im Speziellen wird auf folgende Bunkte aufmerksam gemacht, welche nach

ber Anficht ber Betenten bei ber Revifion Beruchfichtigung finden follten :

1) Bleichstellung bes alten und neuen Rantonetheils in

Steuerfachen;

2) Durchführung bes Bringips einer mäßigen Brogreffiv-fteuer sowohl fur bas Ginkommen als bas Bermögen;

3) Maßnahmen gegen Steuerverheimlichung; gemeindes oder amtsbezirksweise Publifation der Steuerregister;
4) Erhöhung des Griftenzminimums; Familienabzüge, den Bedürfniffen und dem Familienbestand entsprechend;

5) semesterweiser Bezug ber Steuern. Abgesehen von tiefen Petita, welche, wie gesagt, Die Betenten felbst erft nach erfolgter Berfassungerevision beructsichtigt zu sehen hoffen, sprechen sie noch ein spezielles Begehren aus, von dem sie wünschen, es möchte ihm sofort entsprochen werden. Die Petition jagt nämlich, "es sei den Fixbefoldeten noch vor der eigentlichen Revision Des Steuer= gefetes eine Begunftigung in ber Beife einzuraumen, baß ihnen durch einfaches Defret bis jum Erlaß Des neuen Be-feges, ber Sohe ber Befoldung entjprechent, vermehrte Brozentabzüge (Gewinnungskosten) im Betrage von 20-50% gestattet waren, so zwar, daß die kleinsten Ginkommen den größten Abzug erhalten. Die größern Besolungen wurden progressiv ftarker belastet als die kleinern, d. h. der Prozentabzug murde fich in bem Mage verringern, als die Befoldung ansteigt. Es mare bas eine Erleichterung eines Theils ber Steuerzahler, Die gegen Die Gleichberechtigung Aller nicht im Beringsten verftogt, im Gegentheil tiefe und tamit auch bie Gleichstellung aller Rlaffen nur jur Bahrheit macht."

Was nun zunächst Die Frage betrifft, ob erft nach ber Revision der Rantoneverfaffung zu einer Reform ber gefammten Steuergefetgebung geschritten werden konne, fo will ich mich darüber heute nicht aussprechen, ba auch der Regierungsrath diese Frage nicht behandelt hat. Sie wird sich entscheiden je nach der Wendung, welche die Frage der Verfassungsrevision felbst nehmen wird. Da aber Die Betenten felbst annehmen, ihren Hauptpetita konne erft nach der Revision ber Kantonsverfaffung Rechnung getragen werden, fo glaubte ber Regie= rungerath, auf biefelben nicht eintreten zu follen, und er beschrantte fich daher darauf, einen Untrag in Bezug auf den Abzug vermehrter Geminnungstoften ju ftellen. 3ch bemerte jedoch, daß die Frage der Revision der Steuergesetzgebung eine solche Tragweite hat und mit fo großen Schwierigfeiten verknupft ift, daß man sich nicht frube genug mit den einzleitenden Vorkehren fur die Revision beschäftigen fann. 3ch fann benn auch die Erklarung abgeben, baß die Finangbirettion sich schon seit langerer Beit mit ber Frage befaßt hat und fich auch ferner lebhaft damit beschäftigen wird. Die Rommiffion hat in diefer Richtung einen bestimmten Wunsch, dem fich der Regierungerath anschließt, ausgesprochen, den Bunfch nämlich, es sei der Regierungerath einzuladen, die Borarbeiten für die Revision der Steuergesetzgebung mit Beforderung an Die Band zu nehmen und durchzuführen.

Dem Besuche ber Betenten, einen größern Abzug von Gewinnungstoften zu gemabren, konnte nur auf zwei Begen entsprochen werden, gunachst durch eine authentische Inter-pretation des Ginkommensteuergeseges nach dem Borgange von 1869 und sodann durch eine partielle Revision Diefes

Bejeges.

Bas eine authentische Interpretation tes Gefetes betrifft, so mußte die Regierung sich fagen, daß es nach ber Ginführung des Referentums zweifelhaft fei, ob der Große Rath noch authentische Gesetzesinterpretationen vornehmen tonne. In Betreff einer partiellen Revifion Des Steuerge= fetes mußten wir uns fagen, es ware eine folche diefes einzelnen Bunktes megen nicht angezeigt und nicht gerechtfertigt; eine derartige Borlage murbe nach unferer bestimmten Ueberzeugung vom Bolfe nicht gunftig aufgenommen werden, und ihr Schickfal mare von vornherein bestegelt. Schon aus

biefen formellen Grunden mußte ber Regierungerath finde , es fei nicht thunlich, bem Gefuche zu entiprechen.

In Betreff Der materiellen Begrundtheit Diefes Wefuches fann man verschiedener Anficht fein. Wie Gie fich erin= nern, wollte ber Regierungerath im Jahr 1865 bei ber Be-rathung bes Gintommenfteuergefeges eine eigene Rategorie fur Die Fixbefoldeten aufstellen und Dieselben etwas gunftiger behandeln, als die übrigen Gintommensteuerpflichtigen. Echon tamals jagte man namlich, es fei gerechtfertigt, die Figbe-foldeten etwas gunftiger zu ftellen, ba man ihr Ginkommen gang genau tenne und fie daber auch genau gur Steuer beranziehen fonne, mabrend Dieß bei Den übrigen Steuer-pflichtigen nicht ber Fall fei. Diefer Antrag murbe aber im Großen Rathe verworfen und die Figbefoldeten mit den

Steuerpflichtigen ber folgenden Mlaffe vereinigt.

Seither herrichte bei ben Sigbefoldeten ftete eine große Ungufriedenheit, welcher im Jahr 1869 baburch Rechnung getragen murbe, bag ibnen auf bem Wege einer authentischen Interpretation bie Bergunstigung eingeräumt murbe, 10% als Geminnungsanslagen in Abjug zu bringen. Man hat fich turchaus nicht verhehlt, bag tieß eine etwas ge= zwungene und funftliche Auslegung des Ginfommenfteuerge= feges fet, indem in vielen Fallen bie Fixbefoldeten gar nicht als berechtigt betrachtet werden fonnen, Geminnungsauslagen in Abzug zu bringen. Diefe Bergunftigung murde noch einen ichiefern Charafter annehmen, wenn man nun heute Die Bewinnungsauslagen erhöhen murde. Hebrigens glaube ich, es muffe ber fünftigen Steuergesetzgebung überlaffen bleiben, au bestimmen, in welchem Dage den Klagen der Figbefoldeten, fofern fie berechtigt find, Rechnung getragen werden folle.

Bir suchten uns auch über die Wirfungen Rechenschaft zu geben, welche die Bernafichtigung des Gesuches der Betenten haben murde. Es war Dieß allerdings ichwierig zu tonftatiren, indem man zu Diefem Zwecke fehr zeitraubende Auszuge aus fammtlichen Steuerregistern hatte machen muffen. Bir beschränkten und baber barauf, Die Fixbefoldeten von 5 größern Ortschaften, Bern, Thun, Biel, Burgdorf und Langen thal, auszumitteln. Nimmt man nun an, es weisen auch bie übrigen Ortschaften Des Kantons analoge Berbaltniffe auf, jo fommt man gu dem Rejultate, daß der Fisfus eine Ginbuße von Fr. 25,000 machen, die einzelnen Figbefoldeten bagegen burchichnittlich blog um etwa Fr. 3 erleichtert murben. Es wurde also eine fühlbare Ginbuße für den Staat ein-treten, ohne daß der einzelne Steuerpflichtige eine wesent-liche Erleichterung erleiden murbe.

Mus biefen Grunden glaubt ber Regierungerath, es fei über bas Gefuch ber Betenten zur Tagesordnung zu ichreiten. Er stellt aber ben weitern Antrag, es sei die Eingabe einer Angahl Steuerpflichtiger 1. Rlaffe ben vorberathenden Beunferer Steuergesetzgebung angemeffene Berudfichtigung ju

finden.

Die Kommiffion bat fich auch in Diefer Frage im Wefent= lichen ber Unficht bes Regierungerathes angeschloffen, municht jeboch, es möchte ausdrücklich gefagt werden, der Regierungs= rath fei eingeladen, Die Borarbeiten fur tie Revifion der Steuergefetgebung beforderlichft an Die Sand gu nehmen und ju Ende gu führen. 3ch bente, ber Berichterftatter ber Kommission werde Diefen Antrag naber begrunden, und ich beschrante mich baber barauf, die Erklarung abzugeben, daß Der Regierungerath feinerseits fich der von ter Rommiffion vorgeschlagenen Modifitation anschließt. 3m Beitern schlägt bie Rommiffion vor, im Antrage Des Regierungerathes bie Worte "um bei der vorzunehmenden Revifion unferer Steuer= gesetze "um bet bet botzunehmenben kebifibn unserer Steuers gesetzebung angemessen Berücksichtigung zu sinden" zu streichen und einfach zu erklären, "es sei die Eingabe einer Anzahl Einkommensteuerpstichtiger 1. Rlasse den vorberathenden Be-börden zuzuweisen." Der Regierungsrath ist auch mit diesem Antrage einverstanden. Ich empfehle den Antrag des Regierungsrathes mit ben von der Kommifficn vorgeschlagenen Modifikationen zur Annabme.

Teiß, als Berichterstatter der Kommission. Es ist Ihnen bekannt, daß bei den Einkommensteuerpflichtigen und namentlich bei Tenjenigen, welche ein sixes Einkommen versteuern, die Ansicht obwaltet, sie seien durch das gegenswärtige Geset verhältnismäßig allzusehr belastet. Diese Ansicht ist so allgemein verbreitet und das Misbehagen über die ungleiche Behandlung dieser Klasse von Steuerpflichtigen wurzelt so tief, daß ich darüber wenige Worte zu verlieren brauche. Einen Ausstuß dieses Misbehagens erblicken wir darin, daß ungefähr 3000 Steuerpflichtige beim Großen Rathe um eine Abänderung des Steuergesetzes petitioniren, gleichzeitig aber auch eine partielle Abhülse des gegenwärtigen Uebelstandes verlangen.

hinsichtlich der allgemeinen Revision der Steuergesetzgebung ift die Kommission mit dem Regierungsrathe einversstanden, daß eine solche Revision stattsinden und daß die notigien Borarbeiten dazu gemacht werden sollen. Die Kommission wünscht aber, es möchte der Regierung ein ganz spezieller Auftrag gegeben und vomit die Betition nicht einsfach zurückgewiesen werden. Die Kommission schlägt daber vor, in dem zu fassenden Beschlusse als Ziss. 2 folgende Borschrift aufzustellen: "der Regierungsrath sei einzuladen, die Borarbeiten sur die Revision der Steuergesegebung an die Hand zu nehmen und durchzusühren." Die Regierung stimmt diesem Antrage bei. Wenn die Kommission diesen Austrage bei Wenn die Kommission diesen Austrage bei Wenn die Kommission diesen Austrage bei Benn die Kommission diesen Austrage bei Benn die Kommission diesen

Was das spezielle Begehren der Petition anbelangt, so halt die Kommission dafür, es sei nicht opportun, demselben zu entsprechen; auch ware der Große Rath nicht kompetent dazu. Würde nämlich dem Bolke eine Borlage behufs Absänderung des Einkommensteuergesets im Sinne des zweiten Theiles der Petition gemacht, so wurde eine Berwerfung dieser Borlage unzweiselhaft sein. Denn in einem Augenblicke, wo sich das Bedürfniß nach einer allgemeinen Revision der Steuergesetzgebung geltend macht, wird das Bolk kaum geneigt sein, auf eine Revision einzugehen, welche nur eine spezielle Klasse von Steuerpflichtigen im Auge hat, und wenn diese auch noch so sehr Ursache hat, sich über ungleiche Beshandlung in Steuersachen zu beklagen.

Budem halt die Kommission dafür, es könne der Große Rath bei der heutigen Sachlage nicht mehr zu demjenigen Mittel greisen, welches er am 24. Mai 1869 angewendet hat, um die Fixbesoldeten einigermaßen zu erleichtern. Eine derartige Vorlage müßte heute dem Referendum untersstellt werden. Welches Schicksal sie dann aber haben wurde, hat Ihnen bereits der herr Berichterstatter des Regierungstathes angedeutet. — Ich empsehle die Anträge der Kommission, welche von derselben einstimmig beschlossen worden sind.

Die Antrage bes Regierungerathes werden nebst ben von ber Kommission vorgeschlagenen Modificationen genehmigt.

Haturalijationsgesuche.

Auf den Antrag des Regierungsrathes und der Rommiffion werden mit der gefestlichen Mehrheit von 2/3 Stimmen bei 86 Stimmenden in das bernische Landrecht aufgenommen:

1) Frau Rosa Meper, geb. Hunerwadel, Joh. Jakobs des Gisenhändlers Wittwe, von Schaffhausen, in Bern, und ihre 2 Kinder, mit zugesichertem Ortsburgerrecht der Stadt Bern.

Abstimmung.

Für Entsprechung . . . 85 Stimmen.

2) Daniel Friedrich Bogel, von Mogelsberg, Kanton St. Gallen, gewesener Birth zum Schweizerhof in Bern, verheiratet mit einer Bernerin und Bater von 6 Kindern, welchem bas Burgerrecht der Stadt Bern zugesichert ift.

Abstimmung.

Fur Entiprechung 86 Stimmen.

× 3) Joh. Albert Walli, von Rufchlifon, Kantons Burich, Wirth in Biel, verheiratet mit einer Bernerin und Bater von 3 Kindern, mit zugesichertem Ortsburgerrecht von Biel.

Abstimmung.

Far Entsprechung . . . 86 Stimmen.

4) Dr. Hermann hitzig, von Heibelberg, Tehrer und Reftor bes Gymnasiums in Burgborf, verheiratet mit einer Burcherin und Bater von 4 Kindern, welchen die Burgergemeinde Burgdorf in Anerkennung seiner großen Berdienste um das höhere Schulwesen dortiger Gemeinde in ihr Ortsburgerrecht, und zwar schenkungsweise, aufgenommen hat.

Abstimmung.

Für Entsprechung 80 Stimmen.

herr Dr. Sigig ift unter ber Bedingung naturalifirt, bag er nachträglich eine authentische Urfunde über feine Entlaffung aus bem bisherigen Staatsverbande beibringe.

Der herr Brafident zeigt an, daß das Bureau die Rommiffion fur das Gefet über Ausübung der Gottesdienfte bestellt habe aus:

herrn Großrath Sahli.

" " Dr. Babler. " v. Buren.

" " X. Kohler.

" " Joliffaint.

" " Schwab, Fürsprecher.

Bortrag betreffend Korrettion des Grimfelpaffes.

(Seftion Urweid- Sundschupfe - Sof- Buttannen -.)

Der Regierung grath stellt den Antrag, es sei dem Brojekt für die neue Beganlage auf dem Grimselpaß zwischen der äußern Urweid und der Hundschüpfe mit einem Boranschlag von Fr. 22,000, als Anschluß an die ausgeführte Korrektion gegen die innere Urweid und um den Beg von Hof zu letterem Orte fabrbar zu machen, die Genehmigung zu ertheilen, jedoch in dem Sinne, daß die Unterhandlungen mit den betheiligten Gemeinden nicht als abgeschlossen bestrachtet, daber nach Mitgabe ihrer Leistungsfähigkeit noch weitere Beiträge erwartet werden.

Rilian, Direftor der öffentlichen Bauten, als Berichterftatter des Regierungsrathes. Dem Großrathebefchluffe betreffend Bertheilung der dießighrigen Kreditsumme für Straßenbauten ist die übliche Bedingung beigefügt worben, daß die für einzelne Bauten noch nicht erfolgten Bewilligungen ben Beschlüssen über die daherigen Projektvorlagen vorbe-halten bleiben. Es handelt sich nun darum, diese Geneh-migung bei Ihnen auszuwirken, und zwar größtentheils für Objekte, für welche der Regierungsrath bereits früher Staatsbei-träge in Aussicht gestellt hat. Mehrere dieser Bauten sind benn auch von ben Gemeinden, nachdem der Regierungerath vorläufig bie Blane genehmigt, an die Sand genommen worden. Die Objette, welche Ihnen heute zur Bewilligung von Staatsbeitragen vorgelegt werden, betreffen :
1) Grimfelpaß, Sof-Guttannen, Settion Urweid-Sund-

Thicrachern-Amfoldingenstraße, Egostuptorrektion ; Thun-Oberhofenstraße, Korrektion zwischen Gichbuhl

und Bilterfingen ;

Gunten-Sigrismylftraße; 5) Schangnau-Eggiwulftraße; 6) Rebeuvelier-Berrerieftraße; Dberhofen- Meichlenftraße ;

8) Ligerg-Teffenbergstraße. In Diefer Reihenfolge werden Ihnen die Brojette gur

Benehmigung vorgelegt werden.

Bunachst handelt es fich also um die Fortsetzung der bereits begonnenen Korrettion des Grimselpasses. Bereits vor amei Jahren murbe die Korrettion biefes Baffes begonnen und im letten Jahre auf der Strede langs der Buben bis dur innern Urweid vollendet. Diefe Korreftion, durch welche ein bedeutendes Gegengefälle an der Zuben abgeschnitten wurde, hat sich bereits als sehr wohlthatig erwiesen. Run soll die Korrektion von der Hundschüpfe bis zur äußern Urweid ausgeführt werden, und zwar auf dem zukunftigen Trace der Grimfelstraße. Der Weg wird 8' breit erstellt, so daß es möglich sein wird, ihn zu befahren. Die Korrektion ist eine große Wohlthat sowohl für die Gemeinde Guttannen, als auch fur ben allgemeinen Frembenverfehr. Gie ift zwar mit einigen Schwierigkeiten verbunden, da bedeutende Fels-sprengungen gemacht werden mussen. Auf der andern Seite werben die Candentschädigungen nur einen fleinen Betrag ausmachen. Die Steigungsverhältnisse sind gunftig; denn mährend jest Steigungen bis 25% vorkommen, wird kunftig- hin die Maximalsteigung bloß $8\frac{1}{2}$ % betragen, und zwar nur auf eine Länge von 1409'. Die Kosten sind auf Fr. 22,000 berechnet.

Einem frühern Großrathsbeschluffe gemäß find bie Bemeinden Innertfirchen und Guttannen um Betheiligung bei bem Unternehmen angegangen worden. Guttannen hat be= schlossen, einen Beitrag von Fr. 1000 zu leisten. Diefe Ge-meinde erklärte, sie wurde gerne noch einen höhern Beitrag leisten, allein ihre Berhältnisse machen ihr dieß unmöglich, und zwar wird dabei auch auf die große Heunoth hingewiesen. Gleichwohl werden noch weitere Beltrage gefammelt. Innert= firchen bagegen hat, entgegen bem einftimmigen Antrage bes Gemeinderathes, ben von biefem beantragten Beitrag von Fr. 2000 abgelehnt, doch glaubt ber Gemeinderath, eine zweite

Bemeindeversammlung werte ein gunftigeres Resultat ergeben. Der Regierungerath empfiehlt nun die Genehmigung bes Projettes mit einer Devissumme von Fr. 22,000, jeboch in bem Sinne, daß die Unterhandlungen mit den Gemeinden noch nicht als abgeschloffen betrachtet, sondern noch weitere Beiträge erwartet werden sollen. Der Regierungsrath wird dann bestimmen, ob die Anerbieten der Gemeinden als ge-

nugend zu erachten feien.

Der Antrag bes Regierungerathes wird genehmigt.

Aorrettion der Kandergrien=Thierachernstraße.

Der Regierungerath ftellt den Antrag, es fei ber ber Gemeinde Thierachern am 13. August 1873 in Aussicht gestellte Staatsbeitrag von Fr. 12,500 an die Korrektion des Eggstupes daselbst nunmehr zu bewilligen.

Kilian, Baudirektor, als Berichterstatter bes Regie-rungsrathes. Die Gemeinde Thierachern hat im Jahre 1873 bas Gesuch an den Regierungsrath gerichtet, es möchte ihr an die Korreftion des Eggstußes auf der Staatsstraße Thier-achern-Amsoldingen ein Staatsbeitrag bewilligt werden. Am 13. August 1873 hat der Regierungsrath geantwortet, es-fönne die förmliche Bewilligung eines Staatsbeitrages einst-weilen nicht empfohlen werden, weil vorher andere bereits eingegangene Verpflichtungen für Straßenforreftionen im Amtsbezirke Thun liquidirt werden muffen, doch fei der Regierungerath geneigt, später bem Großen Rathe einen Beitrag von Fr. 12,500 gur Bewilligung zu empfehlen. Die Koften ber Korreftion find auf Fr. 20,000 berechnet. Die Gemeinde Thierachern ift mit bem Bau vorgegangen, und es ift berfelbe unter der Kontrole der Baudirektion bereits nahezu vollendet. Die Korrektion ist sehr zweckmäßig, da eine Steigung auf der alten Straße mittelst einer großen Serpentine erheblich reduzirt wird. Das Borgehen der Gemeinde Thierachern ist sehr anserkennenswerth, da sie die Korrektion mit einem beträchtlichen Gemeindebeitrag übernommen hat. Nachdem in das dießfährige Aredittableau ein Ansat von Fr. 10,000 für die Eggftut= forreftion aufgenommen werden konnte, so handelt es sich nun um die formliche Bewilligung eines Staatsbeitrages von Fr. 12,500.

Der Antrag bes Regierungerathes wird genehmigt.

Korrettion der Thun-Oberhofenftrage gwifden Gid= bühl und Silterfingen.

Der Regierungsrath ftellt den Antrag, der Gemeinde Oberhofen an die Korrektion der Thun = Oberhofenstraße zwischen bem Eichbuhl und Hilterfingen einen Staatsbeitrag bon Fr. 28,000 ju bewilligen, beffen Auszahlung fich nach ben betreffenden Kreditanfagen zu richten habe.

Rilian, Baudirektor, als Berichterftatter des Regierungs= rathes. Diese Straßenangelegenheit ist ganz analog mit der soehen behandelten. Die Gemeinde Oberhofen hat schon vor längerer Zeit das Gesuch an den Regierungsrath gerichtet, es möchte ihr ein Staatsbeitrag an die auf Fr. 50,000 versanschlagten Kosten der Korrektion der Thun-Oberhofenstraße zwischen Eichbühl und Hiltersingen bewilligt werden. Unterm 5 Verrugt 1873 autwortete der Regierungsrath der Gemeinde 5. Februar 1873 antwortete der Regierungerath der Gemeinde Oberhofen, es könne ein solcher Beitrag noch nicht zur Be-willigung empfohlen werben, weil vorerft noch andere Staats-beitrage an Korreftionen im Amtsbezirke Thun liquidirt werben muffen; wenn dieß geschehen sei, so werde der Regierungs= rath dem Großen Rathe die Berabfolgung eines Staats= beitrages von Fr. 28,000 empfehlen. Die Gemeinde Ober= hofen ging hierauf mit dem Bau vor und führte denselben unter der Kontrole der Baudirektion aus. Durch die Korrektion wurde eine bedeutende Gegensteigung abgeschnitten. Mis f. B. herr v. Parpart das Schloß hunegg bauen ließ und daselbst eine Seeauffüllung machte, wurde ihm diese nur unter der Bedingung gestattet, daß er später das für den Bau der Straße erforderliche Terrain der Auffüllung dem

Staate unentgeltlich abtrete. Diese Bedingung kam nun der Gemeinde Oberhofen für die Ausführung der Korrektion zu gut. Das Borgehen dieser Gemeinde, welche, wie gesagt, den Bau gehörig aussührte, muß lobend erwähnt werden, indem sie an die Kosten der Korrektion einer bestehenden Staatsstraße ein Opfer von Fr. 22,000 brachte. Da im dießjährigen Tableau ein Ansah auf Rechnung des Staatssbeitrages aufgenommen werden konnte, so ist nun der Zeitzpunkt angelangt, um die förmliche Bewilligung eines Staatssbeitrages von Fr. 28,000 zu empfehlen.

Benehmigt.

Ban der Gunten=Sigriswylftrage.

Der Regierung grath stellt den Antrag, es sei an den Bau der Gunten = Sigriswhlstraße ein Staatsbeitrag von Fr. 50,000 zu erkennen unter der Bedingung, daß dieser Bau nach den Borschriften der Baudirektion solid und kunftgerecht ausgeführt werde, und daß die Ausbezahlung des Beitrages sich nach den jeweiligen Büdgetansagen zu richten habe.

Kilian, Baubirektor, als Berichterstatter bes Regierungsrathes. Auch dieses Geschäft ift gleicher Natur, wie die beisten soeben behandelten. Die Gemeinden Sigriswyl, Endorf, Wyler und Gunten richteten im Frühjahr 1873 das Gesuch an den Regierungsrath, es möchte ihnen ein angemeffener Staatsbeitrag an die Neuanlage einer Straße von Gunten nach Sigriswyl bewilligt werden. Es betrifft dieß eine zu-

nach Sigriswyl bewilligt werden. Es betrifft dieß eine zunftige Straße III. Klasse, da Sigriswyl als Kirchgemeinde in Anrecht auf eine Staatsstraße bat. Der Regierungsrath hat geantwortet, es könne die Bewilligung eines Staatsbeitrages erst später dem Großen Rathe empsohlen werden, da noch andere Staatsbeiträge für Straßenbanten im Amtsbezirke Thun zu liquidiren seien. Indessen wurde den Gemeinden in Aussicht gestellt, daß später dem Großen Rathe ein Staatsbeitrag von Fr. 50,000 an die auf Fr. 109,500 veranschlagten Kosten werde zur Genebmigung empfohlen werden. Die Gemeinde Sigriswyl ging hierauf mit dem Bau, der unter der Kontrole der Baudirestion ausgesührt wird, vor, und es ist derselbe ziemlich vorgerückt. Doch zeigten sich Schwierigkeiten in Bezug auf die Landerwerdungen, weßhalb die Gemeinde sich genötbigt sah, ein Expropriationszesuch einzureichen. Der Große Rath hat diesem Gesuche entsprochen und gleichzeitig auch den Plan für den Straßenban genehmigt, so daß ich es nicht für nöthig halte, mich über das Projekt näher auszusprechen. Da in das dießsährige Kredittableau ein Ansah von Fr. 14,000 auf Rechnung des Staatsbeitrages aufgenommen werden konnte, so handelt es sich nun um die förmliche Bewilligung des Staatsbeitrages von Fr. 50,000. Ich empsehle den Antrag des Regierungszrathes zur Annahme.

Genehmigt.

Korrettion der Eggiwhl=Schangnauftraße.

Der Regierung grath stellt folgenden Antrag: Den Gemeinden Eggiwnl und Schangnau wird an die Anlage der Eggiwhl-Schangnaustraße ein Staatsbeitrag von Fr. 104,000 bewilligt und die Abanderung des ursprünglichen Projektes, nach welchem die Straße statt beim Rebloch im Thal unterhalb Schangnau über die Emme geführt wird, Bariante Schangnau-Lauterstalden-Opsensteinmoos, genehmigt unter der Bedingung, daß die Gemeinde Schangnau, sobald das Bedürfniß es erheischt, für die nöthige Versicherung, Korrektion und Verbauung der von der Straße überschrittenen Wildbäche sorge.

Die Straße ift folid und funftgerecht nach ben Borfcbriften der Baudirektion auszuführen, welch' lettere ermächtigt ift, allfällig im Interesse baues sich erzeigende Abanderungen ohne Entschädigungsfolge für den Staat anzuordnen.

Für die Ausbezahlung des Staatsbeitrages haben sich die zwei Gemeinden nach den jeweiligen Budgetfrediten zu richten.

Kilian, Baudirektor, als Berichterstatter des Resgierungsrathes. Die Straßenverbindung mit Schangnau ist eine sehr ungenügende: Obwohl diese Gemeinde eine Rirchsgemeinde ist, so bestet sie doch nur ein Stück Staatsstraße, welches nicht mit einer bernischen Gemeinde oder Straße, sondern mit dem luzernischen Gebiete in Verbindung steht. Wenn Schangnau mit dem übrigen Theile des Kantons verfehren will, so muß es den Beg über Marbach und Wiggen nach dem Amtssise Langnau einschlagen. Die Gemeinde Schangnau hat sich daher schon seit Jahren mit dem Projekte einer Straße befaßt, durch welche eine Verbindung mit Eggiswyl und dem Emmenthale überhaupt hergestellt werden soll. Die beiden Gemeinden Schangnau und Eggiwyl haben besdeutende Anstrengungen zur Verwirklichung dieses Projektes gemacht.

Das für ben Straßenbau aufgenommene Projekt batirt bereits aus den 1840er Jahren, und nach demselben würde die Straße beim Rebloch über die Emme geführt. 1869 richtete die Gemeinde Schangnau ein einläßliches Gesuch an den Regierungsrath zu Handen des Großen Rathes, worin sie verlangte, es möchte der Staat entweder den Bau selbst an die Hand nebmen oder aber den Gemeinden Schangnau und Egziwpl einen angemessenen Beitrag bewilligen, damit sie das Projekt aussihren können. In dem dem Großen Rathe in Jahr 1865 vorgelegten Straßenneptableau war der Bau auf Fr. 180,000 devisier, allein nach einer Bervollsständigung des Projektes und nach Berückstätigung der Materials und Arbeitspreise von 1869 stieg die Kostenssumme auf Fr. 210,000 an. Es wurde der Gemeinde Schangnau Ende einstweilen nicht zur Genehmigung vorgelegt werden, da noch anderweitige Staatsbeiträge für Straßenbauten im Emmentbale und überhaupt im III. Baubezirke liquidirt werden müssen; sobald es aber möglich sein werde, werde der Regierungsrath einen Beitrag von Fr. 100,000 dem Großen Rathe empfehlen.

Im letten Jahre war bereits ein bezüglicher Anfat für diesen Straßenbau in das Kredittableau aufgenommen worden, allein tie Gemeinde Schangnau wünschte, es möchte eine Abanderung des Projeftes vorgenommen werden in dem Sinne, daß das Tracé die alte Straße unterhalb dem Dorfe verfolgen, somit der Uebergang über die Emme beim Rebloch aufgegeben werden und etwas näher dei Schangnau stattsinden möchte. Die Baudirestion anwortete der Gemeinde, es könne in das Gesuch erst dann eingetreten werden, wenn nachgewiesen werde, daß die Bauverhältnissenicht ungünstiger ausfallen, als beim ursprünglichen Projekte. Die Gemeinde ließ auf ihre Kosten ein Projekt über die Modisstation aufnehmen. Es zeigte sich, daß beide Linien Bor= und Nachtheile ausweisen. Nach dem neuen Projekte wird die Linie um zirka 1400' verlängert, und es entsteht ein Gegengefälle. Doch erreicht die Steigung der neuen Linie nicht die Maximalsteigung des frühern Projektes.

Da die Gemeinden Schangnau und Eggiwhl glaubten, es sei der Devis mit Fr. 210,000 ju schwach berechnet,

so wurde eine genaue Revision besselben vorgenommen, burch welche, obwohl ein Ansat von Fr. 19,000 für Unsvorhergesehenes aufgenommen wurde, die Devissumme nicht höher als auf Fr. 208,000 gebracht wurde. Gleichwohl fand die Baudirektion, es sei billig, den Staatsbeitrag auf Fr. 104,000 zu erhöhen, da die Gemeinden große Mühe haben, die nöthigen Geldmittel aufzubringen.

Es ift noch zu bemerken, daß das neue Trace einige Wildbache überschreiten wird, welche zwar einstweilen nicht als gefährlich bezeichnet werden, indessen dieß möglicherweise werden könnten. Es ware daher möglich, daß später in

Diefer Richtung noch Arbeiten nothwendig wurden.

Es wird Ihnen nun das Projekt mit der Bariante Schangnau-Lauterstalden zur Genehmigung vorgelegt. Der Emmeübergang beim Rebloch wird also aufgegeben, und es soll der Bau nach der neu aufgenommenen Bariante ausgeführt werden. Sbenso ist eine kleine Modifikation bei Eggiwhl nöthig, wo die Straße in zweckmäßigerer Beise, als es bei dem frühern Projekte vorgesehen ist, in die Röthenbackseggiwhlstraße einmunden soll. Der Regierungsrath empsiehlt die Bewilligung eines Staatsbeitrages von Fr. 104,000 an die auf Fr. 208,000 berechneten Baukosten. Bereits im dießsährigen Tableau ist ein bezüglicher Ansas aufgenommen, und es war daher der Fall, die Angelegenheit dem Großen Rathe vorzulegen.

Die Bedingungen, welche an die Bewilligung des Staatsbeitrages gefnüpft werden, sind die üblichen, doch wird noch die fernere Bedingung hinzugefügt, daß, wenn später noch Arbeiten an den Wildbachen für die Sicherung der Straße nöthig werden sollten, die Gemeinde Schangnau für die Ausführung dieser Arbeiten zu sorgen habe. Dieses Berlangen ift burchaus gerechtfertigt. Ich empfehle die Antrage bes

Regierungerathes zur Annahme.

Die Antrage bes Regierungerathes werben genehmigt.

Rorrettion der Rebenvelier=Berreriestraße.

Der Regierung brath stellt den Antrag, es sei der Gemeinde Redeuvelier an die Korrektion der Rebeuveliers Berreriestraße ein Beitrag von Fr. 9300 zu bewilligen, dessen Ausbezahlung sich nach den jeweiligen Büdgetansäßen zu richten habe; der Bau sei plan und devisgemäß nach den Borschriften der Baudirektion auszuführen, und diese sei zu ermächtigen, im Interesse des Baues liegende Abanderungen von sich aus und ohne Entschätigungsfolge für den Staat anzuordnen.

Kilian, Baudirektor, als Berichterstatter des Regierungsrathes. Die Gemeinde Rebeuvelier im Amtsbezirk Delsberg besitzt eine sehr schlechte Straße zur Berbindung mit dem Münsterthale. Nachdem die Gemeinde schon bie und da kleisnere Korrektionen vorgenommen, die aber nur als Palliativmittel betrachtet werden können, hat sie sich entschlossen, eine gehörige Berbindung mit dem Münsterthale herzustellen. Bereits im Jahr 1871 ist sie mit dem Gesuche eingelangt, es möchte ihr an die auf Fr. 21,070 veranschlagten Kosten ein Staatsbeitrag bewilligt werden. Diesem Gesuche konnte nicht Rechnung getragen werden, indem im Jura verschiedene Straßenbauten in Aussührung begriffen waren und die Abtragung der Staatsbeiträge für diese abgewartet werden mußte. Indessen ist das Projekt geprüft und in verschiedenen Punkten modiszirt worden, und nachdem nun in das dießjährige Kres

bittableau ein bezüglicher Ansatz aufgenommen werden konnte, handelt es sich heute um die förmliche Bewilligung eines Staatsbeitrages. Das Projekt verfolgt die alte Straße, da die Schlucht, durch welche diese führt, nicht vermieden werden kann. Deßhalb sind denn auch die Gefällsverhältnisse theils weise ungünstig, indem die Steigung im untern Theile 11.4 % beträgt; auf der obern Strecke kann sie auf 6 % reduzirt werden. Nach dem revidirten Projekte und mit Berückssichtigung der jetzigen Materials und Arbeitspreise sind die Kosten auf Fr. 28,000 veranschlagt. Es wird nun die Bewilligung eines Staatsbeitrages von Fr. 9300 vorgeschlagen. Es ist dieß ungefähr das Verhältniß, welches bei der Verabsolzung von Staatsbeiträgen an Straßen III. Klasse im Jura bisher üblich war. Ich empsehle den Antrag des Regierungszathes zur Genehmigung.

Benehmigt.

Ban der Oberhofen=Meichlenftrage.

Der Regierungerath stellt ben Antrag, es sei an ben Bau ber Oberhosen-Aeschlenstraße ein Staatsbeitrag von Fr. 20,000 zu bewilligen unter der Bedingung, daß dieser Bau nach den Borschriften der Baudirektion solid und kunstgerecht ausgeführt werde, und daß die Auszahlung des Beitrages sich nach den jeweiligen Büdgetansagen zu richten habe.

Kilian, Bandirektor, als Berichterstatter Des Regie-rungerathes. Mit Diesem Straßenban hat es eine abnliche Bewandtniß, wie mit ben übrigen heute behandelten Straffen-unternehmungen Des Amtsbezirf Thun, mit bem einzigen Unterschiede, bag es fich hier nicht um eine Staatsftraße, sondern um eine Straße IV. Rlaffe handelt. Die gur Rirch= gemeinde Sigrismyl gehörenden Gemeinden Mefchlen, Tichingel und Schwanden baben bereits vor 2 Jahren tas Gefuch an ben Regierungsrath gerichtet, es mochte ihnen an die auf Fr. 80,000 veranschlagten Rosten ter Neuanlage einer Strafe von Oberhofen nach Aeschlen ein freiwilliger Staatsbeitrag ausgerichtet werden. Man mußte aber biesen Gemeinden bie nämliche Untwort ertheilen, wie den Gemeinden Thierachern und Sigrismyl, daß nämlich dem Großen Rathe erft bann Die Bewilligung eines Staatsbeitrages vorgeschlagen werden konne, wenn die Staatsbeitrage an die übrigen im Amtsbezirfe Thun im Gange befindlichen Bauten liquidirt feien. Die Gemeinden gingen hierauf mit dem Baue vor, und es ift derfelbe bereits ziemlich vorgerückt. Da nun in bas dießjährige Kredittableau ein Anfat fur biefe Strafe aufgenommen werden konnte, fo ift der Zeitpunft eingetreten, wo die Bewilligung eines Staats= beitrages empfohlen werden fann. Die Regierung empfiehlt daher einen Beitrag von Fr. 20,000 unter ben üblichen Bedingungen.

Benehmigt.

Ban der Ligerz=Teffenbergstraße.

Der Regierung grath ftellt ben Antrag, es fei an ben Bau ber Ligerz-Teffenbergstraße ein Staatsbeitrag von Fr. 10,000 zu bewilligen unter ber Bedingung, daß bie Straße gehörig hergestellt und in Zufunft ordentlich untersbalten werbe.

Kilian, Baudirektor, als Berichterstatter bes Regierungsrathes. Die Gemeinde Ligerz hat bereits im Jahre 1864
um die Berabsolgung eines Staatsbeitrages an den Bau der Ligerz-Tessenbergstraße nachgesucht. Der Regierungsrath antwortete jedoch der Gemeinde, es könne mit Rücksicht auf anderwärtige Verpstichtungen im Straßenwesen die Bewilligung eines Staatsbeitrages einstweilen nicht empsohlen werden. Lettes Jahr nun erneuerte die Gemeinde ihr Gesuch. Die Straße ist inzwischen ausgeführt worden, sie ist aber nicht überall als gelungen zu betrachten. In seinem Berichte betonte der Bezirksingenieur namentlich, daß die Straße in Bezug auf den Unterbalt und in ihrem obern Theile auch in Bezug auf die Anlage viel zu wünschen übrig lasse. Dieser Beamte hat deßhalb denn auch den Antrag gestellt, den Staatsbeitrag, der sonst bei Straßen IV. Rlasse 1/4 der Kosten beträgt, auf Fr. 10,000 zu beschränken. Die Straße war auf Fr. 58,700 devisitt, in Birklichkeit soll aber der Bau weit mehr, bei Fr. 70,000, gekostet haben. Der Regierungsrath empsiehlt die Bewilligung eines Staaisbeitrages von Fr. 10,000, jedoch unter der Bedingung, daß vorher die Straße gehörig hergestellt und auch in Zukunst ordentlich unterhalten werde.

Benehmigt.

Expropriationsgesuch für die Korrettion der Treiten= Brüttelenstraße.

Der Regierungsrath legt folgendes Expropriations: befret vor;

Der Große Rath des Rantons Bern

hat auf ben Antrag bes Regierungsrathes fur die Korrektion ber Treiten Bruttelenstraße, nach Mitgabe bes vorzelegten Blanes, der Einwohnergemeinde Treiten das Expropriationsrecht und ber Baudirektion die Ermächtigung ertheilt, allfällige im Interesse bes Baues liegende Abanderungen ohne Entschädigungsfolge fur ben Staat anzuordnen.

Kilian, Baudirektor, als Berichterstatter des Regierungsrathes. Die Gemeinde Treiten ist mit dem Gesuche an den Regierungsrath eingelangt, es möchte ihr an die Straße IV. Klasse von Treiten nach Brüttelen ein Staatsbeitrag bewilligt und das Expropriationsrecht ertheilt werden. In Bezug auf den ersten Punkt ist der Gemeinde geantwortet worden, es könne einstweilen von der Bewilligung eines Staatsbeitrages nicht die Rede sein, indem vor Allem aus die Staatsbeiträge an die Insehagnecke und die Hagnecke Nidaustraße liquidirt werden müssen; was die Ertheilung des Expropriationsrechtes betreffe, so müssen vorerst die gesehlichen Requisite erfüllt werden. Es war nämlich nicht nachgewiesen, daß den zu Enteignenden Gelegenheit gegeben worden sei, sich auszusprechen. Die Gemeinde Treiten hat in jüngster Zeit dieses Requisit erfüllt, und es stellt nun der Regierungsrath den Antrag, ihr das Expropriationsrecht nach Mitgabe des vorliegenden Dekrets zu ertheilen.

Benehmigt.

Schluß ber Sigung um 123/4 Uhr.

Der Redaftor: Fr. Buber.

Berichtigung.

In einem seit dem Drucke der betreffenden Berhandslungen einzelangten Schreiben zeigen die herren Karrer und Kaiser in Grellingen an, daß sie, wenn sie in der Sigung des Großen Rathes vom 12. Mai 1875 anwesend gewesen wären, für die Annahme der Bundesgesetze über Civilstand und Che und über das politische Stimmrecht gestimmt haben würden (S. Seite 119 hievor).

3weite Sigung.

Dienstag, den 11. Mai 1875.

Vormittags um 8 Uhr.

Unter bem Borfite bes herrn Brafitenten Buro.

Nach dem Namensaufrufe sind 178 Mitglieder anwesend; abwesend sind 71, wovon mit Entsichuldigung: die herren Bieri, Bircher, Bohren, Burger in Laufen, Droz, Feller, Folletete, v. Grafenried, Gygar in Seeberg, Jolissaint, Karrer, Lehmann in Langnau, Linder, Müller in Sumiswald, Blüß, Reber in Niederbipp, Rebemann, Köthlisberger in Balkringen, Schahmann, Schwad in Büren, Wenger; ohne Entschuld iung: die herren Born, Brunner in Bern, Burger in Angenstein, Cattin, Chodat, Déboeuf, Ducommun, Fattet, Flückiger, Geißbühler, Gfeller in Oberwichtrach, Girardin, Grenouillet, Greppin, Säberli in Bern, Hennemann, Hofer in Diesbach, Hornstein, Taggi, Jobin, Kaiser in Grellingen, Käsermann, Reller, Rohler, Lebmann in Biel, Lehmann in Logwyl. Leuenberger, Liechti in Müegsauschachen, Moschard, Mühlemann, Müller in Weißenburg, Mügenberg, Nußbaum in in Worb, Pape, Prêtre, Racle, Rebetez, Kenfer in Lengnau, Riat, Kitschard, Rosselet, Kuchti, Salzmann, Schertenleib, Schmid in Wimmis, Spahr, Winzenried, Zingg, Zumkehr, Zumwald.

Das Protofoll ber letten Sigung wird verlefen und genehmigt.

Durch Schreiben vom 10. dieß erklart herr Dr. Albert Muller in Beigenburg feinen Austritt aus dem Großen Rathe.

Herr Präfident. Bevor wir zur Behandlung der auf der Tagesordnung stehenden Geschäfte übergehen, ertheile ich dem Herrn Bizepräsidenten des Regierungsrathes das Wort zur Abgabe einer Erklärung.

Teuscher, Bizepräsident des Regierungsrathes. Der Regierungsrath hat sich die Frage vorgelegt, welche Haltung der Kanton Bern gegenüber den beiden Bundes gesetzet en über Civilstand und She, sowie über die politische Stimmberechtigung, welche am 23. dieß Monats zur Bolksabstimmung gelangen, einnehmen solle. Nach einläßlicher Berathung ist der Regierungsrath zu der Ansicht gelangt, es sollte die oberste Landesbehörde des Kanstons Bern gegenüber dem Bolke eine bestimmte Haltung in Bezug auf diese beiden Gesetze einnehmen, und zwar in dem Sinne, daß sie sich für die Annahme der beiden Gesetze ausspreche. Ich kann mittheilen, daß die Ansicht der Regierung über die beiden Gesetze eine einstimmige ist: sämmtliche Mitglieder halten daßur, es solle der Kanton Bern zu

Den bein stehen.

3ch bin weit entfernt, heute auf das Materielle der Sache eintreten zu wollen, und ich beschränke mich darauf, im Namen des Regierungsrathes den Antrag zu stellen, es möchte der Große Rath die beiden Gesete morgen diskutiren und sie dem Bolke zur Annahme empfehlen. Wir gehen dabei von der Ansicht aus, es handle sich da um zwei sehr wichtige Gesieße, welche in Ausführung der neuen Bundesverfassung, zu der unser Kanton mit überwiegender Mehrheit gestanden ist, ausgearbeitet worden sind, und es stehe daber im Einklange mit der bisherigen Haltung des Großen Nathes und des Bernervolkes, daß man auch zu diesen Erlassen stehe. Ubgesiehen davon scheint es zwecknäßig, daß diese Gesetze im Schooße des Großen Rathes besprochen werden, damit sedes Mitglied sich ein abschließendes Urtbeil darüber bilden könne. Es scheint dieß um so nothwendiger, als bisher die Gesetze von den Mitgliedern der Behörde noch wenig besprochen worden sind.

Endlich halten wir auch dafür, es liege in der Stellung des Großen Rathes, daß er bei solchen Anlässen eine bestimmte Haltung gegenüber dem Bolke einnehme. Geschäbe dieß nicht, so würden die Kantone zu bloßen Berwaltungsvorganen der Eidgenossenschaft herabsinken. Es muß also auch vom föderalistischen Standpunkte aus, den wir übrigens in Sachen der Bundesrevision nicht eingenommen haben, zugezgeben werden, daß es in der Stellung der obersten Kantonsbehörde sei, sich bei derartigen Anlässen auszusprechen. Ich empfehle den Antrag des Regierungsrathes zur Annahme.

Der herr Prafibent erflart, bag er biefen Gegensftand auf morgen an bie Tagesordnung fegen werbe.

Cagesordnung:

Gejetesentwurf

über die

Lehrerbildungsanstalten des Kantons Bern.

Bweite Berathung.

(S. Tagblatt bes Großen Rathes von 1873, Seite 66.)

Ritfchard, Direktor der Erziehung, als Berichterftatter des Regierungsrathes. Es wird Ihnen heute ein Gesetzesentwurf über die Lehrerbildungkanstalten vorgelegt, welcher im Jahr 1873 die erste Berathung passirt hat. Ich stelle als Berichterstatter des Regierungkrathes zunächst den Antrag, Sie möchten in die zweite Berathung des Entwurfes eintreten und denselben artikelweise behandeln.

Ich erlaube mir, bei der Eintretensfrage einige for-melle und materielle Bunkte zu berühren. Wie bereits er-wähnt, ist der Entwurf im Jahre 1873 in erster Berathung behandelt worden, und es fallt alfo die zweite Berathung in eine andere Legislaturperiode, als die erfte. Man konnte da die Frage aufwerfen, ob dieß nach der Berfaffung zulässig fei. Es schreibt nämlich bieje vor, es muffe jedes Befes einer zweimaligen Berathung unterworfen werden, und es durfe die zweite Berathung nicht früher als 3 Monate vor ber erften stattfinden. Man tonnte nun fagen, es fei un= thunlich, daß eine abtretente Behorbe ein Gefet zum erften Male berathe und die zweite Berathung durch die neue Be-börde vorgenommen werde. Ich halte dafür, es sei dieser Einwand nicht stickhaltig. Bei der Aufnahme der fraglichen Bestimmung in die Berfassung waltete einfach die Absicht ob, vorzuschreiben, daß jedes Gest überhaupt zweimal berathen werde, abgesehen bavon, ob die beiden Berathungen in verschiedene Legislaturperioden fallen oder nicht. Ich glaube, es fei fogar zweckmäßiger und ben Ginn ber zweimaligen Berathung beffer ausdruckend, wenn nicht die namliche Behorde die beiden Berathungen vornehme. Geschieht dieß, so finkt die zweite Berathung mehr oder weniger zu einer mechanischen Arbeit herab, mahrend sie, wenn sie durch eine neue Behorde stattfindet, viel grundlicher vorgenommen wirt. 3ch Salte daher dafür, es konne formell gegen diese Urt bes Borgebens fein gegrundeter Ginwand erhoben werden. Diefe Frage ift übrigens bereits einmal im Großen Rathe gur Sprache gefommen, und es gingen bamals die Ansichten auseinander. Bon Seite der herren Alt Oberrichter Weber und Professor Konig murde Die Behauptung aufgestellt, es muffe ein Gefet von der nämlichen Behorde zweimal berathen werden, ter Große Rath ging aber, wenn auch nicht mit ausdrücklichen Worten, jo doch stillschweigend über tiese Einwendung hinweg. Auch in letter Zeit ist diese Praxis ftillschweigend sanktionirt worden, nämlich bei der Behand-lung des Hypothekarkassagesehes, dessen erste Berathung in die vorige Legislaturperiode fiel, mahrend die zweite Berathung in der letten Geffion des Großen Rathes vorge= nommen wurde.

In materieller hinsicht mache ich darauf aufmerkfam, daß seit der ersten Berathung des vorliegenden Entwurfes die Sachlage sich einigermaßen geandert hat: Bei der ersten Borlage des Entwurfes erschien die Frage der Besoldungen der Seminarlehrer als am dringenosten, weil diese Besoldungen im frühern Gesetze so normirt waren, daß sie schon zur Zeit ihrer Festsetzung nicht genügten und daher, nachdem alle Lebensbedürfnisse im Preise gestiegen waren, natürlich noch viel weniger hinreichten. Der hauptgrund zur Borlage des Gesetzentwurfes war daher die Besoldungstrage. Wittelerweile ist nun die Frage der Besoldungen der Seminarlehrer in anderer Weise, nämlich durch die Annahme des Büdgets und der Besoldungsbefrete reglirt worden. Es ist daher diese bringende Frage dahin gefallen.

Es liegen nun aber eine Anzahl anderer Fragen vor, welche reglirt werden muffen. Dieselben sind zwar ihrer Natur nach nicht so dringend, da aber das Gesetz nun einsmal tie erste Berathung bereits passirt hat, und da es übershaupt gut ist, daß die ganze Angelegenheit für die Zufunstreglirt werde, so halte ich dafür, es solle die Berathung des Gesetzes zu Ende geführt und dasselbe dem Boltsentscheide unterstellt werden. Es werden nämlich durch den Entwurf solgende Fragen neu reglirt: In § 1 wird vorgeschlagen, zu bestimmen, daß die Zahl der Seminarien von 4 auf 6 erhöht werden könne. Ferner ist im Entwurf die im frühern

Gefetze enthaltene Grenze betreffend die Bahl der Zöglinge in den Lehrer- und Lehrerinnen Seminarien aufgehoben, so daß nöthigenfalls mehr Zöglinge aufgenommen werden können, als bisher. Sodann ist eine Berlängerung der Studienzeit vorgesehen, welche bisher für die Lehrer drei und für die Lehrerinnen zwei Jahre betrug. Der Entwurf seht nämlich die Lehrfurse für die Lehrer auf 3-4 und für die Lehrerinnen auf 2-3 Jahre sest.

Im Weitern faßt ber Entwurf die Aufhebung des Konvikts in's Auge. Zwar spricht er nicht die bestimmte Berpflichtung zur Aufhebung in den nächsten Jahren aus, allein er gibt doch dem Staate die Möglichkeit an die Hand, diese Aufhebung auszusprechen, wenn er es aus sinanziellen oder aus pädagogischen Auchsichten für nothwendig findet.

Eine fernere und zwar etwas bringendere Frage ist die der Pensionirung der Seminarlehrer. Diese Frage wird durch den Entwurf dahin reglirt, daß für diese Lehrer Pensionen ausgesprochen werden, wie dieß auch für die Hochschulz und die Kantonsschullehrer der Fall ist. Diese Bestimmung ist sehr zweckmäßig, und es ist denn auch in der ersten Berathung keine Cinwendung dagegen erhoben worden. Gine weitere Neuerung, welche zwar nicht gerade sehr dringender Natur ist, die aber doch eine Frage betrifft, welche in nächster Zeit gelöst werden muß, besteht in der Errichtung einer Lehrantssschule für die Heranbildung von Sekundarz und Proghmnassial-Lehrern, überhaupt von Lehrern an Fortbildungsz und höhern Volksichulen.

Die Verwirklichung dieser Programmsäße wird wesentlich von der Gestaltung der Finanzlage des Kantons abhängen. Alle diese Punkte sind im Gesethe nicht so gesaßt, daß man zu ihrer sofortigen Durchführung gezwungen ist, sondern es bleibt dieselbe seweilen der freien Entschließung des Großen Rathes anheimgestellt, wobei diese Behörde namentlich die Finanzverhältnisse des Kantons in's Auge zu fassen haben wird. Nach meinem Dafürhalten wird die Mehrzahl dieser Neuerungen in der gegenwärtigen Büdgetperiode nicht durchgeführt werden. Zum Abschlusse sollte, wo möglich, in dieser Beriode die Frage der Errichtung einer Lehrantsschule gebracht werden, dagegen sind die andern Punkte, wie die Vermehrung der Seminarien, die Verlängerung der Studienzeit, die theilweise oder gänzliche Aussehung des Konvikts, nicht so sehr dringend und können gelöst werden, wenn die Finanzlage es gestattet.

Dieß sind die Grunde, warum die Regierung beantragt, es möchte in die zweite Berathung des vorliegenden Ent-wurfes eingetreten werden. Ich werde mir vorbehalten, bei der artikelweisen Berathung die Abanderungen kurz zu begründen, welche im Entwurfe gegenüber dem bisherigen Geziebe vorgeschlagen werden.

Marti, als Berichterstatter ber Kommission, trägt ebensfalls auf Gintreten und artikelweise Berathung bes Entwurfes an.

Das Gintreten und die artifelweise Berathung des Entswurfes werden beschloffen.

I. Aufgabe und Bulfsmittel der Seminarien.

\$ 1

Bur Heranbilbung ber Lehrer und Lehrerinnen für bie öffentlichen Primarschulen bes Kantons Bern bienen 4-6 Seminarien, welche ihre Zöglinge befähigen follen, biejenigen Kenntniffe und Fertigkeiten zu erwerben, welche fie als Lehrer (Lehrerinnen) nöthig haben.

Wo die Berhaltniffe es wunschbar erscheinen laffen, ershalten die Böglinge in den Seminarien nicht allein den ersforderlichen Unterricht, fondern auch Wohnung und Koft.

Der Regierung grath stellt ben Antrag, vor bem § 1 als Titel einzuschalten: "A. Bilbungsanstalten für Primarlehrer (Lehrerinnen)."

Herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. Hier wird weber vom Regierungsrathe noch von der Kommssion eine Abanderung der Redaktion, wie sie aus der ersten Berathung hervorgegangen ist, vorgeschlagen. Ich will deshalb nur kurz andeuten, worin der § 1 von dem bisherigen Gesetze abweicht. Im § 1 wird den Behörden die Möglichkeit gewährt, die Zahl der Seminarien zu vermehren. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß es im Laufe der Zeit zwecksmäßig sein dürfte, ein zweites deutsches Lehrerseminar neben dem in Münchenbuchsee bestehenden zu errichten. Diese Frage ist zwar nicht dringender Natur, wenn man aber ein neues Seminargesetz erläßt, so muß man sich die Möglichkeit wahren, die Zahl der Seminarien zu vermehren. Wird dann später eine bezügliche Borlage gemacht, so wird es noch immer an der Zeit sein, zu prüsen, ob die Errichtung eines weitern Seminars pädagogisch, sinanziell 2c. gerechtsertigt sei oder nicht.

Ein weiterer Bunkt, welcher im § 1 berührt wird, betrifft die Frage des Konvikts. Bisher war das Konvikt obligatorisch. Nun will man sich aber die Möglickkeit vorbebalten, dasselbe aufzuheben, wenn es aus finanziellen und
andern Gründen nothwendig wird. Während früher das
obligatorische Konvikt als Regel hingestellt war, nimmt nun
der § 1 den Nichtbestand eines Konviktes als Regel an.
Diese Regel wird aber vorläusig bloß auf dem Papiere stehen;
benn in der Prazis haben wir noch überall im Kanton das
Konviktsstem, und es wird wahrscheinlich noch einige Zeit
gehen, bevor man da eiwas ändern kann. Ich will die Frage
des Konvikts, welche in der Welt der Pädagogen einläßlich
bebattirt wird und über die eine große Literatur besteht, nicht
näher berühren. Bom theoretischen Standpunkte wäre auch
nach meinem Dafürhalten die Aushebung oder wenigstens die
Deschränkung dieses Gedankens eine gewisse Schranke in den
Finanzverhältnissen entgegen. Wenn später einmal die Finanzlage sich so gestaltet, daß es möglich ist, die Konvikte aufzuheben oder zu beschränken, dann soll dieß nach meinem Dafürhalten auch geschehen.

Herr Berichterstatter ber Kommission. Ich bemerke, daß die ganze Dekonomie des Geseges eine kleine Modistation erlitten hat. Der Entwurf, wie er aus der ersten Berathung hervorging, handelte bloß von Primarlehrersbildungsanstalten; nur war im § 15 die Bestimmung aufgestellt, daß für Bildung der Sekundarlehrer ein jährlicher Kredit von Fr. 4,000 auszusetzen sei, welcher zu Stipendien verwendet werden solle. Nun sehen die neuen Anträge des Rezierungsrathes die Gründung einer Lehrantsschule für die Bildung von Sekundarlehrern vor. Es wird daher vom Rezierungsrath vorgeschlagen, nach dem Eingang des Entwurses als Ueberschrift zu setzen: "A. Bildungsanstalten sür Prismarlehrer (Lehrerinnen)." Bei § 15 würde dann als Ueberschrift gesetzt: "B. Bildungsanstalt sür Mittelschullehrer". Es kann nun erst nach der Behandlung des § 15 entschieden werden, ob bei § 1 die vom Regierungsrathe vorgeschlagene Ueberschrift anzunehmen sei.

Der § 1 wird in diesem Sinne mit ber vom Regie= rungsrathe vorgeschlagenen Modifikation genehmigt.

§ 2

Die Unterrichtsgegenstande der Seminarien find : Erziehungs- und Unterrichtslehre, chriftliche Religionslehre, Deutsche Sprache, frangofische Sprache, Mathematik, Naturkunde mit besonderer Berudsichtigung des praktischen Lebens, Geschichte mit Berfassungskunde, Geographie, Schönschreiben in Ber-bindung mit Buchhaltung, Zeichnen, Gesang, Klavier-, Orgel-und Biolinspiel, körperliche Uebungen, landwirthschaftliche ober Gartenarbeiten.

In Bezug auf obige Unterrichtsgegenstände können in-beffen in ben Lehrerinnenseminarien insoweit Aenderungen getroffen werden, als dieß mit-Ructficht auf die fpatere Stel-

lung und Aufgabe ber Lehrerinnen julaffig erscheint. Der Unterrichtsplan der Seminarien ift von ber Grzie-

hungsbirektion zu erlaffen.

herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. Der § 2 gahlt die Facher auf, welche in Seminarien gelehrt wer-ben sollen. Er enthält ferner die in der Natur der Sache liegende Bestimmung, daß für die Lehrerinnenseminarien die nothigen Modifitationen getroffen werden konnen. Der § 2 lautet ungefahr gleich, wie der entfprechende Baragraph bes bisherigen Befeges.

Benehmigt.

§ 3;

Die Böglinge find in einer Uebungeschule, welche bas Bild einer mohlgeordneten Primarschule darbieten foll, jum Schulhalten anzuleiten und praktisch zu üben.

Benehmigt.

§ 4.

Der Staat wird bas Seminar mit allen zur vollstän-bigen Lösung feiner Aufgabe nothwendigen Mitteln ausstatten, namentlich mit ben entsprechenden Sammlungen an Buchern, Naturalien, Apparaten, mufitalischen Inftrumenten und ans bern Lehrmitteln, sowie mit bem gur Bflege ber Landwirth= Schaft ober bes Gartenbaues nothigen Lande.

Dhne Bemerfung angenommen.

§ 5.

Die Lehrkurse bauern in ben Lehrerseminarien brei bis vier, in Lehrerinnenseminarien zwei bis drei Jahre. Wenn nicht die genügende Bahl hinlanglich vorgebildeter

Böglinge sich anmeldet, so ist zur Borbereitung ber Böglinge ein höchstens einjähriger Borkurs einzurichten.
Die Ferien dauern jährlich zehn Wochen.
Am Schlusse jedes Jahres ift eine Prüfung, am Ende

bes Kurses überdieß eine Patentprufung abzuhalten, bei welscher die Lehrer ber Afpiranten nicht mitwirken konnen.

Der Regierung grath ftellt ben Antrag, bas zweite Alinea zu streichen.

Herr Berichterstatter des Regierungsrathes. Der § 5 enthält einige nicht unwichtige Abanderungen gegenüber dem bisherigen Gesetze; ferner wird vom Regierungsrathe eine Abanderung gegenüber dem Entwurfe, wie er aus der ersten Berathung hervorgegangen ist, vorgeschlagen, welcher Abanderung die Kommission beipslichtet. Es wird hier die Studienzeit in den Seminarien normirt, und zwar in der Weise, daß nicht eine fixe Beit vorgeschrieben, sondern eine gewisse Latitüde gelassen wird. Bisher betrug die Studienzeit in den Lehrerseminarien 3 und in den Lehrerinnenseminarien 2 Jahre. Man ist der Ansicht, daß diese Zeit nicht genüge, und zwar namentlich auch mit Rücksicht darauf, daß Die Kandidaten häufig nicht hinreichend vorbereitet find; bann aber auch, weil das gange Bebiet, auf dem fich Behrer und Lehrerinnen bewegen, in der Beise zugenommen hat, daß eine Studienzeit von 4, resp. 3 Jahren nicht zu lang ist, um sie gehörig ausgerüftet in die Schule eintreten zu lassen. 3ch halte aber auch hier dafür, daß man vorläufig von diefer Bestimmung feinen Gebrauch machen, fondern noch einige Beit beim bisherigen Mobus verbleiben wird. Dies fann um so eher geschehen, als unsere Seminarien ohne Ausnahme in ganz ausgezeichneter Weise geleitet und sowohl von Seite der Vorsteher und Lehrer, als von Seite der Schüler das Wögliche gethan wird, um das vorgestedte Ziel zu erreichen. Doch wird die Berlangerung der Studienzeit nicht für immer auf dem Bapier bleiben tonnen, fondern fpater durchgeführt werden muffen. Gegenüber allfälligen finanziellen Ginmen= dungen gegen diefe Berlangerung bemerte ich, daß die Frage jedenfalls nicht in diefer Finanzperiode jum Abschluß gelangen, fondern daß man fie bei Unlag ber Aufftellung bes nachften wierjahrigen Budgets einer nahern Brufung unterftellen wirb. 3ch hoffe, es werde dann möglich fein, die Frage im Ginne bes Befeges zu lofen.

Der Regierungsrath stellt den Antrag, das zweite Alinea des § 5 zu streichen, welches lautet: "Wenn nicht die genügende Zahl hinlänglich vorgebildeter Zöglinge sich ansmeldet, so ist zur Vorbereitung der Zöglinge ein höchstens einjähriger Vorturs einzurichten." Gegenwärtig besteht nur im Seminar Bruntrut ein folcher Borfurs. 3m alten Ran= tonetheil haben fich die Primarschulen nach und nach auf die Hobbe emporgeschwungen, daß sie ihre Schüler direkt an das Seminar abgeben können. In Bruutrut besteht der Borkurs in alzuweiter Ausdehnung. Es existir nämlich dort eine eigentliche école modèle mit 3 Jahreskursen, welche hauptsächlich den Zweck hat, die nöthigen Kandidaten in das Seminar abzugeben. Man glaubte nun, dießfalls eine Ginschring vornehmen zu sollen, und reduzirte daher bei ber ersten Berathung des Entwurfes den Vorfurs auf ein Jahr. Die Regierung und die Kommission sind jedoch der Ansicht, es solle von dieser Einrichtung ganz Umgang genommen wer-den. Zwar stehen die jurassischen Schulen nicht auf der Sobe, wie Diefenigen des alten Rantons, auch ift im Jura Die Bahl ber Schulen verhaltnigmäßig geringer; indeffen hat man mit einer Reform der dortigen Schulen begonnen, und wir halten bafur, es werben die Mittel, die man getroffen hat, nach und nach den Erfolg haben, daß auch diese Schu-len ihre fähigern Schuler direft an die Seminarien abliefern fonnen. Aus diefen Grunden glaubte man, es folle ber Borfure geftrichen werden. Burde bieg nicht gefchehen, fo mur= den die Primarschulen im Jura sich nicht bestreben, das Ziel zu erreichen. Es ist aber ein schlechtes Zeugniß für eine Primarschule, wenn sie nicht im Stande ist, einen Schüler zum Eintritt in das Seminar zu befähigen.

Der § 5 wird mit ber vorgeschlagenen Streichung bes ameiten Alinea's genehmigt.

II. Die Böglinge.

§ 6.

Die Anmelbungen jur Aufnahme in's Seminar follen nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung bei bem Direttor bes betreffenden Seminars geschehen. Die Bewerber muffen Kantonsburger oder Kinder von Eltern sein, welche im Kan-ton niedergelassen sind. Nicht Riedergelassene konnen aus-nahmsweise gegen Erstattung der vollen Kosten für Nahrung und Pflege im Seminar Aufnahme sinden. Die Bewerber muffen das schulpflichtige Alter gurudgelegt haben und fich über ihre Renntniffe burch eine Aufnahmsprufung ausweifen, über die ein besonderes Reglement das Nothige verfügen wird. Der befinitiven Aufnahme geht eine Probezeit von brei Monaten voran.

Der Regierung grath stellt ben Antrag, im zweiten Sat ftatt "Rinder von Eltern, welche im Ranton nieders gelaffen find", ju fegen: "Rinder im Ranton niedergelaffener Eltern."

Die Rommiffion ftimmt diefem Antrage bei.

Der § 6 wird mit ber vorgeschlagenen Redaktionsver= anderung genehmigt.

Auf ben Antrag bes herrn Berichterstatters werben die SS 7 und 8 miteinander in Berathung gezogen.

Der Unterricht wird ben Böglingen unentgeltlich ertheilt. Diejenigen, welche im Konvifte leben, haben an die Roften fur Wohnung, Roft, Bafche, Licht und arztliche Besorgung einen Beitrag zu leisten, deffen Bezahlung bor bem Eintritt für die ganze Zeit des Aufenthalts im Seminar gesichert fein muß.

§ 8.

Das Kofigelb, welches halbiahrlich vorauszahlbar ift, beträgt wenigstens Fr. 150 per Jahr. Eltern, welche burch Bermögen oder Einkommen befähigt find, ein Mehreres zu Ieisten, find zu einem höhern Beitrag bis auf den vollen Be-trag für Nahrung und Pflege anzuhalten. Für Zöglinge, welchen kein Konvikt zur Verfügung gestellt wird, können Stipendien ausgesett werden im Betrage von durchschnittlich

Der Regierung grath ftellt ten Antrag, ben § 8 ju ftreichen und ju § 7 folgenden Busat aufzunehmen: Die nabern Bestimmungen betreffend bas Roftgelb

bleiben einem Reglemente des Regierungsrathes vorbe= halten.

Für Böglinge, welchen fein Konvift jur Berfügung geftellt wirb, fonnen entsprechende Stipendien ausgesest werden.

Herr Berichterstatter des Regierungsrathes. Hier werden zwei Abanderungen beantragt. Der Befegentwurf, wie er aus der ersten Berathung hervorging, fixirte in § 8 das Rostgeld auf Fr. 150 und bestimmte, daß fur außerhalb bes Konvikts lebende Zöglinge Stipendien im Betrage von durchschnittlich Fr. 250 ausgesetzt werden können. Es wird nun vorgeschlagen, den § 8 zu streichen, und an Plat beffen in einem Zusatz zu § 7 vorzuschreiben, daß die nahern Be-

stimmungen betreffend das Kostgeld einem Reglemente des Regierungerathes vorbehalten bleiben, und das fur Boglinge, welchen tein Konvift gur Verfügung gestellt wird, entsprechende Stipendien ausgesett werden konnen. Der Regierungerath und die Kommission haben gefunden, es sei nicht zweckmäßig, daß man eine bestimmte Summe, die im Laufe der Zeit Absanderungen erleiden kann, in's Geset aufnehme. Es können Umstände eintreten, welche eine Herabsetung bes Koftgeldes wünschbar machen, es können aber die Berhaltniffe fich auch so gestalten (3. B. wenn ber Zufluß von Zöglingen in die Seminarien groß wird), daß man das Kostgeld zu erhöhen wünscht. Es ist deshalb nach dem Dafürhalten des Regierungsrathes zweckmäßig, sich nicht durch einen bestimmten Anfat die Bande zu binden. Der Große Rath fann daorts bie Sache immer überwachen, indem er bei Feststellung des Budgets auch die Einnahmen an Kostgeldern zu bestimmen haben wird. Aehnlich verhalt es sich mit den Stipendien, in Bezug auf welche der Kegierungsrath ebenfalls keinen bestimmten Unfat in's Gefet aufgenommen wiffen mochte. 3ch empfehle bie Untrage bes Regierungsrathes, benen fich auch die Kommission angeschlossen hat, zur Genehmigung.

Der § 7 wird mit bem vom Regierungerathe vorge= schlagenen Bufage genehmigt und ber § 8 gestrichen.

§ 9 (nun § 8).

Jeder patentirte Zögling ist verpflichtet, wenigstens die ersten vier Jahre nach dem Austritt aus dem Seminar eine Stelle an einer öffentlichen Schule im Kanton zu versehen. Wer ohne hinreichende, von der Erziehungsdirektion zu mur-bigende Grunde biefer Berpflichtung nicht nachkommt, ift ge-halten, dem Staate die Mehrkoften fur die Berpflegung oder bie genoffenen Stipendien vollständig zurudzuerstatten.

Diefenigen befinitiv aufgenommenen Boglinge, welche ohne zwingende Grunde vor ber Schlufprufung austreten,

find ju benfelben Erftattungen verpflichtet.

Herr Berichterstatter des Regierungsrathes. Der § 9 enthalt die Bestimmung, daß, wer nicht wenigstens 4 Jahre nach dem Austritt aus dem Seminar eine Stelle an einer öffentlichen Schule des Kantons versehe, verpstichtet sei, die erhaltenen Stipendien oder die Mehrkosten für die Verpstegung dem Staate zurückzuerstatten. Bisher waren nur 3 Jahre vorgeschrieben. Es ist aber die Ausdehnung dieser Berspsichtung auf 4 Jahre begreislich, weil der Staat durch das vorliegende Gesetz auch größere Berpsichtungen (z. B. Sti= pendien, Berlangerung ber Lehrfurse) übernimmt.

Benehmigt.

III. Die Tehrer. § 10 (nun § 9).

Der Regierungerath ernennt die erforderlichen Lehrer und Lehrerinnen, an beren Spige einer als Direktor fteht, nach geschehener öffentlicher Ausschreibung auf den Borichlag der Erziehungsdirektion für eine Amtsdauer von feche Jahren ober provisorisch auf eine bestimmte furgere Beit.

Kein Lehrer kann besinitiv gewählt werden, welcher sich nicht durch eine öffentliche Prüfung ober durch vorherige praktische Lehrthätigkeit ausgewiesen hat.

Der Regierunsrath ftellt ben Antrag, nach bem Borte "Lehrthätigfeit" einzuschalten: "ober burch genügende Ausweise über miffenschaftliche Renntniffe."

Die Rommiffion beantragt, bas zweite Alinea zu ftreichen.

herr Berichterstatter bes Regierungerathes. Der Regierungerath hat ursprünglich beschloffen, bei Ihnen den Antrag zu ftellen, es sei im zweiten Alinea des § 10 nach Antrag zu stellen, es sei im zweiten Alinea des § 10 nach "Lehrthätigkeit" einzuschalten: "oder durch genügende Aus-weise über wissenschaftliche Kenntnisse". Die Kommission hat gefunden, es solle dem Ermessen des Regierungsrathes an-beimgestellt bleiben, jeweilen die tauglichen Persönlichseiten auszuwählen, und es sollen dießfalls keine Direktionen gezehen werden. Sie beantragt daher, es sei das zweite Alinea als überstüssig zu streichen. Der Regierungsrath hat diesen Morgen die Angelegenheit neuerdings berathen und sich dem Antrage der Kommission angeschlossen Antrage der Kommission angeschloffen.

herr Berichterstatter der Kommission. Die Fasfung bes zweiten Alinea's, wie sie aus ber ersten Berathung hervorging, hat einen vernünftigen Sinn. Es heißt barin, daß man, um jum Behrer gewählt ju werden, fich burch eine öffentliche Brüfung oder durch vorherige praktische Lehrthätig-teit ausgewiesen haben muffe. Es kann nämlich der Fall vorkommen, daß man gerne einen Mann als Lehrer wählen möchte, der schon bisber eine ähnliche Stellung bekleidete, moche, der schon disher eine antliche Seulung verleibere, sich aber nicht gerne einer öffentlichen Prüfung unterzieht, sondern glaubt, man setze seine Befähigung voraus und berruse ihn zu der betreffenden Stelle. Die Kommission hätte daher dieser Bestimmung beipflichten können. Nun schlägt aber der Regierungsrath vor, beizufügen: "oder turch genügende Ausweise über wissenschaftliche Kenntnisse". Würde biefer Antrag angenommen, fo mare die Regierung gar nicht gebunden, sondern hatte durchaus freie Band. Unter diefen Umftanden glaubte bie Rommiffion, es fei zwedmäßiger, bas Minea ganglich zu ftreichen und der Regierung freie Sand gu laffen. Dabei versteht es fich von felbft, daß die Bewerber die nothigen Requifite erfullen muffen, um eine folche Stelle geborig befleiden zu konnen. Die Regierung wird in der Regel eine Brufung abhalten, dabei bleibt es ihr aber unbenommen, auch einen andern Weg einzuschlagen.

Der Paragraph wird mit Streichung bes zweiten Ali= nea's genehmigt.

§ 11 (nun § 10).

Die Befoldung der Lehrer und Lehrerinnen wird vom Regierungsrathe festgefett. Sie fann in der Regel die Summe von Fr. 3000, wozu beim Direktor noch freie Station für sich und seine Familie oder eine entsprechende Entschädigung hinzukommt, nicht überschreiten. Bei ihrer Festsetzung ift auf bas Benfum, bas Dienstalter, sowie barauf Rudficht zu neh-men, ob der betreffende Lebrer (Lehrerin) bereits in anderer Stellung ein Honorar bezieht.

Insoweit es für die Ueberwachung und Disziplin der Unftalt forderlich erscheint, konnen die Lehrer gegen eine billige Entschädigung Wohnung und Kost für sich und ihre Fa-milie in der Anstalt erhalten.

Der Regierungerath ftellt den Antrag, es fei Diefer Paragraph zu streichen und an beffen Stelle als neue Mlinea zum vorhergehenden Paragraphen aufzunehmen :

Die Besoldungen der Lehrer und Lehrerinnen werden durch die jeweilen in Kraft befindlichen gefetlichen Er-laffe über Besoldung der Beamten an den Staatsauftalten festgeftellt.

Insoweit es für die Ueberwachung und Disziplin der Unftalt forderlich erscheint, konnen die Lehrer gegen billige Entschädigung Wohnung und Koft für sich und ihre Familien in der Anstalt erhalten.

herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. Der 11 revidirt die Befoldungsverhaltniffe der Seminarlehrer. Es wird nun hier beantragt, ben Baragraph gang gu ftreischen und an deffen Stelle dem porhergebenden Baragraphen folgende Bestimmungen beizufügen: (Der Redner verliest obigen Antrag.) Diese Anderung ist eine Folge der letthin angenommenen Besoldungsbekrete, in denen auch die Besoldungen der Seminardirektroren und Lehrer festgesett sind. Es ist nun nicht nothwendig, diese Besoldungen in dem vorliegenden Gesetze neuerdings zu bestimmen. Die Besoldungs bekrete basiren auf dem Büdget und können vom Großen Rathe abgeändert werden. Es ware daher nicht zweckmäßig, die Besoldungen der Seminarlehrer im Gesetz festzustluchen, sondern es ist besser, sie jeweilen mit der allgemeinen Besoldungsfrage zu normiren. Der § 11 enthält auch die Bestimmung, daß bei der Festsetzung der Besoldung auf das Pensum, das Dienstalter, sowie darauf Rücksicht zu nehmen sei, ob der betreffende Lehrer bereits in anderer Stellung ein Honorar beziehe. Diese Bestimmung halte ich für überflussig; denn es versteht sich von selbst, daß die Regierung bei der Festsehung der Besoldungen solchen Verhältnissen Rechnung tragen wird. Uebrigens ist die Bestimmung so allgemein gehalten, daß die Regierung, wenn sie dieß wollte, immerhin daneben vorbeigehen könnte. Das Besoldungsdefret sett die Besoldungen der Seminarlehrer auf Fr. 800 bis 3000 fest. Dieses Minimum und biefes Maximum zeigen, daß bie Befoldungen in jedem einzelnen Falle den Berhaltniffen angemeffen festgeset werden follen.

Der herr Betichterstatter ber Kommission erklärt, daß diefe bem Antrage des Regierungsrathes beipflichte.

Der Antrag bes Regierungsrathes wird genehmigt.

§ 12 (nun § 10).

Seminarlehrer, welche wenigstens achtzehn Jahre an bernischen Seminarien ober fünfundzwanzig Jahre an öffent-lichen Schulen, wovon 12 Jahre an bernischen Seminarien, gewirkt haben, können, wenn sie wegen Krankheit ober Alter von ihren Stellen zurücktreten muffen und auch fein anderes befoldetes Umt mehr bekleiben, mit einem Ruhegehalt vers feben werden, welcher einen Dritttheil ihrer Seminarbefoldung beträgt.

Die Kommission stellt den Antrag, am Schluß die Worte "einen Dritttheil" zu ersetzen durch: "höchstens die Hälfte".

herr Berichterstatter des Regierungsrathes. Die= ser Baragraph enthält eine wesentliche Neuerung, welche ohne Bweifel im Interesse ber Seminarien liegt. Es wird hier nämlich ber Grundsatz ausgesprochen, daß auch die Seminarlehrer auf Benfionirung Anspruch haben. 3m Entwurfe, wie er aus der erften Berathung hervorgegangen ift , heißt es, daß die Benfion einen Dritttheil der Seminarbefoldung betrage. Die Kommission beantragt, diese Bestimmung dahin abzuändern, daß die Bension sich höchstens auf die Hälfte der Besoldung belaufen könne. Es kann nämlich der Fall einstreten, daß man einen Lehrer, der wegen vorgerückten Alters

feine Stelle nicht mehr ausfüllen fann, fehr gerne entlaffen mochte, daß aber biefer Lehrer, wenn man ihm nur eine Benfion von einem Dritttheil geben konnte, baburch auf die Gaffe gesett wurde; um bieß zu vermeiben, wurde man den betrefe fenden Lehrer vielleicht zum Schaben des Seminars wieder wählen. Nachdem die Kommission ihren Antrag gestellt, zog die Regierung die Frage neuerdings in Berathung und ftimmt nun der Kommiffton bei. 3ch mache dießfalls noch barauf aufmerksam, daß die übrigen Gefete, welche von ber Pen- ftonirung von Lehrern handeln, wie 3. B. das Sochschul- und bas Kantonsschulgeset, einfach bestimmen, es solle die Benfion wen ig st en s einen Dritttheil der Befoldung betragen. Man hat also da freie hand, auf die Halfte, ja selbst noch höher ju geben. Bisher wurde in den meiften Kallen die Balfte ausgerichtet, und es wird bieß auch in Butunft in ber Regel geschehen. Gelbftverftandlich fann man unter Umftanden auch tiefer gehen und wird dieß thun, wenn g. B. ein lehrer Bermögen hat ec.

Ueber das Bringip der Benfionirung will ich mich nicht naher aussprechen. Ich glaube, die Sache fei in fich felbst begrundet, und sie ist auch mit Rucksicht darauf gerechtfertigt, daß wir bei den Hochschul-, den Kantoneschul- und den Brimarlehrern das Benfionirungsfuftem bereits befigen. Unberudfichtigt bleiben bann blog noch die Sefundarlehrer. Wenn wir indeffen zu einer Revifion bes Gefundarichulgefeges gelangen, welche jedenfalls in nicht allzuferner Beit stattfinden muß, so wird die Frage der Pensionirung der Sefundarlehrer ohne Zweifel einen Sauptpunkt in dem neuen Gefete bilden.

Herr Berichterstatter der Kommission. Prinzipiell ift bei ber erften Berathung von feiner Seite Ginfpruch gegen das Penfionirungesinftem erfolgt. Dieß ift denn auch begreif= lich ; benn ohne Aussicht auf einen Rubegehalt wird man nicht tüchtige Lehrer finden. Was das Maß der Penfionirung betrifft, so sett der Entwurf, wie er aus der ersten Berathung hervorgegangen ift, fest, daß die Pension einen Dritttheil des Gehaltes betragen solle. Die Kommission findet, es sei diese Bestimmung nicht zweckmäßig. Offenbar wirken bei der Festftellung der Benfionen verschiedene Berudfichtigungegrunde mit: das Alter, die Bermogensverhaltniffe ac. Es fonnte baher eine Benfion von einem Dritttheil unter Umftanden gu hoch, in andern Fällen aber zu niedrig sein. Wenn z. B. ein Lehrer eine Besoldung von Fr. 2,000 bezieht, so wurde die Pension nicht einmal auf Fr. 700 ansteigen, was offensbar zu wenig ware. Aus diesen Grunden hat die Kommis fion gefunden, es sei zwecknäßiger, einfach ein Maximum festzuseten und es dem Regierungerathe zu überlaffen, in jebem einzelnen Falle die Benfion innerhalb Diefer Schrante gu bestimmen.

Der Paragraph wird mit der von der Kommission vor= geschlagenen Modifitation genehmigt.

§ 13 (nun § 11).

Die padagogische Leitung ift Aufgabe des Direktors. Er leitet und beaufsichtigt die ganze Haus und Landwirthschaft und besorgt die Raffe und das Rechnungswesen unter Bei-hulfe des übrigen Personals der Anstalt.

Die Lehrer find zu gegenfeitiger Stellvertretung in Krant-heitsfällen und zu Mitwirtung bei Bieberholungs- ober Fort-

bildungefurfen verpflichtet.

Dhne Bemerfung angenommen.

§ 14 (nun § 12).

In jedem Seminar soll in der Regel alle zwei Jahre ein Wiederholunge= ober Fortbildungefure fur diejenigen pa= tentirten Lehrer und Lehrerinnen stattfinden, welchen die Erziehungsbirektion die Theilnahme an demfelben gestattet, ober welche fie dazu berufen wird.

Außerdem veranstaltet ber Staat an geeigneten Orten

nach den jeweiligen Bedurfniffen Spezialfurfe.

Die Theilnehmer an folchen Rurfen erhalten ben Unterricht unenigeltlich und überdieß freie Station ober eine ents fprechende Entschädigung.

Benehmigt.

§ 15 (nun § 13).

Für Bildung der Sekundarlehrer wird ein jährlicher Kredit von Fr. 4000 ausgesett, aus welchem vom Regierungs=rathe an wissenschaftlich und padagogisch gehörig vorgebildete und fähige junge Leute Stipendien behufs ihrer weitern Aus-

bildung verabfolgt werden können. Es bleibt Denjenigen, welche diefe Stipendien empfangen, freigestellt, an welchen höhern Unterrichtsanstalten sie ihre Ausbildung suchen wollen; sie haben jedoch vorber die Bus

ftimmung ber Erziehungedirektion einzuholen.

Der Regierungerath ftellt den Antrag, diefen Paragraphen also zu faffen :

B. Bildungsanstalt für Mittelschullehrer.

Für Beranbildung von Mittelfcullehrern wird an der Sochschule eine Lehramtsschule errichtet.

Die weitere Ausführung bleibt einem Defret Des

Großen Rathes vorbehalten.

Es wird fur fie ein jahrlicher Rredit von Fr. 25,000

Berr Berichterstatter des Regierungsrathes. Der 15, wie er vom Großen Rathe in der erften Berathung angenommen worden ift, bestimmt, daß fur die Bildung ber Sekundarlehrer ein jahrlicher Kredit von Fr. 4,000 für Sti= pendien auszusegen fei. Dabei wurde es Jedem freiftehen, feine Bildung gu fuchen, wo er will : an unferer ober an einer auswärtigen Sochschule, am Polytechnifum oder an der Afademie in Reuenburg 2c. Der Regierungsrath halt dafür, es genüge diese Bestimmung nicht, und er beantragt baber, sie durch folgende zu erseben: (Der Redner verliest ben Antrag bes Regierungsrathes). Die Kommission stimmt diesem Antrage bei.

Es liegt mir nun ob, die Grunde anzuführen, welche die Regierung zu diefem Antrage bewogen haben. Bor Allem aus hat man fich die Frage vorgelegt: hat der Staat ein Intereffe und liegt es in feiner Aufgabe, für die Heranbils bung der Brogymnafials und der Sekundarlehrer Etwas zu thun? Diefe Frage muß sicher Jedermann bejahen. Es genügt dieffalls, darauf hinzuweisen, wie sehr sich

bie Sekundarschulen ausgedehnt haben und eine wie große Wichtigkeit sie besitzen. Gegenwartig beträgt die Bahl ber Sekundarschulen in unserm Kanton 48, wozu das Progymnafium in Burgdorf und die beiden Kantonsschulen in Bern und Pruntrut tommen. Die Zahl der Schuler beläuft sich auf ungefähr 2,500 und die Bahl der Lehrer auf girka 220.

Die Sekundarschule hat einen doppelten Zweck: Zunächst soll sie höhere Volksschule sein; sie soll, was die Volksschule begonnen hat, weiter führen und Leute heranbilden, die sich bem Gewerbsstande, der Industrie 2c. widmen wollen und daher einer höhern Bildung bedürfen, als die Primarschule sie gewährt. Dieß ist die eine Aufgabe der Sekundarschule, und ich glaube, ich habe nicht nöthig, darauf ausmerksam zu machen, daß diese Aufgabe eine hohe ist, und daß der Staat sie nach allen Richtungen hin fördern und unterstügen soll.

Die Sekundarschule hat aber nicht nur die Aufgabe, den Unterricht mit dem 16. Jahre abzuschließen und ihren Böglingen eine das Biel der Primarschule übersteigende Bildung zu geben, sondern sie hat auch die Aufgabe, einem Theile der Schüler einen vorbereitenden Unterricht auf die höhern Schulen, die Gymnasten zu gewähren. Bei Errichtung der Kantonsschule man, und es wurde dieß namentlich von der Kantonsschulkommission betont, es werden unsere Sekusdarschulen und Progymnassen diese zweite Aufgabe nicht lösen können; denn es sei nicht möglich, den Unterricht so zu errichten, daß er zugleich ein abschließender und ein vorbereitender sei. Man ist deßhalb auf den Gedanken gekommen, für den Bordereitungsunterricht zwei Centralanstalten zu errichten, nämlich eine in Bern für den alten Kantonstheil und eine in Pruntrut für den Jura. Die Sache hat sich in der Prazis anders gemacht, als man es sich in der Theorie gedacht hatte: Die Sekundarschulen und die Progymnassien erfüllten auch die zweite Aufgabe, in Folge dessen das Recht der Existenz der Kantonsschulen etwas gefährdet ist.

Nachdem es sich herausgestellt, daß die Sekundarschulen auch dieser zweiten Aufgabe gerecht zu werden vermögen, ist es um so mehr gerechtfertigt, daß der Staat dieselben möglichst zu heben suche. Nach gewissen Richtungen hin erfüllt er da bereits seine Aufgabe, indem seine Ausgaben für die Kantonsschulen und die Sekundarschulen gegenwärtig sich auf Fr. 370,000 belaufen. Für die Primarschulen betragen sie, die Rosten der Inspektorate und die Leibgedinge 2c. indes griffen, zirka Fr. 620,000 und mit Hinzurechnung der Kosten der Seminarien und der erhöhten Lehrerbesoldungen ungefähr Fr. 770,000. Bergleichen wir diese Summen miteinander, so müssen wir zu dem Schlusse gelangen, daß der Staat die Sekundarschulen in hohem Maße berücksichtigt, sa vielleicht

fogar fie gegenüber den Primarschulen begunftigt.

Da aber die Aufgabe, welche den Sekundarschulen zukommt, und von ihnen im Allgemeinen auch gelöst wird, eine sehr hohe ist, so geht der Staat nicht zu weit, wenn er noch mehr als bisher für sie leistet. Dieß ist namentlich nach der einen Richtung hin nothwendig, nämlich in Bezug auf die Heranbildung der Lehrfräfte für die Sekundarschulen. Es genügt nicht, Besoldungen auszusetzen, schöne Schulhäuser zu bauen, gute Lehrmittel zu bestigen; denn die Hauptsache ist, daß gute Lehrer vorhanden seien. Es muß daher das Haupt augenmerk des Staates dahin gerichtet sein, gute Lehrer für die Sekundarschulen heranzubilden. Für die Brimarschulen ist dieß längst anerkannt worden; denn der Staat gibt sahrzlich eine Summe von Fr. 111,000 für die Primarlehrersbildungsanstalten aus.

Ich weise auch darauf hin, daß der Staat an der Hochsschule für alle andern Wissenszweige sorgt: er hat eine protestantisch: theologische und seit einiger Beit eine katholische theologische, ferner eine juristische und eine medizinische Fakulztät; er hat auch eine Beterinärschule, für welche er jährlich ungefähr Fr. 40,000 ausgibt. Soll er da die Frage der Sekundarlehrerbildung ganz außer Acht lassen? Gewiß nicht. Weit eher könnte er sagen, die Heranbildung von Aerzten und Juristen gehe ihn nichts an; wenn das Bolk Rechtsberather oder medizinische Berather bedürfe, so möge es selbst dafür sorgen, indem es sich da um ein Privatbedürfniß handle. Anders dagegen verhält es sich mit der Schule: da handelt es sich um sein eigene Sache, um sein Bes

durfniß, das er selbst hat. Wenn also ber Staat für jene sekundaren und mehr privaten Bedurfnisse sorgt, so foll er in erster Linie doch auch fur die eigentlichen staatlichen Be-

durfniffe beforgt jein.

Diese Sorge läßt sich auch badurch begründen: Man verlangt von einem Sekundarlehrer, daß er im Beste eines Patentes sei; denn ohne ein solches kann er höchstens provisorisch angestellt werden. Wenn man aber eine solche Besdingung an ihn stellt, so soll man ihm auch Mittel und Wege an die Hand geben, um sich zur Erlangung eines Patentes zu befähigen. Man hat ein Reglement über die Prüfung der Sekundarlehrer erlassen, und wenn man darin bestimmte Forderungen anfgestellt hat, so muß man es auch möglich machen, daß die Betreffenden diesen Forderungen gerecht wers den können. Ich glaube also, es musse die Frage, ob der Staat etwas für die Heranbildung der Sekundarlehrer thun solle, besaht werden.

Wir muffen uns nun weiter fragen: wie foll ber Staat in diefer Sache vorgehen? Ich erlaube mir, darauf hinzu-weisen, was bisher in diefer Angelegenheit geschehen ift, sos dann anzuführen, was im ersten Entwurfe vorgeschlagen war, und schließlich die gegenwärtigen Anträge der Kommission und

des Regierungsrathes zu begrunden.

Man hat die Frage der Beranbildung von Setundar= lehrern bisher allerdings nicht gang aus den Augen verloren, sondern gesucht, Dasjenige zu thun, was bei den obwalten-ben Verhaltniffen möglich war. Go wurden f. B. die Hoch= schullehrer ersucht, Borlefungen ju halten, in denen die funf= tigen Sefundarlehrer möglichft berudfichtigt werden. Es ift bieg geschehen, allein oft in sehr mangelhafter Beise. Ferner wurde im Jahre 1870 an ber Sochschule eine Professur fur Badagogit errichtet. Alles das hat fich aber als ungenugend erwiesen. Die fur Brufung der Setundarlehrer bestellte Rom= miffton macht immer wieder darauf aufmertfam, daß das Biffen diefer Behrer allgufehr Stückwert, und daß tein Bufammenhang, feine Bertiefung, fein Suftem Darin fei; Die Randidaten haben einige Borlesungen bei biefem und jenem Brofeffor angehört, feien, um etwas frangofifch ju lernen, etwa auf die Atademic in Reuenburg gegangen, andere haben etwa Die Examinatoren gefragt, mas fur Bucher jur Borbereitung auf bas Eramen zu empfehlen feien, und haben sich burch folche bie nothigen Renntniffe zu erwerben gesucht; man habe fich deßhalb auch mit allzu minimen Forderungen begnügen muffen und Manchen patentirt, weil es eine ungerechtfertigte Strenge gewesen mare, ihm das Batent zu ver= weigern, indem ihm die Mittel nicht an die Hand gegeben worden seien, Dassenige zu leisten, was er eigentlich hatte leisten sollen. Was bisher geschehen ift, zeugt von guten Willen: man hat die Frage, daß der Staat verpflichtet fei, fur die heranbildung von Setundarlehrern gu forgen, accep= tirt, allein das Bollbringen war mangelhaft. Was foll nun geschehen? Nach dem Entwurfe, wie er

Was soll nun geschehen? Nach dem Entwurfe, wie er aus der ersten Berathung hervorging, sollten Stipendien bis zum Gesammtbetrage von Fr. 4000 ausgesetzt werden. Dabei war es Jedem freigestellt, an welcher höhern Unterrichtsanstalt er sich ausbilden wollte, nur mußte er vorher die Zuftimmung der Erziehungsdirektion einholen. Die Regierung hat gefunden, es genüge dieß nicht, indem auch bei einem hat gefunden, es genüge dieß nicht, indem auch bei einem und Vollständigkeit des Wissenst der künstigen Sekundarlehrer nicht beseitigt werde. Die Regierung hat sich daher die Frage gestellt, ob man die Gelegenheit der Borlage eines neuen Gesesses über die Lehrerbildungsanstalten an das Volk nicht benutzen sollt, um auch in Sachen der Sekundarlehrerbildung etwas Rechtes zu thun, das auf Jahre hinaus genüge. Sie ist zum Schlusse gekommen, es sei diese Frage zu besahen, und sie schlägt deßhalb die Errichtung einer Lehramtsschule an der

Hochschule vor.

Gestatten Sie mir, mit einigen Worten zu erwähnen,

wie diese Lehramtsschule ungefahr eingerichtet werden foll. Dieselbe wird einen integrirenden Bestandtheil der Bochschule bilden. Es wird aber nothwendig sein, und es liegt dieß auch in der Natur dieses Instituts, daß man ihm eine beson-dere Organisation gebe. Deßhalb muß dieser Punkt in's Gefet aufgenommen werden , indem man fonft diesem Institut nicht die nothigen organisatorischen Modifikationen gegenüber dem Sochschulgesetze geben konnte. Man konnte namlich, wenn man die finanziellen Mittel dazu besage, schon auf Grundlage des gegenwärtigen Hochschulgesetzes eine Lehramts= schule errichten, man wurde aber in der Organisation der= felben durch diefes Gefet allzufehr eingeengt fein. Es wird deßhalb vorgeschlagen, vom Bolte die Autorisation zur Grun= dung einer folchen Auftalt zu verlangen und die weitere Aus= führung einem Detret des Großen Rathes zu überlaffen, mel-cher dann freie Sand hat, die nothigen Menderungen gegen= über bem Bochschulgesethe zu treffen und diejenige Organisa= tion einzuführen, welche ber Natur ber Sache angemeffen ift. Ich mache hier auf ben Kanton Burich aufmerksam, wo man fich ebenfalls mit ber Organisation einer Lehramtsschule befaßt, indem das in diefer Richtung Bestehende nicht genügt. Die dortige Erziehungsdireftion wollte Die Sache auf dem Wege eines Regulativs durch den Regierungerath einführen laffen, allein diefer hat gefunden, das Sochschulgeset genuge geladen, die Angelegenheit in der Form eines Gefetes vorzus legen.

lleber die Frage der Errichtung einer Lehramtsschule wurde von einigen Professoren der Hochschule und andern Schulmannern ein Gutachten an die Erziehungsdirektion erstattet. Dieses Gutachten ist Ihnen gedruckt ausgetheilt worden, und ich nehme an, Sie haben dasselbe gelesen. Es wird darin die Dringlichkeit und Nothwendigkeit der Gründung einer solchen Lehramtsschule nachgewiesen, und es werden auch bereits einige Andeutungen in Bezug auf die Organisation

gemacht.

Man hat bisher hauptsächlich auch gefunden, daß es einer großen Zahl von Sekundarlehrern, die sich nur gleichsam privatim herangebildet, an der nöthigen praktischen Befähigung fehle. Es wird daher in der Aufgabe der Lehramtssichule liegen, die Kandidaten nicht nur mit theoretischem Wiffen auszurüften, sondern sie auch zum praktischen Können zu befähigen. Es genügt eben nicht, daß der Lehrer die nöthisgen Kenntnisse besitze, sondern er muß auch im Stande sein, sein Wissen Andern mitzutheilen. Es ist dieß ein weiterer Grund, welcher für die Errichtung einer Lehramtsschule spricht; denn mit Stipendien könnte diesem Mangel jedenfalls nicht

abgeholfen werden.

Ich mache auch darauf aufmerkfam, was an andern Orten in dieser Richtung geschieht. Die Frage der Heransbildung von Mittelschullehrern wird auch anderwärts, z. B. in Deutschland und Oesterreich, lebhaft ventilirt. Es besteht darüber eine ziemlich umfangreiche Literatur, und es haben sich namhafte Stimmen für das System ausgesprochen, welches wir nun gegenwärtig einführen wollen. Ich erinnere ferner an folgenden Umstand: Als es sich s. B. um die Errichtung einer eitgenössischen Hochschule handelte, arbeitete Herr Dr. Alfred Escher ein bezügliches Gesetz aus. Dieses Gesetz ist leiber Projekt geblieben, und es wird überhaupt die Krage der Gründung einer eidgenössischen Hochschule für länsgere Zeit, wenn nicht für immer begraben sein. In dem Wesebesentwurfe, welcher einer Kommission unterbreitet worden ist, war auch von einem derartigen pädagogischen Seminar die Rede.

Ich komme nun zu ber finanziellen Seite ber Frage. Man kann gegen ben Borschlag bes Regierungsrathes und ber Kommisston einwenden, daß wir nicht die nöthigen Mittel verfügbar haben, um eine Lehramtsschule zu gründen. Im Budget ber Erziehungsdirektion kann die daherige Ausgabe

nicht untergebracht werden, und auch der Ueberschuß genügt nicht, welcher für die vier Jahre vorgesehen ist. Ich antworte darauf Folgendes. Bereits bei der Eintretensfrage habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß die Reuerungen, wolche der vorliegende Entwurf vorsieht, größtentheils nur Programmpunkte für die Zukunft seien, und daß man sie dasher nur durchführen werde, wenn die Umstände es erlauben. Bu den Umständen, die man dabei in Berücksichtigung ziehen muß, gehört natürlich auch die seweilige Finanzlage. Die Lehramtsschule wird auf den Zeitpunkt in's Leben treten, welchen der Große Nath in seinem ausführenden Dekrete sestziehen wird. Man ist also nicht gebunden, dieses Institut von heute auf morgen einzuführen. Nothwendig aber ist, daß wir die Autorisation dazu im Gesehe erhalten, damit wir in der Sache im geeigneten Zeitpunkte vorgehen können.

Ich lege Ihnen Diese Neuerung fehr an's Berg; benn ich bin überzeugt, daß Sie damit etwas Gutes schaffen, das

eine hauptzierde in dem neuen Befege bilden wird.

Rummer, Direktor bes eidgenössischen statistischen Büreau's. Ich schiede voraus, daß ich grundsäglich damit einverstanden bin, daß die Sekundarlehrer an der Hochschule herangebildet werden. Ein Bersuch in dieser Richtung ist längst gemacht worden. Bei der Aufnahme des ursprünglichen Paragraphen ging man aber von der Ansicht aus, es genüge die Hochschule nicht. Man sollte es nämlich den Kandidaten gestatten, sich im Französsichen da auszubilden, wo diese Sprache Landessprache ist. Auch sollte man ihnen nicht verwehren, zur Ausbildung in den höhern technischen Fächern das Bolytechnikum zu besuchen, welches Sammlungen besitzt, die wir hier nicht einzurichten im Stande sind. Zu diesem Zwecke hat man einen Kredit zur Berabsolgung von Stipensdien ausgesetzt.

Was mir namentlich auffällt, ift, daß man die Frage im Büdget ganz übergangen hat, obwohl der Gesetzentwurf bereits vor 2 Jahren in erster Berathung angenommen worden ift. Ich halte es für bedenklich, daß man in dieser Weise vorgeht und kurze Zeit nach Feststellung des Büdgets neue Ausgaben dekretirt. Uebrigens mache ich darauf aufmerksam, daß man nicht einmal nöthig gehabt hätte, die Summe zu nennen; das Hochschulgesetz sieht außer den Stipendien bereits das Nothige vor; denn nach demselben ist man in Bezug auf die Zahl der zu wählenden Lehrer keinen Beschrän-

fungen unterworfen.

Es wird vorgeschlagen, die weitere Ausführung dem Destrete des Großen Kathes vorzubehalten. Der Herr Erziehungsbirektor hat bemerkt, es werde dieß in Bezug auf die neue Anstalt einige Modisikationen des Hochschulgesches zur Folge haben. Da möchte ich den Wunsch aussprechen, daß das bezügliche Dekret, bevor es vor den Großen Kathe gebracht wird, der Hochschülbehörde vorgelegt werde. Es wird hierkein Geset über das Bolksschulwesen vorgelegt, es sei denn die Synode darüber angefragt worden. Mit gleichem Rechte sollte man hier die Meinung der Hochschübehörde einholen. Ich lege auch deßhalb Werth darauf, daß dieß geschehe, weil ich nicht wünsche, daß die Lehrantsschule an der Hochschule einen Keil bilde und mit dieser im Widerspruch stehe.

Herr Berichterstatter ber Kommission. Ich muß Namens ber Kommission erklären, daß dieselbe warm für den neuen Artikel einsteht. Der Entwurf ist eine Folge des neuen Primarschulgesetzes; denn da dieses an die Primarschulen höhere Anforderungen stellt, so muß auch für die weitere Ausbildung der Lehrer gesorgt werden. Ganz die gleichen Gründe sind aber auch für die Ausbildung der Sekundarlehrer vorhanden. Von Jahr zu Jahr stellt das Leben höhere Anforderungen an die Schulen, und namentlich auch an die höhern Schulen. Für die Heranbildung von Sekundarlehrern geschieht aber gegenwärtig so zu sagen nichts, und was der

Entwurf, wie er aus ber ersten Berathung hervorging, vorsfab, namlich die Aussehung eines Kredites von Fr. 4,000 gur Berabfolgung von Stipendien an Randidaten, genugt nicht, um das Röthige zu leisten. Es ist eben etwas ganz Anderes um einen Sekundarlehrer, als um einen Primar= lehrer. Der Sekundarlehrer soll nicht nur quantitativ mehr Bildung haben, sondern er soll auch qualitativ anders aussiehen, als der Primarlehrer. Ich will nicht fagen, daß ein Primarlehrer burch Privatstudium 2c. nicht zu einer höhern Bilbung gelangen tonne, allein es genugt bieß nicht: er hat eben ben "Schliff" nicht, es fehlt ihm die allgemeine Bilbung. Man fonnte fagen, allgemein gebilbete Leute finde man auch, ohne bag man eine Lehramteschule errichte. hierauf erwiedere ich, daß ein Sefundarlehrer nicht nur eine allgemeine, fondern auch eine padogogische Bildung haben muß.

Berr Rummer hat ein finanzielles Bedenken ausgesprochen und ben Bunfch geaußert, man mochte die Lehramtsichule nicht ichief in die Hochschule hineinstellen. 3ch begreife den legtern Bunfch, allein es ift berfelbe nicht gegen die Ginrichtung felbft, fondern gegen die Ausführung gerichtet. Run ift aber biefe einem Defrete bes Großen Rathes vorbehalten, und Sie werden baher in Bezug auf die Organifation der neuen

Unftalt freie Sand haben.

Was das sinanzielle Bedenken betrifft, so hatte ich nichts dagegen, daß im Gesetze selbst die Kreditsumme nicht ausgesetzt wurde; der Große Rath könnte dann die daherige Ausgabe nach Ermessen normiren und nöthigenfalls auch über Fr. 25,000 gehen. Indessen ist es lohaler, daß man im Gesetze die Summe nenne und dem Bolke von vornherein sage, wie viel die Lehramtsschule kofte. Herr Rummer wendet auch ein, es sei die Ausgabe im Budget nicht vorgesehen. Dieß ift richtig, ich mache aber darauf ausmerksam, daß die Ausgabe nicht sofort mit der Annahme des Gesetzes eintreten wird; benn es kann die Anstalt erft errichtet werden, wenn der Große Rath das bezügliche Ausführungsbefret berathen haben wird. Wird diefes Detret von ber Regierung in einem Augenblice vorgelegt, wo die Staatswirthschaftstommission erklaren muß, es seien die nothigen Mittel nicht vorhanden, so wird man die Sache einfach verschieben, bis der erforder-liche Kredit gefunden werden kann. Wie mir übrigens der Herr Erziehungsdirektor mitgetheilt hat, lassen sich im Bubget ber Erziehungebirettion auf einigen Boften Erfparniffe machen, welche bann für bie Lehramtefdule verwendet werden tonnten. Es ift indeffen heute nicht ber Moment, hieruber ju fprechen und Gelbbeschaffungen in Aussicht zu nehmen, bevor man weiß, wie bie Sache eingerichtet werden soll. Uebrigens glaube ich, es könne eine Ausgabe von jahrlich Fr. 25,000 gegenüber bem großen Budget ber Erziehungsbirektion und ben bedeutenden Bortheilen, welche biefe Ginrichtung uns bringen wird, nicht in Betracht fallen. Bir mochten eben unsere Setundarlehrer nicht immer braußen suchen oder unsere eigenen Leute braugen bilben laffen.

herr Berichterstatter bes Regierungerathes. In Bezug auf die sinanzielle Frage wiederhole ich, was bereits ber Herr Berichterstatter der Kommission gesagt hat, daß nämlich mit der Annahme des Gesetzes die Ausgabe nicht so-fort wird gemacht werden muffen, sondern daß es Sache des Großen Rathes sein wird, ben Beitpunkt zu bestimmen, auf welchen die Lehramtsschule in's Leben treten foll. Dieser Beitpunkt wird sich naturlich auch nach ber Finanzlage zu richten haben. Wenn man ferner einwendet, man wisse nicht, woher man die nothigen Mittel nehmen werde, fo weise ich darauf hin, daß man auch bei Anlaß des Kirchengesetzes in ähnlicher Weise vorgegangen ist: man hat die Erhöhung der Geistlichkeitsbefoldungen um 25% beschlossen, obwohl das Büdget die daherige Mehrausgabe nicht vorsah. Man ist auch nach dem Erlaß eines Büdgets berechtigt, durch ein Gesetz eine neue Ausgabe zu beschließen. Wäre dieß nicht ber Fall, so murde die ganze Gesetzgebung, so weit sie irgend welche finanzielle Konsequenzen hatte, vom Büdget abhängen und gelähmt sein. Auch für die katholische Fakultät ist man so verfahren: man hat sie in's Leben gerufen, ohne sich zu-erst darüber Rechenschaft zu geben, ob der nothige Kredit im

Büdget enthalten fei.

Daß der später auszuarbeitende Defretsentwurf der Bochfculbehorde gur Unfichteaugerung mitgetheilt werden folle, gebe ich gerne gu. Wenn bieg mit dem vorliegenden Ent= wurfe nicht geschehen ist, so liegt der Grund darin, daß es sich vorläusig nur um die Aufftellung eines Prinzips handelt, womit noch in keiner Weise in die Hochschule hineinregiert wird. Erst wenn es sich um die Ausführung handelt, wird es sich fragen, welche Stellung die Lehramtsschule erhalten foll, und dann wird man die Hochschule, weil sie dabei mit-betheiligt ift, auch anhören. Ich kann mich indeffen der Be-merkung nicht enthalten, daß man bei Erlaffung des Defrets über die katholische Fakultat kein Gutachten von der Sochschule verlangt hat, und doch war herr Rummer Bericht=
erstatter der Kommission, welche das damalige Dekret vorzuberathen hatte. Ich glaube jedoch, man habe da eine fleine Unterlaffung begangen, die wir uns hier nicht ju Schulden tommen laffen wollen.

Rurg, Direktor ber Finangen. Da ich im Regierungs-rathe die Aufnahme bes Ansages von Fr. 25,000 in das Gesetz veranlaßte, so erlaube ich mir, einige Worte hier anzubringen. Es war natürlich für die Finanzdirektion eine etwas unangenehme Ueberraschung, zu vernehmen, daß eine solche Schule gegründet und damit wenige Monate nach der Annahme des viersährigen Büdgets ein Loch in dasselbe gesanten der Monate und der macht werden folle. Auf ber andern Seite mußte aber auch ich die Errichtung einer Lehramtsschule freudig begrußen, da ich dafür halte, es werde biefelbe von großem Rugen fein. 3ch habe mich daher bem Antrage nicht widerfest, indeffen habe ich gesagt, es involvire derfelbe eine Abanderung bes vierfahrigen Budgets, die wir dem Bolte zur Genehmigung porlegen muffen; wir durfen nicht mit unbestimmten Worten sagen, es werbe eine Lehramtsschule gegründet, sondern wir muffen auch angeben, wie boch sich die daherigen Kosten voraussichtlich belaufen werden. Nach den Boranschlägen, welche vorlagen, werden diese Kosten auf etwa Fr. 25,000 ju ftehen tommen, und baber murbe diefer Aufat in bas Gefetz aufgenommen, und bacher wirde vieler Aufag in bas Gefetz aufgenommen. Ich anerkenne, daß es etwas fatal ift, im Gefetze selbst eine bestimmte Summe zu nennen, indem man sich dadurch für die Zukunft die Hände bindet. Ich könnte mich daher damit einverstanden erklären, den Ansatz im Gesetze zu streichen und sich durch einen besondern Beschluß vom Volke die Ermächtigung ertheilen zu lassen, eine Summe von Fr. 25,000 für die Lehramtsschule auszugeben.

Bucher. Wenn ber Anfat von Fr. 25,000 im Gefet geftrichen wird, fo mochte ich biefen Rredit nicht in einem befondern Befchluffe vom Bolte verlangen. Ge genugt, wenn Die finanzielle Tragmeite in ber Botichaft auseinandergefest wirb.

herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. mochte an dem Antrage, wie er vorliegt, festhalten. Auch ich wollte zuerst keine bestimmte Summe nennen, indem ich von der Boraussehung ausging, wenn das Bolk die Errichtung einer Lehrantsschule genehmige, so sei auch die Ausgabe implicite bewilligt. Die Finanzdirektion wunschte aber, es möchte im Gesetz eine bestimmte Summe genannt werden, und ich glaube, man solle dieselbe nun stehen lassen. Ich benke übrigens, ein Kredit von Fr. 25,000 werde genügen. Es wird das Bestreben der Erziehungsdirektion sein, die Sache zwar so gut, aber auch so billig als möglich einzu= richten. Es ift sogar gut, daß eine gewisse Limite da sei, damit man nicht auf Unkosten der Gute die Angelegenheit

allzu wohlseil durchführe. Uebrigens bemerke ich, daß nach meinem Dafürhalten die Anstalt nicht schon im nächsten oder im nächstfolgenden Jahre in's Leben treten soll. Ich glaube, es könne dieß etwa im Jahre 1878 geschehen, für welches das viersährige Büdget einen Einnahmenüberschuß von Franken 28,900 vorsteht, so daß das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben ba in feiner Beife geftort wird.

Rurg, Finanzdireftor erklart, daß er feinen bestimmten Antrag geftellt habe.

Der Paragraph wird in der vom Regierungsrathe vorgeschlagenen Redaktion genehmigt.

IV. Seminarkommissionen.

§ 16 (nun § 14).

Bwei von ber Erziehungsbireftion auf feche Jahre ge= wahlte Seminarkommisstonen, eine fur die Seminarien bes beutschen und eine fur biejenigen des frangofischen Rantons= theile, üben die Aufficht über die ihnen unterftellten Ergiehungsanstalten und erstatten der Erziehungsbirektion Bericht über diefelben.

Der Herr Berichter statter des Regierungsrathes stellt ben Untrag, diefen Baragraphen nach § 14 (nun § 12) gu fegen.

Der Baragraph wird in biefem Sinne genehmigt.

V. Schlufbeftimmungen.

§ 17 (nun § 15).

Alle weiter nothwendigen Borfchriften über die Aufnahm8bedingungen, Uebungsichulen, Brufungen, Fortbildungsfurfe, Bflichten und Rechte ber Lehrer und ber Böglinge u. f. w. wird ber Regierungerath erlaffen.

Der Regierung grath stellt den Antrag, nach "Auf= nahmsbedingungen" einzuschalten : "Roftgeld".

Der § 15 wird mit diefer Ginschaltung angenommen.

§ 18 (nun § 16).

Diefes Gefet, burch welches basjenige vom 28. Marg 1860 aufgehoben wird, tritt fofort nach feiner Annahme burch bas Bolt in Kraft.

Benehmigt.

Gingang:

Der Große Rath bes Rantons Bern,

in ber Absicht, die Lehrerbildungeanstalten bes Kantons Bern den Bedurfniffen besselben und ben baherigen erhöhten Anforderungen an die Lehrer entsprechend einzurichten;

Tagblatt bes Großen Rathes 1875.

geftütt auf die §§ 13, 28 und 36 des Gefetes über die Organisation des Schulwesens vom 24. Juni 1856; auf den Antrag der Erziehungsdirektion und des Re-

gierungerathes,

befchließt:

Der Eingang wird ohne Bemerkung angenommen.

Der Berr Prafibent ftellt die Anfrage, ob man auf einzelne Artifel gurudzutommen ober Bufapantrage zu ftellen muniche.

Niemand ergreift bas Wort.

Befammtabftimmung.

Kur Annahme bes Befegesentwurfes . Ginftimmigfeit.

Errichtung einer Scheune für die Rettungsanftalt Erlach.

(Siehe S. 89 hievor.)

Der Regierungerath ftellt den Antrag, es mochte bas vorliegenbe redugirte Projett fur ben Scheunenbau gur Rettungsanftalt Erlach am Blage des früher projeftirten große= ren Baues in bem Sinne genehmigt werben, daß die Anstalt benfelben um die Summe von Fr. 20,000 folib und tunft= gerecht aufzuführen habe.

Kilian, Baudirektor, als Berichterstatter bes Regie-rungsrathes. In Ihrer Sigung vom 2. April abhin ist Ihnen, wie Sie sich noch erinnern werden, das Projekt für eine Scheune zur Rettungsanstalt Erlach vorgelegt worden. Es haben sich aber im Schoose dieser Bersammlung Bedenken gegen dieses Projekt geltend gemacht, indem einerseits die Anficht ausgesprochen wurde, es durfte zweckmaßiger fein, ftatt einer Scheune zwei ober mehr folche zu erftellen, und ander= feits die Anwendung des Schoberfustems befürwortet wurde. Auf diese Bedenken bin haben Sie beschloffen, die Angelegen= heit die Gebenten ihn haben Ste verfahren, die Angetegen-heit an den Regierungsrath zurückzuweisen, um sie nach die-sen beiden Richtungen hin zu untersuchen. Es haben denn auch Untersuchungen über diese Fragen stattgefunden, allein sie konnten noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Die Rettungsanstalt Erlach verlangt aber dringend, daß ein Bau zur Unterbringung des Getreides erstellt werde. Die Direktion des Armenwesens hat im Vereine mit dem

Borsteher der Rettungsanstalt die Frage untersucht, wie diesem Bedürfniß begegnet werden könne. In einer Besprechung mit der Baudirektion gelangte man zu der Ansicht, daß es am zweckmäßigsten sei, einen Bau aufzuführen, der hauptsächlich zur Unterbringung des Getreides dienen, und in den man später die nöthigen Stallungen einbauen könne. In diesem Sinne murbe vom Kantonsbaumeister ein Projett ausgearbeitet. Dasfelbe umfaßt nur bie Balfte ber fruber projektirten Scheune, jedoch mit hinzufugung eines Drefchtennes. Der Bau bekommt eine Lange von zirka 64' und eine Breite von 54'. In biefer Beife mird ben verschiedenen Spftemen durch= aus nicht vorgegriffen. Benn das Bedurfnig bieß fpater er= heischen sollte, so kann ber Bau verlängert, b. h. zu einer größern Scheune umgewandelt werden, indem man auf ber Seite bes Dreschtennes neue Stallungen hinzufügt. Bieht man bagegen ben Bau mehrerer Scheunen vor, fo wird bie

jest zu erftellende Scheune nicht bergroßert zu werben brauchen. Auch dem Schobersustem ift in feiner Weise vorge= griffen, indem man unter allen Umftanden bas Betreibe in einem geschloffenen Raume unterbringen muß. Aus bem schriftlichen Bortrage, welcher verlesen worden ift, haben Sie entnommen, wie viel Land angepflanzt ist, und daß mit der Erstellung eines solchen Baues unmöglich länger zuzewartet werden fann. Uebrigens will ich es bem Berrn Direftor bes Armenwesens überlaffen, die Dringlichfeit der Angelegen=

beit noch näher barzulegen.

Ich füge noch bei, daß die Koften vom Kantonsbaumeister auf Fr. 26,800 berechnet worden sind. Der Anstaltsvorsteher bat aber erklärt, er könne den Bau um Fr. 20,000 übernehmen , indem er gewiffe Arbeiten (Ausgrabungen 2c.) und Lieferungen felbst beforgen konne. Das Steinmaterial ift übrigens vorhanden, da man die alte Schüßenstandmauer und einen überflüssig gewordenen Damm beim Auslaufe der Zihl dazu verwenden kann. Selbstverständlich wird der Ans staltsvorsteher die Berpflichtung eingehen muffen, den Bau tunfigerecht und nach den Borschriften der Baudirektion aus Bufubren. Der Regierungsrath ftellt nun folgenden Antrag: (Der Reduer verliest denfelben.)

haufer. Benn ich bießmal bas vom Regierungsrathe vorgelegte Projekt empfehle, so geschieht es aus folgenden Gründen. Zunächst ist die Ausgabe erheblich geringer, als sie in der letten Session in Aussicht genommen murde, und boch wird man fur mehrere Jahre ben Bedurfniffen Benuge leisten können. Sollte sich später die Nothwendigkeit herausflellen, diese Scheune zu vergrößern, so kann dieß ohne
etwelchen Nachtheil geschehen. Findet man, es fei besser, mehrere Scheunen zu erstellen, fo ift auch bieß nicht ausgeschlof-fen. Letteres Syftem ift namentlich zwedmäßig mit Rudficht auf die Feuersgefahr, auf Biehseuchen zc. Ferner wird bei einer allfälligen Liquidirung des Areals ein größerer Erlos erzielt werden, wenn es parzellenweise veräußert werden fann, als wenn nur eine einzige große Scheune vorhanden ift.

v. Wattenwyl. Ich bin mit der Vorlage einverftanden. 3ch erinnere jedoch daran, daß in der legten Gef= fion ausdrucklich betont worden ift, das dringenofte Bedurfniß fei die Errichtung von Ställen. Solche find in bem beutigen Plane nicht vorgesehen. Zwar tonnen fie spater in bem Raume eingerichtet werben, in welchem jest bas Be-treide aufbewahrt werden foll. Ich wunfche darüber Aus-funft, wie es mit den Ställen gehalten sein foll.

hartmann, Direktor bes Armenwefens. Es befindet fich im Schloffe Erlach bereits eine Scheune, die aber nur flein ift, wie man fie fruher fur die jum Schloffe gehörenden Liegenschaften nothig hatte. In Diefer Scheune find zwei Ställe, in benen hochstens 18 Stud Bieh untergebracht werben fonnen. Für die nachsten 2-3 Jahre wird ein folcher Biehstand genügen, so daß vorläufig keine neuen Ställe errichtet zu werden brauchen. Später, wenn das zu der Anftalt erworbene Land besser kultivirt sein wird, wird dieser Biehstand nicht mehr genügen, und man wird ihn sowohl für Bearbeitung des Landes, als zum Zwede der Erzielung der nöthigen Milch für die Anstalt, die später wahrscheinlich eine größere Bahl von Böglingen aufnehmen wird, vergrößern muffen. Die Bermehrung bes Biehftandes wird auch ge-boten fein, um den zur Aultivirung des Landes nothwendigen Dünger zu erzielen. Der Vorsteher hat im letten Jahre bereits 30 Jucharten des Strandbodens kultivirt und theilweise bepflanzt. Gegenwärtig sind von diesen 30 Jucharten 16 mit Hafer, 8 mit Kartoffeln und ber Rest mit Runkelrüben, Rüben 2c. bepflanzt. Im nächsten Jahre wird man mib der Rultivirung des Ernen kadens kantelberen Merken mie Rultivirung bes Strandbodens fortfahren. Borlaufig wird

bie Scheune bagu benutt werden, bas Betreibe und theil=

weise auch das Futter unterzubringen.

Ich bemerte noch, daß der Regierungerath, in Ausfub-rung des vom Großen Rathe in der letten Seffion gefaßten Beschlusses, die Direktion des Innern eingeladen hat, Borschläge zur Ernennung einer Kommission zum Zwecke der Prüfung des Schobersystems zu bringen. Diese Frage wird namlich nicht nur bei ber Rettungsanftalt Erlach gur Sprache fommen, fondern auch beim Baue einer Scheune fur die Anftalt Thorberg, sowie bei der Berlegung der Zuchtanstalt auf das Große Moos. Es hat daber der Regierungsrath ge= funden, es solle die Frage grundsäplich durch eine Kommisfion geprüft werden.

v. Wattenmyl. Ich verdanke bie Auskunft, welche herr Regierungerath hartmann auf meine Anfrage ertheilt hat, befrens und erklare, daß fie mich vollständig befriedigt. Bird bas Schoberfuftem angenommen, fo wird man in bem betreffenden Raume Stallungen einrichten können. Wird aber bas Schobersystem verworfen, so werden wir in 2-3 Jahren an die Scheune einen Anbau machen muffen, ber auch wieder Fr. 20,000 foften wird; dann fteben wir wieder auf bem gleichen Buntte, auf welchem wir in der letten Seffion uns befanden.

Der Antrag bes Regierungsrathes wird genehmigt.

Rekurs der Burgergemeinde Lamlingen gegen einen Beschluß des Regierungsrathes betreffend die Burgernukungfrage.

Regier ung grath und Kommission tragen auf Berichiebung diefer Angelegenheit auf die nachfte Geffion an.

Scheurer, als Berichterftatter der Rommiffion. Gie haben in Ihrer letten Seffion befchloffen, es folle diefe Ungelegenheit in der gegenwartigen Seffion behandelt werden. Die Kommiffion hat ihre Aufgabe erfüllt und ihre Antrage geftellt. Gleichwohl fieht fie fich veranlagt, heute auf Ber= schiebung anzutragen. Es handelt sich nicht mehr bloß um die Beschwerde von Lamlingen, sondern um die Reglirung der Burgernutungsfrage überhaupt; denn dahin gehen die Anträge der Kommisston. Es wird daher die Frage vorausssichtlich eine mehrtägige Diskussion hervorrusen. Da nun in der gegenwärtigen Session ohnehin eine Menge Traktanden vorliegen, so wird es nicht mehr möglich sein, die Burger-nutungsfrage in dieser Boche zu behandeln.

Budem ift ber Berichterstatter ber Kommiffion, Berr Rationalrath Brunner, abwefend. Er wurde namlich berufen, in Laufanne ein Schiedsgericht zu prafibiren, welches einen großartigen Prozeß ber Suisse occidentale, bei bem es sich um mehrere Millionen handelt, entscheiden soll. Dieses Ge-

richt halt gegenwärtig Situng. Aus diefen Grunden tragt die Kommiffion darauf an, es fei die Ungelegenheit in der nachften Berbitfeffion zu behandeln. Sollten Sie indeffen geneigt fein, Die gegenwartige Seffion auf die nachfte Woche auszudehnen, fo ift die Rommiffion bereit, am Montag Bericht zu erstatten.

Froffard, Direttor bes Gemeindewesens. In ber legten Seffion hat der Große Rath beschloffen, die Beschwerbe von Lamlingen in ber gegenwärtigen Geffion auf die Tages: ordnung gu fegen und zu erledigen. Beftern mar die Rom=

mission, welche zur Vorberathung dieser Angelegenheit niedergesetzt worden ift, versammelt und beschloß aus den vom Herrn Borredner erwähnten Gründen, bei Ihnen die Verschiebung der Frage auf die nächste Session zu beantragen. Bei der Berathung dieser Angelegenheit wird nicht bloß die Beschwerde von Lamlingen zur Sprache kommen, sondern man wird dabei auf die Burgergutsfrage überhaupt eintreten müssen. Der Große Rath würde aber kaum geneigt sein, diese Frage, welche voraussichtlich eine mehrtägige Diskussion hervorrusen wird, noch in der gegenwärtigen Session an die Hand zu nehmen. Dazu kommt, daß herr Brunner, Berichterstatter der Kommission, in diesem Augenblicke sich in Laufanne besindet, wo er ein Schiedsgericht zu präsidiren hat. Herr Brunner wird Anträge stellen, die von denjenigen des Regierungsrathes wesentlich abweichen werden. Es ist daher die Anwesenheit des Herrn Brunner bei der Behandlung der Angelegenheit durchaus erforderlich. Die Regierung ist der Anslicht, es solle die Frage auf eine außerordentliche Session verschoben werden, welche im August oder September abgehalten würde.

Der Antrag bes Regierungsrathes und ber Kommission wird genehmigt.

Expropriationsgesuch der Einwohnergemeinde Aar= mühle zum Zwecke der Ausführung des Aligne= mentsplanes der hintern Gasse.

Der Regierung grath legt folgenden Defrets= entwurf vor:

Der Große Rath bes Rantons Bern,

auf ben Antrag bes Regierungsrathes,

ertheilt hiemit

der Einwohnergemeinde Aarmühle für die Erwerbung des Hauses der Herren Weber-Dehrli und Brunner und des Abschnitts von dem Garten der Gebrüder Ebersold, behufs Erweiterung und Einmündung der hintern Gasse in die Hauptstraße und in die Bahnhofstraße daselbst, nach Mitgabe des vorgelegten Planes das Expropriationsrecht unter der Bedingung, daß die hintere Gasse bein Hotel Wyder durchgehends eine Fahrbahnbreite von 20' und zu beiden Seiten Arottoirs von je wenigstens 6' Breite erhalte, für welche Anslagen das Expropriationsrecht ebenfalls Anwendung sinden soll.

Kilian, Direktor der öffentlichen Bauten, als Berichterstatter des Regierungsrathes. Unterm 3. Dezember 1868 hat der Große Rath der Einwohnergemeinde Aarmühle das Expropriationsrecht für die Ausführung ihres Alignementsplanes ertheilt und diesen letztern gleichzeitig grundsählich genehmigt. Der Alignementsplan erstreckt sich auf verschiedene Straßen der Ortschaft Aarmühle und auch auf die sog. hintere Gasse. Diese zweigt dei der Mühlebrücke von der Hauptstraße, der Unterseen-Aarmühlestraße, ab und münde beim Hotel Byder in die Aarmühle-Bweilütschinenstraße ein. Bei der Genehmigung des Planes und der Ertheilung des Expropriationsrechtes wurde der Plan zwar in seinen Hauptbispositionen setzgestellt, in Bezug auf die Details aber die Bestimmung getroffen, daß der Regierungsrath die speziellen Plane auf Grundlage des grundsählich angenommenen Alignementsplanes zu genehmigen habe. Im Weitern hat

auch der Große Nath ausgesprochen, daß noch fernere Bervollständigungen nothwendig sein könnten, und es sagt die Ziff. 3 des damaligen Beschluffes ausdrücklich: "Durch gegenwärtige Schlußnahme soll einer Vervollständigung des Straßenalignementsplanes nicht nur nicht vorgegriffen sein, sondern es wird im Gegentheil als wünschbar erklärt, daß, im Interesse der Salubrität, der Feuerpolizei und des Verkehrs, in der Ortschaft Aarmühle und Umgebung mit der Zeit noch auf die nöthigen Quer- und Seitenstraßen Bedacht genommen werde."

Die Gemeinde Aarmühle hat seither auf Grundlage des Alignementsplanes und der speziellen Beschlüsse des Regierungsrathes einige Straßen in Anssührung gebracht. Gegenwärtig handelt es sich nun um die Plangenehmigung und Expropriationsrechtertheilung für die hintere Gasse. Der hierüber vorgelegte Plan entspricht dem vom Großen Rathe grundsählich genehmigten Plane in einigen Punkten nicht. Unterm 29. März abhin hat nämlich die Gemeinde Aarmühle beschlossen, es sei das Trottoir auf der nordöstlichen Seite der Straße fallen zu lassen und nur auf der südwestlichen Seite ein solches anzulegen. Dagegen hat die Gemeinde Aarmühle eine ganz zweckmäßige Erweiterung der Straße auf der Südwestseite bei der Sinmündung in die Hauptstraße in Aussicht genommen, welche Erweiterung sich auf einem Garten der Gebrüder Sbersold erstreckt. Auf der andern Seite hat dagegen die Gemeinde Aarmühle angenommen, daß ein mehreren Sigenthümern, den herren Weber=Dehrli und Drunner, gehörendes Gebäude nur längs der Hauptstraße abgeschnitten werden solle, während der vom Großen Rathe genehmigte Alignementsplan die Durchschneidung des Gebäudes ungefähr in der Witte vorsieht.

ungefähr in der Mitte vorsieht.

Segen den Beschluß der Gemeinde Aarmühle vom 29. März reichten die Gebrüder Ebersold unterm 4. April eine Beschwerdschrift ein, worin sie nachzuweisen suchten, daß der Beschluß sowohl gegen dus Baureglement als gegen den Alignementsplan verstoße; sie protestirten deßhald gegen diesen Beschluß und stellten beim Regierungsstatthalter den Antrag, es sei derselbe auszuheben. Unterm 12. April reichten sie sodann eine Rechtsverwahrung ein, in welcher sie geltend machten, daß da eine einseitige Belastung des Eigensthums stattsinde, indem ein beträchtliches Stück ihres Gartens abgeschnitten, während die Eigenthümer des gegenüberliegenden Haufest zu sehr geschont werden. Sie erklärten, daß sie diese einseitige Eigenthumsbelastung nicht zugeben können, und legten gleichzeitig einen Plan vor, wonach die am nämlichen Orte einmündende Mühlezelggasse forrigirt würde, und zwar in der Weise, daß die hintere Gasse damit zusammentressen würde. Es würde dieß allerdings eine schöne Anlage in der Fortsetung der Straße bedingen, in Bezug auf die Außsmündung aber hat sich diese Projekt nicht als zwecknäßig herausgestellt.

Die Baudirektion hat nach Prüfung der Angelegenheit gefunden, es könne der Spezialplan, wie er von der Gemeinde Aarmühle mit dem Gesuch um Ertheilung des Expropriations-rechtes vorgelegt wird, dem Großen Rathe nicht empfohlen werden. Der vom Großen Rathe genehmigte Plan enthält zwei Trottoirs von je 6' Breite mit einer Fahrbahnbreite von 20', und die Einmündung bei der Hauptstraße ist nach diesem Plane in rationeller Weise projektirt. Auf der andern Seite hat die Baudirektion die Abschniedung des Gartens der Heren Ebersold nach dem von der Gemeinde vorgelegten Plane als zweckmäßig erachten müssen. Seit 1868 haben sich nämlich die Verhältnisse in der Ortschaft Aarmühle bedeutend geändert. Seither ist der Bahnhof erstellt und eine Zusahrtsstraße zu demselben gebaut worden; die hintere Gasse hat an Bedeutung wesentlich gewonnen, da hauptsächlich sie den Verkehr mit dem Bahnhofe vermittelt. Es ist daher zweckmäßig, daß die hintere Gasse gehörig erweitert und mit Trottoirs versehen werde.

Die Baubirektion glaubte daher, dem Regierungsrathe zu Handen des Großen Rathes das Projekt, wie es von der Gemeinde Aarmühle vorgelegt worden ist, nur unter der Bedingung empsehlen zu sollen, daß grundsählich der vom Großen Rathe s. Z. genehmigte Plan ausgeführt werde. Es soll also die hintere Gasse beim Han ausgeführt werde. Es soll also die hintere Gasse beim Hotel Wyder auf beiden Seiten mit Arottoirs versehen werden. Es kann jedoch eine Konzession in der Weise gemacht werden, daß das Gebäude der Herren Weber-Dehrli und Brunner nicht ungefähr in der Mitte durchschnitten, sondern daß nur ein kleiner Aheil davon in Anspruch genommen zu werden braucht. Da die Bahnhosstraße eine große Bedeutung hat, so muß auf Seite des Besithums der Herren Sbersold eine bessere Einmündung ausgeführt und zu diesem Zwecke ein Stück ihres Gartens, zirka 700 , in Anspruch genommen werden.

Bevor die Angelegenheit dem Regierungsrathe vorgelegt wurde, wurde sie mit dem Gemeindspräsidenten von Aarsmühle, herrn Großrath Nichel, einläßlich besprochen, und es hat sich derselbe mit den Ansichten der Baudirektion einverstanden erklärt. Er konnte dieß um so eher thun, als die Differenz in Bezug auf das wegzuschneidende Gebäude der herren Beber-Dehrli und Brunner nur eine geringe ist, indem ieht nur girk 11/4 mehr gleesschuitten wird.

indem jest nur zirka 1½' mehr abgeschnitten wird.
Ich empfehle den vorgelegten Dekretsentwurf zur Annahme, der auch formell begründet ist, indem den Betreffenden genugsam Gelegenheit gegeben wurde, sich über das Expropriationsgesuch auszusprechen.

Der Defretsentwurf wird ohne Ginfprache genehmigt.

Defretsentwurf

betreffend

die Anerkennung des Inftituts zur Bildung von Krankenpflegerinnen in Bern als juriftische Person.

Diefer Defretsentwurf lautet, wie folgt :

Der Große Rath des Kantons Bern,

auf bas gestellte Gesuch, baß bem Juftitut zur Bilbung von Krankenpflegerinnen in Bern bie Gigenschaft einer juriftisigen Person ertheilt werben möchte,

in Betrachtung:

daß ber Entsprechung bieses Gesuches fein hinderniß im Wege fteht, daß es vielmehr im öffentlichen Interesse liegt, bieser gemeinnütigen Anstalt eine eigene rechtliche Grundlage zu sichern;

auf ben Antrag ber Direktion ber Justig und Boligei und nach gefchehener Borberathung burch ben Regierungsrath,

beschließt:

Art. 1.

Das bisher von den Cheleuten Danbliker-Burstemberger geleitete Institut zur Bildung von Krankenpstegerinnen in Bern ist von nun an in dem Sinne als juristische Person anerkannt, daß es unter der Aufsicht der Regierungsbehörden auf seinen eigenen Namen Rechte erwerben und Verbindlichskeiten eingehen kann.

Art. 2.

Für die Erwerbung von Grundeigenthum hat dasselbe jedoch die Genehmigung des Regierungsrathes einzuholen.

Art. 3.

Es hat bem Regierungsrathe feine Statuten zur Benehmigung vorzulegen und barf ohne beffen Buftimmung fie nicht abandern.

Art. 4.

Die Rechnungen ber Anstalt follen alljährlich ber Direttion bes Innern mitgetheilt werben.

Art. 5

Gine Ausfertigung Dieses Defrets wird bem Institut übergeben. Es foll in Die Gefetessammlung aufgenommen werben.

Teusch er, Direktor ber Justiz und Polizei, als Berichterstatter bes Regierungsrathes. Berr Dandliter-Burftemberger in Bern stellte das Gesuch, es mochte dem bisher von ihm und seiner Frau geleiteten Institut zur Bildung von Kranken= pflegerinnen, welches sich als Gesellschaft mit eigenem Ber= mogen zu konftituiren gebente, Die Gigenschaft einer juriftis schen Berson ertheilt werden. Bur Begrundung Dieses Gesuches wird angebracht, im Jahre 1845 habe seine Frau, damalige Jungfer Burftemberger, an ber Marbergergaffe eine einfache Bohnung gemiethet, um von der Insel abgewiesenen armen Kranten einen Berpflegungsort zu bereiten und zugleich Krantenpflegerinnen zu bilben; fpater habe fich bas Inftitut mefentlich erweitert, es leifte basfelbe gute Dienfte, und es ericheine der Fortbestand biefes Bertes auch nach dem Tode des Gesuch= stellers und seiner Frau als munschenswerth. Es fei überbieß Pflicht, ben Krantenpflegerinnen, die Kraft, Beit und Leben biefem ermudenden und außerft gefahrvollen Berufe widmen, in ihrem Alter eine Grifteng zu fichern; der Befuch= steller habe ichon vor einiger Zeit seine fammtlichen Liegen= schaften ben Krantenpflegerinnen wollen gufichern laffen; bezuerft freirt und ihr der Charafter einer juriftischen Berfon ertheilt werden. Bir hatten vor einiger Beit einen abnlichen Fall, als bem erft noch ju grundenden Runftmufeum das Ror= porationsrecht ertheilt murbe. Mit Rudficht auf den gemeinnutigen und wohlthatigen Zweck der Anftalt ftellt ber Regierungerath ben Antrag, es fei bem Gefuche nach Mitgabe bes vorligenben Defretsentwurfes zu entsprechen.

Der Defretsentwurf wird genehmigt.

Defretsentwurf

betreffend

die Anertennung der Wafferversorgungsgesellschaft, resp. Brunnengemeinde Belp als juristische Person.

Diefer Defretsentwurf lautet folgenbermaßen :

Der Große Rath bes Rantons Bern,

auf bas von ber Bafferversorgungsgefellschaft, refp. Brunnengemeinde Belp eingereichte Gesuch, bag ihr bie Eigenschaft einer juriftischen Berson ert heilt werben möchte,

in Betrachtung:

baß ber Entsprechung bieses Gesuchs fein Sinderniß im Bege fteht, baß es vielmehr im öffentlichen Interesse liegt, ben Fortbestand ber Gesellschaft sicher zu ftellen,

auf ben Antrag ber Juftig- und Bolizeidirettion und nach geschehener Borberathung burch ben Regierungerath,

befchließt:

Art. 1.

Die Wafferversorgungsgesellschaft, resp. Brunnengemeinde Belp ift von nun an in dem Sinne als juriftische Person anerkannt, daß sie unter der Aufsicht der Regierungsbehörden auf ihren eigenen Namen Rechte erwerben und Verbindlichskeiten eingehen kann.

Art. 2.

Fur die Erwerbung von Grundeigenthum hat bieselbe jedoch die Genehmigung des Regierungsrathes einzuholen.

Art. 3.

Sie hat bem Regierungsrathe ihre Statuten zur Sanktion vorzulegen und barf ohne beffen Zustimmung sie nicht abandern.

Art. 4.

Die Rechnungen ber Gefellschaft follen alljährlich ber Direktion bes Innern mitgetheilt werben.

Art. 5.

Gine Ausfertigung bieses Defrets wird ber Gesellschaft übergeben. Es foll in bie Sammlung ber Gefete und Defrete aufgenommen werben.

Teuscher, Direktor der Justiz und Polizei, als Berichterstatter des Regierungsrathes. In Belp besteht eine sog. Wasserversorgungsgesellschaft, resp. eine Brunnengemeinde, welche den Zweck hat, die Gemeinde mit gutem Trinkwasser zu versorgen. Es handelt sich also da um ein im öffentlichen Interesse liegendes Unternehmen. Diese Gemeinschaft wünscht nun, es möchte ihr das Korporationsrecht ertheilt werden, damit beim Abschluß von Kausverträgen die Stipulationen vereinfacht werden können. Der Regierungsrath glaubt, es solle dem Gesuche der Gesellschaft entsprochen werden, um so mehr, als der Große Rath erst vor Kurzem einem ähnlichen Gesuche der Schößhalbenbrunnengesellschaft in Bern entsprochen hat. Ich empsehle daher den vorliegenden Dekretsentwurf zur Annahme.

Der Defretsentwurf wird genehmigt.

Vortrag des Regierungsrathes betreffend eine Wahlbeschwerde des Amtsnotar Müller in Laufen.

Dieser Bortrag lautet, wie folgt:

herr Brafibent, herren Grograthe,

Amtonotar Muller in Laufen hat in ber Boraussetzung, baß eine von ihm gemeinsam mit ben herren Guent und

Studer und einem Theile der Abgeordneten der Wahlaussschüffe des Amtsbezirkes Laufen am 4. Juli v. J. eingereichte Beschwerde gegen die Kaffation der Amtsrichterwahlen im Amtsbezirke Laufen noch nicht erledigt sei, am 30. v. M. Ihnen das Gesuch eingereicht, Sie möchten den Regierungszrath einladen, jene Beschwerde dem Großen Rathe zur Beschandlung vorzulegen.

Jene Boraussetzung ist nun eine unrichtige. Durch Beschluß vom 8. Juli v. J. haben wir den Amtsverweser von Laufen angewiesen, über die Berhandlungen des Bezirks-wahlausschusses, sowie über die Wahlverhandlung von Burg eine Untersuchung vorzunehmen. Unterm 11. gl. M. haben wir dann denselben weiter beauftragt, eine Zählung und Untersuchung der eingelangten Wahlzettel, allenfalls unter Beiziehung von Mitgliedern des Ausschusses, vorzunehmen. Diese Untersuchung fand statt, und auf deren Ergebniß gestützt haben wir am 18. Juli v. J., nach Anhörung des Bortrages unseres Präsidium, Folgendes beschlossen:

Ueber den Beschwerdepunkt wegen zu frühzeitiger Deffnung der Urnen in Burg wird zur Tagesordnung geschritten; die Beschwerden des Studer und Mithafte und Kuchs und Mithafte, weil zu spät eingelangt, ad acta gelegt, das Ergebniß der auftraggemäß vom Amtsverweser unter Beiziehung von Mitgliedern des Ausschuffes vorgenommenen neuen Zählung der Stimmzettel als richtig anerkannt, und demnach das Erzgebniß der auf morgen angeordneten Fortsetzung der Wahlsverhandlungen gewärtigt.

Diefer Beschluß, innerhalb unferer Kompetenz gefaßt, hat die Beschwerbeangelegenheit erledigt. (Art. 30 des Detrets

vom 11. Marz 1870.)

Wir beantragen baher, herr Brafibent, herren Großrathe, Sie mochten über bas Gesuch bes Amtsnotar Muller zur Lagesordnung schreiten.

Bern, ben 7. April 1875.

Im Namen des Regierungsrathes: Der Präsident:

Conft. Bodenheimer.

Die Bittschriftenkommission stimmt dem Antrage bes Regierungsrathes bei.

Der Antrag bes Regierungerathes wird vom Großen Rathe ohne Sinfprache genehmigt

Beschwerde der Cheleute Ermel-Brunner zu Gummenen gegen die Bormundschaftsbehörde von Radelfingen.

Der Regierungerath und die Bittschriften = fom miffion tragen anf Nichteintreten an.

Teuscher, Direktor ber Justiz und Polizei, als Berichterstatter bes Regierungsrathes. Es handelt sich hier um eine nicht ganz unwichtige Frage. Ich glaube zwar, es werde die vorliegende Beschwerde auf Grundlage des jetzigen Civilzgesethuches und der Verfassung nicht anders, als in abweissendem Sinne entschieden werden können. Im Jahre 1873 trat Frau Anna Maria, geb. Brunner, Wittwe des Niklaus Tschannen zu Dettligen, in zweite She mit Herrn Gottlieb Ermel, Wirth zum Kreuz in Gümmenen. Aus erster She ist ein Knabe, gegenwärtig ungefähr 5 Jahre alt, vorshanden. Da die Mutter in eine zweite She trat, wurde dem

Anaben, welcher eigenes Bermögen besitht, in der Person des Herrn Albrecht Tschannen, Müller und Gutsbesitzer zu Dettligen, ein Bogt bestellt, welcher von der Vormundschaftsbehörde die Beisung erhielt, den Knaben seinem Großvater Niklaus Tschannen, Kirchenvorstandsmitglied zu Detkligen, zur Berpstegung und Erziehung zu übergeben. Dieser Berfügung setzen jedoch die Sheleute Ermel Widerstand entgegen; sie betraten den Beschwerdeweg und verlangten vom Regierungsstatthalteramt Aarberg, daß ihnen der genannte Knabe zur Berpstegung und Erziehung überlassen werde. Durch Entscheid des Regierungsstatthalteramtes Aarberg vom 27. September 1873 wurde jedoch versügt, die Vormundschaftsbehörde von Radelsingen habe in Sachen der Erziehung und des Aufenthalts des Knaben Ernst Tschannen in ihrer Besugniß gehandelt, und es seien thre bezüglichen Beschlüsse zu Recht erkennt; es seien remnach herr Gottlieb Ermel und seine Chegattin mit ihrer Beschwerdschrift abgewiesen und verpstichtet, den genannten Kanben seinem Bogt Albrecht Tschannen zur Berfügung zu stellen.

Diefer Entscheib wurde auf den Refurs der Cheleute Ermel durch Urtheil des Regierungsrathes vom 7. Februar 1874

bestätigt.

Gegen ben Entscheib bes Regierungsrathes führten nun bie Sheleute Ermel unterm 10. September 1874 beim Großen Rathe Beschwerde, und verlangten, es möchte ber Große Rath, in Austhebung des Entscheides des Regierungsrathes, das Recht der Frau Ermel Brunner auf Berpstegung und Erziehung ihres Kindes erster Che grundsäglich anerfennen.

Die Vormundschaftsbehörde von Radelfingen dagegen stellt in ihren Gegenbemerkungen vom 29. September 1874 den Antrag, der Große Rath möchte in die Beschwerde der Cheleute Ermel-Brunner nicht eintreten oder eventuell dieselbe abweisen.

Der Regierungsrath hat sich in seinem Entscheide durch folgende Gründe leiten lassen. Sat. 165, 3iff. 5, C. bestimmt, daß die elterliche Gewalt aufhöre, "durch die Einzgehung einer folgenden Che der verwittweten Mutter, in welchem Falle die Linder derselben, welche den Zustand des eigenen Rechts nicht haben, unter die vormundschaftliche Gewalt kommen." Ferner bestimmt Sat. 253 C., daß der Bogt bei minderjährigen Pflegbefohlenen die Stelle des Baters vertrete und unter der Aufsicht der Bormundschaftsbehörde über die Erziehung der betreffenden Kinder verfüge.

Angesichts bieser Bestimmungen fann nicht bestritten werden, daß Frau Ermel burch Eingehung ber zweiten Che bie elterliche Gewalt über ihren Sohn verloren hat, und daß biese Gewalt auf ben Vogt und die Bormundschaftsbehörde

übergegangen ift.

So verhält sich die Sache in materieller Beziehung. Es glaubt nun aber der Regierungsrath im Weitern, der Große Rath könne auf die vorliegende Beschwerde gar nicht einstreten, weil die Verfassung im § 42 vorschreibt, daß der Regierungsrath in allen reinen Berwaltungsstreitigkeiten höchstinstanzlich eutscheibe. Um eine solche Verwaltungsstreitigkeit handelt es sich offenbar im vorliegenden Falle. Dazu kommt, daß auch das Gemeindegeset in § 57 alle Beschwerden gegen Vormünder und Vormundschaftsbehörden in Sachen der laufenden Berwaltung vor das Forum der Administrativbehörden weist, d. h. in erster Instanz des Regierungsstatthalters und in oberer Instanz des Regierungsrathes. Endlich bestimmt Sat. 207 C., daß der Regierungsrath der oberste Vormund dersenigen Staatsbürger sei, die nicht im Stande sind, sür sich selbst zu sorgen. Nach diesen Verfassungss und Geseßvorschriften kann nicht bestritten werden, daß der Große Rath, wenn er sich nicht zu einer Appellationsinstanz auswersen will, in diese Angelegenheit nicht eintreten kann.

Mus biefen Grunden ftellt der Regierungsrath ben Un=.

trag, es sei auf die Beschwerde nicht einzutreten. Ich will gerne zugeben, daß materiell die Frage diskutabel ift, und es wird denn auch in dem neuen Entwurfe des Personenrechtes dieses Verhältniß etwas anders reglirt. Es ist nicht an und für sich gerechtsertigt, daß die Eltern das Erziehungsrecht und die Erziehungspflicht unter allen Umständen verlieren sollen, wenn sie bevogtet werden, oder wenn die Mutter in eine zweite Ehe tritt. Die Frage ist, wie gesagt, juristisch diskutabel, sie ist aber nicht diskutabel auf dem Boden des gegens wärtig bestehenden Civilgesesbuches, und an dieses mussen wir uns halten.

Michel, Fürsprecher, als Berichterstatter der Bittschriftenkommission. Die Bittschriftenkommission konnte nicht verkennen, daß unter Umständen eine gewisse harte darin liegt, wenn einer Mutter ein Kind fast gewaltsam wegsgenommen wird. Sie konnte nicht verkennen, daß im vorliegenden Falle, wenn die Umstände anders gewesen wären und es sich um ein Kind ohne Bermögen gehandelt hätte, die betreffende Bormundschaftsbehörde vielleicht einen andern Weg ergriffen und der Mutter erklart hätte, daß sie trot ihrer Wiederverheirathung verpslichtet sei, für das Kind zu sorgen. Es läßt sich auch nicht übersehen, daß in neuester Zeit die Gerichte entschieden haben, daß die Pflicht zur Ers

ziehung der Rinder auf den Stiefvater übergebe.

Die Bittschriftenkommission hat sich aber auf den Standpunkt der Gesetzgebung stellen und sich sagen mussen, daß es nicht in der Stellung des Großen Rathes liegen könne, die Berfügung des Regierungsrathes und der untern Instanzen nichtig zu erklären. Unser Gesetz erkennt in Borsmundschaftsfragen zuerst den Bogt, sodann die Bormundschaftsbehörde, drittens den Regierungsftatthalter und als Obervormund den Regierungsrath an. Bon einer Appellation an den Großen Rath ist gar nicht die Rede. Würde der Große Rath sich zu einer Appellationsinstanz in solchen Fragen auswersen, so müßte er Monate lang versammelt bleiben. Die gesetz und verfassungsmäßigen Behörden haben in Die gesetz und verfassungsmäßigen Behörden haben in Schärte der Bittschriftenkommission auf Tagesordnung an. Ich will noch beifügen, daß, eingezogenen Grkundigungen zussolge, das Kind sich in guten Händen besindet. Es besindet sich bei seinem Großvater väterlicher Seite, welcher alle Garanztien für eine gute Erziehung des Knaben gewährt.

Arn. Ich theile ebenfalls die Ansicht der Bittschriftenstommission. Indessen bedaure ich., daß wir nicht eintreten können, zwar nicht etwa, weil das Kind sich nicht in guten Händen besindet, sondern aus dem Grunde, daß der Entscheid des Regierungsrathes so prinzipiell gefaßt ist, daß man annehmen sollte, es musse in Zukunft in jedem ähnelichen Falle so verfahren werden. Diesen prinzipiellen Entscheid muß ich lebhaft bedauern; denn er entspricht nach meinem Dafürhalten weder dem Geses noch dem Gesübl. Wenn eine Mutter sich in zweiter Ehe verheiratet, so wird sehr verschieden verfahren: hat das Kind erster Ehe Bermögen, so gibt die Bormundschaftsbehörde ihm einen Bogt und entzieht der Mutter das Erziehungsrecht; hat es aber kein Bermögen, so fazt die Gemeinde: wir haben keinen Bogt und entzieht der Mutter, mußt das Kind selbst erziehen. Rach meiner Ueberzeugung ist dieser Entscheid falsch. Hate man in demselben gesagt, unter den obwaltenden Umständen musse seind ist in guten Handen untergebracht. Gleichwohl bedaure ich, daß wir auf die Angelegenheit nicht eintreten können, um wenigstens das Prinzipielle des Entscheides zu brechen.

herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. 3ch muß die Ansicht entschieden bekampfen, daß der regierungsrathliche Entscheid auf Grundlage des gegenwärtig geltenden Befeges pringipiell falich fei. Der Berr Borredner wird nicht bestreiten können, baß gegenwartig bas Erziehungsrecht und bie Erziehungspflicht jufammenfallen und in ber elterlichen Gewalt inbegriffen find. Run bestimmt unfer Civilgefet ausbrudlich, daß eine Wittwe, die fich wieder verheiratet, bie elterliche Gewalt über ihre Linder aus erfter Che verliert, und daß diese auf die Bormundschaftsbehörde, refp. auf den Bor-mund übergeht. Dieß ift der prinzipielle Boden des Gesethes, und diesen hatte der Regierungsrath die Pflicht zu wahren. Db Bermogen vorhanden fei oder nicht, fommt hier nicht in Selbstverftandlich muß fich der Regierungerath in jedem einzelnen Falle, wo Beichwerde geführt wird, bas Recht referviren, zu untersuchen, ob die Bormundschaftsbehörde fich in der Art und Beife ihrer Berfugung über die Erziehung und Berpflegung eines Rindes einer Fahrlaffigfeit ober einer Bflichtwidrigfeit schuldig gemacht habe.

Der Antrag bes Regierungerathes und ber Bittschriften= fommission wird genehmigt.

Bortrag betreffend die Befchwerde des Johannes Möthlisberger in der Süri gegen einen Entscheid der Antlagekammer bom 27. Januar 1875.

Diefer Bortrag lautet folgenbermaßen :

herr Brafident, Meine herren,

Johannes Röthlisberger, von Langnau, gewesener Ge= meindeschreiber zu Schlogwyl und nunmehr Forftbannwart in ber Guri, Bemeinde Reuened, führt bei dem Großen Rathe Beschwerde gegen eine Verfügung der Anklagekammer vom 27. Januar 1875.

Johannes Röthlisberger befindet sich seit Mitte Februar 1873 in Untersuchung wegen Biderhandlung gegen bas Defret über die Stimmregifter vom 2. Marg 1870. find gegen benfelben verschiedene Rlagen wegen Berlaumdung eingereicht und mit der obigen Untersuchung vereinigt worden. Seinerseits hat Röthlisberger ebenfalls gegen mehrere Ber-sonen Klage geführt, und es ift auch diese mit der erwähnten Untersuchung vereinigt worden, weil mit dem Gegenftande berselben im Causalzusammenhange stehend. Bu wiederholten Malen führte Röthlisberger gegen amtlich gefaßte Beschlüsse bes Untersuchungsrichters und des Bezirksprofurators Beschwerde bei der Anklagekammer, so auch gegen 2 Verfügungen vom 30. Dezember 1874 und 4. Januar 1875, durch welche die Bereinigung zweier gegen ihn vorliegender Klagen mit ber übrigen Untersuchung ausgesprochen worden. Er hielt dafür, es seien diese Anzeigen durch einen frühern Entscheid der Anklagekammer erledigt, und im Weitern seien die Klagen durch Berjährung erloschen. Die Anklagekammer wies jedoch den Röthlisberger durch Erkenntniß vom 27. Januar 1875 ab, unter Folge der Rekurskosten und wies den Untersuchungs-

richter an, in gesetzlicher Weise weiter zu progrediren.
Gegen diesen Entscheid nun führt Johannes Röthlis-berger beim Großen Rathe Beschwerbe, und zwar unter Berufung auf das Gesetz über die Berantwortlichkeit der öffentslichen Behörden und Beamten vom 19. Mai 1851. Er stellt in seiner daherigen Eingabe vom 15. Februar 1875 den Ans trag, es mochte feine Beschwerde erheblich erflart, bas fragliche Erfenntniß ber Anklagekammer kaffirt und im Beitern nach Anleitung bes Gefetes vom 19. Mai 1851 verfahren,

fowie ihm gebührender Schaden = und Roftenerfat geleiftet

Die Anflagefammer weist in ihren Gegenbemerkungen vom 3. April 1875 darauf hin, daß sie bei Erlaß ihres Erstenutnisses vom 27. Januar 1875 im Rahmen ihrer ends gultigen Kompetenz gehandelt und sich in keiner Weise einer Bflichtverlegung schuldig gemacht habe, die zu einer Beschwerde gestügt auf das Berantwortlichkeitsgeset berechtige. Ueber die materielle Seite ber Sache habe sie sich nicht auszusprechen, aber auch in formeller Beziehung fei die Beschwerde unge-grundet. Gestügt darauf beantragt die Anklagekammer:

a. es fei auf die Beschwerde des Johannes Rothlisberger nicht einzutreten , fondern es fei diefelbe unerheblich

zu erklaren; eventuell es fei die Befchwerde als unbegründet abzuweisen. Die Juftig= und Polizeidirettion halt bie Beschwerbe bes Johannes Röthlisberger für unbegründet und sogar für unzulaffig. Offenbar hat die Anflagetammer das fragliche Er-tenntniß innerhalb ihrer endgultigen Rompetenz ausgefallt; die Motive, welche sie dabei leiteten, lagen vollständig in ihrem Ermessen, und es wäre durchaus überstüssig, dieselben näher zu prüfen. Uebrigens darf nach § 52 der Staatsverfassung kein richterliches Urtheil von der gesetzgebenden oder einer Administrativbehörde nichtig erklärt werden. Die Justiz- und Polizeidirektion stellt deshalb bei Ihnen, Herr Brafident, meine Berren, den

Antrag:

Es fei über die Beschwerde bes Johannes Rothlisberger jur Tagesordnung ju fchreiten.

Mit Hochschätzung!

Bern, ben 28. April 1875.

Der Direktor der Justig und Polizei: Teufcher.

Bom Regierungerathe genehmigt und mit dem Untrage auf Tagesordnung an ben Großen Rath gewiesen.

Bern, ben 29. April 1875.

Im Namen des Regierungsrathes, Der Bizepräsident: Teuscher. Der Rathschreiber: Dr. Trächfel.

Der Untrag bes Regierungerathes wird ohne Bemerfung genehmigt.

Strafnachlaßgesuch des Johann Häuselmann von Ober= wyl bei Buren, wohnhaft in Aranchthal.

Der Regierungerath ftellt ben Untrag, bem Johann Baufelmann ben letten Biertheil feiner Strafe zu erlaffen.

Morgenthaler. Ich ftelle den Antrag, es fei bem Betenten Saufelmann der Reft feiner Strafzeit zu erlaffen. Derfelbe mar in eine Rauferei vermidelt, allein der Urheber bes gefährlichen Streiches konnte nicht ausgemittelt werden. Da fich eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 20 Tagen er= gab, fo murbe die Sache den Affisen überwiesen. Ich war nicht Bertheidiger des Saufelmann und überhaupt in keiner Beise in dieses Geschäft verwickelt, dagegen habe ich mir die

Muhe genommen, die Untersuchungsaften nachzulesen. Ich habe, gestütt auf dieselben (die Hauptverhandlung kenne ich nicht), nicht begreifen können, wie die Geschwornen dazu kamen, vier ber Angeklagten in gleicher Linie schuldig und einen funften unschuldig ju ertlaren. Bon vielen Geiten ift angenommen worden, die Weschwornen haben fich geirrt, und es fei biefer funfte gerade ber Schuldigfte, aber auch ber

Schlaufte gewesen.
Die Schuldigerklärten wurden folidarisch zu einer Entschädigung von Fr. 1,000 und zur Bezahlung der auf Fr. 378 ansteigenden Kosten, sowie zu sechsmonatlicher Enthaltungs= ftrafe verurtheilt. Da nun Häuselmann einzig einiges Ber= mögen besaß, so mußte er Entschädigung und Kosten allein tragen. Er ist damit strenger bestraft worden als die Uebrigen. Hagen. Stein batter von fünf Kindern, welche ihre Mutter verloren haben und sich bei der ungefähr 70 Jahre alten Großmutter befanden. Nun ift diese lettere vor girta 14 Tagen geftorben, und ein Bruder, der noch vorhanden ift, ift geiftig verkommen und bem Genuß geistiger Gedrante ergeben. fann baber Niemand bas Beimwesen beforgen. Die Die Be= meinde Obermyl, von wo Saufelmann geburtig ift, hat, obwohl ihr ber Sachverhalt angezeigt worden ift, noch keine Borforge getroffen. Aus biefen Grunden, und ba auch ber Regierungestatthalter von Burgdorf (zur Beit der Berurthei= lung bes Saufelmann Gerichtsprafibent bafelbft), fowie ber Berwalter ber Strafanftalt bas Gefuch empfehlen, jo ftelle ich den Antrag, es mochte der Große Rath bem fruber nie bestraften Betenten ben 2 1/2 Monate betragenden Rest feiner Strafzeit erlaffen.

Teufcher, Direktor der Justig und Bolizei, als Be-richterstatter des Regierungsrathes. Ich will keine Kapitalfrage aus dieser Angelegenheit machen, sondern den Entscheid dem Ermeffen des Großen Rathes anheimstellen. Ich mache jedoch darauf aufmerksam, daß, wenn die Angeklagten mit der Sprache hätten herausrücken wollen, der Hauptthäter ermittelt worden wäre. Sodann glaube ich, wir steben nicht auf dem Boden, um prüfen zu können, ob Schuld oder Unschuld vorhanden sei. Das Gesetz schreibt vor, daß bei Mißhandlungen in Raufhandeln alle Betheiligten gleich beftraft werden follen, wenn der Urheber der hauptverletzung nicht ausgemittelt werden konne. Wenn haufelmann einen größern Nachlaß der Strafe erhalt als den letten Biertheil, fo wird er gunftiger behandelt, ale feine Mitverurtheilten. Diefen hat nämlich der Regierungerath ben letten Biertheil erlaffen, und wenn fich Saufelmann barauf beschränft hatte, bas gleiche Befuch zu ftellen, fo mare die Sache gar nicht vor den Großen Rath gelangt, sondern hatte vom Regierungerathe entschieden werden konnen. Was den Umftand betrifft, daß Riemand ba fei, ihm das Beimwesen zu beforgen, so mache ich barauf aufmerksam, daß Sauselmann fehr vermöglich ift und fich baher in der Lage befindet, Jemanden damit zu beauftragen. Aus Grunden ber Ronfequenz halte ich an bem Antrage bes Regierungerathes feft.

Morgenthaler. Saufelmann hat nur ein fleines Bermögen. Durch den Tob seiner Mutter ist ihm zwar ein Theil ihres Bermögens zugefallen. Dasselbe beträgt Franken 40-50,000, ift aber unter mehrere Geschwifter zu vertheilen.

Abstimmung.

Fur den Antrag bes Regierungerathes Minderheit. Für ben Antrag bes Berrn Morgenthaler Mehrheit.

Strafnachlaßgefuche.

Auf ben Antrag bes Regierung grathes und in Genehmigung eines Gefuches ber Ariminalkammer werben ber Emma Buthrich von Trub in Bern, dem Emil Jaquerob aus Waadt und dem Alfred Louis Mathey von Locle von der ihnen wegen Berfuchs Abtreibung der Leibesfrucht und Hülfeleistung dabei auferlegten neunmonatlichen Korrektionshausstrafe die drei nicht in Einzelhaft umgewandelten Monate ebenfalls in Ginzelhaft umgewandelt.

Im Weitern wird auf den Antrag des Regierungs =

- rathes der lette Viertheil der Strafzeit erlaffen:
 1) dem Eduard Bid alot, von Ornans, Departement bu Doubs, am 5. Dezember 1874 von den Affijen des V. Bezirfs megen Betrugs ju 1 Jahr Buchthaus verurtheilt;
- 2) ber Anna Barbara Kobel, von Lauperswyl, am 25. August 1873 von den Assissen des III. Bezirks wegen Kindsmords zu $2\sqrt[3]{4}$ Jahren Zuchthaus verurtheilt;
- 3) bem Friedrich Stutmann, von Golbimyl, am 26. Juni 1873 von ben Affifen des II. Bezirks wegen Diebftahls und Diebstahlsverfuchs ju 3 Jahren Buchthaus ver=
- 4) dem Konrad Anderegg, von Oberbipp, am 9. Sep= tember 1873 von den Affifen des III. Bezirks wegen Wechfel= fälschung zu 23/4 Jahren Buchthaus, abzüglich ber ausgesftandenen Untersuchungshaft, verurtheilt;
- 5) bem Matthias Rucgsegger, von Eggiwyl, am 5. Dezember 1873 von ben Affifen bes III. Bezirks megen Diebstahls zu 2 1/2 Jahren Buchthaus verurtheilt;
- 6) bem Johann Abbuhl, von Darftetten, am 23. Gep= tember 1874 von der Affifen des II. Begirts megen Diebftable ju 18 Monaten Zuchthaus, abzüglich 2 Monate Unterfuchungshaft, verurtheilt;
- 7) bem Friedrich Loosli, von Griswyl, am 1. Juni 1874 von ben Affijen bes III. Bezirks wegen Wechfelfalfchung zu 12/3 Jahren Buchhaus verurtheilt;
- 8) dem Karl Oppliger, von Sumiswald, am 28. September 1874 vom bernischen Kriegsgericht wegen Entwendung ju 1 Jahr Buchthaus verurtheilt;
- 9) dem Friedrich Pfister, von Kleindietwyl, am 12. Mai 1874 von den Afifen des III. Bezirks wegen Mordversuche, Mißhandlung und Drohungen ju 18 Monaten Buchthaus verurtheilt;
- 10) dem Jatob horrisberger, von Trachfelmald, am 29. September 1874 von den Affifen des II. Bezirks wegen Diebstahls zu 20 Monaten Buchthaus, abzüglich ber ausge= ftandenen Untersuchungshaft, verurtheilt.

Dagegen werden auf ben Antrag bes Regierungs = rathes abgewiesen:

- 1) Juftin Boirol, von Genevez, mit dem Gefuche um Nachlaß des Refts ber ihm im Jahre 1871 wegen Morbes auferlegten 14 jahrigen Buchthausstrafe; ba ber Betent an Geiftestrantheit zu leiben scheint, so foll er in eine Irren= anstalt untergebracht werden ;
- 2) das Gefuch des Ulrich Ritter, in Ruegsau, um Nachlaß der ihm wegen Biderhandlung gegen das Wald= ausreutungsgeset auferlegten Buge von fr. 200;

3) das Gefuch ber Wittme bes Rudolf Schneiber, auf bem Löffelhof, um Erlaß ber ihrem Chemann megen Schmuggels von Roch= und Düngfalz auferlegten Buße von Fr. 285.

werben muffe, weil bie Ginfpruchefrift fur ben letten Sonntag vorgenommenen zweiten Bahlgang noch nicht abgelaufen fei.

Schluß ber Gigung um 1 Uhr.

Strafnachlaßgesuche.

Tagesordnung:

Der Redaktor: Fr. Buber.

Auf ben Antrag bes Regierungsathes werden mit ihren Strafnachlaggefuchen abgewiesen :

1) Johann Bişi, von Schüpfheim, Kanton Luzern;
2) Jakob Wenger, von Wahlern;
3) Jean Padolin, von Belluno, Italien;
4) Christian und Johannes Bieri, von Schangnau;
5) Friedrich Stettler, von Eggiwyl;
6) Elise Hofer, von Nunningen, Kanton Solothurn;
7) Andreas Oberli, von Küderswyl;
8) Konstantin Meranin, von Me

Conftantin Merguin, von Alle; Johannes Muhlethaler, von Bollodingen;

10) Jakob Grunder, von Bechigen; 11) Johann Tanner, von Erismyl; 12) Johann Jakob Geigbühler, von und in Neuenstadt.

Dritte Sikung.

Mittwoch, 12. Mai 1875

Vormittags um 8 Uhr.

Unter bem Borfige bes Berrn Brafibenten Bpro.

Der Große Rath ift bei Giben geboten.

Nach dem Ramen Saufrufe find 225 Mitglieder an= wesend; ab wesend find 23, wovon mit Entschuldigung: die herren Bieri, Bircher, Bohnenblust, Bohren, Folletète, Indermühle, Karrer, Linder, Rebmann, Köthlisberger in Walfringen, Schahmann, Schwab in Büren, Stettler in Lauperswyl, Wenger; ohne Entschuldigung: die herren Anken, Cattin, Johin, Kaifer in Grellingen, Rebetez, Kenfer in Lengnau, Riat, Walther in Krauchthal, Zumwald.

Das Protofoll ber letten Sigung wird verlefen und genehmigt.

Der Berr Brafibent theilt mit, bag bie Bahl eines Regierungsfatthalters von Fraubrunnen verschoben Bortrag betreffend den Bertauf des Sochofens in Bellefontaine.

(Siehe Großratheverhandlungen vom 28. Dezember 1870 und vom 1. Rovember 1873).

Diefer Bortrag lautet folgendermaßen :

Berr Brafident, Meine Berren!

Schon am 28. Dezember 1870 faßte ber Große Rath

ben Beichluß:

1) Es fei ber Regierungsrath ermächtigt, Die fur bie Forderungen des Staats verpfandeten Immobilien der Gifen-werkgesellschaft Bellefontaine zu erwerben, fofern eine anderweitige vortheilhafte Beraußerung nicht erzielt werden konne,

Alles unter Ratisstationsvorbehalt.

2) Es seien im Falle der Erwerbung die Liegenschaften in Delsberg dem Domänenetat, die Waldungen im Amte Pruntrut dagegen dem Forstetat einzuverleiben.
In Weiterführung dieses Beschlusses genehmigte der Große Rath am 1. November 1873 einen Kausvertrag, wonach der State die Langungen übers Staat die genannten Immobilien um seine Forderungen übernahm, nämlich die im Amte Pruntrut liegenden Waldungen
der Gesellschaft von zirka 400 Jucharten Mittelwald um
Fr. 160,000 und die im Amte Delsberg liegenden Immobilien, den Hochofen und die Erzwascherei, um Fr. 154,000.
Es geschah dieß in der Voraussicht, die Waldungen als

gute Kapitalanlage für ben Staat zu behalten, die Gebäulichfeiten in Delsberg bagegen in geeignetem Zeitpunkt wieder zu veräußern. Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß, wenn einmal eine Gifenbahn bas Delsberger-Thal mit andern Bahnen verbinden wurde, dann der gunftige Beitpunkt ange= langt fein durfte, jenes Etabliffement ohne größeren Berluft wieder zu verfaufen.

Da die Gebäude in gang verlottertem Zustande sich be= fanden und nur einen Jahredzins von Fr. 1,200 abtrugen, mahrend eine gehörige Reparation gang unwerhaltnigmäßige Rosten verursacht hatte, so drangten sowohl die Umtschaffnerei Delsberg, als auch der jurassische Meineninspektor auf baldige Beräußerung, sobald das Bahntrace in dortiger Gegend festgeftellt fei.

Der Regierungerath hielt die Beraußerung ebenfalls im Intereffe des Staates und ermächtigte die Domanendireftion unterm 20. Dezember 1873 jur Abhaltung einer öffentlichen

Die Steigerung fand am 21. November 1874 in Del8= berg ftatt. Der beffern Bertauflichfeit wegen murbe Die Befigung in 2 Loofe getheilt und jum Ausrufe gebracht.

Das 1 te Loos, der eigentliche Bochofen, nebst den dabei liegenden Sutten und Land, mit einer Bafferfraft von

girta 12 Pferben, umfaßt:

1) den eigentlichen Sochofen mit feinen alten Arbeiterwerfstatten, einer Turbine, Baffer mit Ranalen;

2) zwei Rohlenmagazine;

3) ein Wohnhaus fur ben Bachter, enthalt zu ebener

Erde ein Magazin und ob demfelben Bohnungen; 4) ein anderes Gebaude, das als Magazin, Bureaux und Bohnungen biente;

5) einen Speicher mit Stallungen;

6) einen Brunnen, und

7) an Garten, Wiesen und anderm Land, zusammen 6 Jucharten 8212 []', alles durch die neue Straße von Delsberg nach Basel durchschnitten. Das 2te Loos beschlägt die Erzwascherei der Mine

und befteht :

1) in einem "patouillet" mit "petit parc à minerai de und den Einrichtungen, mit 694 [] Land. Das höchste Angebot betrug für Loos I Fr. 65,000

Das höchste Angebot betrug fur Loos II ,, 15,000

Zusammen Fr. 80,000

,, 104,927 Die Grundsteuerschatzung beträgt Da nun biefe Immobilien fur den Staat einen Forderungswerth von Fr. 154,000 reprasentiren, so beziffert sich ber Verluft auf Fr. 74,000. Bedenkt man aber, daß der Staat ichon im Jahr 1844 der anonymen Suttenwertgefell= schaft von Bellefontaine ein Darlehn von Fr. 400,000 a. 28. machte, in ber Abficht, Die Gifeninduftrie im Jura gu fordern, daß diefes Unternehmen aber mißgludt ift, fo kann man froh fein , ichließlich teine großere Summe verlieren zu muffen, besonders ba man fruber auf einen Berluft von wenigstens Fr. 100,000 rechnete.

Um jedoch in ber Sache nichts ju überfturgen, begab fich ber Unterzeichnete mit bem herrn Amtichaffner und bem herrn Mineninspektor, fowie mit zwei Mitgliedern der dama= ligen Großrathetommiffion fur Raufe und Bertaufe, ben herren Karrer und Scherz, noch einmal zur genauen Unter-

fuchung auf Ort und Stelle.

Bei Diefer Inspektion war man allseitig einverstanden, daß es im Intereffe des Staates liege, jest zu verkaufen und nicht noch, vieles Geld in Reparationen und in Unterhaltung zu werfen und gleichwohl nur einen hochft geringen Bins zu gieben.

Dagegen war man ebenfo einverstanden, daß die Bah= lungsgedinge verschärft und für das zweite Loos, die Erz= wascherei, auch ein etwas höherer Preis gefordert werden

Nach dem Steigerungsverbal follten nämlich die Rauffummen nach dem Annuitatenfpftem ju 6 % verginst werden, wovon dann 11/2 % als Abbezahlung an die Rauffumme angerechnet werden follte.

Es wurde nun den Sochstbietenden mitgetheilt, daß ber

fragliche Berfauf nur unter folgenden Bedingungen ben obern Behörden empfohlen werden fonne:

1) daß alle und jede Gemahr fur ben verfauferschen

Staat aufgehoben merbe;

2) daß der Zinsfuß auf 4½ % und im Falle 6monat= licher Berspätung auf 5 % festgesetzt werde;

3) daß fur die Abbezahlung ber Rauffumme folgende

Termine festgefest werden :

a. für das Loos I, Kauffumme Fr. 65,000.

Daran find jogleich nach ber Benehmigung bes Großen Rathes Fr. 3,000 abzubezahlen; nach Ablauf des erften Jahres Fr. 3,000 und jo fort die namliche Summe alle Jahre, bis die Rauffumme abbezahlt fein wird.

b. für das Loos II, Kauffumme Fr. 18,000.

Daran find jofort nach großrathlicher Genehmigung Fr. 2,000 und ebenjoviel jedes Jahr zu bezahlen, bis die

Rauffumme getilgt ift.

Diese Bedingungen wurden von den Käufern angesnommen, so daß der Kaufpreis statt Fr. 80,000 nun Fr. 83,000 beträgt. Auch hat sich erzeigt, daß den für Fr. 160,000 angeschlagenen Waldungen ein ziemlich höherer Werth beigemeffen werden fann, die abschließliche Berluft- jumme mithin unter den obwaltenden Berumftandungen nicht

mehr so enorm groß sei.

Ingwijchen hatte fich in Delsberg ein Confortium ge= bildet, welches zum Zwecke ber Grundung eines großern indu= ftriellen Ctabliffemente ebenfalls Anfpruch auf Die Erwerbung der Hochofenbesitzung, nämlich auf Lovs 1, machte und das Befuch ftellte, es mochten der Raufpreis oder doch wenigstens Die Bahlungsgedinge, in Betracht der Rüglichkeit bes Werkes für die dortige Gegend, herabgesett werden. Indessen ver-ftandigten sich die Barteien dabin, daß die tauferische Eisen-wertgesellschaft von Rondez der zu bildenden industriellen Gesellschaft von Delsberg die Hochofenbesitzung unter den vorermähnten nämlichen Kaufsbedingungen abtrete, insofern dieselbe sich bis zum 15. Mai 1876 mit einem Kapital von Fr. 500,000 konstituirt habe, und die mahrend dieses Zeitzraums von ersterer Gesellschaft gehabten Kosten für Reparationen ac. jurudvergute, Diefelbe von aller Berbindlichfeit gegenüber dem Staate entlafte und fein Konfurrenzetabliffes ment grunde. (Siehe Beilage: Uebereinfunft.)

Da der Staat Durch Diefe Uebereinkunft in feiner Weife in Rachtheil gerath, vielmehr dazu beitragen fann, baß möglicherweise ein größeres industrielles Etabliffement in Delsberg entfteht, fo nimmt die unterzeichnete Direktion feinen Anstand, den Abschluß des fraglichen Raufvertrages im anges gebenen Sinne zu empfehlen, und ftellt baber ben

Antrag:

Der Große Rath möchte ben Regierungerath ermächtigen : A. Den Raufvertrag mit bem Bochftbietenden, namlich ber Gifenwerkgefellschaft von Ballorbes und Rondez, für bas Loos I der Bochofenbesitzung zu Delsberg unter folgenden Bedingungen abzuschließen :

1) baß alle und jede Bemahr fur ben vertauferichen Staat

aufgehoben merde;

2) daß der Binsfuß auf 4', % und im Falle 6monat= licher Berspätung auf 5 % festgesett werde;

3) daß für die Abbezahlung ber Kaufsumme folgende Ter-mine festgeset werden; für das Loos I, Kaufsumme Fr. 65,000.

Daran sind sogleich nach der Genehmigung des Großen Rathes Fr. 3,000 abzubezahlen; nach Ablauf des ersten Jahres wieder Fr. 3,000 und so fort die nämliche Summe alle Jahre bis die Kaussumme abbezahlt sein wird;

4) Die Gifenwerkgefellichaft von Ballorbes und Ronder ift verpflichtet, der zu bildenden industriellen Gesellschaft von Delsberg (Grunder: Gobat und Consorten) das Loos I auf 15. Mai 1876 kauslich abzutreten, insofern lettere die in der beiliegenden Uebereinkunft vom 5. Mai 1875 gestellten Bebingungen auf diefen Termin erfüllt hat, - wobei lettere Befellschaft unbedingt an Blat ber erstern tritt und biefelbe von aller Berbindlichfeit gegen ben Staat entlaftet.

B. den Kaufvertrag mit der Gisenwertgesellschaft von Undervelier fur das Loos II der Hochofenbesitzung zu Dels=

berg unter folgenden Bedingungen abzuschließen:
1) daß alle und jede Gewähr für den verkäuferschen Staat aufgehoben merde;

2) daß der Zinsfuß auf $4^{4}/_{2}$ % und im Falle 6monat= licher Berspätung auf 5 % festgesetzt werde;
3) daß für die Abbezahlung der Kaufsumme folgende Termine feftgefest werden:

Für das Loos II, Kauffumme . . . Fr. 18,000.

Daran sind sofort nach großräthlicher Genehmigung 2,000 und ebensoviel jedes Jahr zu bezahlen, bis die Fr. 2,000 und eben Raufsumme getilgt ift.

Mit Hochachtung!

Bern, den 7. Mai 1875. Der Direktor ber Domanen und Forften : Beilagen: 1. Convention, Rohr. d. d. 5. Mai 1875.

Bom Regierung grathe genehmigt und mit Empfeh= lung dem Großen Rathe überwiesen.

Bern, ben 8. Mai 1875.

3m Ramen des Regierungsrathes, Der Viceprafident: Teuscher. Der Rathschreiber: Dr. Trächfel.

Die Spezialkom mission stimmt dem Antrage bes Regierungerathes bei.

Rohr, Direktor ber Domanen und Forften, als Be= richterstatter bes Regierungsrathes. Nachdem Ihnen ber aus-führliche Bortrag bes Regierungsrathes verlesen worden ift, halte ich es für unnöthig, das darin Gesagte noch mundlich zu wiederholen. Ich beschränke mich daher darauf, Ihnen den Verkauf zu empfehlen, wodurch dann endlich diese lang-wierige Angelegenheit liquidirt werden kann. Wir werden zwar dabei einen Verluft von etwa Fr. 50,000 machen, allein es ist durchaus keine Aussicht auf einen bessern Erlös vorshanden. Sollte aus der Mitte der Versammlung noch näherer Aufschluß verlangt werden, so bin ich gerne bereit, ihn zu ertheilen.

Brunner, von Meiringen, als Berichterstatter des Kommission. Die Kommission stimmt dem Antrage des Regierungerathes bei. Ich erlaube mir, noch einige Worte zur Begründung beizusügen. Im Jahre 1844 befand sich die Hüttenwertgesellschaft Bellefontaine in sinanzieller Berlegenheit und wandte sich an den Regierungerath mit dem Gesuche um Berabfolgung eines Darlehns. In der Absicht, die Eisenindustrie im Jura zu heben, bewilligte der Große Rath unterm 28. Februar 1844 ein Darlehn von Fr. 400,000 a. B., wovon ein Theil zurudbezahlt worden ift. Trop diefer Unter= stützung blubte bie Eisenindustrie nicht auf, und es ift bieß auch begreislich, wenn man bedent, welcher Unterschied in Bezug auf das Brennmaterial zc. zwischen den Hochofen im

Jura und benjenigen Englands ift.

Unterm 28. Dezember 1870 ertheilte ber Große Rath, in ber Absicht, fur die Forderung des Staates möglichste Dedung zu erlangen, bem Regierungerathe bie Ermachtigung, Die betreffenden Immobilien ju erwerben. In Ausführung biefes Befchluffes legte ber Regierungerath einen bezüglichen

Raufvertrag vor, laut welchem die im Amtsbezirke Bruntrut gelegenen Waldungen der Gifenwerkgefellschaft um Fr. 160,000 und die Jimmobilien im Amtsbezirke Delsberg um Fr. 154,000 angekauft werden follten. Diefer Kaufvertrag wurde vom Großen Rathe am 1. November 1873 genehmigt. Dabei beabsichtigte man, die Baldungen für den Staat zu behalten, die Gebäulichkeiten in Delsberg dagegen im geeigneten Zeitpunkt wieder zu veräußern, da fie in fehr verlottertem und vernachläßigtem Buftande fich befinden und größerer Reparaturen bedürfen.

Es ift nun ber Regierung gelungen, die Gebaulichkeiten zu veräußern. Es ist eine Steigerung abgehalten worden, bei welcher bas höchste Angebot sich auf . Fr. 80,000 belief. Die Grundsteuerschatzung Dieser Immo-bilien beträgt Fr. 104,927, fie reprafentiren aber fur ben Staat einen Forderungswerth von 154,000

Fr. jo daß er einen Berluft von macht. 3ch bemerte jedoch, daß dieses Resultat noch ein ziemlich gunftiges genannt werden muß, indem man fruher einen Berluft von ungefahr Fr. 100,000 in Aussicht genommen bat.

Immerhin schien es der Regierung, es seien die Angebote ju niedrig, und es wurden deshalb die herren Karrer und Scherz, Mitglieder ber damaligen Großrathskommiffion fur Raufe und Berkaufe, ersucht, die Sache auf Ort und Stelle zu prüfen. Diese Herren haben gefunden, es seien allerdings die Angebote etwas niedrig, indeffen seien die Gebäude dem Untergang nahe und bedürfen großer Reparaturen, so daß es im Intereffe des Staates liege, fie fo fchnell als möglich zu verfaufen. Es ift nun ber Domanendireftion gelungen, noch ein um Fr. 3,000 hoheres Angebot zu erzielen und etwas schärfere Kaufsgedinge festzustellen. Die Rommiffion empfiehlt bie Antrage des Regierungsrathes jur Genehmigung.

Die Antrage des Regierungsrathes werden genehmigt.

Bortrag betreffend Berkauf der Schmiedzaunbesitzung in Interlaken.

Diefer Bortrag mird verlefen, und es lautet berfelbe, wie folgt:

> herr Brafibent, Meine herren,

Um 6. verfloffenen Monats ließ unterzeichnete Direttion ben noch übrigen Theil des dem Staate angehörenden Schmied= zauns an eine öffentliche Rauf. und Pachtfteigerung bringen, und zwar ftudweife in 6 Bargellen eingetheilt und fammthaft. Das Refultat mar folgendes:

1) Parzellenversteigerung:		
a. auf Parzelle Nr. 1 hochftes Angebot	Fr.	6,000
b. " " " 2 " "	"	7,000
d. auf Die Barzellen 4, 5 und 6 fielen im	"	7,000
d. auf die Parzellen 4, 5 und 6 fielen im getrennten Ausrufe keine Angebote, hin- gegen auf alle 3 zusammen ein solches		
pon	"	30,000
alle diefe Angebote zusammen betragen	Fr.	50,000
2) Gesammt versteigerung:		
Dier murbe ebenfalls ein Angebot gemacht		
bon	Fr.	50,000

Es ftanden fich somit die Angebote bei'r Bargellar= versteigerung, wie bei'r Gesammtversteigerung gleich.

3) Pacht weise ist von Herrn Karl Vogel, Wirth zum Kasino in Interlaten, Fr. 600 geboten worden. Das Grundstück halt 3 Jucharten, 23,590 d' und hat eine Grundsteuerschatzung von Fr. 1200 per Jucharte, also

im Ganzen Fr. 4018.

Die unterzeichnete Direktion hielt nun die Raufsangebote für nicht annehmbar. Sie war nämlich der Ansicht, daß per Quadratfuß menigstens 50 Rp. gelöst werden follte, mahrend nur annahernd 35 Rp. geboten worden find. Die Angebote wurden baber ausgeschlagen und die Amtschaffnerei Interlaten angewiesen, hievon ben Angebotstellern Eröffnung zu machen.

Da die Zeit wegen des eingetretenen Frühlings brangte, daher ohne Verzug über Veraußerung oder Berpachtung ent= schieben werden mußte, und ein Entscheid für die Beraußerung nicht frühe genug zu erhalten war, ließ unterzeichnete Direktion mit herrn R. Bogel für sein Angebot einen Pachtvertrag

für ein Jahr abschließen.

Run hat seither Berr Großrath Seiler-Sterchi fur fich und noch 5 Mithafte ein Gefammtangebot von Fr. 70,000 eingereicht.

Bum Breise von 50 Rp. per Quadratfuß sollte aber ber Raufpreis Fr. 71,795 betragen.

Die unterzeichnete Direktion halt nun bafur, bag zwar einzelne Barzellen biefes Landkompleges wohl felbft noch einen höhern Breis als 50 Rp. per []' gelten wurden, wenn man aber ben ganzen Kompler zusammen um biesen Breis ver-außern kann, so ift berselbe bem Werthe bes Grundstudes angemeffen, und ein höheres Angebot kaum zu erwarten, namentlich wenn einmal ber Schulhausbau auf bem anftogenben Theile bes Schmiedzauns vollendet dafteht.

Nachdem die Amtschaffnerei durch die zwei beiliegenden Telegramme Kenntniß gegeben, daß sie den Ausschlag der Steigerungsangebote sämmtlichen Ansteigerern eröffnet und die selben auf ein Nachgehot verzichten, so ist die Hingabe an den Höchstbietenden auch formell gerechtfertigt.

Die unterzeichnete Direktion stellt daher den

Antrag:

Der Regierungsrath mochte beim Großen Rathe die Sinsgabe ber Schmiedzaunbesigung in Interlaten an die Sochstsbietenden, herren Seiler-Sterchi und Mithafte, jum Breise von 50 Rp. per ['empfehlen.

Mit Hochachtung

Der Direktor Bern, d. 10. Mai 1875. ber Domanen und Forften : Rohr.

Beilagen: Steigerungsprotofoll und Bericht 2c.

Bom Regierungerathe genehmigt und mit Empfehlung an ben Großen Rath gewiefen.

Bern, den 12. Mai 1875.

3m Namen bes Regierungerathes, Der Bizepräsident:

Teuscher.

Der Rathschreiber: Dr. Tradfel.

Die Spezialkommission stimmt dem Antrage des Regierungsrathes bei.

Benehmigt.

Bum Zwede ber Beschleunigung ber vorzunehmenden Bahlen wird bas Bureau verstärkt burch bie herren Sigrt und Nußbaum in Worb.

Wahl eines Präfidenten des Großen Rathes.

Von	195 €	timn	nenden	erha	Iten i	m erft	en D	Bahlgange:
	Rarrer		•		•		189	Stimmen.
, ,,,	Michel		•		•		1	Stimme.
01/2	Joliffa übrigen	int			Titianus	ti x	1	"
NO LE	uvilgen	911	mmen	Veri D	mannern	(iii).		

Bewählt ift somit Berr Fürsprecher Rarrer, bisheriger-Bizepräsident.

Wahl zweier Bizepräsidenten des Großen Rathes.

Von	195 ම	timm	enden	erha	lten	im erf	ten W	ahlgange
Herr	Sahli				•	•	153	Stimmen
"	Joliffai	nt					1 4 3	"
"	Michel		•	•	•	•	22	"
_"	Moscha	rd		•		_ :	18	"
Die	übrigen	Stir	nmen	zeripl	ittern	jich.		

Bewählt find somit bie Berren Fürsprecher Sahli und Jurabahndirektor Joliffaint, bisheriger Bizepräsident.

Wahl zweier Stimmenzähler.

Von	195 E	timm	enden	erho	ılten i	im erf	ten A	ahlgange .
Herr	Huber						190	Stimmen:
"	Geiser	•		•		•	190	
"	Herzog	٠	•	•	•	•	1	Stimme.
_".	Imer	٠	•	•			1	"
Die	übrigen	€ti:	mmen	zerip.	littern	fich.		

Bemahlt find also die Berren Buber und Beifer, bis= herige Stimmengahler.

Wahl eines Regierungspräfidenten.

Von	195 St	imme	nden	erhal	lten i	m erf		ahlgange :
Herr	Teuscher	C	• 101	•	•	•		Stimmen.
"	Rurz	•	•	•	•	•	24	"
Oia	Rohr übrigen	Gtin		104541	ittarn	i di	1	"

Gewählt ift somit Herr Regierungsrath Teuscher, bisheriger Bigepräsident.

Wahl eines Obergerichtssuppleanten.

Von		195 Stimmen	erhalten		im er	ersten Wahlgange		
	Herr	Spring .	•	• .	•	•	162	Stimmen.
	"	Harnisch	•	٠	•		9	"
	"	Stook .	•	•	•	•	2	
		Morgenthaler		•			2	

Die übrigen Stimmen zerfplittern fich.

Bewählt ift also herr Fürsprecher Spring, in Thun.

in Weiterführung des § 15 des Defrets über die Jurasgewäfferkorrektion vom 10. Marz 1868, auf den Antrag des Regierungsraths

bejchließt:

Art. 1.

Das Grundkapital der Kantonalbank ist um Fr. 2,000,000 zu vermehren.

Art. 2.

Das Grundkapital der Hypothekarkasse ist um Franken 2,000,000 zu vermehren.

Art. 3.

Der Regierungsrath ist ermächtigt, zu diesem Zwecke für die Kantonalbank ein Anleihen von Fr. 2,000,000 und für die Hypothekarkasse ein Anleihen von ebenfalls Fr. 2,000,000 aufzunehmen.

Art. 4.

Der Regierungsrath ist ermächtigt, zu Handen der Juragewässerforrektion ein Anleihen von Fr. 2,000,000 auf= zunehmen.

Art. 5.

Die nähern Bedingungen der Emission dieser Anleihen werden vom Regierungsrathe festgestellt, jedoch sind dieselben mit denjenigen der übrigen Anleihen des Staates möglichst in Einklang zu bringen und die Anleihen selbst spätestens bis 31. Dezember 1899 zurückzuzahlen.

Art. 6

Dieser Beschluß unterliegt dem Volksentscheid und tritt am Tage der Annahme durch das Bolf in Kraft.

II. Beichlussesentwurf.

Der Große Rath des Rantons Bern,

in Ausführung des Defrets über die Subvention der Sisenbahn durch das Broyethal vom 20. Januar 1872,

in Unwendung des § 27 des Gesetzes über die Finanz-verwaltung vom 31. Juli 1872,

auf den Antrag des Regierungsrathes,

beschließt:

Der Regierungsrath ist ermächtigt, für die Einzahlung der Aftienbetheiligung an der Brobethalbahn ein Anleihen von Fr. 500,000 aufzunehmen.

Art. 2.

Die nähern Bedingungen der Emission dieses Unleihens werden vom Regierungsrathe festgestellt, jedoch sind dieselben mit denjenigen der übrigen Anleihen des Staates möglichst in Einklang zu bringen und das Anleihen spätestens bis 31. Dezember 1899 zurückzuzahlen.

Dem Bortrage ber Entsumpfungsbirektion ift beigefügt :

Wahl eines Gerichtspräfidenten von Burgdorf.

Borichlag bes Umtsbezirts:

Berr Samuel Stoof, Gerichtsprafident in Trachselmald. " Johann homald, Motar in Oberburg.

Vorschlag des Obergerichts:

Berr Fursprecher Bugberger, Cobn, in Langenthal. Matthys, in Bern.

Bon 176 Stimmenden erhalten im erften Bahlgange : Herr Stook 154 Stimmen. 10 Howald Matthys

8 Stimmzettel.

Gewählt ift somit herr Gerichtspräsident Stooß, in Trachselwald.

Aufnahme eines Anleihens für die Kantonalbant, die Sypothetartaffe, die Juragewässerkorrektion und die Brouethalbahn.

Es liegt dem Großen Rathe gedruckt vor ein Bericht und Antrag des Regierungsrathes, vom 8. Mai 1875, über Aufnahme eines Anleihens für Vermehrung des Betriebs-kapitals der Kantonalbank, desjenigen der Hypothekarkasse, für einen Borschuß an die Juragemäfferkorrektion und für Aktien= einzahlung an die Bronethalbahn.

Diesem Berichte find als Beilagen beigegeben:
1) Antrag des Berwaltungsrathes der Kantonalbankt betreffend Vermebrung des Grundkapitals der Bank um zwei Millionen, vom 11. Dezember 1874;

2) Bortrag der Entsumpfungsbireftion betreffend die Aufnahme eines zweiten Anleihens fur Die Juragewäfferkorrektion, vom 22. April 1875.

Der Bericht bes Regierungerathes schließt mit zwei Befcbluffesentwurfen, welche lauten :

I. Beichlussesentwurf.

Der Große Nath des Kantons Bern,

in der Absicht, die Kantonalbank und die Sppothekarkasse in den Stand zu setzen, ihre Aufgabe zu erfüllen,

in der Absicht, das Unternehmen der Juragewäffer= torreftion zu fördern und eine gleichmäßige Vertheilung der Einzahlung der Beiträge der Grundeigenthümer zu ermöglichen,

in Anwendung des § 1 des Bankgesetes vom 30. Mai 1865 und in Weiterführung des Beschlusses vom 3. September 1867 über die Vermehrung des Grundkapitals der Kantonal=

in Weiterführung des Beschlusses vom 10. März 1865 über die Aufnahme eines Anleihens für die Sppothekarkaffe,

Kinanzplan der Juragewässerkorrektion für die Jahre 1875 bis 1894.

		Roften.			Bei	träge.		Stand		Unleiher	i.
Jahr.	Bauten.	Binfe.	Total.	Bund.	Staat.	Grund: eigenthümer.	Total.	der Mehr= ausgaben.	Aufnahme.	Rückzahlun	
1868 bis	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1874	5,780,000	480,000	6,260,000	2,420,000		1,015,000		2,025,000			2,000,000
1875	1,000,000	100,000	1,100,000	400,000	200,000	250,000	850,000	2,275,000	500,000		2,500,000
1876	1,100,000	115,000	1,215,000	400,000	200,000	250,000		2,640,000	500,000		3,000,000
1877	1,400,000	130,000	1,530,000	400,000	200,000	250,000		3,320,000		-	3,500,000
1878	750,000	165,000	915,000	400,000	200,000	250,000		3,385,000	500,000	500,000	3,500,000
1879	170,000	170,000	340,000	320,000	200,000	250,000	770,000	2,955,000	-	500,000	3,000,000
1880		150,000	150,000		200,000	250,000	450,000	2,655,000		500,000	2,500,000
1881	-	135,000	135,000	-	200,000	250,000	450,000	2,340,000	An ordered	500,000	2,000,000
1882	 ,	120,000	120,000	F		250,000	250,000	2,210,000	(-	2,000,000
1883		110,000	110,000			250,000	250,000	2,070,000		-	2,000,000
1884		100,000	100,000	-		250,000	250,000	1,920,000		-	2,000,000
1885	14.000	95,000	95,000			250,000		1,765,000		200,000	1,800,000
1886		90,000	90,000			250,000	250,000	1,605,000		200,000	1,600,000
1887		82,000	82,000		L. COLORADO	250,000	250,000	1,437,000		200,000	1,400,000
1888	***************************************	73,000	73,000	_		250,000	250,000	1,260,000		200,000	1,200,000
1889		65,000	65,000			250,000	250,000	1,175,000		200,000	
1890	_	55,000	55,000			250,000	250,000	980,000		200,000	
1891	-	45,000	45,000	-		250,000	250,000	675,000		200,000	600,000
1892		35,000	35,000		-	250,000	250,000	460,000	-	200,000	
1893		25,00 0	25,000	-		250,000	250,000	235,000		200,000	
1894		15,000	15,000		·	250,000	250,000			200,000	

500,000

10,200,000 2,355,000 12,555,000 4,340,000 2,200,000 6,015,000 12,555,000

4,000,000 4,000,000

Die Staatswirthschaftstommission stimmt ben Antragen bes Regierungerathes bei.

Rurg, Direktor ber Finangen, als Berichterstatter bes Regierungerathes. Es mag vielleicht etwas auffallend und gewagt erscheinen, daß, nachdem man erft im vorigen Jahre ein Anleihen von Fr. 8,700,000 aufgenommen hat, schon wieder eine ähnliche Vorlage vor den Großen Rath gebracht wird. Allein die Zwecke, Die man durch biefes Anleihen zu erreichen glaubt , rechtfertigen nach meinem Dafürhalten bie Vorlage hinlänglich. Der Regierungsrath legt Ihnen zwei Beschlussentwürfe vor, ich glaube aber, es können dieselben zusammen und überhaupt die ganze Angelegenheit in globo behandelt werden. Ich werde denn auch über die ganze Angelegenheit gleichzeitig rapportiren.

Der Antrag des Regierungsrathes geht babin, es seien

folgende Unleihen aufzunehmen :

Für Vermehrung des Betriebskapitals der Kantonal= Fr. 2,000,000 Für Bermehrung bes Betriebstapitals ber Hypothekarkaffe 2,000,000

Für einen Borfchuß an Die Juragemäffer-

forrettion 2,000,000 Für Aftieneinzahlung an die Bropethal=

Bufammen Fr. 6,500,000 Was zunächst die Kantonalbank betrifft, so erinnere ich daran, daß das Betriebskapital dieses Instituts seit einer Reihe von Jahren Fr. 10,000,000 beträgt. Schon zur Zeit der Festsehung des Betriebskapitals auf diesen Betrag hat man das Bedürfniß gefühlt, eine weitere Erhöhung eintreten zu laffen, allein es ift dieß bis jest unterblieben. Das Bedurfniß hat fich indeffen immer dringender geltend gemacht, und es hat die Rantonalbantbehorde bereits unterm 11. Dezember vorigen Jahres das Gefuch an den Regierungsrath ge= richtet, es möchte das Betriebskapital um zwei Millionen versmehrt werden. Dabei bemerkte die Kantonalbank, da der Staat wahrscheinlich in nächster Zeit zu andern Zwecken

ohnehin ein Anleihen werde aufnehmen muffen, so nehme ste an, es werde ihr Begehren gleichzeitig mit der Behandlung der übrigen Anleihen berathen werden. Dieß ist der Grund, warum die Angelegenheit erst heute zur Behandlung gelangt.

Dem Geschäftsberichte der Kantonalbant werden Gie ent= nommen haben, welch' ungeheuren Aufschwung der Geschäfts-verkehr dieses Instituts im letten Jahre genommen bat. Derselbe hat sich seit dem Zeitpunkte der Festjetzung des Betriebskapitals auf zehn Millionen nahezu vervierfacht und flieg im Jahre 1874 auf Fr. 1188,631,395 an Schon diese einzige Thatsache zeigt, daß das Betriebskapital der Anskalt nicht mehr im richtigen Berhaltniffe zu ihrem Bertehr fteht. Dazu kommt, daß bie Kredite, welche bewilligt werden, immer zunehmen und am Schluffe bes vorigen Jahres bereits die

Summe von Fr. 15,740,000 erreichten.

Man hatte auch noch andere Mittel mahlen können, um das Betriebskapital ber Kantonalbank zu vermehren. Das beste Mittel ware gewesen, daß der Staat selbst die nothigen Finangmittel gehabt hatte, um die Bermehrung bewerkstelligen zu konnen. Dieß ift aber nicht der Fall. Gin weiteres zu können. Dieß ift aber nicht der Fall. Gin weiteres Mittel mare darin bestanden, daß man, wie im Jahre 1865, fog. Obligationen mit Gewinnantheil ausgegeben hatte. Diese Obligationen beeinträchtigen aber unnöthigerweise ben Gewinn tes Staates, und wenn man daher auf eine für den Staat günstigere Weise sich Geld verschaffen kann, so muß man diesem Mittel den Borzug geben. Ich glaube, es werde das Geld, das wir zu Gunsten der Kantonalbank aufnehmen , febr zwedmäßig angelegt fein und bem Staate gute Fruchte bringen. Ich berufe mich biegfalls auf die im legten Jahre gemachten Erfahrungen, wonach ber Ertrag bes

Betriebskapitals für den Staat auf ungefahr 7 % anstieg.
Der mit der Borlage des Regierungerathes ausgetheilte Bortrag der Kantonalbant begründet einläßlich die Aufnahme eines Anleihens fur dieses Institut. Ich halte es baber nicht fur nothwendig, naber auf diesen Bunkt einzutreten.

Ich gehe über ju der Frage der Aufnahme eines Un-leihens fur die Sppothekarkaffe. Sie werden fich erinnern, daß bereits bei der Berathung des Gefetes über die Hypothekar= taffe ber Bunfch ausgesprochen worden ift, man mochte biefer

Unftalt bie nothigen Mittel verschaffen, um ben Bedurfniffen bes Grundeigenthums beffer entsprechen zu konnen. Dabei hat man u. A. barauf hingewiesen, daß nach ber Reorganis fation ber Sppothetartaffe auf Grundlage Des neuen Befetes ihr mehr Gelber zufließen werden, und daß fie bann auch den Bedürfniffen des Grundeigenthums beffer werde nach= fommen fonnen, als bisher. Es ift aber ju bemerten, daß einerseits biefer Beitpunkt noch einigermaßen in bie Ferne geruckt ift, und anderseits die Zunahme der Depots auch die Erhöhung des festen Betriebkapitals der Anstalt noth-

wendig macht.

Auf 31. Dezember 1874 betrug das Grundkapital der Hypothekarkaffe, inbegriffen das f. 3. zu Gunften derfelben aufgenommene Anleiben, Fr. 9,786,950. 35. Dieses Grund= kapital vermehrt sich allmälig durch die im Gesetze vorgesehenen Buichuffe, allein diefe Bermehrung geht nur langfam ber fich. Auf Ende 1874 betrugen die Darleben Fr. 32,395,358. 31, fomit nahezu das Bierfache des Betriebsfapitals. Die De-pots find auf ungefahr 22 Millionen angestiegen. Ich glaube, Die De= man durfe fagen, es fei das Bedurfniß der Bermehrung des Betriebskapitals bei ber Sppothekarkaffe noch in größerem Maße vorhanden, als bei ber Kantonalbank. Es wird zwar biefes Geld bem Staat nicht einen fo großen Ertrag liefern, wie das für die Kantonalbank aufgenommene, indeffen wird

es für den Grundeigenthumer um fo beffere Früchte bringen. Bas die Juragemafferforrektion betrifft, so entnehmen Sie bem Bortrage und ber bemfelben beigelegten Borlage ber Entsumpfungsbirektion, daß die Boraussetzungen, von denen man s. B. bei Erlassung des Dekrets über die Juragewässerforrektion ausgegangen ist, nur theilweise in Erfüllung gegangen sind. Die Arbeiten sind nicht so vorgerückt, wie man angenommen hatte, und in Folge dessen haben auch die Einzahlungen von Seite des Bundes nicht in dem Maße statzahlungen gefunden, wie man vorausgefest hatte. Auf 31. Dezember 1874 beliefen sich die Mehrausgaben für die Juragemaffer= torrettion auf Fr. 2,023,258. 13, und es find dieselben aus dem Anleihen vom Jahre 1868 im Betrage von Fr. 2,000,000 und aus momentanen Geldaufnahmen gedeckt worden. Aus der Borlage der Entsumpfungsbirektion ergibt es fich, daß zur Beendigung der Arbeiten noch Fr. 4,420,000 nothwendig fein werden. An diese Summe werden der Bund und der Fr. 3,070,000 und die Grundeigenthumer " 1,350,000 beizutragen haben.

Busammen Fr. 4,420,000 Ueberdieß werden die Grundeigenthumer das von ihnen aufgenommene Anleihen von 2 Millionen zuruckzubezahlen haben. Um nun diese Buruckzahlung zu bewerkstelligen und die Grundeigenthumer zu erleichtern, halten wir es für nothwendig, ein Anleihen von 2 Millionen aufzunehmen. Die Entsumpfungsdireftion hat die Angelegenheit der Abgeordneten= versammlung der Juragewäfferkorrektion vorgelegt, und diese hat beschloffen, beim Regierungerathe ein Gesuch im Sinne der Borlage der Entsumpfungsdirektion um Aufnahme eines Anleihens von 2 Millionen zu stellen, welches die Grundseigenthumer in den Jahren 1885—1894 zurückzuzahlen hätten. Ich komme schließlich zu der Frage der Aktieneinzahlung

an die Bropethalbahn. Gine Aftienbetheiligung bes Staates bei diesem Unternehmen mit Fr. 500,000 ift bereits grundfählich beschloffen und f. B. vom Bolfe genehmigt worden. Die Gifenbahn wird voraussichtlich im Laufe bes Commers beendigt werden, und die Ginzahlung wird Anfangs Berbft stattfinden muffen. Die laufende Berwaltung hat nicht bie nothigen Geldmittel, um die Fr. 500,000 bestreiten zu konnen, und es ift baber nothwendig, ju diefem Zwede ein Unleiben

aufzunehmen.

Demnach beläuft fich ber Gefammtbetrag bes aufzunehmenden Anleihens auf Fr. 6,500,000. Es ift begreiflich,

daß die für die Sypothekarkasse und die Juragemässerkorrektion aufgenommene Summe nicht fofort nach ber Ginzahlung ihrem ganzen Betrage nach fur biefe Zwede wird verwendet werden muffen. Es wird aber das Geld, welches nicht fofort für diesenigen Bwede verwendet werden fann, fur bie es bestimmt ift, momentan in der Kantonstaffe gute Berwendung finden. Gie werden sich erinnern, daß im Dezember vorigen Jahres der Regierungsrath bei Ihnen um die Ermächtigung nachgesucht hat, jum 3wecke der Bermehrung des Betriebs= tapitals der Staatstaffe sogenannte Kaffascheine auszugeben. Diefer Wegenstand konnte Damals von der Staatswirthichaftskommission nicht behandelt werden. Mittlerweile ist die beutige Borlage reif geworden, und es glaubt nun der Regierungsrath, unter diesen Umständen von der Ausgabe von Kaffascheinen abstrahiren und sich vorübergebend mit den Geldern behelfen zu konnen, welche durch die Aufnahme des Unleihens fluffig werden und fur die Sypothefartaffe und die Juragewäfferkorrektion nicht sofortige Verwendung finden. Auf diese Weise hoffen wir in den Stand gesett zu werden, Die fog. schwebende Schuld der laufenden Verwaltung tilgen zu tonnen, mas in hohem Dage munschenswerth ift.

Ich habe noch einige Bemerkungen über die beiden vor= liegenden Beschluffesentwurfe zu machen. Der Grund, warum zwei Entwürfe vorgelegt merden , liegt darin , daß die An= gelegenheit betreffend die Bronethalbahn als eine abgethane Sache zu betrachten ift. Durch die Genehmigung der Gubvention von Fr. 500,000 durch das Bolt ift nach § 27 des Gesehes über die Finanzverwaltung dem Großen Rathe und der Regierung implicite die Ermächtigung ertheilt worden, zur Bestreitung dieser Ausgabe ein Anleihen in diesem Betrage aufzunehmen. Es ist also nicht nothwendig, diesen Gegen-

stand dem Bolte neuerdings vorzulegen.

Anders dagegen verhalt es fich mit den Anleihen fur die Kantonalbant, die Hypothetartaffe und die Juragewäffer= forrektion, welche dem Bolke unterbreitet werden muffen. Indeffen nehme ich an, man werde in der Botichaft des An= leihens fur bie Brogethalbahn ermahnen, bamit in berfelben nicht von einem Anleihen von 6 Millionen die Rede fei, während dann in Wirklichkeit 61/2 Millionen aufgenommen merden.

Ich habe noch eine Bemerkung zu Biff. 5 des ersten Beschluffesentwurfes zu machen, welche lautet: "Die nahern Bedingungen der Emmission dieser Anleiben werden vom Regierungsrathe festgestellt, jedoch find diefelben mit dens jenigen der übrigen Unleihen des Staates möglichft in Ginflang zu bringen und die Anleihen selbst jpätestens bis 31. Dezember 1899 zurückzuzahlen." In dem Beschlusse vom 27. März 1873, durch welchen ein Anleihen von Fr. 8,700,000 aufgenommen wurde, wurde der Zinssuß bestimmt. Es konnte dies ohne irgend welchen lebelstand geschehen, da der Große Rath felbst das Anleihen definitiv beschloß. Da aber ber vorliegende Beschluß dem Bolfe unterbreitet werden muß, so ware es nicht zwedmäßig, sich in Bezug auf den Binsfuß von vornherein die Sande zu binden. Es wird natürlich bas Bestreben der Berwaltung sein, das Anleihen zu möglichst gunftigen Bedingungen zu kontrabiren, und man wird ein befonderes Gewicht darauf legen, daß der Zinsfuß nicht über $4^4/_2$ % ansteige. Immerhin halten wir dafür, es wäre nicht zwedmägig, eine daherige Bestimmung in den Entwurf aufzu-nehmen. Was die übrigen Bedingungen der Emmission betrifft, so glauben wir, es konnen dieselben ber vollziehenden Behorde überlaffen bleiben. Das Rämliche ist ber Fall in Bezug auf das Anleihen fur die Broyethalbahn. Ich empfehle die Annahme ber beiden Beschluffesentwurfe.

Buch er, als Berichterstatter der Staatswirthschafts: kommission. Die in Berathung liegende Borlage ber Regie-rung bezweckt, bas feste Betriebskapital zweier kantonalen Kreditanstalten um je 2 Millionen zu vermehren, bem Ent= fumpfungeunternehmen bes Seelandes einen Borfchuß von 2 Millionen zuzuwenden und die Ausrichtung der an die Bropethalbahn bewilligten Subvention von Fr. 500,000 gu ermöglichen. Es steht daher eine Gesammtoperation von 61/2 Millionen in Frage. Die Staatswifthschaftstommission hat nach einläßlicher Prüfung der Aften einstimmig den Ansträgen des Regierungsrathes beigepslichtet. Ich habe dem ansführlichen Berichte des Herrn Finanzdirektor nur wenige Bemertungen beizufügen.

Bas zunächst die Frage betrifft, ob die Bermehrung des Betriebstapitals ber beiden Kreditanftalten nothwendig fei, fo geben uns die Wefchaftsverhaltniffe berfelben fo unzweis beutige Anhaltspunkte, daß weitläufige Rachweifungen über-

fluffig find. Der Geschäftsvertehr ber Rantonalbant belief fich:

1860 auf 247 Millionen 1865 " 444 1870 " 537 785 1872" 1874 1188

Die Baffiven und ebenfo bie Attiven der Anftalt be-

trugen: 1867 28 1874 Dem entgegen befigt die Bant folgende fefte Betriebs= mittel : 31/2 Millionen Ursprüngliches Betriebsfapital .

Bankanleihen . Obligationen mit Bewinnantheil

Bufammen 10 Millionen.

Fr. 18,696,000

Seit 1859, also seit 16 Jahren, blieb fich bieses Kapital gleich, mahrend ber Berkehr ber Bank fich seither nahezu verfünffacht hat. Die Finanglage ber Bank läßt fich am Beften aus dem letten Jahresberichte und der lettfahrigen Rechnung beurtheilen. Es ergibt fich baraus, baß die Bant Ginlagen in laufender Rechnung, also Sinlagen, die fast täglich zurückgezogen werden fonnen, hatte im Betrage von 8,296,500 Fr. Sie hatte ferner Raffascheine mit verschiedener Kundigungsfrift ausgegeben für Die Notenzirkulation belief fich auf zirka 4,199,500 5,000,000 1,200,000 Andere Kreditinstitute hatten zu gut Auf Ende Dezember betrugen also die Schul-

ben ber Bank Bergleichen wir damit die Hulfsmittel ber Bank. Das Bankportefeuille, welches Wechsel enthält, die täglich veräußert werden Fr. 3,000,000. können, betrug girka In der Raffe befanden sich Die Bant besaß also auf Ende Dezember 1874 an ,, 2,000,000.

Sulfsmitteln, die ftundlich

5,000,000 verfügbar find Bieben wir diese Summe ab, so erhalten

wir an Berbindlichkeiten, welche fast täglich zurückgezogen werden können, einen Betrag von Fr. 13,696,000 Was hat die Bank als Gegenwerth dieser Summe? Ihre Borschüffe auf Kredite, die auf 6 Monate gegeben werden, und ihre Darlehn auf Billets, deren Liquidation nicht eine langere Beit erforbert.

Die Geldbegehren nehmen überdieß von Monat zu Monat zu, und zwar aus allen Theilen des Kantons. Beispielsweise führe ich an, daß die Borschüffe bei der Filiale Thun, also zur Befriedigung der 7 oberländischen Amts-bezirke, auf Ende Dezember 1874 auf 41/4 Millionen sich be-

Wenn man alle biefe Bahlen in's Auge faßt, fo muß man ficher zu ber Ueberzeugung gelangen , daß eine Bank

mit fo weitgebenden Bervflichtungen niemals in einem abnormen Berhaltniffe von fog. flottanten Gulfsmitteln abhangig ge= macht werden follte, wie bieg bei ber Kantonalbant gegen= wartig mehr oder weniger der Fall ift. Man follte vielmehr bahin zielen, fie mit einem hinlänglichen festen Betriebstapital gu dotiren.

Die Staatswirthschafskommiffion halt dafür, es fei die verlangte Summe von 2 Millionen eine fehr befcheidene, und es fei Diefes Begehren in jeder Beziehung gerechtfertigt.

Das Unleihen wird den Staat, Kosten und Kursdifferenzen inbegriffen, mahrscheinlich auf $4\sqrt[3]{4}\%$ zu stehen kommen. Eswird nämlich mahrscheinlich zu $4\sqrt[4]{2}\%$ abgeschlossen werden können, und die Unkosten und Kursdifferenzen werden sich auf etwa 1/4 % belaufen. Dagegen wird ber Staat von ber Bant einen festen Bins von 5 % beziehen. Es fann also die vorgeschlagene Operation unmöglich eine nachtheilige finanzielle Tragweite für den Staat herbeiführen. Die bisherigen Erfahrungen haben zur Gennge bewiesen, daß der Staat von seinem Rapitaleinschuß in die Kantonalbant nicht nur einen festen Zins von 5%, sondern noch Dividenden von 2-3% bezieht. Es wird also die von der Regierung und der Staatswirthschaftskommission empsohlene Finanzoperation, fo weit es Die Rantonalbant betrifft, Dem Fistus nicht nur einen erheblichen Gewinn abwerfen, fondern über= dieß dem Handel, der Landwirthichaft und der Industrie betrachtliche Dienfte leiften.

Fur die Supothekarkaffe ift die Nothwendigkeit einer Kapitalvermehrung noch in viel höherem Maße vorhanden, als bei ber Rantonalbant, und zwar aus bem fehr einfachen Grunde, weil die Berbindlichkeiten der Sypothekarkaffe ihrer Natur nach das Rapital weit mehr immobilifiren, als bei ber Kantonalbank. Die vollständige Ruckzahlung der Darlehn durch Annuitaten erfordert bedeutend Zeit. Bei einer Amorti= sation von 1 1/4% erfordert dieß 35 und bei einer solchen von 1% 41 Jahre. Run hatte die Sypothekarkasse auf Ende Dezember 1874 auf folchen Darlehn zu fordern

32 1/3 Millionen. 9 1/3 "

An festen Betriebsmitteln hatte sie bloß Ungebeckt ober burch vorübergehende Geld=

23 Millionen aufnahmen gedect bleiben fomit Gefund tann ein folches Berhaltniß nicht genannt mer-

den, und zwar um so weniger, als Geldeinlagen auf langere Beit nur zu einem hohern Binsfuß erhaltlich sind. Wir muffen daber das Grundkapital der Hypothekarkaffe

vermehren. Dieß ift eine bringende Nothwendigfeit. Bir werden durch diese Bermehrung in die Möglichkeit gesetht, den Depositen zeitgemäße, zugänglichere und den Bedürfnissen der Anstalt besser als bisher entsprechende Bedingungen zu ftellen.

Ich will noch erwähnen, daß außer den Berbindlichteiten von 23 Millionen die Hypothekarkasse zirka Fr. 900,000 an die Staatskasse schuldet. Es ware wünschenswerth, daß diese Schuld abbezahlt wurde, da die Staatskasse ihre Hullsmittel

felbft bedarf.

Allerdings wird bei der Aufnahme eines Unleihens von 2 Millionen fur die Sypothetarfaffe zu 4 3/4 %, Rursdifferenzen und Provisionen 2c. inbegriffen, bem Staate fein weiterer Ertrag in Aussicht gestellt werben konnen. Allein es tritt ba die Gemeinnühigkeit und die Wohlthat dieser Anstalt entichieben in den Borbergrund. Schaben wird der Staat babei keinen zu erleiden haben, und ein Beiteres follen wir nicht verlangen. Bir durfen nicht vergeffen, daß den kleinen oft abgelegenen Grundbesitzern die Möglichkeit der Criftenz durch Die Beihülfe ber Sypothekarkaffe wefentlich gefordert wird. Es ift dieß ein so wichtiger Faktor, daß es uns daran gelegen fein foll, diefe Unftalt mit den nothigen festen Gulfemitteln auszurüften.

Es liegt im Beitern der Antrag bor, zu Bunften ber Seelandsentfumpfung 2 Millionen aufzunehmen. Aus den Borlagen werden Sie entnommen haben, daß die Ausgaben diefer Unternehmung auf Ende Dezember 1874 ungefahr 614 Millionen

und die Beitrage des Bundes, bes Rantons und der Grundeigenthumer girfa 4 1/4 betrugen.

Mehrausgaben 2 Millionen. Diese Mehrausgaben sind aus dem frühern Anleihen bestritten worden. Es ware also die Unternehmung vom 1. Januar 1875 an ohne Betriebsmittel. Benn aber eine rege Beiterführung ber Arbeiten ermöglicht werden foll, fo muffen disponible Gulfsmittel beschafft werden. Befanntlich werden die Beitrage bes Bundes nur im Berhaltniß zu bem Borruden der Arbeiten geleistet. Budem findet man, daß die Grundeigenthumer, welche ihrerseits fehr erhebliche Kultur- verpflichtungen zu erfullen haben, nicht allzusehr mitgenommen werden follen. Man muß ihnen zur Abtragung ihrer finanziellen Berbindlichkeiten gegenüber dem Staate eine gemiffe Frift gewähren, und da wird ein Anleihen allein nach allen Richtungen bin wirfen fonnen.

Ueber bie Rachwirkungen Diefer Finanzoperation geben die Berichte des Regierungsrathes und der Entsumpfungs-direktion uns hinlangliche Anfschluffe, so daß ich es fur über-fluffig halte, hierüber noch weitere Mittheilungen zu machen. Dem Staate foll baraus tein weiterer Schaben entstehen; er wird einfach seinen Antheil an die Berginfung, wie die Grund= eigenthumer, beitragen muffen. Es ift Dieg nach meiner Auffaffung die einzige nachtheilige Seite der Angelegenheit

für ben Staat.

Der lette Antrag betrifft die Aktieneinzahlung von Fr. 500,000 für die Brovetbalbahn. Die daherige Subvention ist unterm 7. Januar 1872 vom Bolke genehmigt worden. Die laufende Berwaltung des Stuates hat ihre sonstigen Berpflichtungen und fann biefe Ausgabe nicht bestreiten; ebensowenig fann bieß von einem andern Staatsinstitute gefchehen. Es bleibt somit dem Staate nichts Anderes übrig, als, wie bei allen andern Gifenbahnfubventionen, ein Anleihen aufzunehmen. Uebrigens werden Sie sich erinnern, daß die Berzinsung dieses Anleihens im vierjährigen Büdget für die Jahre 1876, 1877 und 1878 mit je Fr. 25,000 vorgesehen ist. Die Tilgung dieses Anleihens von Fr. 500,000 wird nach Analogie der übrigen Eisenbahnanleihen stattsinden können.

Das vereinte Anleihen von 61/2 Millionen kann um so eber empfohlen werben, als ber Rantonalbant und ber Sopo-. thekarkaffe aus dem Ohmgeldrefervefond mit der Beit erheb: liche Gulfsmittel gufließen werden. Durch bie befannte Ohm-gelofinanzoperation follen bis 1882 beinahe 2 Millionen und bis Ende 1885 volle 4 Millionen gur Berfügung ftehen. Daraus fann die Rudzahlung der Anleihen stattfinden, fofern eine weitere Bermehrung der Gulfsmittel der beiden Anstalten sich nicht nothwendig zeigt. Die dießfährigen Ohms geldeinnahmen sind berart, daß wir in dieser Richtung der Bukunft mit Beruhigung entgegensehen können. Laut Mittheilungen ber Ohmgeldverwaltung betragen bis Ende April die Mehreinnahmen gegenüber dem Borjahre Fr. 165,000. Es ift somit vorauszusehen, daß der Reservefond in einem viel höhern Mage wird gespiesen werden konnen, als man

f. B. in Aussicht genommen hat. Aus allen diefen Grunden empfehle ich Namens der Staatswirthschaftstommission die Antrage des Regierungs=

rathes zur Annahme.

Robr, Direktor der Entsumpfungen. Bei Anlaß der Bewilligung eines neuen Anleihens fur die Juragewäffer= korrektion werden Sie ohne Zweifel verlangen, daß Ihnen ein Neberblick über den technischen Stand des Unternehmens gegeben werde. 3ch wollte, ba das Anleihen für die Jura= gewäfferkorrektion erft in dritter Linie kommt, gewärtigen, ob vielleicht zuerst über die andern Anleihen das Wort er= griffen werde. Da aber Niemand bas Bort verlangt, so erlaube ich mir, Ihnen einen kurzen Bericht über diese Frage zu erstatten. Durch Dekret vom 10. März 1868 ist die Ausführung der Juragemäfferkorrektion befchloffen worden, und es hat der Ranton Bern die Arbeiten fofort in Angriff genommen. Durch bas nämliche Defret wurde ber Regierungs= rath ermachtigt, fur die Bedurfnisse ber erften zwei Baujahre ein Anleihen von 2 Millionen aufzunehmen. Diefes Anleihen murde fofort aufgenommen, und gegenwärtig ift es aufgebraucht.

In den erften Baufahren wurde der Bau vollständig aus diefem Anleihen betrieben, und spater follten die Gin= zahlungen der Grundeigenthumer mit jahrlich Fr. 400,000 und des Staates mit jahrlich Fr. 200,000 erfolgen. Dazu kommen die Beiträge des Bundes, welche nach Waßgabe des Borrudens ber Arbeiten geleiftet werden und jahrlich Franken

500,000 betragen follten.

Run hat aber der Große Rath auf den Bunfch der Grundbesither beschloffen, die erften Einzahlungen berfelben nicht 1870, fondern erft 1871 beginnen zu laffen. Da nun auch der Bund seine Beitrage nach dem Borrucken der Arbeiten bemeffen mußte, so find bis jest bedeutend weniger Einnahmen gemacht worden, als man bei Erlaffung des Defrets und in dem damals aufgestellten Finangplane vorgefeben hatte. Rach bem lettern hatten bis 31. Dezember 1874 einbezahlt werden follen :

von den Grundeigenthumern					2,000,000
vom Staate				"	1,000,000
vom Bunde			•	"	3,500,000
Dazu bas aufgenommene Unl	eihen	•		"	2,000,000

Totaleinnahmen Fr. 8,500,000 geleiftet worden :

In Wirklichkeit find aber bloß von ben Grundeigenthumern ungefähr Fr. 1,015,000 vom Staate, weil ber Beginn feiner Gin= zahlungen um ein Jahr hinausgeschoben 800,000 wurde, 2,420,000 vom Bunde Rechnen wir dazu das aufgenommene Un= 2,000,000 leihen mit fo erhalten wir im Bangen bloß eine Gin=

Fr. 6,235,000 nahme von

Wir find nun auf bem Bunfte angelangt, wo bas erfte Unleihen aufgebraucht ift und die verfügbaren Beiber nicht hinreichen, um den Bau rationell fortzufeten und gu Ende gu führen. Die Gingahlungen des Bundes, des Kantons und der Grundeigenthumer reichen gerade bin, um die Bauten im Jahre 1875 fortzuführen, später aber genügen ste nicht mehr. Dazu kommt, daß erste Anleihen in den Jahren 1878—1881 mit jährlich Fr. 500,000 wird zurückbezahlt werden müssen. Es bleibt uns daher nichts Anderes übrig, als ein ferneres Anleihen aufzunehmen.

Gin foldes ift auch aus dem Grunde gerechtfertigt, weil man gleichzeitig die Grundbesiger etwas entlaften mochte. Es hat sich namlich herausgestellt, daß es den Grundbesitzern nicht möglich sei, jahrlich Fr. 400,000 beizutragen, da sie außerdem noch die Kosten der Entsumpfungskanale und die Ausgaben für die Rultivirung des Bodens gu bestreiten baben. Man wünscht daher, die Einzahlungen der Grundbesitzer auf jährlich Fr. 250,000 zu vermindern. In Folge dessen muß für dieselben eine längere Abzahlungsfrift in Aussicht genommen werden. Man setzt voraus, es werde das zweite Anleihen im Laufe von 10 Jahren mit jahrlich Fr. 200,000 gurudbezahlt werden. Im Jahre 1868, als man eine größere Belaftung der Grundeigenthumer annahm, geschah dieß, weil diese selbst erklärt hatten, daß sie eine solche werden bestreiten konnen. Allein es muß dieß etwas auf Rechnung der damaligen Begeisterung für das Unternehmen gesetzt werden.

maligen Begeisterung für das Unternehmen gesetzt werden.
Es ist also die Aufnahme eines neuen Anleihens wünschs bar zum Zwecke der raschern Bollendung des Baues, der Rückzahlung des ersten Anleihens und der Erleichterung der Grundeigenthumer. Zu bemerken ist, daß, wenn auch der Staat dieses Anleihen aufnimmt, er dieß nur zu Handen der Juragewässerkorrektion thut. Die Grundbesitzer machen das Anleihen, weil aber der Staat laut Dekret für die Bausbedürfnisse zu sorgen hat und gewissermaßen Bürge des Unternehmens ist, so nimmt er das Anleihen auf Rechnung der Grundbesitzer und gestützt auf einen Beschluß der Absgeordnetenversammlung derselben auf.

Was ben technischen Stand ber Unternehmung betrifft, so gerfällt berselbe befanntlich in zwei große Hauptarbeiten, ben Ridau-Buren- und den Aarberg-Hagneckfanal. Der Zweck bieser beiden großen Korreftionsarbeiten ist bekanntlich die Ableitung der Aare in den Bielersee und die Ableitung der vereinigten Gewässer der Aare und Zihl in das frühere Aarebett bei Buren, um die sammtlichen Juraseen (Murtens, Neuenburger- und Bielersee) um 7—8' zu senken und die anstoßenden Ländereien, sowie das ganze Große Moos trocken

gn legen.

Buerst ist der Nidau-Bürenkanal auszuführen. Die daberigen Arbeiten haben 1868 begonnen und wurden bisher
ununterbrochen fortgesett. Sie zerfallen in zwei Theile, in
den Aushub des Materials über Wasser und in denjenigen
des Materials unter Wasser. Der lettere zerfällt wieder in
die Arbeiten mit der Dampsbaggermaschine und in die Abschwemmungen. Die Aushebungen über Wasser geschahen
durch Handarbeit mit Pickel und Haue, diejenigen unter Wasser
mit Dampsbaggermaschinen. Lettere sind aus Frankreich bezogen worden und leisten vorzügliche Dienste. Es wurde
damit die Sohle des Flusses dies auf die fünstige Tiese ausgehoben, und wo das Material sich dazu eignete, wurde das
Wasser der Zihl zu dessen Abschwemmung verwendet. Dieses
Mittel ist natürlich das billigste, da es nichts kosset.

Gegenwartig ist der Kanal auf der Strecke zwischen dem Biclersee und Meienried fertig, während auf der Strecke von Meienried bis Buren die Arbeiten noch nicht begonnen haben. Man wird da in nächster Zeit einen Durchstich zu machen haben, um den großen Krumm, den die Aare dort macht, abzuschneiden. Man glaubte jedoch, damit bis zur Einleitung der Aare in den Bielersee zuwarten zu sollen, damit man Wasser genug habe, um die Abschwemmungen auf der Strecke Meienried-Buren zu machen. Man gedenkt daher, die Arsbeiten an dem Nidau-Burenkanal vorläusig einzustellen, um

junadift die Mare in ben Bielerfee gu leiten.

Mittlerweile wurden auch die Arbeiten an dem AarbergJagneckfanal begonnen. Man konnte sie leider nicht früher
in Angriff nehmen, weil man noch eine Expropriation mit
der Berner Torfgesellschaft auszusechten hatte. Diese Gesellschaft forderte nämlich ungefähr Fr. 900,000, da aber diese
Forderung der Juragewässerforrektion zu hoch schien, so wurde
der Weg der Expropriation betreten. Die Mehrheit der
Schätzungskommission setze die an die Torfgesellschaft auszurichtende Entschädigungssumme auf Fr. 248,000 fest, während
eine Minderheit auf Fr. 300,000 ging. Außerdem wollte die
ganze Kommission das Juragewässerforrektionsunternehmen mit
der Herstellung eines neuen Tunnels am Platz des durch den
Kanalbau zerstörten bisherigen Tunnels belasten. Auf Grundlage dieses Expertenbesindens konnte man sich verständigen,
und zwar in der Weise, daß die Berner Torfgesellschaft die
niedrigere Schatzung acceptirte mit der Bedingung, daß die
Juragewässerferforrektion an Platz des Tunnels, dessen her
stellung die Gesellschaft nicht wünscht, da sie das Geschäft
aufzugeben beabsichtigt, eine Summe in baar bezahle. Unsere
Bauleitung dat den Tunnel auf Fr. 130—140,000 im gün-

stigsten Falle berechnet. Die Berner Torfgefellschaft gelangte zu einer höhern Summe, indessen ließ sie sich schließlich mit Fr. 140,000 absinden. Die Expropriation der Torfgesellschaft kommt somit, Zinse 2c. inbegriffen, das Unternehmen im Ganzen auf Fr. 400,000 zu stehen. Der im Jahre 1863 aufgenommene Devis sah allerdings eine wesentlich geringere Summe, wenn ich mich recht erinnere, nur Fr. 200,000, vor.

Nach Bereinigung der Expropriationsangelegenheit wursten die Arbeiten an dem Aarberg-Hagnecklanal in Angriff genommen, und zwar wurde mit dem Aushub im Hagneckbügel begonnen. Der Einschnitt wurde an die Bauunternehmer Gribi und Wüthrich von Burgdorf vergeben. Diese arbeiten seit dem Frühjahr 1874 ununterbrochen an diesem Aushub, so daß wir voraussichtlich im Frühjahr 1877 die Wasser der Aare in den Bielersee werden leiten und damit die Abschwemmungen im untern Theile befördern können

Mittlerweile haben auch die obern Kantone (Renenburg, Waadt und Freiburg) ihre Arbeiten in Angriff genommen, indem sie an der Brope Baggerungen vornahmen und an der obern Bihl zwischen dem Bicler- und dem Neuenburgersee die Korrektion begannen. Wir konnten von unsern Damps-baggermaschinen und Dampsschiffen an die obere Korrektion verkausen, was uns für die Liquidation des Betriebsmaterials sehr zu statten kommt; wahrscheinlich werden wir noch mehr veräußern können. In Folge der Inangriffnahme der obern Korrektionsarbeiten steht zu erwarten, daß in kurzer Zeit eine Senkung des Neuenburgersee's einkreten werde. Bis jeht war derselbe noch auf der bisherigen Höhe, in Folge dessen die Wirkungen der Lieferlegung der Seen sich auf dem Großen Moose noch nicht fühlbar machten, da wir auch Abslußkanäle in den Reuenburgersee erstellen müssen.

Sie werden ohne Zweifel in den Zeitungen gelesen haben, daß die Senkung des Bielerzee's an den Ufern ziemlich beträchtlichen Schaden verursachte Derselbe ist zwar glücklicherweise nicht so groß, wie man anfänglich geglaubt hatte. In Folge der großen Trockenheit siel letzten Herbst der Bielerzee tiefer, als man im Projekt vorgesehen hatte. Während man nämlich eine Senkung von ungefähr 7' vorzgesehen, siel er um 81/2'. Beiläusig bemerke ich, daß der Bielerzee im nämlichen Vierteljahre den höchsten und den niedrigsten Wassertand hatte. Einige Wochen vorher lief die Aare rückwärts in den Bielerzee und bewirkte eine be-

trachtliche Steigung Desfelben.

In Folge ter Gentung Des Geefpiegels mußte man ein Saus, Das dem Ginfturz nahe mar, abbrechen laffen; auch find etwa 3/3 Jucharten Reben in den Gec gesturzt. Es wurden ziemlich ausgedehnte Steinwurfe gemacht, um zu verhindern, daß der Wellenschlag die Ufer untermuble; ferner wurde das Abflußhinderniß bei Brugg vermehrt. Man hat nämlich bei der Ausgrabung des Bihlkanals den Aushub beim Pfeidwald nicht beendigt jondern einen Sat stehen laffen, damit der See sich nicht zu ftark senke. Einmal wird aber diefes hinderniß entfernt werden muffen, und dann wird es fich fragen, ob der See fich nicht bedeutend mehr fente, als ursprunglich vorgesehen war. Um nun der Kalamitat, die uns da vorschwebte, rechtzeitig zu begegnen, glaubten wir, Die Ufer Des Bielerfce's mit Steinwurfen geborig verfichern und hiefur lieber etwas mehr Geld verwenden zu follen, als vielleicht absolut nothwendig ware, damit wir nicht nochmals eine folche Kataftrophe erleben. Wenn noch mehr folche Uferfturge vorkommen follten, fo mußten wir mabricheinlich im Nidau-Burenfanal ein Schleusenwert errichten, um den Baffer= stand zu reglieren. Da jedoch ein derartiges Werk mit vielen Umtrieben und Unterhaltungstoften verbunden ift, fo wird man ein folches nur errichten, wenn es fich als absolut nothwendig herausftellt.

Ich ichließe babin: Das Unternehmen ift ziemlich programmgemäß durchgeführt worden, und der tednische Stand kann zur heutigen Stunde als ein durchaus befriedigender

bezeichnet werden. Ich empfehle daher angelegentlich die Bewilligung eines Anleihens won 2 Millionen für die Juragewäfferkorrektion.

Gerber, von Steffisburg. Es ist bekannt, daß die Hypothekarkasse der Staatskasse zirka Fr. 800-900,000 schulbet, welche aus deur aufzunehmenden Anleihen zurückbezahlt werden sollen. Es würden daher durch ein Anleihen von 2 Millionen der Hypothekarkasse nur ungefähr Fr. 1,100,000 verbleiben, womit den vorhandenen Bedürfnissen nicht entsprochen werden könnte. Da ich nun auch vernommen, daß gegenwärtig unter ziemlich günstigen Bedingungen ein Anleihen kontrahirt werden könne, und da der Staat bei der Hypothekarkasse keine Einbuße macht, so stelle ich den Antrag, es sei für die Hypothekarkasse ein Anleihen von 3 Millionen aufzunehmen.

Fahrni = Dubois. Ich wollte mich im gleichen Sinne aussprechen wie herr Gerber. Es scheint mir, es habe Niemand den Muth, den Stier bei den Hörnern zu erzerifen, wie dieß bei den jüngst behandelten Finanzfragen in Aussicht gestellt wurde. Bor der Abstimmung über die Eisenbahnsubventionen erklärten die meisten Stimmberechtigten, daß sie zu der Borlage stimmen werden, wenn für die Hypothekarzkasse ein größeres Betriebskapital geschaffen werde. Un vielen Orten haben dayer die Mitglieder des Großen Rathes mehr oder weniger versprochen, daß sie in dieser Richtung ihr Möglichstes thun werden. Ich appellire an sämmtliche Große, siehe, welche dieses Bersprechen gegeben haben, und ich hoffe, sie werden hier die Sache nicht im Stiche lassen. Ich stelle ben Antrag, es sei für die Hypothekarkasse ein Anleihen von 5 Millionen auszunehmen. Dieser Antrag wird im Bolke sicher großen Anklang sinden.

Herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. Ich erlaube mir, sofort das Wort zu ergreifen, damit nicht, nach dem Sprüchworte "l'appétit vient en mangeant", 6—7 Millionen beantragt werden. (Heiterkeit.) Die Frage, ob das Anleihen für die Hypothetarkasse nicht auf 3 Millionen ershöht werden solle, ist auch in der Staatswirthschaftskommission angeregt und von dieser einläßlich besprochen worden. Jesdoch gelangte die Staatswirthschaftskommission schließlich zur Ansicht, man solle nicht über 2 Millionen hinausgehen. Im Regierungsrathe wurde diese Frage nicht behandelt, und ich kann mich daher nicht im Namen desselben aussprechen. Meine persönliche Ansicht geht dahin, daß die 2 Millionen für die nächste Zufunft genügen sollten, namentlich wenn wir berücksichtigen, daß nach durchgesührter Reorganisation der Hypothekarkasse dieser Anstalt von anderer Seite bedeutende Hülssmittel zusließen werden. Indessen gestehe ich offen, daß ich keinen besondern Grund habe, mich dem Antrage des Hern Gerber, das Anleihen um eine Million zu erhöhen, zu widersehen. Jedenfalls sollte man aber nicht höher als auf 3 Millionen gehen.

Keller. Ich unterstüge den Antrag des Herrn Gerber. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Staat bei seinen Einschüffen in die Hypothekarkasse durchaus keine Gefahr läuft. Sie leiht ihr Geld nur gegen gute Sicherheit aus und nur bis auf zwei Dritttheile der Grundsteuerschatzung. Sodann haftet ja auch die Gemeinde, und wenn hie und da eine Gemeinde ist, in deren Garantie man Zweisel setzt, so steht es ja der Anstalt frei, Darlehnsgesuche aus solchen Gemeinden zurückzuweisen. Die Aufnahme eines Anleihens für die Hypothekarkasse ist auch gerechtsertigt mit Rücksicht darauf, daß dadurch dem Grundbesitzer geholsen wird. Die Ersparnitzsasse auch auf andere Gebiete ausbehnen. Aus diesen Gründen unterstüge ich den Antrag des Herrn Gerber, ein Anleihen

von 3 Millionen fur die Hoppothekarkaffe aufzunehmen. Die Mehrzahl ber Bevölkerung des Kantons Bern besteht aus Grundbesitzern, und sicher wird dieser Antrag bei der Mehrsheit der Bevölkerung gute Aufnahme finden.

Trachsel. Ich bin nicht Freund vom Schuldenmachen, indessen halte ich dafür, es seien die Anträge der vorberathensen Behörden gerechtsertigt. Wir sollen jedoch nicht weiter geben, als das Bedürsniß es erheischt. Ich bin überzeugt, daß die vorberathenden Behörden die Angelegenheit wohl geprüft haben, und ich möchte an ihren Anträgen sesthalten. In Bezug auf die Hypothekarkasse mache ich darauf aufmerksam, daß, wie bereits der Herr Finanzdirektor bemerkt hat, nach der Reorganisation dieser Anskalt ihr bedeutend mehr Einlagen zusließen werden, als bisher. Die bisherigen ungunsliegen Bedingungen haben Biele gehindert, ihr Geld in der Hypothekarkasse anzulegen. Auch die Bestimmung, daß die Hypothekarkasse fünstighin von den Einlagen die Staatssteuer zahlen soll, so daß die Einleger davon befreit sein werden, wird manche Einlage heranziehen. Aus diesen Gründen möchte ich an den Anträgen des Regierungsrathes und der Staatswirthschaftskommission festhalten.

Wyttenbach. Ich unterstüße lebhaft den Antrag des Herrn Gerber. Ein Anleihen von 2 Millionen für die Hypothekarkasse genügt nicht, um den vorhandenen Bedürfsnissen entgegenzukommen. Wenn man einerseits die Bedürfsnisse der Landwirthschaft kennt und anderseits weiß, daß die Hypothekarkasse sich seit Jahren in einem Zustande besindet, der sie dem Erstickungstode nahe geführt hat, so wird man zugeben müssen, daß ein Anleihen von 3 Millionen nicht zu hoch ist.

Herr Berichterstatter ber Staatswirthschaftskommission. Ich muß Hern Fahrni erwiedern, daß, so viel
mir bekannt, der Große Rath bei der Berathung der Eisenbahnvorlage und des vierjährigen Büdgets keinerlei Bers
sprechungen oder Zusicherungen bezüglich der Bermehrung des
Kapitals der Hypothekarkasse oder der Kantonalbank gegeben
hat. Der Große Rath hat daher in dieser Beziehung freie
Hand. Wie bereits der Herr Finanzdirektor bemerkt hat, ist
die Frage auch in der Staatswirthschaftskommission angeregt
worden. Ich habe die Sache rein den geschäftlichen Standpunkte aus beurtheilt, und da bei der Hypothekarkasse das
Kapital viel mehr immobilisirt wird, als bei der Kantonalbank, so habe ich bereits in der Staatswirthschaftskommission
erklärt, daß ich sinde, man könnte daß Anleihen für die
Hypothekarkasse etwas höher, 3. B. auf 3 Millionen, sestegen, und daß, wenn ein solcher Antrag im Großen Rathe
fallen sollte, ich demselben beipslichten werde. Meine persönliche Ansicht geht dahin, daß der Antrag des Herrn Gerber
sehr zweckmäßig ist. Ich schließe mich, soviel an mir, diesem
Antrage an, zwar nicht weil ich etwa ein Bersprechen oder
eine Zusicherung in dieser Richtung in- oder außerhalb des
Großen Rathes gegeben hätte, sondern weil ich diesen Antrag
für sachgemäß sinde.

Fahrni= Dubois. Ich erinnere daran, daß die Sypothekarkasse genöthigt ist, eine Menge dringender Begehren um Darlehn wegen Geldmangels zu verschieben. Der Herr Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission hat Ihnen dargelegt, daß die Hypothekarkasse weit mehr Schulden, als Guthaben besitze, was nicht ein gesunder Zustand sei. Wenn man diese beiden Punkte berücksichtigt und zudem noch bedenkt, daß der Staat ohne Einbuße Geld erhalten kann, so scheint es mir, man sollte nicht so engherzig sein, sondern dem Bedürfniß entgegenkommen. Ueberall, in allen Vereinen u. s. w. wird betont, man möchte doch der agrikolen Bespölkerung unter die Arme greisen.

Auch fur bie Gifenbahnen nimmt man ja Unleihen auf, Die fich auf viele Millionen belaufen. 3ch habe ebenfalls fur bie lette Gisenbahnvorlage gestimmt und gearbeitet. Bestimmte Bersprechungen hat man allerdings keine gemacht, allein wie ift die Sache zugegangen? Es wurden, und zwar meist von Grofrathen, Bersammlungen veranstaltet, um die Borlagen zu besprechen. Dabei überzeugte man fich, daß viele Burger für die Borlagen stimmen wurden, sofern sie wußten, daß auch Etwas für die Sypothekarkasse geschehen wurde. Hierauf sagte man, daß diese Frage unzweifelhaft zur Sprache kommen, und daß eine größere Summe fur die Hypothekarkaffe werde befchloffen werden. Run kommt man aber bloß mit zwei Millionen! Warum follte man nicht funf Millionen beschließen? Für andere Dinge hat man bedeutende Summen bewilligt, obwohl dieß Defizite herbeiführte, hier aber schreckt man vor einer größern Summe zuruck, während doch kein Ausfall für den Staat entstehen würde. Die Landwirthschaft wird sich besser entwickeln, wenn das Geld ihr leichter zu-gänglich gemacht wird. Ich beharre auf meinem Antrage, es seien für die Hypothekarkasse fünf Millionen aufzunehmen.

Abstimmung.

1) Eventuell für ein Anleihen von zwei Millionen für die Spothekarkaffe 42 Stimmen. Gr. Mehrheit.

für die Sppothekarkaffe nach dem Antrage des Berrn Berber

Für fünf Millionen nach bem Antrage bes herrn Fahrni=Dubois

3) Definitiv für den erften Befchluffes= entwurf mit der foeben angenommenen Dodififation

190 Stimmen. Miemand.

Gr. Mehrheit.

1 Stimme.

weil er unbe=

Bericht und Antrag des Regierungsrathes be= treffend Empfehlung der zwei zur Boltsabstimmung gelangenden Bundeggesete über Civilftand und Che und die politische Stimmberechtigung der Schweizer= bürger.

Siehe diefe Berhandlungen S. 99-110 hievor.

Der herr Brafident ftellt den Antrag, die Sigung bier zu unterbrechen und die Berhandlungen Nachmittags 3 Uhr wieder fortzusegen.

Diefer Antrag wird genehmigt.

Schluß der Sigung um 11/4 Uhr.

Der Redaktor: Fr. Buber.

Vierte Sikung.

Mittwoch, den 12. Mai 1875.

Nachmittags um 3 Uhr.

Unter dem Vorsite des herrn Prafidenten Byro.

Das Protofoll ber heutigen Bormittagfigung wird verlesen und genehmigt.

Cagesordnung:

Strafnachlafgefuch.

Auf den Antrag des Regierungsrathes weist ber Große Rath ben Joseph Bernier, von Seprais, mit feinem Strafnachlaggefuche ab.

Expropriationsgesuch der Gemeinde Guttannen.

Auf den Antrag des Regierung frathes ertheilt ber Große Rath der Gemeinde Guttannen behufs Erbauung eines neuen Schulhauses zur Erwerbung einer im Dorfe Guttannen gelegenen Landparzelle, welche dem Melchior v. Weißenstuh daselbst gehört, nach beiliegendem Plan 910 halt und mit derjenigen des Johann Nägeli als Bauplat für das zu erstellende Schulhaus verwendet werden soll, das Expropriationsrecht.

Untrag des Regierungsrathes betreffend Fest= jekung des Tages der Bolksabstimmung über die Gefete betreffend die Sypothekarkaffe und die Lehrer= bildungsanstalten, fowie über den Befchluß gur Anfnahme eines Muleihens.

Teuscher, Bizepräsident des Regierungsrathes, als Berichterstatter. Der Regierungsrath hat diesen Morgen die Berichterstatter. Der Regierungsrato har olesen Worgen ole Frage besprochen, auf welchen Zeitpunkt die Volksabstimmung über das Hypothekarkassageset, das Geset über die Lehrersbildungkanskalten und den Beschluß betreffend Aufnahme eines Anleihens angesetzt werden solle. Man ist zu der Ansicht gekommen, es dürste am zweckmäßigsten sein, diese Abstimmung im Juli anzuordnen. Dieser Zeitpunkt scheint günstig mit Rücksicht auf das aufzunehmende Anleihen, da im gegenwärtigen Zeitpunkte eine gewisse Uebersättigung von gewissen Papieren und dagegen größere Nachfrage nach soliden Papieren vorhanden ist, wie sie durch dieses Anleihen repräsentirt werden. Sodann hat man im Bolke schon lange auf das Hypothekarkassagesetz gewartet, und es dürfte daher geboten sein, den Zeitpunkt der Bolksabstimmung nicht allzusehr hinauszuschieben. Aus diesen Gründen beantragt der Rezeierungsrath, es sei die Volksabstimmung auf den 18. Juli nächsthin anzuordnen.

Im o bersteg. Da im Sommer sich viele Bürger auf ben Bergen besinden, so glaube ich, es ware zweckmäßiger, die Abstimmung bereits im Juni abzuhalten ober sie dann bis im September zu verschieben.

Herr Berichterstatter bes Regierungsrathes. Es ist nicht möglich, die Abstimmung im Juni vorzunehmen, da die gesehliche Frist nicht eingehalten werden könnte, indem die Botschaft noch ausgearbeitet, gedruckt und vertheilt werden muß. Auf der andern Scite hält der Regierungsrath dafür, eine allzulange Verschiebung der Abstimmung ware nicht zwecknäßig.

Berr Brafibent. Stellt Berr Imoberfteg einen beftimmten Antrag?

Im oberfteg. Rein.

Sygar, von Bleienbach. Ich ftelle den Antrag, Die Bolksabstimmung auf Die Nationalrathswahlen im Gerbste zu verschieben.

Ritscharb, Regierungsrath. Ich unterstütze ben Antrag bes Regierungsrathes. Würde ber Antrag bes Herrn Gygag angenommen, so hätten wir im Herbste, abgesehen von den Nationalrathswahlen, über zwei Schulgesetze (das Seminars und das Brimarlehrerbesoldungsgeset), über das Hypothekarkassagesetz und über das Anleihen abzustimmen. Wir haben aber bereits die Erfahrung gemacht, daß, wenn man dem Bolke zu gleicher Zeit zu viel vorlegt, man weit mehr riskirt, daß die Borlagen verworfen werden. Das Bolk muß die Vorlagen studiren, man soll ihm aber nicht zuviel auf einmal zumuthen; denn sonst wird ihm das Studium unmöglich gemacht. Es ist nicht zu viel verlangt, daß der Bürger an einem Sonntage im Sommer zur Urne gehe. Wenn ein Schwings oder ein anderes Fest abgehalten wird, so erscheinen die Leute auch.

v. Sinner. Ich unterftüte den Antrag des Herrn Sygar. Wir haben in diesem Jahre ohnehin mehrere Abstimmungen, und ich halte es nicht für zweckmäßig, das Bolk so oft zur Urne zu nöthigen; denn sonst wird es schließlich der ganzen Sache überdrüffig.

Abstimmung.

Für den Antrag des Regierungsrathes . 71 Stimmen. Für den Antrag des herrn Gygax . . 48 "

Das Bureau des Großen Rathes wird beauftragt, im Berein mit dem Regierungsrathe bie Botschaft an das Bolk auszuarbeiten.

Bericht und Antrag des Regierungsrathes bestreffend Empfehlung der zwei zur Boltsabstimmung gelangenden Bundesgesethe über Civilstand und Che und die politische Stimmberechtigung der Schweizersbürger.

Siehe biefe Berhandlungen Seite 110-119, ferner einen Bufap auf Seite 131 hievor.

Nach dem Namensaufrufe find 198 Mitglieder anwesend; ab wesend sind 51, wovon mit Entschuldigung:
die Herren Bieri, Bircher, Bohnenbluft, Bohren, Folletete,
Judermühle, Karrer, Linder, Reber in Riederbipp, Rebmann,
Röthlisberger in Walkringen, Schahmann, Schwab in BürenSchüpbach, Stettler in Lauperswyl, Wenger; ohne Entschuldigung: die Herren Anken, Bähler, Berger, Brunner
in Bern, Bucher, Cattin, Chappuis, Dähler, Etter, Fleury,
Gäumann, Geiser in Dachsfelden, Gerber in Steffisburg,
Gseller in Oberwichtrach, Girardin, Hofer in Oberdießbach,
Hofsteter, Jaggi, Kaiser in Grellingen, Keller, Klave, Kohli
in Bern, Kohli in Schwarzenburg, Moschard, Rebetez, Kiat,
Rosselt, Schmid in Wimmis, Trachsel, v. Wattenwyl, Werren,
Wyß, Bumwald.

Der herr Brafibent schließt die Sigung mit folgenben Borten:

Meine Herren,

Da wir am Schluffe bes erften Gefchaftsjahres ber neuen Legislativperiode angelangt sind, so ware es ber Fall, einen Rudblid auf bas verstoffene Jahr und einen Ausblid in die Bukunft zu werfen. Ich will indessen Ihre Beit nicht länger in Anspruch nehmen.

Wir können jedenfalls die Ueberzeugung haben, daß bis dahin der Große Rath sich in Uebereinstimmung mit dem Bernervolke befunden hat, und ich hoffe, es werde auch bei der bevorstehenden Abstimmung keine Aenderung in diesem sehr erfreulichen Berhältniffe eintreten.

Bas die Butunft betrifft, fo wiffen wir Alle wohl, daß

große Aufgaben unferer warten.

Benn in der heutigen Diskuffion über die beiden am 23. Mai jur Bolksabstimmung gelangenden Bundesgesete verschiedene Ansichten sich geltend machten, so muß uns das Gefühl allfällige Bitterkeiten überwinden laffen, daß auf beiden Seiten die Diskuffion wurdig und in guten Treuen geführt wurde.

Siemit schließe ich die Situng und munsche Ihnen eine gludliche Heimreise, indem ich Ihnen die Nachsicht und die Unterftugung, die Sie mir angedeihen ließen, bestens verdanke.

Schluß ber Sigung und ber Seffion um 61/2 Uhr.

Der Redaktor: Fr. Zuber.